REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 319 · 28.5.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 61 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. BRD diktiert Anschlußbedingungen - Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginnt das Ende der DDR-Souveränität
2. Weckerkauf alleine reicht nicht aus... Urteil gegen Ingrid Strobl aufgehoben
3. Unaufhaltsam zur Unabhängigkeit: Nach Litauen fordern jetzt auch Estland und Lettland die Loslösung
4. Weg mit dem § 218 - Demo am 16.6. in Bonn Ein "einig Vaterland" mit dem § 218?
5. Welch ein Erfolg! - Die Tarifauseinandersetzung bei Druck und Metall endet ohne Streik und mit der 35 im Vertrag
6. Le Pen - die Worte Carpentras - die Tat
7. Späte Rache an lotta continua Adrian Sofri und Genossen verurteilt
8. Staatsvertrag perfekt - Eilmarsch ins Lotterbett der Einheit
9. Nach den Bananen die Gesetze - Rechtsexport in die DDR
10. Das Volk fragt sowieso keiner Zur Verfassungsdebatte in Ost und West
11. ... und der atomare Status (Groß)Deutschlands?
12. Robotron: Ein Kombinat wird zerlegt
13. Von der Staatsgewerkschaft Ost zur Richtungsgewerkschaft West
14. BRD-Arbeitsrecht als Exportschlager
15. Real-existierende Neonazis - Zur Perspektive des Antifaschismus in der DDR
16. 1000 Skins in Nordhausen/DDR - Grenzüberschreitende Nazikrawalle
17. Jüdische Stimmen zur Vereinigung
18. 15.000 demonstrieren antideutsch: Nachlese zur Demo am 12.5.
19. Gegen Annexion und Finanzkapital Rede von Karl Heinz Roth
20. Internationale Pressestimmen zur Demonstration "Nie wieder Deutschland!"
21. Bielefeld, Stuttgart, Hamburg: Kampagnenberichte "Nie wieder Deutschland!"
22. Weiter Kompromißlos - Kommentar zur NWD-Kampagne
23. Projektionen, Wünsche, Hoffnungen - Was ist bloß mit der Linken los?
24. Einheit vor Ort gewählt - Kommunalwahlen in der DDR
25. Deutsche Frage - welche Frage: ein Formulierungsvorschlag von Detlef zum Winkel am 8. Mai in Hamburg
26. PDS auf Westkurs
27. "Das Milliönchen trauen wir uns zu"
28. Welche Gesellschaft hatten wir in den letzten Jahrzehnten? - Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi auf der Klausurtagung 12./13.5.90
29. Deutsche Linke - wohin gehst Du? von Michael Mäde, Vereinigte Linke (DDR)
30. Links Neu - von Wolfgang Gehrke
31. Krise als Chance - Plädoyer für eine Zusammenarbeit mit der PDS
32. Wen würde eine dänische PDS interessieren?!
33. Ein Erfolg im Kampf um das Bleiberecht? Beitrag zum Kampf der Roma und Cinti und zu den Positionen Yaron Matras (ak 316)
34. Dokumentation: Grüne Politik in Zeiten deutscher Wiedervereinigung
35. "Unser Kampf gegen den Anpassungsprozeß ist aussichtslos" - ÖkosozialistInnen in Schleswig-Holstein verlassen die Partei
36. Schwangerschaftsabbruch in der DDR
37. "Keine lebensschutzfreie Zone" - Bayerns Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht
38. Neue terroristische Vereinigung? RAF-Großfahndung in den Hafenrandhäusern
39. Kurzmeldungen: G. Tiedemann, Radikal, Thomas Klipper, Grapo-Hungerstreik
40. Brasilien/Argentinien: Zwischen Rezession und Inflation

41. Cuba: "Sozialismus oder Tod?"
42. El Salvador: FMLN setzt Verhandlungen durch Die Vereinbarungen von Caracas, 21.5.1990
43. Nicaragua: Chamorra muß sich entscheiden Die Contra-Demobilisierung als politischer Machtfaktor
44. Nachbereitungstreffen zum Hamburger Palästina-Kongreß
45. Peru am Ende - Politik abgewählt!
46. Kolumbiens neue Bewegung gegen die Gewalt: Irrweg oder Ausweg?
47. Nach "Schweiz ohne Armee" jetzt massenhafte Kriegsdienstverweigerung
48. SOS Razzismo! Menschenjagden in Italien
49. Die Aufgaben der Linken im Kampf gegen deutschen Imperialismus und Nationalismus - Thesen zur Lage
50. Das administrativ-bürokratischen Entwicklungsmodell ist am Ende
51. Euthanasie und Eugenik: Grundlagen des Rassismus 4. europ. Konferenz medizinischer Philosophie
52. Dokumentationen der Normalität in der deutschen Provinz
53. Grenzenlos undeutsch: Jugendwiderstandmeeting
54. Die Kraft der Negation gegen die Kraft der Negation ohne Feminismus, von Ursel Döhmann
55. Was fehlt? Der sozialistische Gang
56. Fascho-Flugblätter mit Rote Hilfe - Absender
57. "und hat einer/hat eine von uns / noch fragen /dann sind das unsere fragen" - Literaturpreis für Christian Geißler
58. Standing in the shadow..? Denkmäler gehen nicht auf Tournee!
59. Kalender
60. Weg mit dem §218
61. 15.000 demonstrierten antideutsch

1. BRD diktiert Anschlußbedingungen - Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages beginnt das Ende der DDR-Souveränität

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/clau.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:clau

"So ein Tag, so wunderschön wie heute", hat am Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages niemand mehr gesungen - schon gar nicht in der DDR. Auch zum Tag der Währungsunion ist nicht mit Szenen wie seinerzeit bei der Grenzöffnung zu rechnen. Obwohl die DDR mit diesem Vertrag all das bekommt, was in der BRD im allgemeinen als das Fundament marktwirtschaftlicher Glückseligkeit gilt:

Freiheit, Grund und Boden zu erwerben; Freiheit, über Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung zu verfügen, Freiheit, Konsum und Mieten zu erhöhen; Freiheit zur Gründung und Schließung von Firmen ...

Es ist wohl zu offenbar geworden, daß das, was beschönigend "Zusammenwachsen" genannt wurde, nichts anderes als die Unterwerfung der DDR unter das Diktat der BRD ist.

Diejenigen, denen mit den "ersten freien Wahlen in der DDR" der Auftrag gegeben war, einen geordneten Übergang zu organisieren, versagten selbst in der selbstgewählten Rolle des Konkursverwalters kläglich. Von den gewieften Schacherern aus dem vorbildlichen Westen wurden sie mit dem Versprechen auf die D-Mark zum 1. Juli nach allen Regeln der Kunst erpreßt. Ihr wesentlicher Beitrag zu den Verhandlungen war - außer der Festlegung der Mindestrenten und der Mindestlohnersatzleistungen auf DM 495,-, was sich besonders die Ost-SPD an die stolzgeschwellte Brust heftet - die blauen Anzüge zu füllen, die goldenen Füllfederhalter zu führen und die Contenance zu wahren, die einer gesellschaftlichen Rohmasse gebührt, wenn das Skalpell der kapitalistischen Gestaltung angesetzt wird.

Nur kurz währte die Phase, da die DDR-Gesellschaft sich befreit wähnte von den Fesseln der Stagnation. Nun wird sie in das enge Korsett eines Staatsvertrages geschnürt, den Wolfgang Ullmann von "Demokratie Jetzt" als ein "Instrument westdeutscher Hegemoniepolitik" bezeichnet.

Die nächsten Kotaus, die von der DDR-Regierung erwartet werden, sind einerseits die förmliche Beantragung ihres "Anschlusses" an das Staatsgebilde, das sich als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches versteht, und andrerseits die Beteiligung an gesamtdeutschen Wahlen im Dezember oder Januar. Damit beschleunigen die "grauen Herren" aus Bonn erneut das Vereinigungstempo und verstärken den Anpassungsdruck.

Die DDR wird annektiert:

- Der Staatsvertrag wird durchgesetzt. Im Eiltempo ins Lotterbett der deutschen Einheit.

- Das Grundgesetz wird der DDR - trotz aller anderslautenden Verfassungsentwürfen von dort - aufgezwungen.

- Der DGB zerschlägt den FDGB. Wie die Voraussetzungen für eine reibungslose Sozialpartnerschaft geschaffen werden.

- Das Rechtssystem der BRD im Export. Nichts bleibt wie es ist - die DDR bekommt Recht und Ordnung.

- In den zentralen Fragen läßt das

westdeutsche Kapital nichts anbrennen, daher ist der DDR auch Punkt für Punkt das Arbeitsrecht der BRD diktiert worden.

2. Weckerkauf alleine reicht nicht aus... Urteil gegen Ingrid Strobl aufgehoben

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:54

Am 10.5.1990 wurde bekannt, daß der Bundesgerichtshof (BGH) im Revisionsverfahren die Verurteilung nach §129a gegen Ingrid Strobl mit einstimmigem Beschluß rechtskräftig aufgehoben und an das Oberlandesgericht (OLG) zurückverwiesen hat, damit dort über das Strafmaß neu entschieden wird. Der §129a ist damit in diesem Verfahren vom Tisch. Ingrid Strobl wurde am Abend desselben Tages gegen Meldeauflagen aus der Haft entlassen. Sie war am 9. Juni letzten Jahres wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (der Revolutionären Zellen) zu fünf Jahren Knast verurteilt worden, nachdem sie seit Dezember 1987 in Untersuchungshaft saß.

Ingrid Strobl wurde im Rahmen einer Großrazzia im Dezember 1987 in ihrer Wohnung festgenommen. Ihr wurde vorgeworfen, einen Wecker gekauft zu haben, der für einen Anschlag auf das Lufthansagebäude in Köln-Deutz benutzt worden sein sollte. Das Gericht kam im Verfahren gegen Ingrid zu der "Überzeugung", daß sie gewußt hätte, wozu der Wecker benutzt werden sollte und daß der Wecker, der als Zündzeitverzögerer bei dem Anschlag auf die Lufthansa benutzt worden ist, mit dem von Ingrid gekauften Wecker identisch sei.

"Ich denke daß man sicherlich nicht sagen kann, daß der BGH als solches eine fortschrittliche Auffassung zur Frage des §129a gewonnen hat. Es ist eher so, daß dem OLG-Senat ins Buch geschrieben worden ist, er müßte ein bißchen gründlicher sein, zwei Seiten (in einem Urteil, das 209 Seiten umfaßt, Anm. ak) reichen nicht aus. Der 3. Strafsenat ist als politischer Senat des BGH durchaus unrühmlich in seiner Revisionspraxis," sagte Edith Lunnebach, die Rechtsanwältin von Ingrid Strobl im Rahmen einer Ringvorlesung zum §129a in Hamburg eine Woche nach der Aufhebung des Urteils und der Haftentlassung ihrer Mandantin.

Was hebt der BGH auf?

Der Prozeß gegen Ingrid Strobl war begleitet von einer breiten Öffentlichkeit, die das Urteil als Gesinnungsurteil gegenüber einer Journalistin, die sich inhaltlich mit "anschlagsrelevanten Themen" befaßt, brandmarkte. Dies will der BGH offensichtlich mit der Aufhebung aus der Welt schaffen.

Die Begründung des Urteils gegen Ingrid Strobl umfaßt 209 Seiten, von denen sich mit Ingrid im weitesten Zusammenhang gerade 40 Seiten befassen. Über 80 Seiten lang wird entweder aus RZ-Bekennerschreiben oder aus anderen RZ-Urteilen oder aus Aufstellungen des BKA zu angeblichen RZ-Anschlägen zitiert. 40 Seiten beschäftigen sich damit, daß Ingrid von dem Anschlag und der Tätergruppe Kenntnis hatte. 20 Seiten werden gefüllt mit der Feststellung, daß ein Anschlag auf ein Lufthansagebäude stattgefunden hat, wo es erheblichen Sachschaden gegeben hat. Auf 32 Seiten versucht das Gericht, den Nachweis zu erbringen, daß der von Ingrid gekaufte Wecker identisch ist mit dem Wecker, der bei dem Anschlag auf das Lufthansagebäude benutzt worden ist. Tatsächlich ganze zwei Seiten finden sich in dem Urteil, in der das Gericht seine Überzeugung darlegt, daß Ingrid nicht nur wußte, daß der Wecker als Zündzeitverzögerer eingesetzt werden soll, sondern daß sie auch Kenntnis davon hatte, daß er auf die Lufthansa von der RZ eingesetzt werden sollte: "Daß die Angeklagte über ihre allgemeine Kenntnis der Zweckbestimmung des Weckers als Zündzeitverzögerer hinaus auch im einzelnen gewußt hat, daß der Wecker für einen Sprengstoffanschlag von Mitgliedern der terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen auf das Hauptverwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa AG in Köln Deutz eingesetzt werden sollte, ergibt sich zur Überzeugung des Senats aus folgendem. Die Angeklagte ist promovierte Germanistin und engagierte Journalistin und Schriftstellerin. Die Annahme, sie habe sich aus Naivität für eine strafbare Handlung einspannen lassen, ohne genau zu wissen, worum es geht, liegt fern. Die Existenz der terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen war ihr bekannt. Über diese und über ihre Teilorganisation Rote Zora war nach Aussage der Zeugin Schwarzer mehrfach in der Emma berichtet worden. An der Redaktionskonferenz, in der die Veröffentlichung ihrer aufschlußreichen Selbstdarstellung der Teilorganisation Rote Zora eingehend diskutiert wurde, hatte die Angeklagte teilgenommen. Dies haben die Zeuginnen Schwarzer und andere glaubhaft bekundet. In ihrer Wohnung wurde die erwähnte Broschüre mit umfänglichen Texten der Revolutionären Zellen, vorwiegend Abdrucken aus dem Verbandsorgan ‚Revolutionärer Zorn` gefunden.(eine Broschüre zu Anschlägen aus den Jahren 1976 bis 1982, Anm. ak) "Es wäre lebensfremd anzunehmen, die

Angeklagte hätte die Existenz der terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen, ihre Ziele und ihre Mittel nicht gekannt. Die Themen, denen der Sprengstoffanschlag auf das Lufthansagebäude nach der Tatbekennung galt, nämlich Abschiebepraktiken und Sextourismus, gehörte zu solchen, mit denen sie sich umfänglich publizistisch befaßt hat. Das beweisen mehrere in der Hauptverhandlung verlesene Texte der Angeklagten, z.B. Artikel ‚Was kann uns denn schon passieren` in der Zeitschrift Emma Ausgabe März 83 und ihr nach der Festnahme verfaßter Beitrag ‚Brief aus dem Gefängnis`, der in mehreren Flugschriften veröffentlich worden ist. In dem in der Hauptverhandlung verlesenen beschlagnahmten Brief der Angeklagten an (...) teilt die Angeklagte selbst mit, der Anschlag richtete sich gegen die Abschiebung von Asylbewerbern und die Bumsbomber, also die Flüge, die bundesdeutsche Sextouristen nach Süd-Ost-Asien karren. Ich habe mich als Journalistin häufig und sehr scharf mit diesen Themen, die jetzt als anschlagsrelevant, so heißt das hier, bewertet werden auseinandergesetzt.` Mag die Angeklagte auch nicht in alle Einzelheiten der Tatausführungen genauestens eingeweiht gewesen sein, so kann andererseits kein Zweifel daran bestehen, daß ihr die Anschlagsthemen, das Anschlagsobjekt und die wesentlichen Merkmale der Ausführungen des Sprengstoffanschlages bekannt waren." Mehr nicht! Das ist letztlich die Grundlage für die Verurteilung gewesen, und dazu sagt jetzt der BGH: "In diesem Zusammenhang entfernen sich die vom Tatrichter gezogenen Schlußfolgerungen so sehr von einer festen Tatsachengrundlage, daß sie nur einen Verdacht, nicht aber die zur Verurteilung erforderliche Überzeugung zu begründen vermag." An anderer Stelle befaßt sich der BGH mit den Ausführungen des OLG zum Weckerkauf und den daraus gemachten Schlußfolgerungen und wertet diese in seiner Entscheidung folgendermaßen: "... diese Beweiswürdigung liegt insgesamt gesehen noch innerhalb des den Tatrichtern zukommenden Beurteilungsspielraumes." Das heißt anders ausgedrückt: Gerade noch haltbar.

Neuer Prozeß mit alten Richtern

An der Aufhebung des Urteils hinsichtlich des §129a kann jetzt ein OLG-Senat nichts mehr ändern. Diese Entscheidung ist rechtskräftig geworden. Der BGH hat die Voraussetzung des §129a als nicht erfüllt, eine Beteiligung an dem Lufthansaattentat als nicht gegeben angesehen. Das einzige, was übrig bleibt, ist die Beteiligung an einem Weckerkauf, der möglicherweise einmal zu einem Sprengstoffanschlag werden könnte. Es ist deshalb wieder an einen OLG-Senat zurückverwiesen worden, weil jetzt neu über das Strafmaß in diesem letzten verbliebenen Anklagevorwurf entschieden werden muß. Was möglicherweise bleibt, ist ein minder schwerer Fall der Beihilfe zu einer Sprengstoffexplosion.

Damit ist der Fall allerdings nicht erledigt. Der Haftbefehl gegen Ingrid ist nicht aufhoben worden, sondern gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt worden, da nach Meinung der BAW immer noch Fluchtgefahr besteht. Sie sei ja immer noch österreichische Staatsangehörige und könnte sich ins Nachbarland durch Flucht entziehen. Problematisch an dem neuen Senat, der nun über das Strafmaß neu zu entscheiden hat, ist, daß dort zwei Richter aus dem alten Senat, der das Terrorurteil verkündet hatte, beteiligt sein werden: der jetzige Vorsitzende Richter Steffen, bekannt als Hardliner, und Richter Kranz, der das Urteil in erster Instanz geschrieben hatte. Daß sich solche Leute mit ihren Urteilen auch stark identifizieren, ist allgemein bekannt. Die ersten Schwierigkeiten tauchten dann auch gleich nach Bekanntgabe der BGH-Entscheidung auf. Edith Lunnebach hat nach dem Bekanntwerden der BGH-Entscheidung Haftentlassung beantragt, wobei dieser Antrag an das OLG gerichtet werden mußte. Dort dauerte es immerhin von 17 bis 19.23 Uhr, bis der OLG-Senat realisiert hatte, daß ihr Urteil an den entscheidenden Punkten keinen Bestand hatte und Ingrid rausgelassen werden konnte.

Auswirkungen für andere Verfahren?

Dies ist der erste Fall, in dem der 3. Strafsenat des BGH, der für alle politischen Revisionsurteile zuständig ist, inhaltlich zu einem Urteil Stellung genommen und dieses aufgrund materieller Fehler und nicht aufgrund von Verfahrensfehlern verworfen hat. Das heißt allerdings auch, daß der Inhalt der BGH-Entscheidung Kriterien definiert hat, deren Erfüllung er als Voraussetzung für eine Verurteilung nach §129a sehen will. Also eine Aufforderung an die OLG-Senate, die Urteile zukünftig "wasserdichter" zu machen. In dem Prozeß gegen Ingrid wäre das nach Auffassung des BGH "ein tragfähiges Indiz gewesen, wenn bei der Angeklagten Kontakte zu Mitgliedern der terroristischen Vereinigung oder wenigstens eine geistige Nähe der Angeklagten zu deren terroristischen Gedanken hätte festgestellt werden können." Der BGH sagt letztlich in seiner Entscheidung nur, in diesem Fall hat es eben für eine Verurteilung nicht ausgereicht.

Edith Lunnebach sagt dazu auf der Hamburger Veranstaltung: "Daß solche Urteile wie gegen Ingrid geschrieben werden können, hat ja was mit der Struktur des Paragraphen zu tun. Die Gefährlichkeit des §129a liegt eben daran, daß er von der Systematik her Gesinnungsstrafrecht erzeugt: Weil keine Tat erforderlich ist, weil es ausreichend sein kann, im Rahmen von Unterstützungshandlungen geistige Nähe zu etwas zu ermitteln, was als Terrorismus gilt, weil überhaupt nichts geschehen sein muß, damit der §129a erfüllt sein kann, weil die Gesetzeskonstruktion eben so ist. Den Gerichten wird der §129a tatsächlich in die Hand gegeben, um solche Urteile schreiben zu können."

ga.

3. Unaufhaltsam zur Unabhängigkeit: Nach Litauen fordern jetzt auch Estland und Lettland die Loslösung

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/64.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:64

"Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die ‚Freiheit des Austritts aus der Union`, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist." (Lenin, 1922)

Die sowjetische Verfassung definiert die UdSSR als "freiwillige Vereinigung gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken" (Art. 70) und sichert jeder der 15 Republiken "das Recht auf freien Austritt aus der Union" zu (Art. 72). Jetzt, da erstmals mehrere Unionsrepubliken dieses Recht für sich in Anspruch nehmen wollen, erweist es sich tatsächlich, wie von Lenin befürchtet, als "Fetzen Papier". So jedenfalls gehen die sowjetische Regierung und die Zentralbehörden mit dem Austrittsrecht um. Ob sie sich damit am Ende durchsetzen werden, ist eine andere Frage.

Bemerkenswert ist, daß nicht nur die meisten kleineren Sowjetrepubliken inzwischen den Nutzen der Union in ihrer heutigen Form explizit verneinen, sondern daß auch unter den Russen selbst - rund 50% der sowjetischen Bevölkerung - die Meinung an Boden gewinnt, man zahle zugunsten der anderen Nationen der UdSSR eigentlich nur drauf, werde durch ungerechte Tauschverhältnisse zwischen den Unionsrepubliken übervorteilt, müßte um wirtschaftliche und politische Souveränität kämpfen. Innerhalb der UdSSR oder, wie einige Radikalere schon heute zu erkennen geben, vielleicht auch ganz eigenständig.

Die UdSSR als "freiwillige Vereinigung" von über 100 Völkern und nationalen Gruppen droht zu zerbrechen. Der Vorschußkredit der Perestroika ist, kaum fünf Jahre nach ihrem Beginn, bereits aufgebraucht. Angesichts einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise, deren soziale Auswirkungen sich durch die geplanten Reformen noch weiter verschärfen werden, wachsen auch in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten Konkurrenz, Egoismus, Sozialneid, Mißtrauen, Schuldzuweisungen - und der naive Glaube, mit den zwei Zauberworten "Souveränität" und "freie Marktwirtschaft" die eigenen Probleme im Alleingang lösen zu können.

Gorbatschow war, man erinnert sich vielleicht noch, angetreten mit der ideologischen Prämisse von der "Priorität der allgemeinmenschlichen Werte und Interessen" und mit der Zuversicht, im Zeichen dieser Prämisse auch die "Regionalkonflikte" der ganzen Welt durch internationale Verständigung beilegen zu können. Nun zeigen gerade in der UdSSR die "klassischen" Widersprüche ihre reale Lebenskraft gegenüber den "allgemeinmenschlichen" Prinzipien, und die UdSSR ist in den wenigen Jahren der Gorbatschowschen Regierungszeit zu einem Mosaik neuer "Regionalkonflikte" geworden, für die keine Lösung in Sicht ist.

"Wenn wir beginnen, uns zu spalten, ich sage es euch ganz offen, werden wir in einem Bürgerkrieg enden, in einem derartigen Blutbad, daß wir nicht mehr herausfinden werden." - So Gorbatschow Mitte April in einem Gespräch mit Delegierten des Jugendverbands Komsomol, das im Fernsehen übertragen wurde. Der Spaltungsprozeß hat real aber schon begonnen. Vielleicht endet der Konflikt zwischen den drei Ostseerepubliken, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, und Moskau diesmal noch damit, daß jene unter dem Druck der Wirtschaftsblockade kapitulieren. Es möge sich aber niemand über die Folgen eines solchen Sieges der Zentrale täuschen. Man hält die "Familie" im "gemeinsamen Haus" nicht zusammen, indem man Zimmer verschließt, aufmüpfigen Kindern Stubenarrest gibt oder ihnen das Mittagessen streicht. Erpressung kann in die Knie zwingen, aber nicht überzeugen. Überzeugen könnte nur die reale Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Probleme im Rahmen der Union. Die Voraussetzungen dafür werden jedoch, auch durch die Alleingänge einzelner Republiken, bisher nur schlechter statt besser.

Drei von 15 Sowjetrepubliken beanspruchen heute volle staatliche Unabhängigkeit: Litauen, Lettland und Estland. Vier weitere haben Erklärungen über ihre "Souveränität" abgegeben: Armenien, Aserbeidschan, Moldawien und Georgien. Daß diese ihren Status in der Union darüber hinaus bisher nicht praktisch problematisieren, geschieht nur noch aus Erwägungen der Opportunität. Georgiens Parlament hat, außerhalb der UdSSR kaum bemerkt, am 9. März beschlossen, die Verträge von 1921 und 1922, die den Beitritt

Georgiens zur Union besiegelten, für null und nichtig, da unfreiwillig zustande gekommen, zu erklären. Das kommt dem Vorgehen der drei Ostseerepubliken sehr nahe.

Litauen hat am 11. März in aller Form seine Unabhängigkeit erklärt. Estland und Lettland agieren ihrem eigenen Verständnis nach etwas vorsichtiger, während Gorbatschow - wohl zu recht - die formalen Unterschiede für irrelevant erklärt.

Das estnische Parlament hat am 30. März ein "Gesetz über die staatliche Stellung Estlands" angenommen. Demzufolge sei Estland, da es 1940 zum Anschluß gezwungen wurde, niemals Teil der UdSSR gewesen, so daß sich die Frage eines Austritts aus der Union gar nicht stelle. Über die "Wiederherstellung" der staatlichen Unabhängigkeit sollten im Verlauf einer nicht näher definierten "Übergangsperiode" Verhandlungen mit Moskau geführt werden. Am 8. Mai beschloß das estnische Parlament die Wiedereinführung der alten Staatssymbole und des alten Staatsnamens: "Republik Estland" also statt "Estnische Sozialistische Sowjetrepublik". Der Antrag, die Verfassung von 1937 wieder in Kraft zu setzen, wurde vertagt.

In Lettland hingegen beschloß das Parlament am 4. Mai, die "Autorität" der Verfassung von 1922 "wiederherzustellen". Die Republik Lettland habe "de jure" niemals aufgehört zu bestehen und existiere nun auch wieder "de facto". Jedoch solle, wie in Estland, als sichtbares Entgegenkommen an Moskau eine "Übergangsphase" für Verhandlungen zwischengeschaltet werden. In dieser Phase ist die Gültigkeit der Verfassung von 1922 mit Ausnahme von vier Artikeln "ausgesetzt". Unter den vieren, die als geltend betrachtet werden, ist der Art. 1, der Lettland als "unabhängige, demokratische Republik" definiert, und der Art. 2, der das "Volk von Lettland" als Souverän des lettischen Staates bezeichnet.

Die sowjetische Regierung hat die baltischen Unabhängigkeitserklärungen vom 11. März, 30. März und 4. Mai per Erlaß für "ungesetzlich" und "verfassungswidrig" erklärt. Mit diesen Vorwürfen ist vor allem Gorbatschow sehr verschwenderisch, ohne zu erklären, worauf er sich dabei eigentlich stützt. Man kann gegen die separatistischen Tendenzen unter den Nationalitäten der UdSSR im allgemeinen und gegen die Loslösung von Republiken aus dem Unionsverband sicher eine Menge mehr oder weniger sinnvolle wirtschaftliche und politische Argumente vortragen. Man kann aber nicht die Verfassungsmäßigkeit des Austritts bestreiten, ohne sich als Ignorant oder Despot zu gebärden. Der Artikel 72 der sowjetischen Verfassung ist da völlig eindeutig: "freies Austrittsrecht". Nicht die Inanspruchnahme dieses Rechts ist verfassungswidrig, sondern der Versuch, es durch "Ausführungsbestimmungen" und erpresserische Maßnahmen einzuschränken oder sogar außer Kraft zu setzen.

Der Oberste Sowjet, das Parlament der UdSSR, hat am 3. April, drei Wochen nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung, im Eilverfahren ein Gesetz verabschiedet, das formal den Modus der Praktizierung des Austrittsrechts regeln soll. Es muß erstens eine Volksabstimmung in der Republik stattfinden, bei der mindestens zwei Drittel der Wahlberechtigten - nicht nur der tatsächlich Wählenden! - sich für die Unabhängigkeit aussprechen. Scheitert das Referendum, darf frühestens in zehn Jahren eine neue Abstimmung stattfinden. Kommt die geforderte Mehrheit zustande, gibt es eine "Übergangsphase" von bis zu fünf Jahren, nach deren Ablauf von einem Zehntel der Wahlberechtigten ein neuerliches Referendum erzwungen werden kann. Die letzte Entscheidungskompetenz liegt schließlich beim Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. Das Gesetz sieht als zusätzliche Hürde einen sogenannten Vermögens- und Finanzausgleich vor, was in der Praxis heißt, daß auf die austrittswillige Republik horrende Geldforderungen der Moskauer Zentrale zukommen würden, die sich keine der kleineren Sowjetrepubliken leisten könnte. (Im Fall Litauens sind Zahlen zwischen acht und zwölf Milliarden Rubel ins Spiel gebracht worden.)

Das Gesetz enthält zu allem Überfluß noch eine weitere Regelung, die krass verfassungswidrig ist und außerdem die gesamte bisherige Argumentation der Zentrale auf den Kopf stellt: In den sogenannten autonomen Republiken und Gebieten, die innerhalb der Sowjetrepubliken existieren, wird das Ergebnis des Referendums gesondert bewertet. Praktisch gesagt: Die Bevölkerung eines autonomen Gebiets könnte sich dafür entscheiden, Teil der UdSSR zu bleiben, sich also von einer Republik, die den Unionsverband verläßt, ihrerseits zu lösen. Nun gibt es in den Ostseerepubliken zwar keine autonomen Gebiete, aber das Gesetz betrifft sie dennoch: Es stellt nämlich generell Gebiete mit relativ hohem Anteil anderer Nationalitäten den autonomen Gebieten gleich. Es könnte also beispielsweise ein Bezirk Litauens die Zugehörigkeit zur UdSSR (und die Nichtzugehörigkeit zu Litauen) erklären. Keine an den Haaren herbeigezogene Konstruktion, sondern bereits eine Frage der Realität: Nach der Unabhängigkeit Estlands hat der Stadtrat der mehrheitlich von

Russen bewohnten estnischen Stadt Narwa, ebenso wie zwei kleinere Orte der Republik, verkündet, daß er die Beschlüsse des estnischen Parlaments als nicht mehr bindend betrachtet.

Indem das Gesetz über den Austrittsmodus die Zerstückelung der Sowjetrepubliken durch Sondervoten einzelner Bezirke, autonomer Gebiete, je nach Interpretation sogar einzelner Ortschaften legalisiert, verstößt es in der Tat eklatant gegen die sowjetische Verfassung. Denn diese sagt ganz eindeutig, daß die Grenzen einer Republik nicht gegen deren Willen verändert werden dürfen (Art. 78). Das war bisher immer das Hauptargument, mit dem jede Diskussion über den Status des mehrheitlich von Armeniern bewohnten, aber von Aserbeidschan regierten Gebiets Karabach abgeblockt wurde.

Wenn künftig die Bevölkerung einzelner Orte oder Gebiete z.B. in Litauen wirklich autonom entscheiden kann, ob sie zur UdSSR gehören möchte oder lieber nicht, ob sie zu einer unabhängigen Republik Litauen oder zur Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik gehören möchte oder ob sie sich vielleicht dem polnischen Staat anschließen sollte - es gibt in Litauen, regional konzentriert, mindestens 7% Polen -, dann wäre ein Beispiel gegeben, das Schule machen könnte. Dann wären sämtliche Grenzen und Machtverhältnisse innerhalb der UdSSR in Frage gestellt. Dann wäre wirklich, bei der starken nationalen "Durchmischung" der UdSSR, die in vielen Fällen den heutigen Grenzen nicht entspricht, die totale Zersplitterung und Auflösung vorprogrammiert. Hier wäre nochmals Gorbatschow aus dem Gespräch mit den Komsomol-Delegierten zu zitieren: Eine Änderung der Grenzen zwischen einzelnen Sowjetrepubliken würde die Bevölkerung und die Volksgruppen gegeneinander aufbringen und eine Lage heraufbeschwören, "wie wir sie in unserem Land und der Welt noch nie erlebt haben". - Das Gesetz über den Austrittsmodus, dazu gedacht, die Gefahr einzudämmen, droht gegenteilige Wirkung zu entwickeln.

Kt., Hamburg

4. Weg mit dem § 218 - Demo am 16.6. in Bonn Ein "einig Vaterland" mit dem § 218?

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Frauen und der § 218; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:20

Eine schwierige Hürde im deutsch- deutschen Einigungsprozeß könnte die unterschiedliche Regelung des Schwangerschaftsabbruch werden. Während es in der DDR immerhin eine Fristenregelung gibt (s. nebenstehenden Artikel) wird den westdeutschen Frauen mit dem §218 der Abbruch immer noch generell verweigert. So taucht natürlich die Frage auf: Wird es demnächst ein gesamtdeutsches Abtreibungsverbot geben?

SpitzenpolitikerInnen der West-CDU halten sich mit Äußerungen zum Thema Abtreibung bisher noch bedeckt. So war von Bundestagspräsidentin und Ex-Familienministerin Rita Süßmuth nach einem Treffen mit der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl lediglich zu vernehmen, daß eine gemeinsame Lösung sich nicht gegen die Frauen und den "Schutz des ungeborenen Lebens" richten dürfe. (HA 2.5.90) Die CSU hat dagegen schon erklärt, daß für sie eine Übernahme der Fristenregelung "völlig inakzeptabel" sei. (FR, 5.5.90) Ein unterschiedliches Strafrecht in einem vereinigten Deutschland wird es nach Meinung des CSU-Landesgruppenchefs Wolfgang Bötsch ebensowenig geben.

Aber auch immer mehr CDU-Politiker fordern die Übernahme des §218 fürs "Einig Vaterland". Der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Langer (CDU) erklärte unter Berufung auf das Bundesverfassungsgericht, die Fristenregelung der DDR sei "unvereinbar mit dem Grundrecht auf Leben". (Fr, 5.5.90) Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Alfons Müller, meinte, es sei völlig abwegig, "die menschenverachtende Abtreibungsbestimmung" des früheren Regimes der DDR in ein einheitliches deutsches Recht einzubringen. Und nach Meinung des Rechtsprofessors und früheren Verteidigungsministers Rupert Scholz (CDU) müsse die bundesdeutsche Indikationsregelung später auch in der heutigen DDR gelten. (taz, 2.5.90) Lediglich auf eine "Übergangsregelung" will man sich einlassen. Im Bundesjustizministerium und in der CSU hält man es daher für möglich, daß in der DDR die Fristenregelung nur für eine Übergangszeit erhalten bleibt. (FR, 5.5.90)

Gesamtdeutsche Fristenregelung?

Währenddessen werden aus dem sozialdemokratischen und liberalen Spektrum Stimmen laut, die eine "gesamtdeutsche Fristenregelung" fordern. Allen voran der "Spiegel" in seiner letzten Mai-Ausgabe. Dieser Artikel ist ein Gemisch aus übertriebenen Hoffnungen - ("Auch in der Bonner Regierungskoalition wächst die Einsicht, daß die Vereinigung beider Rechtssysteme eine unwiederbringliche Gelegenheit ist, den harten Strafgesetzparagraphen zu Fall zu bringen ...") - und rechtsstaatlicher Argumentation mit negativem Ausgang. So wird über mehrere Seiten beschrieben, mit welchen juristischen und gesetzlichen Möglichkeiten der §218 zu Fall gebracht werden könne, um dann am Ende doch zu dem Schluß zu kommen, daß wegen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenregelung aus dem Jahre 1975 eigentlich doch nichts ginge. Dennoch sehen Sozialdemokraten und Liberale mit Blick auf die Wahlen ihre Chance gekommen.

Plötzlich wird die jahrelang in der Versenkung verschwundene Forderung nach der Fristenregelung wieder aus dem Nähkästchen hervorgeholt. Irmgard Adam- Schwätzer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (FDP), kündigte an: "Jetzt ist der richtige Zeitpunkt um die Fristenlösung auch in der Bundesrepublik einzuführen". Sie kündigt an, daß die FDP die Fristenregelung dem Bundesverfassungsgericht erneut zur Begutachtung vorlegen wolle. Sollte ein Vorstoß beim Bundesverfassungsgericht scheitern, werden die Liberalen darauf dringen, daß bei den Verhandlungen zwischen den deutschen Regierungen eine Lösung gefunden wird, die es der Bundesrepublik ermögliche, das liberale Recht der DDR zu übernehmen. (Spiegel, 14.5.90) Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt glaubt sich laut "Spiegel" der Zustimmung der Sozialdemokraten für eine Verfassungsänderung "in Richtung Fristenlösung" sicher. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hatte nach langem Zögern Anfang März noch rechtzeitig einen Gesetzentwurf für eine Fristenregelung vorgelegt. Ein solches Gesetz werde mit der Verwirklichung der deutschen Einheit zwingend. Der Entwurf der Sozialdemokratinnen sieht vor, den Schwangerschaftsabbruch ohne medizinische Indikation bis zur 22. Woche zu erlauben. Danach ist der Abbruch weiterhin strafbar, wobei die Schwangere

allerdings straffrei bleiben soll. Inwieweit dieser Entwurf jedoch in der gesamten SPD durchgesetzt werden kann, ist fraglich. Anfang März war in der Presse jedenfalls noch zu lesen: Teile der SPD-Führung stehen dem ASF-Beschluß kritisch gegenüber. (taz, 6.3.90)

Es ist also zu vermuten, daß das Vorpreschen der Sozialdemokratinnen und Liberalen Frauen in den Führungsspitzen der beiden Parteien keine wirkliche Unterstützung erfährt. Dort hält man(n) sich z.Zt. nämlich bedeckt. Erinnert werden muß auch daran, daß FDP und SPD in den letzten Jahren bundesrepublikanischer §218-Wirklichkeit nicht den kleinen Finger krumm gemacht haben, um die Indikationsregelung abzuschaffen. Im Gegenteil: Die SPD lobte das Indikationsmodell jahrelang in den höchsten Tönen, und die FDP liebäugelte noch vor kurzem mit einem Beratungsgesetz, das die Zwangsberatung noch weiter verschärfen sollte. Daß dieses Gesetz von der Regierungskoalition nicht verabschiedet wurde, lag lediglich daran, daß sich FDP und CDU/CSU über genaue Formulierungen (noch) nicht einig werden konnten.

Ist die Fristenregelung in der DDR noch zu retten?

Die Aussagen der DDR-Regierungsparteien zum Thema Abtreibung sind widersprüchlich. So hat Ministerpräsident Lothar de Maizière gegenüber der "Welt" betont, daß ein Beitritt der DDR nach Artikel 23 nicht unbedingt die Abschaffung der Fristenregelung bedeute, und Justizminister Kurt Wünsche ist der Meinung, daß in einer zukünftigen gemeinsamen Verfassung das Recht der Frauen auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft festzuschreiben sei. (taz, 14.5.90) Auch die DDR-Familienministerin Christa Schmidt (CDU) und die stellvertretende Ost-SPD- Vorsitzende Angelika Barbe erklärten, daß sie die Fristenregelung beibehalten wollen. (taz, 16.5.90) Die Ost-CDU hatte die Fristenregelung nie in ihrem Programm. Dort heißt es nur: "Hilfreiche Beratung bei Anträgen auf Schwangerschaftsabbruch muß dieser Gewissensentscheidung vorausgehen. (...) Abtreibungsverbote und Strafandrohungen sind keine Lebenshilfe."

Es sind allerdings auch andere Töne zu hören. So beklagte de Maizière auf einem Sonderparteitag im Dezember, daß der "Schutz des ungeborenen Lebens durch die Praxis in Frage gestellt" werde und dankte jenen CDU-Abgeordneten, die "damals den Mut hatten, gegen dieses Gesetz zu votieren" (1972 wurde die Fristenregelung gegen 14 Gegenstimmen von der Volkskammer verabschiedet.) (Zeit, 11.5.90) Ingvelde Rödelstab, Leiterin der Abteilung Bildung, Familie und Jugend beim Hauptvorstand der DDR-CDU erklärte in einem taz-Interview Anfang April mit bundesdeutscher Lebensschützerphilosophie: Mit der Vereinigung von Ei und Samenzelle beginne ja schon das Leben. Darum müßten neue ethische Leitlinien festgelegt werden. Und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl befürchtet, daß es bei einer Fristenregelung zu einer Völkerwanderung in die DDR kommen könnte. (HA, 2.5.90)

Der Aushöhlungsprozeß hat zudem längst begonnen. So wurde der Formulierung in der Sozialcharta "Das Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft muß erhalten bleiben", im Entwurf des Runden Tisches für eine neue Verfassung hinzugefügt: "Der Staat schützt das ungeborene Leben durch das Angebot sozialer Hilfen." In den Koalitionsvereinbarungen von Mitte April steht der "Schutz des ungeborenen Lebens" bereits an erster Stelle. (taz, 23.4.90) Im Entwurf für einen Staatsvertrag zwischen BRD und DDR war zunächst nur noch vom "Schutz des ungeborenen Lebens" die Rede; im jetzt unterzeichneten Vertrag steht zu dieser Frage - wohl wegen der hitzigen Debatten hierum - nichts mehr.

Immer häufiger ist in letzter Zeit zu hören, daß die Fristenregelung in der DDR nur mit begleitenden Maßnahmen beibehalten werden soll. So fordern Christa Schmidt und Ingvelde Rödelstab eine Beratung (auch wenn sie betonten, daß diese auf freiwilliger Basis angeboten werden soll). Wie ernst das mit der "Freiwilligkeit" jedoch gemeint ist, bleibt abzuwarten. So soll nach Meinung von Christa Schmidt der Abbruch zumindest nicht mehr alleinige Entscheidung der Frau sein. Die Männer sollen in Zukunft dazu angehalten werden, die Frau von einer "leichtfertigen" Entscheidung abzuhalten. (taz, 16.5.90) Ins Visier werden mittlerweile schon die Frauen genommen, die mehrfach abgetrieben haben. In Kirchen- und Ärztekreisen und unter CDU-PolitikerInnen diskutiert man bereits über eine Kostenbeteiligung der Frauen, die mehr als einmal in ihrem Leben ungewollt schwanger werden und abtreiben möchten. Was das für die meisten Frauen in der DDR bedeuten wird angesichts der Tatsache, daß viele ihren Arbeitsplatz und damit ein eigenes Einkommen verlieren werden, läßt sich leider nur zu gut ausmalen.

Der spießige und moralisierende Vorwurf des leichtfertigen Umgangs mit der Abtreibung läßt sich durch die Zahlen ohnehin nicht belegen. Seit der Einführung der Fristenregelung 1972 sind die Abtreibungszahlen in der

DDR um die Hälfte zurückgegangen. 81.000 Schwangerschaftsabbrüche ließen DDR-Frauen im vergangenen Jahr laut "Spiegel" vornehmen. Das sind im Verhältnis weniger Abtreibungen als in der BRD, denn wie in allen Ländern mit einer liberalen Abtreibungsregelung liegen auch in der DDR die Abbruchzahlen deutlich niedriger als in Ländern mit restriktiven Gesetzen.

Ob die Fristenregelung in der DDR aber zu halten ist, wird, wenn überhaupt, nur durch massiven Druck der Frauen in der DDR entschieden werden können. In der DDR-Bevölkerung stellt sich das Bewußtsein darüber, was bei einer Wiedervereinigung ein zwangsweise eingeführter §218 bedeutet, allerdings z.Zt noch sehr langsam ein. Wie sollte es auch anders sein, denn für die Frauen in der DDR ist der Schwangerschaftsabbruch seit Einführung der Fristenregelung kaum ein Problem gewesen. Ein Austausch zwischen Frauen in der DDR und BRD ist also dringend notwendig.

Die Vorstellung westdeutscher Feministinnen, nun auch den Kampf für die Fristenregelung in der Bundesrepublik führen zu können, sollte aber vorsichtig machen. Eine gesamtdeutsche Fristenregelung würde für westdeutsche Frauen zwar einen enormen Fortschritt bedeuten. Es leuchtet aber nicht ein, daß in der BRD der Kampf für eine Fristenregelung wesentlich leichter werden könnte als der Kampf für die ersatzlose Streichung des §218. Die richtige Forderung nach Beibehaltung der Fristenregelung in der DDR darf nicht zu einem Pferdefuß für den Kampf um die ersatzlose Streichung des §218 werden, zumal die DDR-Fristenregelung durchaus kritikwürdig ist. So darf z.B. innerhalb von sechs Monaten nur mit Genehmigung einer Fachärztekommission zum zweitenmal abgetrieben werden und die Dreimonatsfrist bedeutet nach wie vor eine Bevormundung, die dem Selbstbestimmungsrecht der Frau entgegensteht.

Sy.

5. Welch ein Erfolg! - Die Tarifauseinandersetzung bei Druck und Metall endet ohne Streik und mit der 35 im Vertrag

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:09

Die Tarifpartner der Metall- und Druckindustrie einigten sich auf einen Vertrag, der für die Beschäftigten rund 6% (bei Druck 6,5%) mehr Lohn bringt und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden. Dies allerdings erst ab Oktober bzw. April 1995. Vorher, 1993, wird die Arbeitszeit auf 36 Stunden die Woche verkürzt. Dies gilt allerdings nicht für alle Beschäftigten. Denn ein bestimmter Teil der Beschäftigten eines Betriebes darf auf freiwilliger Grundlage 40 Stunden in der Woche arbeiten. Im Süden sind dies 18% und im Norden 13% der Beschäftigten eines Betriebes. Obendrein wurde die Laufzeiten der beiden Teile des Vertrages wieder getrennt, so wird im nächsten Jahr wieder über Lohnerhöhungen verhandelt werden; über die Arbeitszeitverkürzung und darüber, ob sie überhaupt kommt, wird jeweils drei Monate vorm Inkrafttreten der jetzigen Absprache verhandelt werden. Welch ein Erfolg!

"Der härteste Tarifkampf in der Geschichte der Bundesrepublik", tönte es zu Beginn dieser Auseinandersetzung seitens der Gewerkschaften; "Die Gewerkschaften wollen den Aufschwung und den notwendigen Aufbau der DDR-Wirtschaft sabotieren", schallt es aus dem Lager der Kapitalisten entgegen. Scheinbar unversöhnlich wie beim Arbeitskampf 1984 standen sich die Tarifparteien gegenüber. Aber schon im Januar dieses Jahres waren die Kompromißlinien erkennbar. So drohte zwar Franz Steinkühler mit dem besagten härtesten Arbeitskampf, zeigte aber zugleich auf, wo der Kompromiß liegen könnte: in einem Vertrag mit der Zahl 35 als wöchentliche Arbeitszeit. Allein dies war das Erfolgskriterium, unabhängig von den Stimmungen und Interessen der Beschäftigten.

Dabei war der Kampf um die 35-Stunden-Woche immer weiter gefaßt worden als die reine Arbeitszeitverkürzung. Von Anfang an hieß es, "Es geht um mehr als um fünf Stunden weniger", die Forderung nach der 35-Stunden-Woche war auch immer ein wichtiges Argument im Rahmen der gewerkschaftlichen Alternative zum neokonservativen Projekt einer Zwei-Drittel-Gesellschaft. Gerade in der heutigen Zeit hätten die Gewerkschaften ihre Kampfkraft dazu nutzen können, den Bonner Einheits-Einpeitschern die Gefolgschaft zu verweigern. So wurde allen voran von Franz Steinkühler vertreten, daß die Gewerkschaften zu keinen Sonderopfern wegen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses bereit sein. Doch gerade dieses wurde erbracht.

"Die Arbeitgeber haben Grund zum Dankeschön", schrieb das "Handelsblatt" am Tag nach dem Tarifvertrag. Angesichts des Vertrages und der gesamtwirtschaftlichen Situation der BRD-Wirtschaft keine Überraschung. Denn dank dieses Abschlusses ist es in diesem Jahrhundert vorbei mit Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung, denn die größte Einzelgewerkschaft der Welt hat sich in diesem Punkt bis zum 31.12.1998 festgelegt. So lange gilt die 35-Stunden-Woche, wenn sie denn im Oktober 1995 eingeführt wird. Darüberhinaus befindet sich die Wirtschaft der BRD seit 1983 in einer permanenten Aufschwungphase. Seit diesem Jahr ist das Bruttosozialprodukt nicht mehr unter das jeweilige Niveau des Vorjahres gesunken. Daneben wurde seit 1986 ein stetig wachsender Exportüberschuß erzielt; 148 Milliarden DM betrug er 1989. Fast alle Bereiche von Industrie und Handel haben gefüllte Auftragsbücher und zum Teil zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Von den ökonomischen Bedingungen also gute Voraussetzungen für die Durchsetzung tariflicher Forderungen. Selbst die bürgerliche Presse konstatierte Land auf Land ab, daß die Gewerkschaften brav und in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gehandelt haben. So spricht die "Frankfurter Rundschau" davon, daß nach diesem Abschluß niemand mehr etwas gegen unsere braven Gewerkschaften sagen dürfe und daß der Abschluß bescheidener sei als die Konjunktur erlaube. (vgl. FR, 7.5.) Nach dieser Einschätzung haben sich die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor im Lande erwiesen, um den uns andere Länder beneiden könnten. Führt mensch sich diese Argumente vor Augen, so wird deutlich, daß in diesem Tarifkampf mehr drin gewesen ist als 6-6,5% mehr Lohn und die Verkürzung der Arbeitszeit kurz vor St. Nimmerlein.

Aber auch auf dem Gebiet der einheitlichen Normalarbeitszeit hat die IG Metall ihre bisherige Praxis aufgegeben. So dürfen bis zu 18% der Beschäftigten eines Betriebes freiwillig 40 Stunden in der Woche schuften - mit der Option, noch Überstunden draufzusatteln. "Es steht jetzt schon fest, daß man hinter der

Freiwilligkeit ein großes Fragezeichen machen muß, daß eher die qualifizierten Beschäftigten von dieser ‚Chance` Gebrauch machen werden, so daß in diesem Bereich durch Arbeitszeitverkürzung kein einziger Arbeitsplatz entstehen wird, daß es der Tendenz nach eher die Männer sein werden, die weiter 40 Stunden und mehr arbeiten ‚wollen`, auf daß die Familienpflichten auch in Zukunft an den Frauen hängenbleiben." So Ingrid Kurz-Scherf, Staatssekretärin im saarländischen Ministerium für Arbeit und Frauen in der "Hamburger Rundschau" vom 10. Mai. Hinzukommen wird, daß Neueinstellungen, so sie denn vorgenommen werden, mit der Option auf 40 Stunden in der Woche getätigt werden. Angesichts einer möglichen Beschäftigung wird kaum ein/e Arbeitslose/r diese Option ablehnen. Freiwillig 40 Stunden?

Die IG Metall und auch die IG Medien haben mit diesem Tarifabschluß einen Kompromiß erzielt, der unterhalb der Schmerzgrenze der Kapitalisten liegt. Im Gegenteil: Nach Berechnungen des "Der Gewerkschafter" sind im Zeitraum von 1980 bis 1988 die Nettogewinne der Unternehmer in der Metallverarbeitung um 184% gestiegen, die Nettoeinkommen der Beschäftigten nur um 32%. Mit dem jetzt erzielten Ergebnis wird diese anhaltende Auseinanderentwicklung von Unternehmergewinnen und Beschäftigteneinkommen weiteranhalten. Die Gewinnspanne der Unternehmen ist derzeit so groß, daß sie sich nicht nur bei den Gewerkschaften für diesen Tarif bedanken, sondern gestärkt durch den intakten sozialen Frieden in diesem Land und die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften erwartungsvoll gen Osten aufmachen können. Sicherlich hätte ein aus gewerkschaftlicher Sicht besserer Abschluß diesen Gang der Dinge kaum aufgehalten, aber das scheinbar reibungslos funktionierende Konzept der Einverleibung der osteuropäischen Märkte wäre etwas durcheinandergeraten. Obendrein hätte die materielle Situation der Frauen in den Leichtlohngruppen und anderer in ähnlichen Beschäftigungsverhältnissen verbessert werden können. Hier wurde nicht ein Traumziel erreicht, wie Franz Steinkühler formulierte, sondern eine Chance vertan.

as

6. Le Pen - die Worte Carpentras - die Tat

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:53

In der Nacht vom 9. auf den 10. Mai wurde der jüdische Friedhof in Carpentras in barbarischer Weise verwüstet. 34 Gräber wurden geöffnet, zahlreiche Grabsteine wurden umgeworfen und mehrere zerstört. Sechs Leichname wurden aus ihren Särgen gezerrt. Aus dem jüngsten Grab auf dem jüdischen Friedhof wurde der Leichnam eines 14 Tage zuvor beerdigten 81jährigen alten Mannes ausgegraben, 40 m weit geschleift, auf einem Nachbargrab ausgebreitet, mit einem (von einem Grabstein heruntergebrochenen) Davidstern versehen und auf den Stiel eines Sonnenschirms aufgespießt und durchbohrt.

Keine Schmierereien wurden hinterlassen, kein Bekennerbrief ging ein. Nur ein höchst dubioser Anruf mit extrem deutlichem arabischem Akzent wurde bei der örtlichen Tageszeitung "Vaucluse Matin" am Vormittag des 11. Mai registriert. Darin will sich eine absolut unbekannt Gruppe "Mohamed el Boukima" zur Schändung des jüdischen Friedhofs bekennen.

Die Täter

Die Identität der Täter ist bis zur Stunde unbekannt. Nach Untersuchungen an Erdproben vom jüdischen Friedhof in einem Speziallabor im südfranzösischen Montpellier gab die Polizei an, es habe sich um "ein Kommando von mindestens vier Personen" gehandelt. Der "taz"-Korrespondent in Paris spricht später von "Fußspuren von vier Männern". Fest steht aber: Es war keinesfalls eine spontane, unorganisierte Tat. "Es handelte sich um ein sehr organisiertes Kommando", so ein Sprecher der Polizei. Die Nachforschungen der Behörden konzentrierten sich anfänglich auf die örtliche Nazi- und Skinhead-Szene, doch wurden schon bald alle vorläufig festgenommenen Personen aus diesem Bereich wieder freigelassen. Der Verdacht richtet sich inzwischen mehr auf überregional operierende Naziorganisationen. Ein klarer rassistischer, antisemitischer Hintergrund der Tat ist auf jeden Fall vorhanden.

Der Hintergrund

Die letzten Monate waren in Frankreich durch das weitere dramatische Anwachsen des im "Front National" organisierten Rechtsextremismus und Faschismus auf Massenebene geprägt. Seit Dezember 1989 ist die faschistische "Front National" sogar wieder in der Nationalversammlung in Paris, im Parlament, vertreten. Am 3. Dezember 1989 kam die Kandidatin der "Front National", Marie-France Stirbois (die Frau eines früheren "Front National"-Generalsekretärs) in Nachwahlen zum Parlament im Wahlkreis um die Industriestadt Dreux (westlich von Paris) auf 61,3% der Stimmen in der Stichwahl, nachdem sie Ende November im ersten Wahlgang schon 42% der Stimmen erhalten hatte. In der Großstadt Marseille holte die Kandidatin der "Front National", Marie-Claude Roussel, zur gleichen Zeit und ebenfalls bei Nachwahlen im ersten Wahlgang 33 % und im zweiten Wahlgang (Stichwahl) 47% der Stimmen. Der Sprecher und Chefideologe der "Front National", Bruno Mégret, sprach am letzten Märzwochenende auf dem Kongreß der "Front National" in Nizza bereits vom "Marsch an die Macht", um den es nun ginge. Bei fast allen Nachwahlen in den letzten zehn Monaten hat die "Front National" deutlich Stimmen gewonnen.

Doch schon unterhalb der Ebene der drohenden faschistischen Machtbeteiligung oder gar -übernahme wirkt sich der Vormarsch der "Front National" katastrophal aus. Das gesellschaftliche Klima heizt sich immer stärker auf gegen die ImmigrantInnen, gegen die Minderheiten - alle jene, die durch die "Front National" zu Sündenböcken abgestempelt und dem Haß ausgesetzt werden. Die anderen Parteien übernehmen mehr und mehr die ideologischen Strickmuster des Hasses, der Ausgrenzung, der Diskriminierung und Unterdrückung der Minderheiten. Noch am Wahlabend des 3. Dezember, nach den Erdrutscherfolgen der "Front National" in Dreux und in Marseille, kündigte der sozialistische Premierminister Michel Rocard ein künftig "hartes Vorgehen gegen den steigenden Ausländerzustrom" an. Die bürgerlich-konservativen Oppositionsparteien trafen sich zeitgleich zum "Front National"-Kongreß am 31.3./1.4. zu ihren "Generalständen zur Immigration" in Villepinte. Der frühere Staatspräsident Giscard d`Estaing schlug hier unter Beifall in die gleiche Kerbe wie die "Front National": "Frankreich ist kein Einwanderungsland". Asylsuchende müßten soziale Rechte gestrichen werden, das Einbürgerungsgesetz müsse zuungunsten der ImmigrantInnen verschärft werden. Zur gleichen Zeit erklärte in Nizza der Faschistenführer Jean-Marie Le Pen auf dem "Front National"-Kongreß: "Wir können uns

den Luxus leisten, nicht mehr von der Immigration sprechen zu müssen, weil die anderen es mittlerweile übernommen haben."

Der sozialistischen PSF und der kommunistischen PCF kann mensch bei all ihrer Anpassung jedoch nicht jegliche Bemühung, den Rassismus zu bekämpfen, abstreiten. Erinnert sei hier an das geplante Anti-Rassismus-Gesetz (PSF und PCF, vom PCF ins Parlament eingebracht) und an die (inzwischen drei) Anti-Rassismus-Pläne der sozialistischen Regierung, die allesamt die rassistische Hetze in größerem Maße als bisher strafbar machen.

Bei der bürgerlichen Opposition sieht es anders aus. Hier wird eine schärfere Bekämpfung der Faschisten der "Front National" von vielen als "selbstmörderisch" angesehen. Der sozialistische Premierminister Michel Rocard bot der konservativen Opposition einen "Runden Tisch" an, um einen Konsens zwischen den Sozialisten und den Konservativ-Liberalen über den Rassismus und die Immigration zu erreichen. Bis zur Tat von Carpentras war jedoch die Ablehnung der Konservativ-Liberalen eindeutig, die Parteiführer Jacques Chirac (RPR = Gaullisten) und Giscard d`Estaing (UDF = Liberale) hatten ihren Boykott angekündigt. Denn im Hintergrund will man für die "Front National" die Türen offen halten. Schuld am Rassismus, so die konservative Opposition, seien ohnehin die Sozialisten und nicht die "Front National", weil die sozialistische Regierung "zu lax" mit den ImmigrantInnen umgehe.

Vor dem Hintergrund dieses gesellschaftlichen Dammbruchs gegenüber dem Rassismus wird das Klima erklärlich, in dem Taten wie die in Carpentras entstehen können. Die "Front National" hatte das Tabu des Antisemitismus gebrochen. Schon seit Jahren benutzt die "Front National", benutzt der Faschistenführer Le Pen den offenen Antisemitismus als Schmiermittel für seine Kampagnen. Gegen welchen Sündenbock auch immer es gerade gehen mag, stets läßt die "Front National" den Resonanzboden des Antisemitismus mitschwingen. Im Falle der AIDS-Kranken beispielsweise entwarf die "Front National" im Präsidentschaftswahlkampf für Le Pen im Frühjahr 1988 die ekelhafte Wortschöpfung "sidaique", die das Wort "AIDS" (im Französischen "sida") mit dem Begriff "jüdisch" (judaique) zusammenbringt. Gegen die ImmigrantInnen wird als "die Judenaraber" gehetzt. Den Faschistenführer Le Pen treibt es immer wieder zu makabren Wortspielen mit dem Holocaust. In Erinnerung dürfte die perfide Wortschöpfung "durafour-crématoire" geblieben sein. Durafour lautet der Name eines jüdischstämmigen französischen Ministers, "four crématoire" bedeutet "Verbrennungsofen" (Was mit KZs assoziiert wird). Nicht vergessen ist wohl auch die Äußerung, die "Endlösung" sei nur "ein Detail in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs", das man besser den Historikern überlasse (Le Pen in einem Fernsehgespräch). Anfang September letzten Jahres verursachte der Vorabdruck eines Interviews mit dem "Front National"-Abgeordneten im Europaparlament Claude Autant-Laura einen politischen Skandal in Frankreich. Autant-Laura, früher bekannter französischer Filmregisseur, höhnte gegenüber dem französischen Magazin "Globe" über Simone Veil, jüdische Auschwitz-Überlebende und Abgeordnete der Liberalen: "Also, wenn jemand mir mit Völkermord kommt, kann ich nur sagen, daß sie das Mütterchen Veil vergessen haben!" Am Abend der Tat in Carpentras war Le Pen zu Gast in der TV-Sendung "Die Stunde der Wahrheit", wo er eine "Übermacht der Juden in der Presse" anprangerte und Hitlers Marionette in Frankreich, Marschall Pétain, lobte.

Wenn es also in Frankreich zu antisemitischen und rassistischen Übergriffen kommt, so ist dies nicht das Werk isolierter Spinner, sondern das Resultat der Verhetzung durch eine gezielt betriebene und massenwirksame Politik: der Politik der "Front National".

Die Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit unterscheiden sich kraß von beispielsweise bundesdeutschen Reaktionen auf ähnliche Ereignisse. In der BRD erscheint bis dato eine massenhafte und aktive Solidarisierung nahezu der ganzen Gesellschaft mit der diskriminierten jüdischen Gemeinde nahezu undenkbar. Im Leserbrief eines jüdischen Linken aus Baden-Württemberg in der "taz" heißt es u. a. zu den Protesten in Frankreich: "Alle politischen Kräfte, von den Kommunisten bis zu den Gaullisten, mobilisierten einhellig gegen den wachsenden Rassismus und Antisemitismus im Lande. Die Zeitungen widmeten den Ereignissen ihre Titelseiten, die Fernsehsender Sondersendungen und Liveübertragungen der Protestaktionen, etwa der Großdemonstration in Paris, unter deren hunderttausenden Teilnehmern die Führung der katholischen Kirche, die Intellektuellen und die ganze 'politische Klasse` des Landes mit Ausnahme der Faschisten um Le Pen zu sehen waren. In Carpentras selbst schlossen die Geschäfte und der

Verkehr ruhte als Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in ihrem Schmerz um die Schändung der Gräber ihrer Toten. Ein buchstäblicher Aufschrei des Abscheus und der Empörung ging durchs ganze französische Land."

Die "Front National" in der Isolierung

Die "Front National" wurde durch die gesellschaftliche Mobilisierung gegen den Rassismus und den Antisemitismus sichtbar isoliert. Le Pen wird durch einen breiten politischen Konsens der geistigen Urheberschaft des Verbrechens in Carpentras angeklagt. Die Reaktionen der "Front National" selber, den Juden selbst die Tat als "Provokation" und "Komplott" gegen die "Front National" in die Schuhe zu schieben, tragen ihrerseits zur Isolierung der Faschisten bei.

Der sozialistische Innenminister Pierre Joxe qualifizierte den Faschistenführer Le Pen öffentlich als "Rassisten": "Er (...) ist einer der Verantwortlichen nicht für die Taten von Carpentras, sondern für alles, was durch den rassistischen Haß seit Jahren ausgelöst worden ist." Giscard d`Estaing, früherer Staatspräsident und Parteiführer der Liberalen (UDF), erklärte, es könne "keine Kompromisse mit Herrn Le Pen" geben, nachdem er in den letzten Monaten keine Kritik mehr an der "Front National" geübt hatte und selber zum Vorreiter eines Rechtsrucks im konservativ-liberalen Spektrum geworden war. Das bürgerlich-konservative Parteienspektrum hat bis auf weiteres sämtliche Fühler von der "Front National" zurückgezogen.

Die "Front National" selbst versuchte, den Juden oder anderen Sündenböcken der "Front " auch noch das Verbrechen in Carpentras anzukreiden. Le Pen erklärte noch am Tage des Bekanntwerdens der Tat auf einer Pressekonferenz, er "glaube, daß es sich um eine unglaubliche Provokation handelt". Die "Berufs-Antirassisten und eine gewisse Anzahl ihrer Komplizen" hätten ihren "Coup". Er stelle sich die Frage: Wer profitiert von dem Verbrechen? "Der behauptete Anstieg des Antisemitismus und des Rassismus ist eine politische Montage, eine Operation, die programmiert worden zu sein scheint und die auf jeden Fall hemmungslos durch die französischen Politiker ausgenutzt wird, die wünschen, den Amnestie-Skandal und die Finanz-Affairen vergessen zu machen." Hinter der Friedhofsschändung müsse man Provokateure suchen, "sei es von Seiten der Kommunisten" oder "auch von Seiten subversiver islamischer Bewegungen". Andere hohe "Front National"-Funktionäre sprachen u.a. von einem "Komplott gegen die Front National".

Zur Großdemonstration gegen den Antisemitismus in Paris am Mittwoch, dem 15.5., hatten sich die Sozialisten mit den Konservativ-Liberalen zusammengeschlossen. Durch einen Konsens mit den Gaullisten und Liberalen möchte die PSF die "Front National" isolieren und in die Ecke drängen. Noch am Tage des Bekanntwerdens der Tat forderte der sozialistische Präsident Francois Mitterand, die Franzosen müßten sich jetzt "zusammensetzen". In der Folge beschworen sozialistische Politiker immer wieder die Notwendigkeit des Zusammenschlusses "der Linken und der Rechten" gegen Rassismus und Antisemitismus.

Welche politischen Konsequenzen?

So begrüßens- und bewundernswert einerseits die spektrenübergreifende Mobilisierung gegen den Antisemitismus erscheint, so erscheint mir die "nationale Einheitsfront" doch politisch ein zweischneidiges Schwert zu sein. Zumindest muß diese "nationale Einheitsfront" sich fragen lassen, auf Grundlage welcher Inhalte sie der "Front National" entgegentritt.

Die bürgerlich-konservativen Oppositionsparteien (RPR und UDF) hatten dem PSF die Vorabbedingung gestellt, nur dann am (von der sozialistischen Regierung angebotenen) "Runden Tisch" über Rassismus und Immigration teilzunehmen, wenn die Sozialisten ihrer (seit 1973 vom PSF vertretenen) Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für EinwandererInnen abschwören. Der PSF-Vorstand vollzog den geforderten Kurswechsel und ließ das Ausländerwahlrecht fallen wie eine heiße Kartoffel. Inzwischen stellen RPR und UDF allerdings schon die nächste Gesprächsbedingung: die Verschärfung des Einbürgerungsgesetzes zuungunsten der ImmigrantInnen. Eine bizarre Logik: Wegen des Verbrechens in Carpentras wird auf ein Grundrecht für die EinwanderInnen "verzichtet", um die konservative - mit Le Pen liebäugelnde - Rechte in einen Konsens einzubinden. Eine politische Konfrontation mit den Rassisten und ihren Freunden, auch bei den Konservativen, wäre viel nützlicher. Die Chancen dafür stünden gut nach der eindrucksvollen Demonstration gegen den Antisemitismus in Paris. Gute Chancen müssen genützt werden.

bernh., Radolfzell

Quelle:

Div. Ausg. von: Le Monde, Libération, Südkurier, taz

7. Späte Rache an lotta continua Adrian Sofri und Genossen verurteilt

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:32

Je 22 Jahre Gefängnis für Adriano Sofri, Giorgio Pietrostefani und Ovidio Bompressi, elf Jahre für den Initiator des Verfahrens, den Kronzeugen ("pentito") Leonardo Marino - mit diesen drastischen Strafen endete Anfang Mai in Mailand der "Calabresi-Prozeß". Polizeikommissar Luigi Calabresi, am 17. Mai 1972 mitten in Mailand auf offener Straße erschossen, war nach übereinstimmender Ansicht der italienischen Linken schuld am Tod des Anarchisten Giuseppe "Pino" Pinelli, der nach dreitägigem Verhör durch Calabresi aus dem 4. Stock der Mailänder Quästur gefallen war. Pinelli war nach Ansicht der Polizei "dringend verdächtig" an dem faschistischen Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana (12.12.1969; 16 Tote) beteiligt gewesen zu sein. Den Mord an Calabresi kommentierte "Lotta Continua", die Zeitung der gleichnamigen Organisation, der die jetzt Verurteilten bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1977 angehörten, mit den Worten: "Die Ausgebeuteten erkennen in diesem Akt ihren eigenen Willen zur Gerechtigkeit".

Adriano Sofri, der prominenteste der vier Verurteilten, ehemals "Lotta Continua"- Sekretär, seit Jahren arrivierter Journalist und Berater des PSI-Kronprinzen Claudio Martelli, soll das Attentat in Auftrag gegeben haben. Das behauptet der "superpentito" ("Panorama") Leonardo Marino. Allein auf seine widersprüchlichen Aussagen stützt sich das Urteil, das die schlimme Tradition des Moro-Prozesses wieder aufnimmt. 1983 hatten "pentiti" ihren ehemaligen GenossInnen zu 32mal lebenslänglich und drei Jahrhunderten Knast verholfen.

Die jetzt verhängten 77 Jahre sind eine späte Rache an "Lotta Continua", an der gesamten revolutionären Linken und an den kämpfenden Arbeitern, die in den Jahren 1969 und danach die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in Frage stellten. Vincenzo Delle Donne, der gut informierte und emotional beteiligte Prozeßbeobachter der "Süddeutschen Zeitung", mag zwar den Begriff Klassenjustiz nicht verwenden, wundert sich aber über die italienische Rechtssprechung, "die einerseits hart und unmißverständlich gegen politisch motivierte Delikte vorgeht, die beinahe zwei Jahrzehnte zurückliegen und über deren Tatverdächtige viele Zweifel bestehen, andererseits viele Delikte der heutigen Zeit unbestraft läßt, obwohl es dafür vielfach mehr als nur Indizien gibt" ("SZ", 5./6.5.).

Adriano Sofri hat nach seiner Verurteilung erklärt, er werde nicht in die Revision gehen, sondern die Strafe antreten. Er will so die auf Eis gelegten Pläne einer Amnestie für "politisch motivierte Straftäter" neu auf die Tagesordnung setzen. Einflußreiche Unterstützer hat Sofri in großer Zahl. Mutig und mit hohem Risiko verbunden ist seine Entscheidung dennoch. Auch im Prozeß blieb Sofri, der sich schon vor einem Jahrzehnt von revolutionärer Politik losgesagt hat, in einem wesentlichen Punkt hart: Unterwerfungs- und Abschwörrituale will er nicht mitmachen. Dazu und zu der von der Anklagevertretung beharrlich geforderten "Rehabilitierung" Calabresis sagte Sofri in seiner Verteidigungsrede, er werde sich einer "Forderung nach öffentlichem Abschwören" nicht beugen. Und eine "Rehabilitierung Calabresis könne weder Gegenstand eines juristischen Verfahrens sein, noch betrachte er eine solche Rehabilitierung als seine Aufgabe. ("Panorama", 6.5.)

Js./Hamburg

8. Staatsvertrag perfekt - Eilmarsch ins Lotterbett der Einheit

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:59

"Warum soll man der Braut den Unterhalt bereits vor der Hochzeit zahlen?", ist derzeit der beliebteste Spruch des FDP-Vorsitzenden Lambsdorff zum Handel zwischen BRD und DDR um Staatsvertrag und Anschluß nach Art. 23 GG. Ein klassischer Fall: Die BRD als geiler Freier, der dem Objekt seiner Begierde schon vor der mickrigen Entlohnung an die Wäsche geht; die DDR halb entblößt und fest entschlossen dem Ja-Wort zum Bis-daß-der-Tod-Euch-scheidet entgegenfiebernd.

Wer wollte sich dem noch in den Weg stellen - schließlich ist die Ehe auch der Triumpf der Hoffnung über die Erfahrung - sagt eine alte Volksweisheit. Der Zustimmung des Staatsvertrages in den Parlamenten dürfte jedenfalls nichts mehr entgegenstehen, womit die alles entscheidende Hürde zum Zieleinlauf deutsche Einheit genommen scheint.

Um es vorweg zu sagen: Grundlegend hat sich an dem nun unterzeichneten Vertrag gegenüber dem in ak 318 vorgestellten Entwurf nichts geändert. Seinem Wesen nach regelt das Vertragswerk die Unterwerfung der DDR unter die BRD in den - von berufener Seite - für vordringlich befundenen Bereichen Währung, Wirtschaft und Soziales. Nur in exemplarischen Einzelaspekten seien die drei Bereiche hier noch einmal vorgestellt.

Währungsunion

Die Währungsunion zum 2. Juli ist das große Versprechen, das Druckmittel für die Durchsetzung des Vertrags und die Offenbarung, daß bestimmt, wer das Geld hat. Über das Umtauschverhältnis wurde relativ schnell Einigkeit erzielt, nachdem durch die Vorgabe 2:1 seitens der BRD-Regierung deutlich gemacht worden war, daß so ziemlich jedes Ergebnis darunter dankbar und als Achtungserfolg für die DDR-Regierung angesehen werden mußte.

Durchführende der Währungsunion ist die Bundesbank, und so wird ihr im Staatsvertrag ein bedeutender Spielraum eingeräumt. Die Bundesbank richtet in der DDR eine Außenstelle mit 15 Filialen ein. Geleitet wird sie von einen Mitglied des Direktoriums (natürlich West), dem ein beratendes Gremium zur Seite gestellt wird, das aus bis zu zehn von der Regierung der DDR benannten Mitgliedern besteht. Weitere Verpflichtungen, die die DDR zur Unterstützung des Leiters der Bundesbank eingeht: Die Bereitstellung weiterer Grundstücke und Gebäude, die Zurverfügungstellung der Strafverfolgungsorgane zur Überprüfung von Guthaben auf Bankkonten, jegliche Unterstützung und Hilfe zu gewähren, und die Duldung, daß Mitarbeiter der Bundesbank in Ausübung ihres Dienstes Waffen tragen dürfen. Der Finanzminister der DDR wird zu Sitzungen des Zentralbankrates hinzugezogen. Nicht anders als hier? Mag sein; gerade in der Auseinandersetzung um die Währungsumstellung wurde auf die Autonomie der Bundesbank in Geldfragen gepocht. Aber die Unabhängigkeit der Bundesbank geht genau so weit wie nötig, um eine Sachwalterin des ideellen Gesamtinteresses zu sein. Welches wiederum im Staatsvertrag so benannt ist: "Die Vertragsparteien wählen deshalb Umstellungsmodalitäten, die keine Inflationsimpulse im Gesamtbereich der Währungsunion entstehen lassen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Deutschen Demokratischen Republik stärken." (Art. 10/2) Und: "Voraussetzung für die monetäre Steuerung ist, daß die DDR ein marktwirtschaftliches Kreditsystem aufbaut. Dazu gehört ein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen operierendes Geschäftsbankensystem (...), ein freier Geld- und Kapitalmarkt und eine nicht reglementierte Zinsbildung an den Finanzmärkten." (Art. 10/4)

Wirtschaftsunion

Die Wirtschaftsunion ist das eigentliche Herzstück des Vertrages, was die ideologische Seite angeht. All diese hehren Prinzipien, wofür sich der hiesige Mittelstand zum Gralshüter erhoben hat, finden sich in epischer Breite in den verschiedenen Teilen des Vertrags wieder. Zusammengefaßt: "Freie(n) Entscheidungen der Unternehmen über Produkte, Mengen, Produktionsverfahren, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung." Daß das "freie Spiel der Kräfte" auch in der BRD schon lange nicht mehr zugunsten der MittelständlerInnen ausgeht, ist bekannt. Daß es aber in der DDR die Entstehung eines Mittelstandes geradezu behindert, wird mittlerweile auch aus der DDR beklagt. Und selbst mittlere und Kleinunternehmer aus

der BRD, die sicher noch eher als die potentiellen Kollegen aus der DDR über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, sind beim "Aufbau der DDR-Wirtschaft" in die Zuschauerrolle verbannt, wie das Beispiel eines Hamburger Unternehmers zeigt, der in Wismar einen Baumarkt eröffnen wollte. Er mußte feststellen, daß nicht nur Wismar, sondern gleich der ganze Norden der Republik von einem Großunternehmen mit Baumarktvorhaben versorgt war. Was vorerst bleibt, ist die DDR als Absatzmarkt für Großunternehmen und Handelsketten. Wolfgang Ullmann von Demokratie Jetzt befürchtet: "Passieren wird, daß Waren kommen werden, aber kein Kapital. Damit wird Kaufkraft abgeschöpft, aber bei fehlenden Investitionen keine neuen Möglichkeiten geschaffen, selbige wieder zu erneuern. Die westdeutsche Industrie kann ein Gebiet wie die DDR locker aus ihren Beständen heraus mitversorgen." Das würde dazu führen, daß der jetzige Zustand des ständigen Verfalls der DDR-Betriebe anhält, daß die Entwertung der DDR-Kapitalien fortschreitet, daß der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit vorerst nichts entgegensteht. Für die BRD-Investoren wird alles noch billiger, je länger sie warten. Ob man sich das allerdings politisch leisten kann und wird, ist die Frage.

Sozialunion

Alle Ausführungen zur Sozialunion zeichnen sich dadurch aus, daß die soziale Verantwortung in die Hände der DDR gelegt wird und die Finanzierung auch durch die DDR bzw. durch die BürgerInnen der DDR selber vorgenommen werden soll. Das betrifft insbesondere die Sozialversicherung, deren Beitragssätze sich von bislang 10% auf knapp das doppelte erhöhen. Die schrittweise Angleichung beispielsweise des Gesundheitswesens der DDR an das der BRD stellt den Abbau von Kassenleistungen sowie eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in Aussicht. (Die Anfang des Jahres so empört beklagte Abwanderung des medizinischen Personals aus der DDR hat letztendlich zu einem Personalstand geführt, wie in der BRD üblich, weswegen die Bundesärztekammer von einer jetzt ausreichenden Versorgung der DDR durch ÄrztInnen und Krankenpflegepersonal ausgeht.)

Das Streitthema Mindestrenten und Mindestlohnersatzleistungen wurde zur Zufriedenheit der DDR-Verhandlungspartner gelöst: Der Satz beträgt sage und schreibe 495,- DM. Bei 2,9 Mio. RentnerInnen in der DDR wird ein Drittel von ihnen über dieses Existenzminimum nicht hinauskommen. Die vom DGB sehr scharf kritisierte Erwähnung der Aussperrung als Mittel im Arbeitskampf ist aus der endgültigen Fassung herausgefallen zugunsten der Formulierung: "ferner müssen sie (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, d.V.) in der Lage sein, durch Ausüben von Druck auf den Tarifpartner zu einem Tarifabschluß zu kommen." (Leitlinien III/2) Im Zweifelsfall wird man in Fällen von Aussperrungen schon nicht hinter die Rechtsprechung der BRD zurückfallen.

Ein interessanter Punkt ist auch, daß das Betriebsverfassungsgesetz zwar im Prinzip übernommen wird, allerdings mit Ausnahme der Regelungen über Sozialpläne, daß das Kündigungsschutzgesetz weitgehend übernommen wird, mit Ausnahme der Anzeigepflicht gegenüber dem Arbeitsamt bzw. einer Entlassungssperre bei Massenentlassungen.

Herausgefallen aus dem jetzt vorliegenden Text ist stillschweigend der "Schutz des ungeborenen Lebens". Dieser Umstand ist vermutlich eher der Problematik der allgemeinen Rechtsangleichung geschuldet als der besseren Einsicht. Geblieben ist die Liquidierung einer ganzen Reihe von Bestimmungen aus dem Arbeitsrecht der DDR zur Förderung und Entlastung von Frauen, wie Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze und ein sehr weitgehend ausgebautes System von Ganztagseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Belangen betreffen.

DGB: Kritik im Konjunktiv

Der DGB hat eine relativ ausführliche Stellungnahme zum Staatsvertrag abgegeben. Die z.T. recht schroff formulierte Ablehnung einzelner Passagen des Vertrags findet allerdings keine Entsprechung in Forderungen nach Ablehnung des Vertrags bzw. nach konkreten Änderungen: "... sollte vorsehen (...) Möglichkeit bestünde evt. (...) wäre zu fragen ...", heißt es im DGB-Papier. Es ist die selbstgewählte Crux des DGB, daß er das Arbeitsgesetzbuch der DDR, selbst da, wo er es als fortschrittlichere Regelung erwähnt, nicht verteidigen möchte. Statt dessen bezieht der DGB sich in seiner Kritik einerseits auf die Sozialgesetzgebung der BRD und andererseits auf die Koalitionsvereinbarungen der DDR-Regierung, wohinter der Vertrag nicht zurückfallen dürfe. So bleibt ihm nur das fromme Bedauern, daß die im Staatsvertrag geregelten Vereinbarungen nicht zum

Anlaß genommen wurden, eine Verbesserung für beide Seiten zu erreichen. Den Kollegen und Kolleginnen in der DDR hat er damit wahrlich keine Stange ins Korsett gesteckt.

Kritik aus den eigenen Reihen ...

Im Spiegel (20/1990) formulierte das CDU-Vorstandsmitglied Biedenkopf grundlegende Kritik am Staatsvertrag. "Die Erneuerung der staatlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ordnung im östlichen Teils Deutschlands ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die durch die alte Ordnung verursachten Schäden und Belastungen sind eine Folge des verlorenen Krieges. Für diese Folge und Konsequenzen haben alle Deutschen einzustehen, nicht nur die Deutschen in der jetzigen DDR." Mit der Währungsumstellung würde die BRD in der DDR Treuhänderrechte wahrnehmen (entsprechend dem bisherigen Auftrag des Grundgesetzes), die ihr nach einer freien Wahl in der DDR nun nicht mehr zustehen. Der DDR-Regierung sei eine Beteiligung an der Ausübung der Souveränitätsrechte zuzugestehen. Diese Betrachtung bleibt leider völlig akademisch, u.a. auch deshalb, weil die DDR-Regierung ihren möglichen Anteil an den Souveränitätsrechten ziemlich sang- und klanglos aufgegeben hat. Darüber hinaus merkt Biedenkopf weitsichtig an, daß für den "eher unwahrscheinlichen Fall Vorsorge getroffen werden" müsse, daß die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft für die DDR nachteilig sein sollte.

... und aus der DDR

Die einzigen Fraktionen der Volkskammer, die den Staatsvertrag strikt ablehnen, sind die der PDS und der Bürgerbewegungen. Der sehr lautstarken Kritik aus den Reihen der LandwirtInnen wurde - spätestens nach den Wahlerfolgen für die Bauernparteien bei den Kommunalwahlen - Rechnung getragen mit Einführung eines Preisstützungs- und Außenschutzsystems für landwirtschaftliche Produkte (Art. 15).

Die PDS setzte u.a. auf die Wahrung des Staatseigentums, das in echtes Volkseigentum umzuwandeln sei, und auf den Schutz vor Privatisierung. Dem Buchstaben nach ist das sogenannte Volkseigentum nach wie vor unangetastet. In den Grundsätzen für die Finanzpolitik heißt es allerdings: "Das volkseigene Vermögen ist vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts in der DDR zu nutzen." (Art. 26/4) Damit hat die DDR-Regierung das Staatseigentum bereits als Garantiefüllung für die zu bewältigenden Aufgaben in den Vertrag eingebracht.

Sehr scharfe Worte fand der stellvertretende Volkskammerpräsident Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt): "Der Staatsvertrag ist ein Instrument westeuropäischer Hegemoniepolitik. Ein deutsches Parlament, das diesen Entwurf annimmt, hätte der Demokratie, die schon so oft in deutschen Landen verraten worden ist, ihre bisher schwerste Niederlage zugefügt." (Volkszeitung 25.5.) Mit ähnlichen Worten und dem Vorwurf "Möchtegern-Bundesbürger" hatte er schon die Volkskammermehrheit zum Kochen gebracht.

Zusammen mit anderen Gruppen veranstaltete Demokratie Jetzt ein Bürgerforum, zu dem 500 Menschen kamen. Schon sehr deprimiert über den Verlauf der Verhandlungen forderte Ullmann dort unter dem Beifall der Zuhörer, daß jetzt alle Kraft in die Verbesserung dieser "Vorabauslieferung der DDR" (taz, 18.5.) durch den Staatsvertrag, notfalls mit erneutem Druck von der Straße, zu setzen sei.

SPD: Theaterdonner

Bis zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen war die Situation der SPD klar: Im Osten ließ man sie mitverhandeln und zustimmen, im Westen bereitete man die sichere Niederlage bei der Abstimmung über den Staatsvertag vor. Auch die zu erwartende Unterzeichnung des Vertrags durch einen SPDler für die Regierung der DDR hinderte die SPD der BRD nicht daran, vollmundig - im wesentlichen der DGB-Kritik folgend - soziale Schlechterstellung der DDR-Bevölkerung durch den Staatsvertrag zu beklagen. Einer ihrer Hauptwünsche war die Subventionierung der Löhne angesichts der zu erwartenden Nettolohnsenkung durch neue Belastungen wie Sozialabgaben und Steuern. Mit dem Gewinn der Landtagswahlen kulminierten die Ablehnungsphantasien in den wüsten Drohungen, nun werde eine neue Bundesratsmehrheit den Staatsvertrag zu Fall bringen. Fünf Tage später wurde der Vertrag feierlich an Adenauers Schreibtisch unterzeichnet. Von der SPD waren außer dem DDR-Finanzminister Romberg nur der Westberliner Bürgermeister Momper und die stellvertretende Bundestagspräsidentin Renger anwesend. Bis dahin hatte mensch von der inhaltlichen Kritik und den Forderungen der SPD am Vertrag seit den Landtagswahlen nichts mehr gehört. Am 21. Mai war man sich uneins in der SPD, was Kanzlerkandidat

Lafontaine mit seiner Rücktrittsdrohung quittierte. Am 22. Mai stellte die Partei sich hinter Lafontaine und beschloß, dem "Vertrag" in der jetzt vorliegenden Form nicht zuzustimmen, und legte gleichzeitig ein Forderungspaket nach Änderungen vor. Die "Frankfurter Allgemeine" plazierte neben diese Absichtserklärung auf ihrer Titelseite eine Begründung des DDR-SPD-Finanzministers. Und prompt war einen Tag später zu lesen: "Die SPD sagt im Bundesrat ‚Ja, aber` zum Staatsvertrag mit der DDR" (FAZ, 23.5.).

Drei Forderungen hat die SPD vorgetragen: Anpassungshilfen für die Wirtschaft der DDR beim Übergang auf die Marktwirtschaft, die Installierung einer Umweltunion und den Nichtumtausch des Vermögens der PDS. Zumindest letzteres wurde von "Bild" als Forderung nach völliger Enteignung begeistert aufgenommen. Alle drei Forderungen sind im Staatsvertrag im Prinzip bereits abgedeckt, wenn auch eher vage formuliert. Insofern signalisierte die Regierungskoalition bereits Zustimmung, zumal die SPD auch gar keine Änderung des Vertragswerkes selbst verlangt, sondern lediglich Ergänzungen. Ein umfangreiches Umweltgesetz für die DDR ist bereits in Arbeit. Bei den Finanzierungshilfen ist ein Spielraum vorgesehen. Zu der Forderung nach Sperrung des PDS-Vermögens gibt es bereits einen Passus im Staatsvertrag (Anlage II, Art. 9), der Überprüfung und Sperrung von Konten vorsieht, wenn das Vermögen unrechtmäßig erworben wurde. Allerdings ist die Strafverfolgung in solchen Fällen den Organen der DDR überlassen. Es stünde also im Ermessen der DDR-Regierung, die Sperrung des PDS-Vermögens (und der Blockparteien?) zu veranlassen. Unterstützt wird diese Forderung von Westberlin in Form von Entschließungsanträgen an den Bundesrat. Die Einigung zwischen SPD und Regierungskoalition ist jedenfalls soweit in Sicht, daß eine tatsächliche Blockade im Bundesrat auszuschließen ist. Daß es sich hier wieder einmal um eine historische Stunde handelt, in der der Schulterschluß der herrschenden Parteien gefordert ist, wurde bei der Bundestagsdebatte am 23.5. deutlich, als vor den Augen des Bundespräsidenten und einiger Volkskammerabgeordneter die SPD-Finanzexpertin Matthäus-Meier heftig gegen den Staatsvertrag wetterte und der Bundeskanzler demonstrativ mit dem Oppositionsführer Vogel die Köpfe zusammensteckte. Von der ursprünglichen Kritik der SPD ist nach dieser Wendung wieder einmal nichts geblieben.

Nächster Schritt: Gesamtdeutsche Wahlen

Da somit der Verabschiedung des Vertrags nichts mehr im Wege steht, wird das nächste Ziel angepeilt; gesamtdeutsche Wahlen noch im Dezember 1990 oder Januar 1991. Der Wahlausgang in den beiden Bundesländern führte bei der CDU/CSU zum schnellen Sinneswandel und gleichzeitig zum beliebten Druckmittel gegen die DDR, daß es für sie immer schwerer werde, "von uns das zu bekommen, was sie von uns haben will" (so der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Bohl am 7.5. in der FR). Was immer er damit meinen mag, so bedeutet doch der frühe Wahltermin einen weiteren Aufschub der Hoffnung, mit der Einführung der DM im Juli breche das marktwirtschaftliche Reich der Glückseligkeit an. Denn: "Erst mit dem Vollzug der deutschen Einheit durch gesamtdeutsche Wahlen erhielten nämlich Unternehmen und Bürger, die in der DDR investieren oder ihren Wohnsitz nehmen wollten, die notwendige Sicherheit", wird Dregger in der FR vom 15.5. wiedergegeben.

Auch in der DDR-Regierung, die bislang für keine Wette auf Beharrlichkeit und Durchhaltsvermögen gut war, brök- kelt der Widerstand gegen die neuerliche Beschleunigung des Anschlußprozesses. Und so gelingt es dieser in Bonn regierenden Minderheit ein ums andere Mal, ihren Kurs unangefochten durchzusetzen. Wäre nicht wenigstens die anstehende gesamtdeutsche Wahl Anlaß, die Ablehnungsfront zu organisieren?

Cl./Hamburg

9. Nach den Bananen die Gesetze - Rechtsexport in die DDR

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:62

Rechtliche Anarchie, Rechtswirrwarr und rechtliches Niemandsland - das sind zur Zeit etwa die Begriffe, mit denen Bezug auf die rechtliche Verfaßtheit der DDR genommen wird. Die Unsicherheiten und Unwägbarkeiten sind in der Tat enorm, allenthalben wird Konzeptionslosigkeit im Konkreten beklagt, auch wenn die Vorgaben durch das Bonner Diktat klar sind. Ziel ist die komplette Übernahme des BRD-Rechtes - wenn auch in vielen Bereichen mit Übergangsregelungen. Dennoch wird in den sich jagenden Treffen unter Juristen in Ost und West heftig diskutiert, was denn nun an Normen der DDR bleiben könne, was zu ändern ist und an welchen Punkten sogar Änderungen des BRD-Rechtes als Bedingung in den Verhandlungen verlangt werden könnten.

Ein Staatsvertrag nach dem anderen

Der inzwischen unterzeichnete Staatsvertrag enthält bereits zu 80 % Regelungen, die Abschaffung, Änderung oder Neuerlaß von DDR-Gesetzen bestimmen. Gesetze der BRD sollen entsprechend der neuen Situation ergänzt werden. Wen wundert's - schluckt doch ein durch und durch verrechtlichter Staat einen anderen, dessen Vielzahl der Normen nicht dem BRD-Recht entspricht.

Kaum ist die Tinte unter dem ersten Staatsvertrag getrocknet, ist schon der nächste Staatsvertrag im Gespräch, dessen Abschluß sicher weit weniger zur Beschwörung historischer Stunden führen wird. Denn dieser Vertrag soll ausschließlich die Rechtsangleichung zum Gegenstand haben, um die dringendste Voraussetzung für den Vollzug der Einheit zu schaffen. Zwangsläufig wird er aber die beim ersten Vertrag offen gelassenen Streitpunkte zum Gegenstand haben; man darf gespannt sein auf die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch, zum Plebiszit u.a..

Da es aber eine Flut von Regelungen erforderlich machen würde, wenn sämtliche Rechtsbereiche in diesem Vertrag zu erfassen wären, will man sich in Bonn auf das Nötigste beschränken: Nur "zwingend" regelungsbedürftige Probleme sollen gelöst werden. "Zwingend bedeutet für die Beamten dabei zweierlei: Zum einen müsse die DDR bestimmte bundesrepublikanische Gesetze übernehmen, ohne die nach Bonner Ansicht eine staatliche Einheit nicht machbar ist. Zum anderen müsse die DDR solche Gesetze unmittelbar außer Kraft setzen, die dem Grundgesetz offensichtlich widersprechen. " (FR 25.5.90) Klar ist für beide Seiten, daß es einer Unmenge von Übergangs- und Schutzvorschriften für die DDR bedarf. Letztere werden absehbar die Verhandlungsmasse sein, mit der die DDR-Verhandlungsführer für die Bevölkerung vor dem Beitritt noch etwas erreichen bzw. sichern könnten, denn nach dem Beitritt ist die Souveränität für klassische Verhandlungen perdu - so man sie beim ersten Staatsvertag noch erkennen konnte.

Angeblich sollen Gegenstand des zweiten Staatsvertrages auch Änderungen am Grundgesetz sein. Für die Bonner Koalition heißt dies vorerst nur, daß Art. 23 GG nach dem Beitritt der DDR gestrichen und die Präambel in diesem Sinne umgeschrieben werden soll. Gegen die Streichung des Art. 23 ist bereits wieder Protest der Vertriebenenverbände laut geworden, die im Zuge der Wiedervereinigung BRD/DDR ihre Chance zur Erreichung eines Großdeutschlands in den Grenzen von 1937 wittern.

Nicht thematisiert sind selbstredend von Bonn anderweitige Grundgesetzänderungen, die vor allem auf Grundlage der diversen DDR-Verfassungsentwürfe öffentlich diskutiert werden. Eine Chance, hier die Verhandlungsmasse der DDR durch verfassungsrechtliche Knackpunkte zu erweitern, besteht zumindest theoretisch.

Grund und Boden - das A und O der Marktwirtschaft

Aus der Verfassungsdebatte und ihren umstrittensten Punkten ergeben sich quasi organisch auch die Felder der Rechtsangleichung, die im Prinzip der langfristigsten Übergangsregelungen bedürfen, in denen aber auch die DDR - solange noch souverän - zu den härtesten Forderungen im Sinne von Schutzvorschriften - aufgerufen ist.

Da ist zum Beispiel die wirtschaftspolitisch eminent wichtige Frage nach dem Eigentum an Grund und Boden und auch an Produktionsmitteln. ",Wie soll sich ein Unternehmen Kredite besorgen, wenn es keine

Sicherheiten hinterlegen kann. Die Banken verlangen Privatisierung von Grund und Boden.` Nicht zuletzt für westdeutsche Investoren seien frei handelbare Grundstücke eine wesentliche Voraussetzung für ein Engagement in der DDR. ‚Das liegt an der Schollenmentalität der Deutschen `", so zitiert die FR (12.5.90) den Ostberliner Repräsentanten einer weltweit tätigen Unternehmensberatungsgesellschaft.

Die Reprivatisierung der rund 12.000 mittelständischen verstaatlichten Betriebe ist zwar im Gange, allerdings zu zögerlich, so hüben wie drüben die Einschätzung. Ca. 5000 ehemalige Eigentümer und Erben melden Ansprüche an, die Reprivatisierung wurde aber erst bei 50 Firmen vollzogen.

Zu organisieren hat dies die "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums", deren Mitarbeiter alle Kombinate und Betriebe in Staatseigentum wirtschaftlich sinnvoll zu entflechten und in Aktiengesellschaften oder GmbH's zu verwandeln haben. Dies sei bislang in 100 Fällen gelungen.

In den "Generellen Leitsätzen" zum Protokoll, die Gegenstand des Staatsvertrages sind, ist nun endgültig festgeschrieben: "Die Freiheit des Erwerbs, der Verfügung und der Nutzung von Grund und Boden und sonstiger Produktionsmittel ist für wirtschaftliche Tätigkeit zu gewährleisten."

Enteignungen differenziert behandeln

Ein weiteres Problem stellen die Enteignungen dar, die in den letzten Jahrzehnten in der DDR vollzogen wurden. Nach BRD-Recht sind Enteignungen nur unter ganz engen Voraussetzungen und wenn, dann nur gegen Entschädigung zulässig. Das Ostberliner Justizministerium plädiert hier für eine differenzierte Behandlung. "So sollten Enteignungen im Zuge der Bodenreform und die Enteignungen von Industrieflächen unberührt bleiben" (...) Enteignungen des Grundeigentums von Bürgern, die die DDR ‚illegal verlassen` haben, seien aus rechtsstaatlicher Sicht anders zu behandeln. Hier bestünden auch ‚Wiedergutmachungspflichten der DDR`." (FAZ 24.4.90)

Was die Ansprüche Westdeutscher anbelangt, so vermutet die FAZ in einem Kommentar vom 11.5.90 vermutlich zurecht, daß "viel dafür spricht, daß der Zustand von 1945 nicht wiederhergestellt werden kann." Es komme darauf an, "altes Unrecht wiedergutzumachen, ohne neues Unrecht zu schaffen. Dabei sollten zwei Grundsätze gelten. Dort, wo Eigentumsansprüche nicht mehr nachgewiesen werden können, ist das Eigentum für den Anspruchsteller unwiederbringlich verloren." Zum anderen dürften Menschen nicht von Grund und Boden vertrieben werden, wenn der Boden nach dem Krieg als Eigentum zugewiesen oder er gutgläubig vom Staat erworben wurde. Spekuliert wird zum Teil auch auf das Desinteresse Westdeutscher, möglicherweise mit Altlasten chemischer Industrien belasteten Boden zu übernehmen. Der eine oder die andere wird in Ermangelung entsprechender Investitionsmittel vom Einstieg in die DDR absehen.

Mietensteigerung in Raten

Hinsichtlich der Mietenentwicklung wurden zwischen den ministeriellen KollegInnen beider Staaten ein Stufenplan beschlossen, der eine schrittweise Mietenanhebung vorsieht. Danach sollen in Neubauten von Anfang an kostendeckende Mieten erhoben werden, was dazu führen dürfte, daß sich ein Großteil der DDR-Bevölkerung - Wohnungsnot hin oder her - kaum eine Neubauwohnung leisten kann. In älteren Häusern soll in der ersten Stufe jede Miete bis zu den Instandhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten inclusive Wasser und Heizung angehoben werden. Später sollen die Mieten auch die Amortisation des Investitionskapitals einschließlich der Zinsen umfassen, um dann schließlich in der dritten Stufe der Anhebung den Wert von Grund und Boden, die Wohnlage und andere Qualitätsmerkmale zu berücksichtigen. DDR-Bauminister Viehweger rechnet damit, daß die Mieten bereits 1991 kostendeckend sind, was auf die immense Belastung, die da auf die MieterInnen zukommt, schließen läßt.

Strafrecht: Staatsschutz gegen Staatsschutz

Schon der Staatsvertrag, obwohl die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion betreffend, schreibt die Bereinigung des Strafgesetzbuches in weiten Teilen vor. Insbesondere sind Vorschriften, die auf sozialistisches Rechtsbewußtsein oder sozialistische Gesellschaft und Gesetzlichkeit Bezug nehmen, wie auch die Staatsschutzvorschriften erfaßt.

Inzwischen liegt der Volkskammer ein zweiter Entwurf für ein Strafrechtsänderungsgesetz vor, das vor allem das politische Strafrecht bereinigen soll. Inwieweit die hierzulande insbesondere um das politische Strafrecht

der BRD geführten Debatten Eingang in die Konzeption des DDR-Strafgesetzbuches finden, ist nicht bekannt. In dem Spannungsfeld zwischen politischer Justiz der bisherigen DDR, und politischer Justiz der BRD, in deren Zentrum ebenfalls sogenannte Staatsschutznormen stehen, wäre eine intensive Auseinandersetzung und gegenseitige Information vonnöten, um die Erfahrungen der jeweiligen Oppositionen in den Forderungskatalog der DDR zumindest einfließen zu lassen.

In diesem Sinne sehen manche linke und liberale Juristen der BRD die Chance für gekommen, steckengebliebene oder schon mehrfach gescheiterte Reformen des BRD-Strafgesetzbuches im Zuge der Einheit durchzusetzen. DDR-JuristInnen reagieren - nach den Presseberichten zu urteilen - eher überrascht auf die erbitterten Kontroversen, eine intensive Auseinandersetzung vor Übernahme des BRD-Rechts wird wohl vor lauter Zeitdruck unter den Tisch fallen. Ein Beispiel: Selbst im Staatsvertrag wird die Stärkung der VerteidigerInnenrechte im Strafprozeß und der Rechte der Angeklagten festgeschrieben, gegenüber den Regelungen der bisherigen Strafprozeßordnung auch absolut angesagt. Andererseits findet in der BRD eine heftige Kritik an der stetigen Beschneidung der VerteidigerInnenrechte, zuletzt bei der Verabschiedung des sog. Artikelgesetzes statt.

Daß in Anbetracht solcher Debatten, unter BRD'lern auf JuristInnentreffen in der DDR ausgetragen, die FAZ über einen der reaktionärsten Juristen süffisant kommentiert, liegt auf der Hand: "Als dann allerdings einer der Westdeutschen bekundete, mit der deutschen Strafrechtsangleichung sei nunmehr endlich die Chance zur Abschaffung der Freiheitsstrafe gekommen, kehrte bei den meisten das Orientierungsvermögen zurück." (FAZ 28.4.90)

Vergangenheitsbewältigung

Parallel zum Strafrechtsänderungsgesetz ist ein Gesetz zur Rehabilitierung politisch Verfolgter in Bearbeitung. Dieses Thema wird die Justiz der DDR noch längere Zeit beschäftigen.

Bereits jetzt wenden sich viele BürgerInnen aus der DDR, die in politischen Verfahren verurteilt wurden, an die "Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen" in Salzgitter. Diese Erfassungsstelle wurde als Instrument des Kalten Krieges anläßlich des Mauerbaus 1961 eingerichtet. Die Legitimation der Stelle beruhte ausschließlich auf dem revanchistischen Alleinvertretungsanspruch der BRD für alle Deutschen. Registriert unter dem Stichwort Menschenrechtsverletzungen wurden nicht nur alle gewalttätigen Ereignisse an der deutsch-deutschen Grenze, sondern schlicht alles, was DDR-BürgerInnen an Unrechtserfahrungen berichteten. So wurden für jeden aus solchen Berichten bekannt gewordenen Staatsanwalt und Richter Karteikarten angelegt.

In der BRD entstand schon seit längerem eine Debatte um die Überflüssigkeit dieser Stelle, die noch deutlicher wurde mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes, wonach alle in der DDR begangenen Straftaten wie sog. Auslandstaten zu behandeln seien, für deren Registrierung im Inland keinerlei Veranlassung besteht.

Allerdings wird diese Stelle nunmehr zur Auskunftsstelle für DDR-BürgerInnen, die dort Akteneinsicht verlangen und hierüber, die Aufhebung der Urteile und Rehabilitierung zu erreichen versuchen. Das gilt insbesondere hinsichtlich in der DDR eingetragener Vorstrafen, die bislang wegen fehlender Rechtshilfe in Strafverfahren gegen DDR-BürgerInnen in der BRD nicht bekannt wurden.

Aber nicht nur die BürgerInnen der DDR wollen das Material nutzen. Schon die Modrow-Regierung meldete ihr Interesse an, damit die Auswertung der Akten möglicherweise zur Einleitung von Verfahren gegen Richter wegen Rechtsbeugung oder Verfolgung Unschuldiger in die Wege geleitet und so ein Stück Vergangenheitsbewältigung betrieben werden könne. Hiergegen wandte sich der SPD-Landtagsabgeordnete Holtfort, Ehrenvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), der die Akten gerne im Reißwolf sähe. Es sei ein "Unding zu glauben, daß die Justiz ihren eigenen Verfehlungen nachgehen werde." (SZ 7./8.4.90)

Rehabilitierung in Einzelfällen

"Derzeit prüfen wir mehr als 40.000 Urteile daraufhin, ob sie aufgehoben und die Verurteilten rehabilitiert werden können" (FR 23.4.90), wurde von einem Staatsanwalt auf einem der JuristInnentreffen berichtet. Nach DDR-Justizminister Wünsche sollen aber die meisten aller - d.h. auch z.B. zivilrechtlichen - Urteile Bestand haben: ",Die Zeit der Terrorurteile ist Ende der sechziger Jahre beendet worden; die allermeisten Urteile, die in

der DDR gefällt worden sind, vor allem in Zivil- und Eherechtsangelegenheiten, sind auch nach den veränderten Ansprüchen als ordnungsgemäß und gerecht einzustufen; sie haben alle - zur Wahrung der Rechtssicherheit - Bestand, bis sie in Einzelfällen durch Rehabilitierung kassiert werden.` Nach Wünsche sollen alle Juristen in das neu zu schaffende Rechtssystem übernommen werden, es sei denn, sie hätten sich, so referierte Richter Weitzberg für seinen Berufsstand durch ‚vorauseilenden Gehorsam, unbotmäßige Härte oder prinzipienlose Aufgabe jeder Form richterlicher Unabhängigkeit disqualifiziert`" (Welt 24.4.90, zum ersten JuristInnentreffen in der DDR nach der Wende).

Personelle Konsequenzen wurden bereits gezogen. Von sich aus haben ca. 100 Richter vor Überprüfung ihrer Tätigkeit den Hut genommen. Von 15 Bezirksgerichtsdirektoren sind noch zwei im Amt (SZ 28.4.90). Die sogenannten 1a-Senate an den Gerichten, die für die Durchführung der politischen Strafverfahren zuständig waren, sind komplett aufgelöst worden.

Allerdings wies Wünsche daraufhin, daß es formell keine Möglichkeit gebe, die an politischen Urteilen beteiligten Richter zur Verantwortung zu ziehen. Die Bereinigung der Gerichte sei ein "mühseliger Prozeß der Überzeugung", er stellte eine diesbezügliche Zugänglichkeit bei den im Amt verbleibenden Richtern fest.

Auf dem ersten JuristInnenkongreß nach der Wende war denn auch das Thema der Vergangenheitsbewältigung von zentraler Bedeutung. Die Vergleiche mit der Rolle der Justiz im Dritten Reich verschlagen zunächst fast die Sprache. Gegen derartige Parallelen wendete sich dann auch ein Richter aus der DDR: " Im Selbsterkenntnisprozeß ist zu begreifen, daß die Anwendung und Umsetzung des Rechts nicht durch abstrakte Maschinen bzw. Computer, sondern durch die Richterschaft unseres Landes vollzogen wurde. Die teilweise geäußerten Meinungen, man habe nur geltendes Recht angewandt bzw. das, was früher Recht war, kann heute nicht Unrecht sein, sind dabei keine tauglichen Argumente, um ehrlich mit der Vergangenheit abzurechnen. Dies führt unweigerlich in die nicht gewollte Nähe der Richter des 3. Reiches, was vielfach in Diskussionen deutlich wurde. Ein derartiger Vergleich ist meines Erachtens schon wegen des menschenvernichtenden Charakters des Nazireiches und der darauf beruhenden Rolle der Justiz unzulässig." (FR 20.4.90)

Unabhängigkeit der Richter

Förderlich für die Bereinigung sei auch die Verabschiedung eines neuen Richtergesetzes, das die richterliche Unabhängigkeit gewährleisten soll. Dieser Begriff, hier von Linken zurecht in Frage gestellt vor dem Hintergrund, daß justizielle Entscheidungen immer Spiegelbild der herrschenden Verhältnisse sind, hat im Zuge des Umbruchs in realsozialistischen Ländern andere Dimensionen. In einer vergleichbaren Auseinandersetzung in der Sowjetunion um ein solches Richtergesetz, brachte ein Jurist dieses Problem insofern auf den Punkt, als mit Unabhängigkeit ganz pragmatisch "Unabhängigkeit vom Anruf von oben" gemeint sei. Dennoch enthebt dies nicht der notwendigen Auseinandersetzung mit "richterlicher Unabhängigkeit" in einer auf breiten Konsens gestützten, befriedeten kapitalistischen Gesellschaft. Es bedarf hier sicher nicht des Anrufs, sondern ohne Anruf funktioniert die rechtliche Aus- und Fortgestaltung dessen, was sich als herrschende Politik konstituiert.

Hilfe aus der BRD-Justiz

Hilfe aus der BRD ist bei den Juristen der DDR gern gesehen. Sie sehen sich zur Zeit mit Fragen konfrontiert, zu deren Beantwortung sie oft nicht in der Lage sind, womit allerdings auch juristische Wessis in Anbetracht der unsicheren Rechtslage ihre Schwierigkeiten haben dürften. Nicht nur die Finanz-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit soll mit Hilfe abgeordneter Richter aus der BRD aufgebaut werden, von denen allerdings differenzierte Kenntnisse der Struktur der DDR-Gesellschaft verlangt werden. Auch in Fragen der Ausbildung von Rechtsanwälten, Notaren und Richtern anderer Gerichtsbarkeiten wird Unterstützung durch Kenner des BRD-Rechts verlangt. Selbstredend gibt es bereits eine ganze Anzahl vor allem auf Zivil- und Wirtschaftsrecht spezialisierter Anwaltsbüros, die ihre Niederlassungen in der DDR eingerichtet haben. "Wir betrachten diese Hilfsangebote mit großer Sympathie und Dankbarkeit."(SZ 10.5.90)

Auch auf dem ersten JuristInnentreffen wurde festgestellt, daß in den meisten Rechtsbereichen Übergangsregelungen nötig werden, die DDR-spezifische Verfaßtheiten berücksichtigen. "Kein Recht, und wäre es auch noch so gut, könne von heute auf morgen an die Stelle eines anderen treten, und wäre es auch noch so schlecht. Die Schwangerschaftsabbrüche in der DDR können nicht nachträglich nach dem Recht der

Bundesrepublik kriminalisiert werden", so der Vorsitzende der Vereinigung demokratischer Juristen in der DDR. (FAZ 28.4.90)

A., Hamburg

10. Das Volk fragt sowieso keiner Zur Verfassungsdebatte in Ost und West

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:61

Das Grundgesetz als künftige Verfassung auch für das Gebiet der DDR scheint unumstritten. Zuletzt anerkannte DDR-Justizminister Wünsche auf einem Symposium des Bundesrates die "Dominanz" des Grundgesetzes und des Rechts der BRD.

Dennoch bereiten einige Knackpunkte der Verfassung, wie Eigentum an Grund und Boden, soziale Individualrechte und die Einführung eines Plebiszits hiesigen Verfassungsrechtlern wie auch Politikern durchaus Probleme, die Widerspenstigkeit, mit der diese Forderungen nach wie vor von DDR-Seite vertreten werden, setzt zumindest solche Fragen auf die Tagesordnung der Einheitsdiskussion.

Noch kurz vor der Wahl gelang es dem Runden Tisch, einer Verfassungsentwurf vorzulegen, der nicht nur Bemühungen deutlich machte, Errungenschaften der DDR, vor allem im Hinblick auf die soziale Absicherung, zu erhalten, sondern sich auch in zentralen Fragestellungen eindeutig von den Normen des Grundgesetzes unterschied. An der Erarbeitung waren sämtliche Parteien der DDR beteiligt gewesen. Der Umgang mit dem Entwurf nach der Volkskammerwahl im März diesen Jahres degradierte die Anstrengungen des Runden Tisches zur Makulatur. Der Entwurf wurde nicht nur nicht in der Volkskammer diskutiert, geschweige denn abgestimmt, die Volkskammer lehnte sogar einen "Kompromißantrag" der SPD/DDR ab, eine Diskussion hierüber - ohne anschließende Abstimmung - in einem entsprechenden Ausschuß zu führen. Nach der Wahl der DM und des "Einig-Vaterlands" erschien der Mehrheit der Abgeordneten dies offensichtlich überflüssig, winkte doch die beste aller deutschen Verfassungen, das Grundgesetz.

Dennoch ist über einige verfassungsrechtliche Fragen eine Debatte in Ost und West entstanden, wie sie seit Jahren nicht mehr um das Grundgesetz geführt wurde. Nicht nur die Frage der Änderung des Grundgesetzes, sondern auch der Weg zur verfassungsrechtlichen Einheit spielen dabei eine Rolle, wobei hier der erste Staatsvertrag auch die ersten Fakten geschaffen hat.

Grundgesetzübernahme oder neue Verfassung

In einem Symposium des Bundesrates wetteiferten BRD-Verfassungsrichter und Politiker um den richtigen Weg zur Verfassungseinheit. Die "Notwendigkeit des unbedingten Beitritts" deklarierte der Verfassungsrichter Hans Hugo Klein als rechteste Variante des Wegs zur Einheit. Eine Volksabstimmung sei "verfassungspolitisch zweifelhaft, jedenfalls überflüssig, tendenziell gefährlich und schädlich" (TAZ 9.5.90). Im wesentlichen schloß sich dieser Auffassung Staatssekretär Kinkel an, der derzeit als BRD-Berater in der DDR agiert.

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Mahrenholz, sieht dies anders. Er hält es für den "ersten Ausdruck der Volkssouveränität", über die künftige Verfassung aller Deutschen getrennt in der DDR und der BRD abstimmen zu lassen, getrennt, um eine Majorisierung durch die BRD-Bevölkerung zu vermeiden. Dem Einwand, für eine solche Abstimmung müsse schon das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit geändert werden, hält er den Kompromißvorschlag entgegen, eine solche Abstimmung müsse keine rechtsverbindliche Wirkung haben, sondern könne vor allem durch ihr politisches Gewicht die Verfassungseinheit legitimieren.

DDR-Verfassung im Übergang

Nachdem nun klar ist, daß - wie auch immer, ob verändert, neu oder alt, mit oder ohne Volksabstimmung - das Grundgesetz in seinen wesentlichen Teilen auf die DDR zukommt, stellt sich die Frage, was in der Übergangszeit Geltung hat, soll doch die Verfassung Gesellschaftsvertrag sein, durch die sich die BürgerInnen eines Landes zu einem "politischen Körper zusammenschließen", wie Ulrich K. Preuß, Staatsrechtler und BRD-Berater des Runden Tisches in einem Beitrag zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches ausführt (FAZ-Beilage, 28.4.90). Mit der Auffassung einiger, insbesondere westlicher Juristen, wonach die bisherige DDR-Verfassung in ihren wesentlichen Teilen obsolet sein soll, weil von der politischen Realität überholt, wobei letzteres kaum zu bestreiten ist, besteht objektiv ein Vakuum. Aber auch nach anderen Meinungen, wonach die Außerkraftsetzung der bisherigen DDR-Verfassung wie auch die Schaffung einer Übergangsverfassung eines förmlichen Aktes bedürfe, hat die Volkskammer formaljuristisch betrachtet keine

verfassungsrechtlichen, den politischen Verhältnissen entsprechenden Leitlinien, auf deren Grundlage die von der Tagespolitik diktierten Gesetze verabschiedet werden können.

Wohl auch aus diesem Grund sah sich DDR-Justizminister Wünsche noch kurz vor Beginn der Verhandlungen um den Staatsvertrag bemüßigt, einen eigenen Entwurf einer veränderten, dem Kommenden vorauseilenden Verfassung vorzulegen. Kurioserweise lud er als BeraterInnen u.a. Mitverfasser des Entwurfs des Runden Tisches - nämlich Rosemarie und Hans-Jürgen Will - ein, deren Verfassung so schmählich im Papierkorb der Volkskammer landete. Innerhalb von zwei Tagen mußte dann eine von Wünsche zusammengestellte Expertenkommission, deren Legitimation PDS und Bündnis 90 zurecht anzweifelten, eine Übergangsverfassung basteln. Die Verfassung der DDR von 1949, die noch von einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ausging, wurde als generelle Grundlage verworfen, denn die Kapitel über Grundrechte und Staatsaufbau entsprachen weder den Vorstellungen der DDR-ExpertInnen, noch den wieder einmal anwesenden BRD-Beratern.

Der schließlich entstandene Entwurf ist Ausdruck einer Schnellschußaktion, aber auch gleichzeitig Beweis für jedenfalls vorläufig unüberbrückbare Widersprüche zwischen Ost und West an immer wieder denselben Punkten: Soziale Individualrechte (Wohnung, Arbeit und gesunde Umwelt), Kommunales Wahlrecht für AusländerInnen, Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft, Plebisziteinführung.

Die Verhandlungen müssen diktatorisch von westlicher Seite aus betrieben worden sein. Eine Einigung kam bis heute nicht zustande, denn die Westvertreter sahen sich gezwungen, in eckigen Klammern ihre Dissense zum Entwurf niederzulegen. Inzwischen hat das Diktat des Staatsvertrages die ersten Früchte getragen.

Wider die sozialistische Gesetzlichkeit

Für die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sieht der Staatsvertrag vor, daß alle Bezugnahmen auf sozialistisch definierte Normen auszuschließen seien. Als einer der generellen Leitsätze wurde bestimmt: "Vorschriften, die den einzelnen oder Organe der staatlichen Gewalt einschließlich Gesetzgebung und Rechtsprechung auf die sozialistische Gesetzlichkeit, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, die Vorgaben und Ziele zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft, das sozialistische Rechtsbewußtsein, die sozialistischen Anschauungen, die Anschauungen der einzelner Bevölkerungsgruppen oder Parteien, die sozialistische Moral oder vergleichbare Begriffe verpflichten, werden nicht mehr angewendet. Die Rechte und Pflichten der am Rechtsverkehr Beteiligten finden ihre Schranken in den guten Sitten, dem Grundsatz von Treu und Glauben und dem Schutz des wirtschaftlich schwächeren Vertragsteils vor unangemessener Benachteiligung."

Per Gesetz geht die Volkskammer nun an die Bearbeitung der DDR-Verfassung. Mit einfacher Mehrheit soll die Verfassung den Bestimmungen des Staatsvertrages angepaßt werden. Vorauseilend wird die "freiheitliche Grundordnung" zum Prinzip erhoben. Der erste Artikel des Gesetzes setzt alle Regelungen außer Kraft, die den "einzelnen oder Organe der staatlichen Gewalt auf die sozialistische Staats- und Rechtsordnung, auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus, auf die sozialistische Gesetzlichkeit und das sozialistische Rechtsbewußtsein" verpflichten. Ein kleiner Dissens zum Staatsvertrag: Die sozialistische Moral ist von der Außer-Kraftsetzung - zumindest formal - verschont geblieben. Dafür wird Privateigentum an Grund und Boden wie auch an Produktionsmitteln zugelassen. Koalitionsfreiheit und "unabhängige Rechtsprechung" werden festgelegt. Immerhin ist das "Recht des einzelnen, durch Arbeit ein menschenwürdiges Leben (...) zu führen" durch den Staat zu verwirklichen, eine neue Variante des Rechts auf Arbeit.

Diese dennoch gravierenden Einschnitte sollen per einfacher Mehrheit in der Volkskammer durch Gesetz verabschiedet werden können, wie auch künftige Verfassungsänderungen. Denn "zukünftige Staatsverträge, die der Verfassung widersprechende Regelungen enthalten, sollen so - als "Verfassungsgesetz" definiert - bestätigt werden können.

Kritik an diesem Gesetzesentwurf zur Änderung der DDR-Verfassung, der die erste Lesung in der Volkskammer erfuhr und nun in den Ausschüssen behandelt wird, wurde nur seitens PDS und Bündnis 90 laut.

Knackpunkte

Auch wenn BRD-Berater Preuß den Entwurf des Runden Tisches als "problembewußte Fortschreibung seiner vor allem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und durch die Verfassungsrechtslehre

entfalteten demokratischen, rechts-, sozial- und bundesstaatlichen Möglichkeiten" beschreibt, stoßen doch die Gegenstände der Fortschreibung auf harten Widerstand im Westen, werden sie als Angriff auf Bewährtes verstanden.

Da ist einmal der Begriff der sozialen Marktwirtschaft. Das Grundgesetz kennt diesen Begriff nicht, dort ist die in der Regel vernachlässigte Norm über die Sozialbindung des Eigentums der Ansatzpunkt für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der hiesigen Wirtschaftsordnung. Im Staatsvertrag wird die soziale Marktwirtschaft zur Grundlage der Wirtschaft erklärt, die nur durch "Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Gütern und Dienstleistungen" erreicht und definiert wird.

Im SPD-Entwurf wird die soziale Marktwirtschaft durch Verbindung einer "Sozialgemeinschaft" mit Wirtschafts-und Währungsunion hergestellt. Im vorläufigen DDR-Verfassungsentwurf der Expertenkommission werden in multiple-choice-Manier drei Versionen angeboten. Analog zum Runden-Tisch Entwurf wird gefordert: "Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit dienen." Die Bonner Berater formulierten Variante 2: "Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft entsprechen" - wohlwissend, daß soziale Marktwirtschaft nicht gleichbedeutend mit sozialer Gerechtigkeit ist. Und die Verfassungsrechtler der DDR versuchen sich in verfassungsrechtlicher Flexibilisierung: sie wollen nichts dazu in der Verfassung haben, denn auch das Grundgesetz habe keine explizite Regelung hierzu.

Ebenfalls Debatten gibt es um die sog. sozialen Individualrechte - wie Recht auf Arbeit und Arbeitsförderung, Recht auf Wohnung und gesunde Umwelt. Die Juristen streiten sich um Sinn und Zweck von sog. Staatszielbestimmungen. Denn unstreitig schafft das Recht auf Wohnung oder Arbeit oder gesunde Umwelt dem Wohnungsuchenden noch keine Unterkunft, der Arbeitslosen keine Stelle und der Umwelt keine Entlastung. Viele Stimmen plädieren daher für die "Zurückhaltung des Grundgesetzes", dem Rechte, die konkret nicht einklagbar sind, verfassungstheoretisch fremd sind. Die Argumentation ist allerdings scheinheilig, denn derartige Rechte garantieren zwar keine Verwirklichung der ihnen immanenten Zielsetzungen, kennzeichnen dennoch den Stand des Problembewußtseins und sind - systemimmanent betrachtet - zumindest politische Argumentationshilfen. Demzufolge gibt es auch unter anerkannten Verfassungsrechtlern durchaus Plädoyers für die Aufnahme solcher Rechte in die künftige gesamtdeutsche Verfassung, um damit politisch mehr Druck in Richtung der Verwirklichung dieser Ziele zu schaffen.

Plebiszit - ein Dauerbrenner

Am heftigsten streitet man sich um die Einführung eines Plebiszits. Das Recht des Volkes, durch Entscheidung über Gesetzentwürfe unmittelbar an der Verfaßtheit der Gesellschaft beteiligt zu sein, stößt auf Unwillen insbesondere derjenigen, die tagaus tagein in den Parlamenten hiermit vertretungsweise beschäftigt sind. Teilweise mit demagogischem Verweis auf den Niedergang der Weimarer Republik, die in ihrer Verfassung eine solche plebiszitäre Norm hatte, wird die Gefahr unmündiger, nichtsachverständiger Entscheidungen heraufbeschworen. Sinnigerweise wurde während der Weimarer Republik lediglich zweimal eine Volksabstimmung (mit negativem Ausgang) durchgeführt, nämlich 1926 über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und 1929 - eine heiklere Angelegenheit - über den Youngplan, der die Reparationsforderungen der Sieger des Ersten Weltkrieges festschreiben sollte.

Die Erfahrungen der sog. Novemberrevolution in der DDR lassen ein noch länger anhaltendes, hartnäckiges Bestehen auf der Einführung eines solchen Volksentscheids erwarten. Der Runde Tisch hatte in seinem Entwurf (diskussionswürdige) Schranken eingebaut, um den Gegnern eines Volksentscheids den Wind aus den Segeln zu nehmen. In einem Streitgespräch zwischen Rupert Scholz, Ulrich K. Preuß und Wolfgang Ullmann von "Demokratie jetzt" erläuterte Preuß auf den Einwand von Scholz, ein Plebiszit stelle das Primat des Parlaments in Frage, den Vorschlag des Runden Tischs: "Im DDR-Entwurf ist nicht das Primat des Parlaments in Frage gestellt, sondern das Monopol des Parlaments. Da heißt es: Die Gesetze werden durch die Volkskammer oder durch Volkentscheide beschlossen. Ursprünglich hatte es geheißen: Die Gesetze werden durch Volksentscheid oder durch die Volkskammer beschlossen. Wir haben die Reihenfolge ganz bewußt umgekehrt, schon weil faktisch das Parlament den Vorrang hat. Außerdem gibt es da noch Hürden, um die Prämie für Demagogen, die immer ins Feld geführt wird, so niedrig wie möglich zu halten. Beispielsweise muß ein ausgearbeiteter und begründeter Gesetzentwurf vorgelegt werden und Haushaltsgesetze sind

grundsätzlich tabu. Vorgesehen sind ferner Verhandlungen über den jeweiligen Gesetzentwurf zwischen dem Parlament und den Initiatoren des Volksentscheids. Das Parlament soll nicht vor die Alternative gestellt werden: Friß oder stirb." (Spiegel 21.5.90)

Indes sammelt die "Demokratie- Initiative 90" wie auch das Neue Forum Unterschriften für einen Volksentscheid über die Verfassung der DDR, aber auch über eine zukünftige gesamtdeutsche Verfassung. Ziel ist gleichzeitig, die Einführung eines Plebizits generell zu verankern.

A., Hamburg

11. ... und der atomare Status (Groß)Deutschlands?

Rubrik: Atomwaffenverzichtskampagne · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:36

von Hans-Peter Huber

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die (sicherheits-) politische Neuordnung Europas standen und stehen bei etlichen internationalen Treffen in diesem Jahr ganz oben auf der Tagesordnung: Nach dem NATO-Außenministertreffen vom Donnerstag treffen sich an diesem Wochenende die ehemaligen Kriegsalliierten mit den ehemaligen Kriegsverlierern zu den sogenannten 4 plus 2 -Gesprächen (quasi ein Jalta II - nur daß diesmal die Deutschen dabei sind und die politischen Vorgaben machen); im weiteren Verlauf des Monats Mai finden die NATO-Frühjahrstagungen statt; und im Herbst soll dann eine KSZE-Konferenz die in kleinem Kreis ausgehandelten Wiedervereinigungs- und Neuordnungsbedingungen billigen und ihnen dadurch internationale Akzeptanz verschaffen. Während dabei viel über Bündniszugehörigkeiten und Übernahmekonditionen geredet wird, ist kaum einmal etwas über die Frage des atomaren Status der BRD oder eines wiedervereinigten Deutschlands zu hören.

Der atomare Status der BRD war in den vergangenen 40 Jahren immer wieder Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen - nicht nur bei der Auslegung der NATO- Strategie, wo es um den Streit der Drohung eines möglichst frühzeitigen (BRD u.a.) oder möglichst späten (USA) Einsatz der US-Atomwaffen ging. Die sicherheitspolitischen Debatten der fünfziger und sechziger Jahre in der BRD durchzog ein Jammern um die "atomare Diskriminierung", und immer wieder wurde der Ruf nach eigenen Atomwaffen laut. So beschaffte Verteidigungsminister Strauß den "Starfighter" als Atomwaffenträger, die Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) galt als "Versailles kosmischen Ausmaßes", und Außenminister Schröder drohte gar 1965 einmal mit der atomaren Bewaffnung, wenn die BRD weiterhin bei der Verfügung über Atomwaffen "außen vor" bliebe.

Als Konsequenz aus der Schuld am II. Weltkrieg mußte die BRD beim Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) bzw. zur NATO 1954 auf die Herstellung von Atomwaffen auf eigenem Territorium verzichten. Nach heftigen innenpolitischen Kontroversen ratifizierte die BRD 1974 mit dem "Atomwaffensperrvertrag" (NPT) einen weitergehenderen Verzicht als im WEU-Vertrag, da der NPT jeden Erwerb von Atomwaffen untersagt.

Vor allem mit diesen beiden Verträgen wiesen die bisherigen Bundesregierungen alle Anschuldigungen zurück, die BRD strebe eine Verfügung über eigene Atomwaffen an. Solche Vorwürfe konnten sich allerdings auf eine endlose Kette von "Indizien" stützen - angefangen von Straußens Starfighter-Beschaffungsprogramm und der genannten Drohung Schröders über die vom SPD-Abgeordneten Hermann Scheer enthüllte Atomwaffen-Forschung am Fraunhofer-Institut in den siebzigern bis hin zum Gezerre um die Pershing 1-a und der Entwicklung der KOLAS-Atomträgerraketen im Auftrag des Verteidigungsministeriums 1987/88.

Der "atomaren Schutzschirm" der USA im Rahmen der NATO-Integration kompensierte in der Vergangenheit ein Stück weit die Entbehrung eines eigenen atomaren BRD-Abschreckungspotentials. Diese "Nukleargarantie" litt jedoch schon in den 60er Jahren mit dem Aufbau eines sowjetischen "atomaren Zweitschlagspotentials" an mangelnder Glaubwürdigkeit: Würden die USA im Interesse einer BRD-Außenpolitik mit Atomwaffen drohen, wenn Washington damit quasi die Selbstzerstörung drohte? Die Stationierung der "Ankopplungswaffen" Pershing II und landgestützter Marschflugkörper sollte dieses "Dilemma" beheben; doch die Veränderung der gesamtpolitischen Konstellation, sowohl global (Relativierung der Hegemonialrolle der USA durch die Wirtschaftsmacht Japans und der EG) wie auch speziell in Europa (als Folge des gorbatschowschen Reformkurses) wirft im Hinblick auf die "atomare Absicherung" militärischer Macht für die BRD eine Reihe neuer Fragen auf.

Aus der mangelnden atomaren Interessensvertretung durch die USA einerseits und der Neuordnung des europäischen Kontinents andererseits ergibt sich für die herrschende BRD-Sicherheitspolitik Notwendigkeit und Möglichkeit zugleich, mittelfristig den Wunsch nach eigener Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu realisieren.

Um den sensiblen Vereinigungsprozeß nicht zu gefährden, wird aktuell über atomare Ambitionen der BRD nicht offen geredet. Doch es gibt sie nach wie vor. Sie sind Bestandteil aktueller politischer Vorgänge, was im folgenden an einigen Beispielen verdeutlicht werden soll.

Atomare luftgestützte Abstandswaffen - BRD-Bomber sind dabei

Vorweg ein ganz aktueller Vorgang: Aus englischsprachigen Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß die Stationierung der geplanten luftgestützen Abstandswaffen im Rahmen einer multinationalen NATO-Truppe geplant ist - unter Einschluß der BRD. Durch den INF-Vertrag war die BRD in doppelter Weise eigener atomarer Abschreckung beraubt worden: Durch den Abzug der "Ankopplungswaffen" Pershing II / Cruise Missiles und durch die gleichzeitig festgeschriebene Verschrottung der von Kohl als der BRD gehörenden atomare "Drittstaatensysteme" bezeichneten Pershing-1a. Mit dem von Bush und anderen "angedrohten" Abzug der atomaren Artillerie und dem Verzicht auf die "Lance-Nachfolge" nimmt für die Bundesregierung das Schreckgespenst einer atomwaffenfreien BRD Gestalt an.

Laut Washington Times und Guardian (14. bzw. 15. Mai 1990) plant daher die NATO-Zentrale in Brüssel, die atomare Abstandswaffe "Tactical Air to Surface Missiles (TASM)" auf F-15-E-, F-111-, F- 16-und Tornado-Bombern zu stationieren. Dieses gemischte Geschwader hätte einen US-Amerikaner zum Kommandant, sein Stellvertreter wäre ein Brite und ein Westdeutscher ist als "Chief of Staff" vorgesehen. Laut WT will die NATO durch die Einbeziehung von Westdeutschland sicherstellen, "daß Deutschland nicht entnuklearisiert wird, nicht zur Entwicklung eigener Atomwaffen verlockt wird und weiterhin zu den beiden nuklearen Mitgliedern der NATO - USA und Großbritannien - direkte Verbindung hält." Ob der Stationierungsort Großbritannien oder Westdeutschland sein soll, ist noch nicht entschieden. (1)

"Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" (AViG) - die Altparteien verweigern einen eindeutigen Atomwaffenverzicht

Der Bundestag debattierte am 15. März 1990, also drei Tage vor der DDR-Wahl, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet über den am 1. September 1989 durch die Grünen eingebrachten AViG-Gesetzentwurf. Der Grüne Antrag nahm Lücken in den erwähnten Atomwaffen- Verzichten zum Anlaß, einen umfassenden Verzicht der BRD auf Atomwaffen in der Verfassung festzuschreiben. Keine der drei Altparteien mochte sich positiv auf den Antrag beziehen: Einerseits betonte SPD-Redner Scheer, daß die SPD auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember 1989 die verfassungsrechtliche Verankerung eines umfassenden Verbots von Massenvernichtungswaffen in ihr Programm übernommen hat; im Widerspruch dazu hatte die SPD allerdings einen eigenen Gegenantrag zu AViG eingebracht, der ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen enthält, dieses aber nicht ins Grundgesetz übernehmen will und zudem die im AViG-Antrag kritisierte Atomwaffen-Vergangenheit der SPD mit keinem Wort erwähnt. Die FDP bekundete durch Frau Hamm-Brücher zwar Verständnis für Vorstöße in einer so sensiblen Frage; ihr Fraktionskollege, Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt, hielt einen Verzicht über bisherige Verträge hinaus jedoch für überflüssig. Und CDU-Redner Lowak erklärte, allein mache die BRD schon gar nichts, sondern nur im Bündnis, und ansonsten sei doch alles in schönster Ordnung.

In den Ausschußberatungen erklärten die SPD-Abgeordneten auf Nachfrage, daß sie ihren Antrag für das AViG-Gesetzesverfahren aufrechterhalten wollen und ihn nicht den Parteitagsbeschlüssen von Berlin anpassen wollen. Eine verfassungsrechtliche Verankerung des Verbots von Massenvernichtungswaffen sei erst im Rahmen der Debatte um eine gesamtdeutsche Verfassung sinnvoll. Ob es eine solche Debatte überhaupt geben wird, interessiert die Sozialdemokraten wenig. Nach wie vor gilt, daß der "Gegenantrag" der SPD ein billiges Manöver ist, sich aus der Affäre zu ziehen.

1990: Letzte Überprüfungskonferenz vor Auslaufen des "Atomwaffensperrvertrages"

Auf Betreiben der BRD wurde der NPT seinerzeit nicht unbefristet formuliert, sondern auf 25 Jahre begrenzt. In diesem Jahr findet vom 20. August bis zum 14. September mit der vierten zugleich die letzte Überprüfungskonferenz des NPT vor seinem Auslaufen 1995 statt. Weidlich nutzte die BRD den Artikel IV des NPT - "Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern ..." für den Aufbau eines gigantischen "zivilen" Atomprogramms aus. Um die Verbotsbestimmungen des NPT scherte sich die BRD dagegen einen Dreck, wie die im Rahmen der sog. Hanau-Skandale seit der 3. Überprüfungskonferenz 1985 bekanntgewordenen Exporte von Atomwaffen-Technologie veranschaulichten.

Erst vor ein paar Wochen beschuldigten die VerfasserInnen einer Studie der Washingtoner Carnegie-Friedensstiftung die BRD, durch Atomexporte Länder wie Pakistan, Indien, Brasilien und Argentinien

zu Atomwaffen verholfen zu haben. Die Bundesregierung bestreitet bei entsprechenden parlamentarischen Anfragen hartnäckig, daß ihre Atomkooperation z.B. mit Brasilien zur Unterstützung einer Atomwaffenherstellung gewollt oder genutzt werde. Fakt ist aber, daß die BRD durch solche atomtechnologische Zusammenarbeit ihr know-how für einen Atomwaffenbau erweitert. Außerdem wird in deutschen Landen natürlich irgendwann mal die Frage auftauchen, warum eine ökonomische und politische Großmacht Deutschland immer noch keine Atomwaffen haben darf, wenn Hungerleider wie Pakistan oder Brasilien welche besitzen.

In den bisherigen drei Überprüfungskonferenzen hat sich die BRD immer geschickt durchgemogelt: Sie stellte sich an die Seite der USA, wenn die Nicht-Atomwaffenstaaten gemäß Art. 6 NPT die atomare Aufrüstung anprangerten und Abrüstung forderten; andererseits wandte sich die BRD im Verein mit den Nicht-Atomwaffenstaaten gegen die US-Forderungen nach stärkeren Kontrollen (safeguards), die den Export oder geheime Forschungen beeinträchtigt hätten. Eigentlich sollte ihr diese "Goldene Mitte" wegen der Exportskandale diesmal nicht gelingen. Denn nur wenn Washington mitspielt, von wo in letzter Zeit deutlich unwirsche Töne wegen des BRD-Exports von A- und C-Waffen kamen, kann die BRD vielleicht verhindern, daß sie an den Pranger gestellt wird.

Die BRD konnte bislang recht gut mit dem NPT leben: Die Unzulänglichkeiten des NPT ermöglichten es ihr, technisch wie politisch dem Atomwaffen-Status näherzukommen und gleichzeitig offiziell als atomares Unschuldslamm dazustehen. Sie wird daher, wenn die "Löcher" des NPT nicht durch strengere Bestimmungen gestopft werden, einer Verlängerung über 1995 hinaus wahrscheinlich zustimmen. Zumal der NPT die "Europäische Option" beinhaltet, die der BRD im Rahmen des NPT den atomaren Status bescheren kann.

Atomwaffen-Mitverfügung durch die "Europäische Union"

Jüngst startete Kanzler Kohl mit Staatspräsident Mitterand die Initiative zur Schaffung einer "Europäischen Politischen Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik" parallel zur Wirtschafts- und Währungsunion bis Ende 1992. Einmal abgesehen von den Chancen, die einem solchen Vorstoß eingeräumt werden können, ergibt sich auch hier ein interessanter Zusammenhang mit bundesdeutschen Atommachtsoptionen: Bei Ratifizierung des NPT verwies die BRD auf die Zusage der USA (US-Interpretation Nr. 6), daß bei Schaffung eines europäischen Bundesstaates dieser den nuklearen Status einer seiner ehemaligen TeilnehmerInnen übernehmen kann - also den von Frankreich beispielsweise. Da die Richtlinienkompetenz für die Europäische Einigung derzeit ganz offenkundig in Bonn liegt, ist zu erwarten, daß die BRD die Übernahme des atomaren Status auch für sich wird durchsetzen können, wenn sie es will.

Der "Nuklearvorbehalt" bei den Zusatzprotokollen zur Genfer Konvention von 1949

Am 22.3.1990 brachte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle der Genfer Konvention zum Humanitären Kriegsvölkerrecht von 1949 ein.

Hinter diesem vordergründig unscheinbaren Vorgang verbirgt sich wiederum etwas, das in der Vergangenheit schon öfters für Aufregung sorgte. Diese Zusatzprotokolle zum Humanitären Kriegsvölkerrecht warten nämlich schon 13 Jahre auf ihre Ratifizierung im Parlament. Die BRD ist neben den USA international das einzig relevante Land, in dem diese Verträge noch nicht rechtskräftig sind. Selbst die "atomare Supermacht" UdSSR hat 1989 ratifiziert. Die zögerliche Haltung gerade der Atomwaffenstaaten erklärt sich aus dem Gegenstand selbst: Anfang der 70er Jahre initiierte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes Verhandlungen zur Angleichung der Regeln des Humanitären Kriegsvölkerrechts an die umfassende Vernichtungswirkung moderner Massenvernichtungswaffen durch Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention. Zwischen 1972 und 1976 handelten Delegierte des größten Teils der Staatenwelt die Zusatzprotolle aus, 1977 wurden sie paraphiert und dann zur Ratifikation freigegeben. Inzwischen haben über hundert Länder ratifiziert.

Die Bestimmungen der Zusatzprotokolle, insbesondere Art. 51 des ZP I, würden einen Atomwaffeneinsatz kriegsvölkerrechtlich praktisch ausschließen. So würde die NATO-Strategie völkerrechtswidrig, da sie die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen beinhaltet. Das erklärt die dezente Zurückhaltung des NATO-Partners BRD nur zum Teil. Auch bei der Einbringung des Gesetzentwurfs vom 22.3.1990 hat die Bundesregierung für die Rechtmäßigkeit einer Drohung mit eigenen Atomwaffen gesorgt. Denn auf der letzten Seite des Entwurfs sind eine Reihe von Vorbehalten aufgelistet, unter denen die Ratifikation erfolgen soll.

Erster Punkt dieser Vorbehalte besagt ganz lapidar, daß aus Sicht der BRD die Zusatzprotokolle für Atomwaffeneinsätze nicht gelten. So einfach geht das.

BRD und Atomwaffen - ein aktuelles Thema

Die genannten Beispiele zeigen, daß die Atomwaffen und eine (Mit-)Verfügung in der herrschenden sicherheitspolitischen Diskussion weiterhin aktuell sind. Im Kontrast dazu werden die politischen Neuordnungen in Europa, und zwar quer durch alle Parteien, vornehmlich durch die rosa Brille friedens- und abrüstungspolitischer Illusionen betrachtet. Der polnische Historiker Adam Zamoyski ("Die Karten werden neu verteilt", TAZ 2.5.90) kann sich das z.B. nicht leisten. Er beschrieb die Gefahren, die sich bei einer klassischen, rein machtpolitisch orientierten Neuordnung Europas für Polen ergeben - eine angebrachte Nüchternheit, wenn Kohl, Thatcher, Bush, Gorbatschow und Mitterand mit ihren Außenministern an einem Tisch sitzen. Realismus ist auch in der Frage der Atomwaffen-Ambitionen der BRD angesagt: Noch stützt sich das Vorenthalten einer (Mit-)Verfügung der BRD über Atomwaffen wesentlich auf das Eingeständnis der Kriegsschuld. Dieses Argument hat als Ablehnungsgrund gegen die bevorstehende Wiedervereinigung inzwischen versagt. Ohne eine besondere Aufmerksamkeit der BRD-Öffentlichkeit sowie innen- wie außenpolitischen Widerstandes wird auch der Weg zur "Atommacht BRD" mittelfristig nicht zu verhindern sein. Die Weichen werden heute gestellt.

Anmerkung

1) "Luftwaffe jets may fly from British bases as part of proposed Nato nuclear force", Guardian v. 15.5.90; "NATO considers joint air force to carry new missile", Washington Times v. 14.5.90.

12. Robotron: Ein Kombinat wird zerlegt

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:34

Etwa 150 zentral geleitete Kombinate gibt es in der DDR. Robotron ist dabei mit 68.000 Beschäftigten eines der größten Kombinate. Robotron fertigt EDV-Produkte, PCs, Großrechenanlagen, CAD/CAM- Produkte, Erzeugnisse für die Meß- und Regeltechnik, Unterhaltungselektronik und Büromaschinen aller Art sowie Standardsoftware. Die Kombinatsleitung, insbesondere der Generaldirektor Friedrich Wokurka, hat bereits sehr frühzeitig damit begonnen, die Kooperation mit westlichem Kapital zu suchen und so gilt Robotron als am weitesten fortgeschritten bei der Umstrukturierung. Bislang 25 Kooperationen bzw. Gemeinschaftsunternehmen mit westlichem Kapital (Stand CEBIT 90) ist Robotron bislang eingegangen.

Die Leipziger Messe und die CEBIT 90 waren die Hauptschauplätze, auf denen das westliche EDV-Kapital das zukünftige Terrain DDR und die damit verbundenen Marktchancen absteckte. Dabei zeigte sich das grundsätzlich unterschiedliche Herangehen des westeuropäischen Kapitals gegenüber dem japanischen. Die japanischen Hersteller setzen auf die DDR als Absatzmarkt mit riesigem Nachholbedarf nach Videorecordern oder Homecomputern etc. Im Auge haben diese Hersteller das auf ca. 120 Mrd. Mark geschätzte Sparvermögen der DDR-Bevölkerung, das nach der Währungsunion mit diesen Produkten bedient werden soll. Ausdruck dieser Strategie waren etwa die Werbeaktionen des japanischen Konzerns Canon, der in Leipzig mehr Werbeplakate für seine Produkte verklebt haben soll als CDU/SPD/FDP und PDS im Volkskammerwahlkampf zusammen. Der japanische Hersteller Epson engagierte die Leipziger Taxengenossenschaft, so daß während der Messe kein Taxi ohne Epson-Reklame zu besteigen war.

Die westeuropäischen Hersteller setzen eher auf den Investitions- und Produktionsstandort DDR. Bestes Beispiel dafür ist der Siemens-Konzern, dessen Hauptkunde das Postministerium der DDR werden soll. Auf 6 Mrd. DM schätzt man das Investitionsvolumen, das in den nächsten zwei Jahren für die Erneuerung des Telefonnetzes der DDR ausgegeben werden muß. Siemens konnte sich die Aufträge für die Installation von Vermittlungsanlagen in fünf DDR-Großstädten sichern. Drei weitere Städte gingen an einen Siemens-Konkurrenten, die Fa. Sel. Diese beiden Hersteller teilen sich den Telekommunikationsmarkt der DDR also genauso brüderlich wie sie dies schon in der BRD tun.

Der technologische Rückstand im EDV-Sektor der DDR-Ökonomie wird weithin auf fünf Jahre geschätzt, während das fachliche Qualifikationsniveau der in der Datenverarbeitung Beschäftigten von Westfirmen wesentlich besser beurteilt wird. Ein Drittel aller DDR-StudentInnen studiert Technische- und Ingenieurswissenschaften, während dies in der BRD nur 21% tun. Hinzu kommt das etwa 800.000 DDR-BürgerInnen russisch sprechen und damit für die anstehende Eroberung der osteuropäischen Märkte die nötigen Voraussetzungen mitbringen.

Brainware ist gefragt

Qualifizierte Softwareentwickler sind in der BRD noch immer Mangelware, was sich auch in den Spitzengehältern dieses Berufszweiges ausdrückt. Lt. Siemens-Sprecher Gustav Mayert sucht der Konzern selbst in Indien nach geeignetem Personal und da liegt es nahe, daß sich der Konzern ein großes Potential sogenannter "Brainware" direkt vor der Haustür nicht entgehen lassen wollte.

Folgerichtig hat Siemens zusammen mit der Fa. SAP und der Abteilung Softwareentwicklung des VEB Kombinats Robotron ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das zur Errichtung eines zweiten großen Softwarestandortes neben Robotrons Softwarezentrale in Dresden führen soll. Die Abteilung Software war der am heißesten umworbene Betriebsteil von Robotron, weil er aus dem Stand heraus konkurrenzfähige Produkte für den Weltmarkt liefern kann und bereits in der Vergangenheit Auftragsarbeiten für Siemens und VW ausgeführt hatte. Die Abteilung umfasst etwa 1.000 MitarbeiterInnen.

Siemens interessiert sich weiterhin für ein Zweigwerk Robotrons. Das Schicksal von mehr als einem Dutzend anderer Robotron-Betriebe ist ungewiß. Für eine Prognose bezüglich der Zukunft Robotrons bemühte Siemens Sprecher Mayert auf der Leipziger Messe den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Forstwirtschaft: "In einem kranken Wald müssen auch die morschen Bäume gefällt werden, damit die gesunden wieder wachsen können."

Einen weiteren attraktiven Teilbereich von Robotron konnte sich die IBM Deutschland GmbH durch eine Kooperation mit dem VEB Robotron Buchungsmaschinenwerk, Karl Marx Stadt, sowie, noch wichtiger, mit der VEB Robotron Vertrieb, Berlin, sichern. Robotron fertigt und liefert Anlagen der mittleren Datentechnik sowie Großrechenanlagen bis hin zu schlüsselfertigen Rechenzentren in den gesamten RGW. Etwa 700 dieser Großrechenanlagen stehen in der DDR, wieviel in den letzten Jahrzehnten in den RGW geliefert wurden und dort von Robotron gewartet werden, ist nicht bekannt. Die von Robotron gefertigten Großrechner folgen einem eigenen Kompatibilitäts-Standard, genannt ESER (Einheitliches System der elektronischen Rechnetechnik im RGW). Dieser Standard hat sich aber in den letzten Jahren immer stärker an die von IBM entwickelten Großrechenanlagen angelehnt. IBM hält bislang 70% des Anteiles am kapitalistischen Weltmarkt für Großrechenanlagen. Mit dieser Kooperation öffnet sich für IBM die in Jahrzehnten gewachsene Vertriebsstruktur von Robotron in den bislang für IBM verschlossenen RGW-Markt. Der Kooperationsvertrag umfasst die Bestandspflege und Wartung von Robotron-Rechner im gesamten RGW, die zukünftig von Robotron und IBM Deutschland gemeinsam durchgeführt werden wird, sowie den Vertrieb von IBM-Produkten und Dienstleistungen.

Die COCOM-Liste fällt für die DDR

COCOM ist ein Kampfbündis der meisten westlichen Industrieländer gegen den RGW, das darüber wacht, daß westliche Hochtechnologie-Produkte nicht an RGW-Staaten geliefert werden. Die sogenannte COCOM-Liste, verzeichnet, laufend aktualisiert, alle Produkte die unter das Exportverbot fallen. Auf der COCOM-Liste werden neben Computern und elektronischen Bauteilen auch Werkzeugmaschinen oder Telekommunikationssysteme geführt. Auf der Leipziger Messe kam es denn einer kleinen Sensation gleich, als Robotron erstmals einen 32-Bit 386er PC vorstellte und ankündigte, dieses Produkt auch im westlichen Ausland vermarkten zu wollen. Denn für die Fertigung dieses Produktes benötigt Robotron einen 80386/32-Bit Microprozessor der amerikanischen Fa. INTEL, und der steht auf der COCOM-Liste. Dies führte zu der kuriosen Situation das IBM auf der Leipziger Messe keinerlei Produkte, die unter das Verbot der COCOM-Liste fallen, ausstellte, während Robotron mit eben einem solchen Produkt als Anbieter präsent war. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen BRD und DDR, so beschlossen die COCOM-Länder, wird die DDR nun von der Boykottliste gestrichen.

Der westliche Handelsboykott bei Hochtechnologiegütern hat wesentlich dazu beigetragen, daß die DDR-Wirtschaft unter enormen Kraftanstrengungen eine autarke elektronische Industrie entwickelt hat, die in erheblichem Maße die ökonomischen Ressourcen der DDR-Volkswirtschaft belastete. Mit der Einbindung der DDR in den kapitalistischen Weltmarkt werden diese Anstrengungen weitgehend umsonst gewesen sein.

Ein Beispiel: das Berliner Kombinat Nachrichtenelektronik entwickelt seit Mitte der 80er Jahre die digitale Fernsprechvermittlungszentrale DKS 2000. Sie sollte 1995 in die Produktion gehen. Das Projekt wurde nun von der Kombinatsleitung eingestellt, da sich unter den neuen Bedingungen eine Eigenentwicklung nicht mehr lohne. Das Produkt gibt es schließlich fix und fertig auf dem BRD- Markt zu kaufen. Die Einstellung dieses Projektes, und ihm werden Hunderte weitere eingestellte Projekte folgen, vernichtet mehrjährige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und drückt entsprechend auf die Stimmung in den Betrieben.

Ein Volk von Aktionären?

Am meisten Aufsehen erregte die Kooperation von Robotron mit dem taiwanischen PC-Hersteller Aquarius. Die Firma Aquarius wird ab Herbst 1990 im thüringischen Sömmerda PCs fertigen. Aquarius und Robotron haben dazu eine gemeinsame GmbH gegründet. In Sömmerda wurden bislang von den 12.000 Werksangehörigen 8-Bit Personalcomputer gefertigt, die, aus westlicher Sicht, einem technologischen Stand von etwa 1982/83 entsprechen und noch vor kurzem von DDR-Betrieben zu Preisen bis 40.000 Mark erworben werden mußten. Mangels der Konkurrenzfähigkeit eines solchen Produktes auf dem Weltmarkt bestanden Pläne, den Betrieb stillzulegen und etwa 3.000-4.000 Werksangehörige zu entlassen.

Aquarius wird in Sömmerda 32-Bit Personalcomputer für den europäischen Markt fertigen lassen und die dafür erforderliche Fertigungstechnologie in dem Werk investieren. Mit Bekanntgabe der Aquarius Kooperation war auch das Geheimnis gelüftet, aus welcher Quelle Robotron die 32-Bit Microprozessoren für seinen auf der Leipziger Messe vorgestellten 386er PC bezieht.

Im Vorwege der Kooperation kam es in Sömmerda zu einer Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, die in westdeutschen Kapitalkreisen als abschreckend, in Kreisen der IG-Metall als vorbildlich gilt. Auf Antrag der Betriebsleitung und gegen den Widerstand des Robotron Generaldirektors Wokurka wurde der Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Allerdings erst nachdem die Belegschaft mit Streik gedroht hatte.

Das Grundkapital der neuen AG BWS-Robotron soll zu 75% auf die Belegschaft des Betriebes und zu 25% auf die "staatliche Anstalt für die treuhänderische Verwaltung des Volkseigentums" verteilt werden. Die Belegschaft wird einen Belegschaftsfond als eingetragen Verein bilden, der den Unternehmensgewinn an seine Mitglieder ausschüttet.

Spektakulär an dieser Eigentumsregelung ist die Tatsache, daß, sollte es zu einem Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz kommen, die neue AG unter das Mitbestimmungsgesetz von 1972 fallen würde. Danach stünden der Belegschaft von insgesamt 16 Aufsichtsräten 14 Mandate zu. Sechs Mandate als Eigentümervertreter und weitere 8 als Belegschaftsmandate.

Um die Attraktivität für westliche Investoren nicht zu verlieren, ließ sich die IG-Metall (DDR), die die Verhandlungen führte, beraten durch die IG-Metall (BRD), vertraglich darauf ein, als Eigentumsvertreter des Belegschaftsfonds im Aufsichtsrat nur externe und in der Leitung eines Unternehmens erfahrene Persönlichkeiten zu wählen.

Mit Inkrafttreten des Staatsvertrages wird sich eine solche Eigentumsneuregelung wohl nicht wiederholen. Die in der Regel bei der DDR-Staatsbank hochverschuldeten, volkseigenen Betriebe werden wohl in Zukunft, sollte es zu der geplanten Eingliederung der DDR-Staatsbank in die BRD-Bundesbank kommen, ihre Schulden in Verhältnis 1:2 und in DM an letztere begleichen müssen. Die BRD-Bundesbank bekommt damit direkten Einfluss auf die Eigentumsverhältnisse bei den DDR-Betrieben.

mas.

13. Von der Staatsgewerkschaft Ost zur Richtungsgewerkschaft West

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:49

In der DDR können wir gegenwärtig beobachten, wie die ehemals auf die SED verpflichteten Gewerkschaften zu SPD- Richtungsgewerkschaften nach westdeutschem Vorbild umgestülpt werden. Der Beschluß der DDR-Einzelgewerkschaften, die notwendigen Schritte zur Auflösung des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund der DDR) einzuleiten und vorläufig einen dreiköpfigen Sprecherkreis einzusetzen, kam nicht mehr überraschend. Bereits im Februar hatte der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dressler, gefordert, dem FDGB die "Macht" zu nehmen. Nach den beiden deutlichen Wahlniederlagen der DDR- SPD und den Streikdrohungen des FDGB gegen die sozialen Folgen der Währungsunion war es an der Zeit, die DDR-Gewerkschaftslandschaft grundlegend zu verändern.

Der nun eingeleitete Weg entspricht exakt dem Szenario, das bereits Anfang April der stellvertretende Vorsitzende der westdeutschen IG Bergbau und Energie, Hans Berger, gegenüber der "Tageszeitung" auf die Frage, ob sich "die Einzelgewerkschaften der DDR einen neuen Dachverband suchen" sollten, skizzierte: "Noch sind die Einzelgewerkschaften Mitgliedsgewerkschaften des FDGB. Sie unterliegen gewissen Zwängen. Ich denke, daß in der Übergangszeit ein Gremium mit den neugewählten Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften gebildet werden kann, das am FDGB vorbei die Interessen der Arbeitnehmer vertreten kann" (9.4.90).

Staatsgewerkschaft Ost

In der DDR kam dem auf allen Ebenen mit der herrschenden SED verknüpften FDGB die Aufgabe zu, die politischen Vorgaben des Zentrums in den Betrieben durchzusetzen und Zustimmung in der Arbeiterklasse zu organisieren. Anders als in der BRD waren die DDR-Einzelgewerkschaften kaum mehr als Fachabteilungen des FDGB ohne eigene Finanzhoheit und Verwaltungsapparate. Alle wesentlichen Entscheidungen über den Lebensstandard der Beschäftigten fielen im Zentrum; insbesondere die Höhe der Löhne wurde zwischen FDGB-Spitze und Ministerrat vereinbart und war Bestandteil der Jahreswirtschaftsplanung.

In den Betrieben waren es die Betriebsgewerkschaftsleitungen, denen die Rolle zufiel, über die berüchtigten Kampagnen der "Planverteidigung" und des "sozialistischen Wettbewerbs" ihren Anteil zur Produktivitätssteigerung beizutragen und den politischen Raum für die SED besetzt zu halten. Während die Gewerkschaften kollektive Interessen und Rechte nicht verteidigten und durchsetzten, hatten die Betriebsgewerkschaftsleitungen bei der Sicherung der individuellen ArbeiterInneninteressen einigen, vornehmlich informellen Einfluß. Obgleich die wachsenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des Produktionsablaufs und die tiefe Kluft zwischen schönfärberischen Erfolgsmeldungen und trister Wirklichkeit den Konsens in den letzten Jahren zunehmend untergruben, führte diese Entwicklung doch nicht zur Herausbildung einer eigenständigen ArbeiterInnenbewegung. Aufrufe zum Aufbau unabhängiger Gewerkschaften und Betriebsräte verhallten. Nicht zu Unrecht wurde für die Umwälzung in der DDR der Begriff der "Feierabend-Revolution" geprägt.

Beutemacher Ost

Mit dem Machtverlust des alles steuernden Zentrums entstand in den DDR-Betrieben ein Vakuum. Im Vorgriff auf die absehbare Entwicklung von mehr Markt und Konkurrenzdruck eigneten sich die Kombinats- und Unternehmensleiter zusätzliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und menschliche Arbeitskraft an. Selbständig wurden Rationalisierungspläne entworfen, MitarbeiterInnen entlassen, die produktivsten Unternehmensteile aus den Kombinaten herausgelöst, Verhandlungen mit Westfirmen zwecks Beteiligung geführt. Keinen Einzelfall bildete es, daß nun ehemalige SED-Betriebsleiter das formelle Volkseigentum an westliche Privatkapitalisten verschacherten. Sie konnten sich bei ihrem Vorgehen darauf stützen, daß sich in den 40 Jahren administrativ-bürokratischer Herrschaft eine wirkliche Bindung der Beschäftigten zu "ihrem" Eigentum nicht herausbildete, sondern die Produzenten Anhängsel eines sich hinter ihrem Rücken durchsetzenden Planes blieben. Mit der Umwälzung in der DDR und dem massiven Druck aus der BRD setzte zugleich eine Zeit erheblicher Demoralisierung und Perspektivverlustes ein. Der Mangel an Übung in

kollektiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung tat sein übriges, das Betreiben der Betriebsleiter resigniert zu ertragen.

Aussperrungsverbot und Gewerkschaftsgesetz

Angesichts des drohenden Ausverkaufs der DDR gehörte es nicht zu den schlechtesten Initiativen der Modrow-Regierung, mit der Änderung der DDR-Verfassung und dem neuen Gewerkschaftsgesetz Rechtspositionen der Gewerkschaften zu stärken. Insbesondere das Aussperrungsverbot und die weitgehenderen Zugangsrechte der Gewerkschaften zu den Betrieben stellen Verbesserungen gegenüber der westdeutschen Gesetzgebung dar. Nicht nur der Präsident des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag), Stihl, und der FDP-Vorsitzende Lambsdorff forderten sogleich die Rücknahme des Gewerkschaftsgesetzes, das ein "Investitionshindernis erster Güte" darstelle, sondern auch der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe ("Gewerkschaftsgesetz und Betriebsgewerkschaftsleitungen passen nicht in eine parlamentarische Demokratie, sondern nur in einen diktatorischen Staat"), und der ehemalige ÖTV-Vorsitzende Kluncker ("Wir in der Bundesrepublik hätten dieses Gesetz mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft") übten massiven Druck gegen die neuen Rechtsverordnungen aus.

Weit differenzierter verhielt sich der Hauptvorstand der IG Metall, der das Aussperrungsverbot positiv bewertete und die gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertreter in der DDR ermunterte, im Rahmen der DDR-Gesetze entsprechende Arbeit zu machen, um der Gefahr "mitbestimmungsfreier Räume" entgegenzutreten, da sonst "die Gefahr schon mittelfristiger negativer Rückwirkungen auf die Bundesrepublik ... nicht ausgeschlossen werden" könne. Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß auch die IG Metall bisher eine offensive politische Verteidigung des Aussperrungsverbotes nicht übernommen hat.

FDGB muß weg!

Während der DGB-Vorsitzende Breit in einem Aufsatz in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" (Nr. 3/ 1990) noch auf die schwierige Lage der DGB-Gewerkschaften zwischen vorschnellen Gewerkschaftsgründungen in der DDR und weiterer Zusammenarbeit mit den alten Organisationen hinwies, war die politische Kampagne längst in vollem Gang. Das organisationspolitische Ziel der westdeutschen Gewerkschaften war weitgehend gleich: die Durchsetzung sozialdemokratisch beherrschter Einheitsgewerkschaften und die Ausschaltung desjenigen Resteinflusses der PDS, der seine Grundlage in den wachsenden Befürchtungen vor Massenentlassungen und sozialem Abstieg fand.

Die DGB-Spitze, die zunächst die Verabschiedung des DDR-Gewerkschaftsgesetzes als "Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet hatte, forderte in einer gemeinsamen Erklärung mit der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeber (BDA) die Durchsetzung der westdeutschen Betriebsverfassung in der DDR und signalisierte ihre Zustimmung zu Löhnen, die zunächst "deutlich" unter dem westdeutschen Niveau liegen müßten. Nach den Volkskammerwahlen verschärfte der DGB seine Ausgrenzungspolitik. Jegliche Kontakte mit Funktionären des FDGB wurden eingestellt und auf der grenzübergreifenden Maikundgebung in Westberlin wurde dem FDGB-Vorsitzenden Mausch kein Rederecht zugestanden, denn der FDGB sei "nicht in der Lage ..., den Reformprozeß in der DDR beeinflussen und mitgestalten zu können."

Die Linie der ÖTV und der IG Chemie, über entsprechende Informationsbüros in der DDR und starken Druck auf die entsprechenden DDR-Einzelgewerkschaften, "unsere Grundsätze in bezug auf Gegnerbezogenheit und Kooperation" (Rappe) anzuerkennen, war unverhüllt auf die Durchsetzung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs gerichtet. Die ÖTV begann, in der DDR bereits Mitglieder zu werben, da die gewerkschaftlichen Vertretungsbereiche dort teilweise anders als in der BRD strukturiert sind. Darüber geriet sie sich mit der nicht weniger rührigen IG Bergbau und Energie (West) in die Haare; der HBV-Vorsitzende Schwegler erkannte einen "gewissen Gewerkschaftskannibalismus". Auch die IG Metall war darum bemüht, den Austausch bisheriger FDGB-Funktionäre gegen "unabhängige" Kandidaten zu fördern, schien aber zunächst nicht auf die völlige Auflösung des FDGB zu setzen. Das änderte sich nach den Volkskamerwahlen deutlich. Anfang April auf der 12. Zentraldelegiertenkonferenz der IG Metall der DDR wurde das Ziel der Vereinigung beider Metallgewerkschaften bis 1991 unter einem Dach, das, so Steinkühler, nur der DGB sein könne, ins Auge gefaßt.

Zwei Ereignisse gaben dann in der ersten Maihälfte den Anstoß, die zügige Auflösung des FDGB zu betreiben. Die Kommunalwahlen am 6. Mai offenbarten erneut, daß die SPD in der DDR bisher nicht Tritt gefaßt hat und

es ihr nicht gelang, ihre soziale Basis auszudehnen, während die PDS bei geringen Verlusten ihre verhältnismäßig gute Position halten konnte. Durch die Einbindung der SPD in die große Koalition ist das Feld der verbalen und demonstrativen Verteidigung sozialer Standards weitgehend frei für die PDS, die darin teilweise von der FDGB-Spitze unterstützt wurde. Diese war es auch, die unmittelbar nach den Kommunalwahlen eine erhebliche Erhöhung der Löhne und Gehälter und die Verkürzung der Arbeitszeit in der DDR forderte und zu Protestaktionen am 10. Mai aufrief.

Einen Tag bevor die Warnstreiks der Schuh- und TextilarbeiterInnen und die Straßenblockaden der Bauern ihre Ängste vor dem Verlust sozialer Errungenschaften demonstrierten, teilte der Hauptvorstand der DDR-Gewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (IG BEW) mit, daß die Mitgliedschaft im FDGB ab sofort ruhe und die Schritte zur Durchführung einer Urabstimmung über den Austritt aus dem Dachverband eingeleitet werden sollten, da die basisdemokratische Erneuerung des FDGB nicht in Gang gekommen sei, die FDGB-Spitze "unverschämte finanzielle Forderungen für Dienstleistungen" an die Einzelgewerkschaften richte und weil die FDGB-Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung die Arbeitsplätze gefährden und soziale Ängste schüren würden. Die IG BEW forderte die anderen FDGB-Gewerkschaften auf, ihr zu folgen und den FDGB aufzulösen.

Das geschah am folgenden Tag. Offizielle Begründung für die Entmachtung des FDGB-Vorstands: Mit dem Austritt der IG BEW sei die Gefahr weiterer "Abspaltungen und Alleingänge einzelner Gewerkschaften im Vereinigungsprozeß" mit den BRD-Gewerkschaften gewachsen. Es liege daher im Interesse der Einheit, wenn der neue Sprecherrat die rechtlichen Voraussetzungen für die Umverteilung des FDGB-Vermögens auf die Einzelgewerkschaften schaffe und ein Kongress im Herbst die Auflösung des überflüssigen und bisher nicht reformierten FDGB beschliesse. Das Signal für die Herausbildung einer einheitlichen und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung im ganzen Deutschland, das Ernst Breit darin zu erkennen vermag, kommt auch mir nicht unbekannt vor. Es ist das Hallali zur Vertreibung der allermeisten PDS-Mitglieder aus gewerkschaftlichen Funktionen und zur Durchsetzung sozialdemokratischer Herrschaft in den Gewerkschaften. Und dies ist genau das Interesse des amtierenden Sprecherrates: "Freilich komme es darauf an, daß jetzt vor allem unbelastete Kollegen an die Spitze der Gewerkschaften kämen. Seine 'natürlichen' Bündnispartner sieht Rothe vor allem bei der SPD, ähnlich wie die Gewerkschaften hierzulande." (FAZ, 23.5.)

fo.

14. BRD-Arbeitsrecht als Exportschlager

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:18

In zentralen Fragen läßt das westdeutsche Kapital nichts anbrennen. Daher ist der DDR per Staats"vertrag" auch Punkt für Punkt das Arbeitsrecht der BRD diktiert worden. Eine eigenständige Entwicklung der Arbeitsbeziehungen ist unerwünscht. Die DDR wird nicht mehr als geordnetes Gemeinwesen, geschweige denn wie ein souveräner Staat, sondern gleichsam als gesellschaftliche Rohmasse behandelt. Davon ungerührt erteilt der DGB dem "Vertrag" seinen Segen. Er erklärt sich zufrieden, daß der arbeitsrechtliche Standard der BRD "knapp gehalten" werden konnte. Richtig ist daran nur, daß die ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehene Absenkung des DDR-Rechts unter das West-Niveau zugunsten der glatten Übernahme bei den Verhandlungen fallengelassen wurde. Doch auch der DGB weiß, daß das BRD-Arbeitsrecht - oft genug als unzureichend kritisiert - unter den Bedingungen der DDR weit weniger Möglichkeiten als in der BRD bietet. Was das Überstülpen des Arbeitsrechtsmodells für die weitgehend paralysierte Arbeiterklasse der DDR bedeutet, wird hier entlang wesentlicher Punkte erörtert.

Der "Vertrag" sieht zum Arbeitsrecht vor, daß in der DDR Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung und Kündigungsschutz entsprechend dem Recht der BRD gelten (Art. 17). Im gemeinsamen Protokoll über Leitsätze heißt es u.a., daß die besonderen Mitwirkungsrechte des FDGB und der Betriebsgewerkschaftsleitungen nicht mehr angewendet werden und daß Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr vom Staat, sondern durch freie Vereinbarungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden festgelegt werden, übergangsweise auch von Arbeitgeber und Betriebsrat. Alle Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches (AGB), die hiermit nicht vereinbar sind, hat die DDR laut Anlage III aufzuheben sowie das gesamte Gewerkschaftsgesetz vom 6.3.1990 und die Bestimmungen über betriebliche Konfliktkommissionen. Anlage II schreibt vor, daß dafür aus der BRD die Mitbestimmungsgesetzgebung, die Betriebsverfassung, das Tarifvertragsgesetz und das Kündigungsschutzgesetz direkt und im Wortlaut zu übernehmen sind.

Damit gilt in seinen Grundzügen jenes BRD-Arbeitsrecht, das schon hier - wie die Rezessionen der letzten 20 Jahre gezeigt haben - in der Krise für die Beschäftigten regelmäßig wertlos ist. Für eine gewisse Abfederung der Krisenfolgen konnte in der BRD wenigstens für einen Teil der Beschäftigten eine bei allen Mängeln im internationalen Vergleich hervorragend organisierte Gewerkschaftsbewegung sorgen. Für die DDR ist nun eine weit dramatischere Pleiten- und Entlassungswelle zu erwarten, und es ist davon auszugehen, daß sie auf eine weit desorientiertere Arbeiterklasse trifft.

Die Arbeiterbewegung der DDR ist seit knapp 60 Jahren zerschlagen und hatte seitdem keine Gelegenheit mehr, Kampferfahrung zu sammeln. Die stalinistische Herrschaft hat die Werktätigen demoralisiert und Einrichtungen wie Gewerkschaft, Einheit, Solidarität gründlich diskreditiert. Wie weit dennoch widerstandsfähige betriebliche Strukturen vorhanden sind, ist fraglich. Die kommende scharfe Umschichtung des Arbeitsmarktes droht sie jedenfalls aufzulösen. Unter diesen Bedingungen ist die übergangslose Transplantation des BRD- Rechts nicht nur kein Geschenk, sondern eine Keule.

1. Streikverhütung

Eine Welle politischer Warn- und Demonstrationsstreiks begleitete in der DDR die Verhandlungen über die beschönigend als Staatsvertrag bezeichnete Kapitulationsurkunde der Regierung de Maiziere. Es geht um Schutzrechte für Industriezweige und Bestandsgarantien für Betriebe. Kein Thema ist die Unterwerfung unter das westliche Recht, demzufolge solche Aktionen bald als politische Streiks illegal sein werden.

Wahrscheinlich sind die engen Grenzen des BRD-Streikrechts in der DDR weithin unbekannt: Verbot von politischen Erzwingungs- und Demonstrationsstreiks, Verbot von Solidaritätsstreiks, von "wilden Streiks" und Streiks für nicht tariflich regelbare Ziele, um nur einige Einschränkungen zu nennen. Im Prinzip zulässig ist dagegen die Aussperrung. Das gilt durch die vereinbarte Übernahme des BRD-Arbeitskampfrechts künftig auch in der DDR. Das Aussperrungsverbot des Gewerkschaftsgesetzes der Modrow-Regierung ist damit gefallen. Wenn die ausdrückliche Zulassung der Aussperrung aus dem Text des Staats"vertrages" gestrichen wurde, so sorgt dies lediglich für die juristische Klarheit, daß die Grenzen des Aussperrungsrechts dort nicht weiter gezogen sein sollen als hier. Ein erwähnenswerter Verhandlungserfolg der DDR ist das nicht.

Ohne die eigene Logik zu verletzen, ist das BRD-Arbeitskampfrecht auf die DDR nicht übertragbar. Mehr als jedes andere Rechtskonzept wird das Arbeitskampfrecht der BRD ständig per Richterrecht neu zugeschnitten; und zwar immer aktuell ausgerichtet am mutmaßlichen Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit. "Kampfparität" herzustellen, gibt das Bundesarbeitsgericht vor. Verstanden wird darunter, die Gewerkschaften rechtlich soweit unter Druck zu setzen, daß Streiks zwar möglich bleiben, aber doch ein schwer wägbares Risiko darstellen.

Aufgestülpt auf das Klassenkräfteverhältnis der DDR - geprägt durch unerfahrene Gewerkschaften unter Bedingungen steigender Arbeitslosigkeit - muß dieses Konzept viel krasser die Gewerkschaftsseite in die Defensive drücken.

Mit dem ausgeklügelten Befriedungskonzept der "Kampfparität" hat das nichts mehr gemein. So bestehen Chancen, daß doch keine Friedhofsruhe im Klassenkampf der DDR eintritt, weil das wohldosierte BRD-Recht unter den DDR- Verhältnissen auch seine kanalisierende Funktion nicht entfalten kann. Mit dem Rücken zur Wand dürften viele Werktätige in der DDR das Risiko eingehen, ohne Rücksicht auf die Rechtslage selbstgewählte Kampfformen zu praktizieren. Ob sie diese durchstehen, kann entscheidend von westdeutscher Solidarität abhängen.

2. Zersplitterung der Interessenvertretung

Erhebliche innergewerkschaftliche Diskussionen rankten sich lange vor Verhandlung des Staats"vertrages" um die Frage, ob die Einführung von Betriebsräten den DDR-Belegschaften zu empfehlen ist. In vielen DDR-Betrieben war das Betriebsverfassungsgesetz auch ohne gesetzliche Geltung von betrieblichen Komitees praktisch durchgesetzt worden, die darin vor allem die Chance freier Vertretungswahlen zur Zerschlagung des betrieblichen SED-Filzes sahen. Vielfach waren die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen zu einer Interessenwahrnehmung auch gar nicht mehr in der Lage, weil mit dem rapiden Machtverfall des FDGB die hergebrachte informelle Einflußnahme auf die Betriebsleitungen versagte.

Dennoch gab es auch in der BRD-Gewerkschaftsdiskussion Skeptiker gegenüber einer rechtlichen Angleichung, denn die rechtliche Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaft beinhaltet bekannte Probleme; Stichwort: Betriebssyndikalismus. Darunter wird z.B. verstanden, daß sich die Betriebsräte florierender Unternehmen von den Tarifauseinandersetzungen der Gewerkschaft abkoppeln, um einvernehmlich mit dem Unternehmer eine eigene Lohnpolitik zu betreiben. Eine andere Variante ist die stark auf Sicherung und Ausbau der Privilegien der Stammbelegschaften ausgerichtete Betriebsratspolitik.

Die DGB-Gewerkschaften meinen aber, in der BRD diese Probleme aufgrund ihres großen Einflusses und hervorragend funktionierenden Apparates zu beherrschen. Auf den weitaus meisten Betriebsratsposten sitzen ihre Leute, die über Serviceleistungen (Bildung, Beratung) eingebunden sind. Allerdings wird dabei "gelbe" Betriebsratspolitik vielfach geduldet.

Übertragen auf die DDR müßten sich die Probleme jedoch erheblich verschärfen. Extreme Unterschiede in der Produktivität der Betriebe sind zu erwarten; z.B. zwischen solchen mit und solchen ohne westliche Investitionen. Eine vereinheitlichende Tarifpolitik wird kaum möglich sein, so daß erhebliche Spielräume für die Unternehmer entstehen, "gelbe" Betriebsräte heranzuziehen. Auch den Mißkredit, in den die Gewerkschaften (Ost) gefallen sind, wird das Kapital auszunutzen wissen, um "unabhängige" KandidatInnen zu fördern. Eine Praxis, die auch in der BRD häufig versucht wird, die in der DDR jedoch günstigere Entfaltungsmöglichkeiten findet.

Weiterhin kann sich das Kapital auf die großen Umsetzungsschwierigkeiten freuen, die den Gewerkschaften durch das rasche Überstülpen der Betriebsverfassung entstehen. Bekanntlich sind die ausdrücklichen Mitbestimmungsrechte des Gesetzes begrenzt auf die Folgenabwicklung unternehmerischer Entscheidungen. Beschränkt sich der Betriebsrat auf seine Rechte, bleibt er bequemer Helfershelfer der kapitalistischen Rationalisierung. Nur erhebliches Geschick, Know-how und Erfahrung im taktischen Umgang mit dem Recht ermöglicht eine ernsthafte Interessenvertretung. Das Kapital kann davon ausgehen, daß die entscheidenden Entlassungswellen lange zurückliegen, bis die DDR-Betriebsräte so weit sind.

Bis vor kurzem noch war im DGB diskutiert worden, die Wiedervereinigung wenigstens für eine Diskussion um die Ausweitung der Rechte des Betriebsrates zu nutzen. Überrollt vom Staats"vertrag" bleibt nun kaum etwas anderes, als quer durch die DDR den überall sprießenden Betriebsräten Beratung und Bildung anzudienen,

um die Zersplitterung zu begrenzen. Hoffentlich lassen sich die betrieblichen AktivistInnen, die die Enge des Gesetzes so schnell nicht akzeptieren wollen, auch von den Gewerkschaftsexperten nicht einschüchtern. So oder so wird aber im Wechselspiel zwischen gewerkschaftlicher Tarifpolitik und betrieblicher Interessenvertretung der betriebliche Pol erheblich an Bedeutung gewinnen. Das schnelle und weite Auseinanderdriften der Arbeiterklasse in Sanierungsgewinner und -verliererInnen wird daher kaum zu verhindern sein.

3. Zerklüftung des Arbeitsmarktes

Das Diktat der Tarifautonomie und der Kündigungsfreiheit nach westdeutschem Vorbild beschert der DDR als Krone der Freiheit den freien Arbeitsmarkt.

Die Kündigungsfreiheit des Unternehmers ist der dramatischste Verlust für die Arbeiterklasse der DDR. Denn das Recht auf Arbeit war kein abstrakter Programmsatz, sondern durch scharfe Einschränkungen der Kündigungsfreiheit konkretisiert. Vor allem bestimmt §51 AGB, daß betriebsbedingt nur unter Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes gekündigt werden kann. Stattdessen gilt nun das sogenannte Kündigungsschutzgesetz der BRD, das im wesentlichen vor der Kündigungswillkür chaotischer Unternehmer schützt. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts wird z.B. bei Rationalisierungskündigungen die ökonomische Entscheidung des Unternehmens ausdrücklich nicht überprüft. Was bleibt, ist die sogenannte "soziale Auswahl", also die Frage, wer auf die Straße gesetzt wird. Nach völlig eindeutigen Untersuchungen behält fast nie ein/e Gekündigte/r, der/die Kündigungsschutz geltend macht, seinen/ihren Arbeitsplatz, sondern erhält meist eine Abfindung. Schon deswegen ist nicht zu erwarten, daß das Kündigungsschutzgesetz die anstehende Kündigungswelle in der DDR erwähnenswert beeinflussen wird. Hinzu kommt, daß der Aufbau eines effektiven Rechtsschutzsystems - einschließlich des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes - zu spät kommen wird.

Unumstritten in den Gewerkschaften ist der Wert der Tarifautonomie, die schon die Modrow-Regierung mit Zustimmung des FDGB im Gewerkschaftsgesetz vom 6. März verankerte. Dabei ist Tarifautonomie nichts anderes als die Freiheit, auf dem Arbeitsmarkt den Preis auszuhandeln, wobei die freie Durchsetzung des jeweiligen Marktpreises im wesentlichen beschränkt wird durch das Recht der ArbeiterInnen zu kollektivem Vorgehen.

Ein solches System mag soweit und solange erträgliche Ergebnisse produzieren, wie ausreichende Nachfrage nach Arbeitskraft besteht und die gewerkschaftliche Solidarität funktioniert. Ein Blick beispielsweise in die USA zeigt, daß bei einem wesentlich geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad gepaart mit betriebssyndikalistischen Strukturen schwere Produktionseinbrüche zum Lohnver- fall teilweise unter die Armutsgrenze führen, und eine Schicht von "Working Poor" entsteht. Darum wird auch dort wie in vielen kapitalistischen Ländern die Tarifautonomie nach unten durch einen staatlich festgesetzten Mindestlohn beschränkt.

Auch unter den Bedingungen der DDR - schwache Arbeiterbewegung, umfassende Entlassungswellen - kann Tarifautonomie keine existenzsichernden Löhne für alle gewährleisten. Zu erwarten sind nicht allgemein die Verhältnisse eines Billiglohnlandes. Vielmehr wird die dem kapitalistischen Arbeitsmarkt gesetzmäßig innewohnende Tendenz zur Spaltung und Zerklüftung dort besonders tiefe Gräben aufreißen und eine extrem auseinanderdriftende Lohnstruktur produzieren. Tiefe Spaltlinien werden entstehen, z.B. zwischen schnell mit westlichem Kapital sanierten Unternehmen und solchen, die wenig profitträchtig aus politischen Gründen mit Subventionen knapp am Leben gehalten werden.

Aber auch dort, wo sich westliches Kapital einfindet, werden Tarifverhandlungen keineswegs überall so schwungvoll anlaufen wie im Banken- und Versicherungsgewerbe. Neben Betrieben, die rasche Produktivitätssteigerungen erlauben, aber auch qualifiziertes Personal brauchen, das nur über schnell steigende Löhne zu halten ist, wird es solche geben, die arbeitsintensiv, aber auf niedrigem Qualifikationsniveau gezielt jene ausbeuten wollen, die wegen fehlender oder "falscher" Qualifikation im Westen keine Chance haben. Letzteres entspricht den kapitalistischen Strategien in einem Billiglohnland. Die üblichen Erscheinungen könnten sich in großem Umfang durchsetzen: Schlecht bezahlte, unstete Beschäftigungsverhältnisse, krasse Gewerkschaftsfeindlichkeit, "gelbe" Betriebsräte usw. Schon jetzt deutet

sich in der DDR an, daß bei dieser extrem auseinanderlaufenden Entwicklung überproportional Frauen auf der Verliererseite stehen werden.

Widerstand ist gefordert

Das Diktat der Übernahme des BRD-Arbeitsrechts erlaubt das ungebremste Durchschlagen der sozialen Unverträglichkeiten des kapitalistischen Arbeitsmarktes auf die Arbeiterklasse der DDR. Verschiedene Effekte verstärken sich gegenseitig, die aus dem Überstülpen eines Rechtssystems entstehen, das teils ausdrücklich, teils stillschweigend die Existenz einer kampfstarken und wohlorganisierten Gewerkschaftsbewegung voraussetzt. Einerseits wird ein Arbeitsmarkt, der unbestritten vor schwersten Verwerfungen steht, abrupt von fast jeder sozialen Abfederung - z.B. wirksamer Kündigungsschutz, Mindestlöhne - befreit. Andererseits verschiebt die Installierung eines Arbeitskampfrechts, das auf die DDR kaum anwendbar ist, und einer Betriebsverfassung, die gewerkschaftsunabhängige Interessenvertretung festlegt, den Schwerpunkt des Klassenkampfes auf einzelbetriebliche Auseinandersetzungen.

Unter diesen Bedingungen werden die Gewerkschaften, selbst wenn sie ernsthafte Anstrengungen unternehmen, die Zerklüftung des Arbeitsmarktes kaum mildern können. Auch der Widerstand einzelner Belegschaften, so unterstützenswert er im Einzelfall sein mag, kann die Entwicklung nicht bremsen, unter Umständen sogar noch verstärken. Die Arbeiterbewegung läuft der Entwicklung aussichtslos hinterher, wenn sie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen akzeptiert und einzig auf eine tarifökonomische Auseinandersetzung mit Unternehmern und Kapitalistenverbänden setzt. Deshalb ist das Verbot politischer Streiks im Staats"vertrag" auch gänzlich unakzeptabel. Wünschenswert ist vielmehr, daß Aktionen gegen praktische Umsetzung des Staats"vertrages" in der DDR weiterhin kräftig zum Zuge kommen.

dt., Bremen

15. Real-existierende Neonazis - Zur Perspektive des Antifaschismus in der DDR

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:56

Antifaschismus ist einer der "Werte der DDR", den unsere staatsväterlichen Genossen ins Einigdeutschland einzubringen gedachten. Nun gibt es zwar noch etliche Antifaschisten, die der BRD sicher nicht sehr willkommen sind, aber durch Einheitstaumel und allgemeine Krise wächst die Fascho-Szene rapide an, so daß wohl gerade der antifaschistische deutsche Staat das relativ größere faschistische Potential zum "Vaterland" beisteuern wird. Glatzköpfe gehören in Berlin längst zum alltäglichen Straßenbild. Die formalisierte Antifa-Tradition hat weitgehend versagt, allerdings bringt der Antifaschismus nach der Wende leider kaum Lösungsmöglichkeiten. Noch genießt die Autonome Antifa aufgrund ihres großen Wissens Respekt, sie wird allerdings selbst von einigen Linken nun unter dem Vorwand der "Gewaltfrage" ausgegrenzt, und CSU/DSU-Innenminister werden mit Kriminalisierung wenig zimperlich sein. Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremisten sowie mangelnde Trennung von Tätern und Opfern haben die DDR-Medien schon gelernt. Das Ende der Sicherheitspartnerschaften von Bullen und Linken ist abzusehen. Bleibt also ein humanistischer Antifaschismus fürs bürgerliche Gewissen und dank Artikel 23 auch § 129 sowie der Verfassungsschutz, die Aufhebung des Rep-Verbots und was noch?

Rassistisches Lehrstück

In Berlin -Lichtenberg kommen die Züge aus Osteuropa an. Mitte Mai brachten sie die erste größere Flüchtlingswelle, täglich einige hundert Rumänen, etwa zweiDrittel Roma und Sinti. Als die Zahl auf ca. 3000 angewachsen war, sprach Innenminister Diestel von "völkerwanderungsähnlichen Zügen"; für Westberlins Innensenator Pätzold bestand "dringender kurzfristiger Handlungsbedarf", worauf die DDR-Behörden prompt reagierten: für Rumänen ohne Einladung ist seit dem 18.5. die Grenze dicht. Die Deutschen sind nun beruhigt, daß sie die angekündigten 15.000 Flüchtlinge nichts mehr angehen.

Erschreckend deutlich und doch kaum beachtet bleibt allerdings die Tatsache, daß sich in diesen Tagen in Lichtenberg Pogromstimmung anbahnte. Ausgerechnet in der am Bahnhof beginnenden Weitlingstraße hat die Nationale Alternative (NA) - heißt in der BRD Nationale Liste (Kühnen-Truppe) - ihr Hauptquartier in zwei besetzten Häusern eingerichtet. Die Straße ist vollgeklebt mit NA-Flugblättern: "Arbeiter, wehrt euch gegen Ausländerzuzug", "Macht kaputt, was euch kaputtmacht", dazu ein Stiefel, der Stern, Hammer und Sichel zertritt; ein Bündnis-90-Plakat wurde beschmiert: "Bolschewistenbrut"; "NA lebt", "das neue Deutschland schaffen wir" - kaum zu glauben, daß hier noch DDR ist, in der faschistische Propaganda immer noch verboten ist.

Junge Nazis und schlichte Allianz-Wähler machen im Gespräch in der Bahnhofshalle keinen Hehl aus ihrem Ausländerhaß. Sie beteuern, immer ehrlich gearbeitet zu haben, äußern ihre Angst vor Arbeitslosigkeit - immerhin ist ihnen klar, daß die Währungsunion kein reiner DM-Segen ist - und laden dann ihren Ärger auf die Rumänen ab. Die wollten auf Kosten der Deutschen leben und seien genau wie die Polen zum großen Teil Hehler. Für westliche Beobachter höchst erstaunlich: Es mischen sich etliche einfache Bürger in die Diskussion ein und werben um Verständnis für die Flüchtlinge. Das Argument "DDR-Fluchtbewegung" wird jedoch barsch damit beantwortet, daß es doch etwas anderes sei, ob Deutsche nach Deutschland gingen oder Rumänen hierher kämen. Trotz Dialog tickt die Zeitbombe. Auf dem Vorplatz sind nachts VP-Mannschaftswagen bereitgestellt. Das ist der Vorgeschmack, Bahnhof Lichtenberg wird Brennpunkt bleiben. Hier prallen Erste und Dritte Welt aufeinander und die Erste will wenige Monate nach dem Einsturz der Mauer die Grenzen gnadenlos ziehen.

Neonazis in der DDR

30.000 potentielle Rechtsextremisten soll es laut DDR-Innenministerium geben. Unklar ist, wer so definiert wird und erst recht, wieviele es werden könnten. Daß der ökonomische Kollaps nicht nur das Kapital, sondern auch die Faschos stärkt, ist unstrittig, alles weitere Spekulation. Alles bereits vorhandene Potential ist jedoch schon zu viel und viel zu normal geworden.

Es gibt verschiedene miteinander konkurrierende neonazistische Organisationen: REPs, FAP, NA, den NPD-Ableger Mitteldeutsche Nationaldemokraten, Berliner Anonyme Einheitsfront, Nationale Front sowie Skins und Faschos, die sich als "Bewegung" verstehen. Seit der Wende hat der Faschismus ein unübersehbares Outfit bekommen: Bomberjacken, Stiefel, Hohlköpfe halb oder ganz kahlgeschoren. Die Aggressivität hat zugenommen, Stasi- und rechtsfreier Raum wird immer offensiver genutzt.

Was alles in einer DDR, in der es offiziell keine Nazis geben durfte, schon vorhanden war, wird nach und nach öffentlich. Seit 1980 war ein schleichendes Anwachsen neofaschistischer Tendenzen und Handlungen zu verzeichnen. 1989 waren 1150 straff organisierte Mitglieder von Skinhead-Gruppen bekannt. Zu Ausschreitungen kam es vor allem nach Fußballspielen; besonders berüchtigt ist nach wie vor der FC-Berlin, einst BFC Dynamo, dessen Sponsor Stasi-Chef Erich Mielke war. Worin sich DDR-deutsche Faschisten von westlichen unterscheiden und welche anderen Ursachen in der "nach-stalinistischen" Gesellschaft nationalistische und faschistische Tendenzen hervorrufen, wäre gründlich zu analysieren.

Aus einer Studie der Kriminalpolizei von 1989 geht hervor, daß 80% der Neonazis männlich sind, 50% sind Facharbeiter. Es wurde keine Rekrutierung aus besonderen Schichten oder Gruppen der Gesellschaft festgestellt. Erst seit 1988 ist verstärkt Material von REPs, FAP und NPD im Umlauf. Das Verhältnis zur Arbeit hat einen zentralen Stellenwert in der Skin- und Fascho-Szene. Aussage eines 18-jährigen Skins: "Insgesamt sind wir fleißig und können Arbeitsbummelei und Schmarotzertum nicht ausstehen... Ich bin dieser Gruppe zugehörig, um wieder mal Ideale zu schaffen...Zucht und Ordnung einkehren zu lassen und aufrechte, harte Menschen zu erziehen." Punks und Ausländer sind der Inbegriff von Faulheit, so daß es mit den deutschen Kollegen kaum Konflikte gibt. Rund drei Viertel der Faschos werden von ihren Arbeitskollektiven als geachtete Mitglieder angesehen, ein Teil besetzt gewählte Funktionen. Straftaten werden ihnen von den Kollegen häufig nicht zugetraut. Sogar in der FDJ hatten einige Faschos Funktionen.

Die Organisierung in Kleingruppen von 10 bis 12 Personen lief bisher über langjährige persönliche Kontakte. Inzwischen wird offen propagiert. Vor allem in Neubaugebieten verteilt die NA in den Jugendclubs Flugblätter. Sie wirbt - bewußt an die SA-Tradition anknüpfend - für eine Lebensgemeinschaft, die die zukünftige Volksgemeinschaft vorwegnimmt. Dies ist ein Qualitätssprung in der Neonazi-Szene. Auch in der "Deutschen Frage" vertreten Nationalalternative den ganz harten Kurs: Neutralität und nicht nur Grenzen von 1937; Deutschland ist, wo es deutsche Kultur gibt; Ausländer haben auf deutschem Boden nichts zu suchen. Gewalt gegen Ausländer ist zu verstehen als individueller Versuch, diese zu vertreiben, wenn die Regierung das eben nicht regelt.

Ende April räumte die VP die Häuser in der Weitlingstraße vorübergehend. Propagandamaterial, Funkanlagen und Waffen wurden beschlagnahmt, drei "Führer" sitzen seitdem im Knast, ansonsten läuft alles weiter wie bisher. Die NA ist nicht verboten, sie wurde lediglich zur Kommunalwahl nachträglich nicht zugelassen. Nazi-Prominenz aus der BRD (Michael Kühnen, Christian Worch) und Österreich halten ungehindert Kontakt zur NA-Zentrale in der Weitlingstraße. "Graubraune Eminenzen lenken Randale", behauptet die Junge Welt (17.5.) in einer Schlagzeile. So sehr Information und Warnungen vor einem hohen Organisierungsgrad zu begrüßen sind, ich befürchte, die DDR-eigenen Nazis prügeln ganz selbständig. Wenn Kühnen am 1.Mai in Neukirchen bei Eisenach beinahe ungestört seine Kundgebung abhalten kann und VP-Oberrat Scholz "massive Einsatzkräfte" nur "für den Fall von Ausschreitungen" bereit hält (Junge Welt 14.5.), stellt sich durchaus die Frage, wer Nazi-Auftritte mitzuverantworten hat.

Medienwende: Es gibt keine Täter

In den letzten Wochen häuften sich spektakuläre Aktionen. Die Berichterstattung ist allerdings teilweise katastrophal. Fußballtäglich randalieren in Berlin die Skins, ziehen durch den Prenzlauer Berg, die Schönhauser Allee entlang, vorbei an besetzten Häusern und sammeln sich auf dem Alex. Ist es Zufall, daß "FC-Berlin - Rostock" genau auf den 20. April vorverlegt wurde? Der Prenzlauer Berg war vorbereitet, besetzte Häuser verbarrikadiert, bewacht, auch durch die Bullen. Anders der Alex: Etwa hundert Neonazis feierten "Führers Geburtstag" mit einem Sturm auf das kleine Schwulen-Cafe, zertrümmerten in SA-Manier Scheiben und Einrichtung, schlugen auf die Gäste ein. Es war inzwischen zum achten Mal , sagt die Wirtin. Die Volkspolizei hat zugesehen, hilflos, desorientiert. Ungehindert demonstrierten mehrere hundert Nazis gröhlend, mitten in Berlin. Die Volkspolizei schritt erst ein, als Skins fast wahllos auf alle, die sie für Linke hielten, weiterprügelten.

Am selben Abend stellte das DDR-Fernsehen mal wieder unter Beweis, daß es das ZDF übertreffen möchte. Ein braver Bericht über die Republikaner endete mit der Fragestellung, ob man diese nicht zulassen müsse - wegen der Demokratie. Und die Aktuelle Kamera schnitt einen Bericht zusammen über die Ereignisse auf dem Alex und Straßenschlachten in Kreuzberg. Journalistenfrage: "Also Linksradikale gegen Rechtsradikale?", Volkspolizist: "So ist es".

Als auf den 8.Mai prompt wieder ein Fußballspiel vorverlegt wurde und sich der Sturm auf die "Mokkabar" offensichtlich wiederholen sollte, war die Polizei endlich vorbereitet und konnte Krawalle verhindern. Resultat für die Presse: Kein Wort in taz, Berliner Zeitung (BZ) oder ND. Den einzigen Bericht fand ich ausgerechnet in dem Feierabend-Blättchen "Berliner Zeitung am Abend", das sich übrigens immer noch erstaunlich weit links hält.

Am 6.5.,meldete ADN, kam es in Lichtenberg "zu tätlichen Auseinandersetzungen. Daran waren rund 400 vornehmlich jugendliche Personen beteiligt, darunter dort wohnhafte ausländische Bürger. Durch das Eingreifen der Polizei konnte ein Übergreifen der Ausschreitungen auf angrenzende Wohngebiete verhindert werden... Die Polizei mußte ihre Schlichtungsaktivitäten bis in die frühen Morgenstunden fortsetzen..." (BZ, 7.5.). Auf dem Weg von ADN zu dpa ging offenkundig nicht nur der Klassenstandpunkt, sondern jegliche politische Vernunft baden. In dieser Nacht hatten NA'ler und ihre Sympathisanten Mosambiquer provoziert und deren Arbeiterwohnheim überfallen.

Weit mehr Beachtung als die Nazi-Krawalle fand die Schändung der Gräber von Brecht und Weigel mit antisemitischen Parolen am selben Wochenende, die unter den Intellektuellen große Betroffenheit auslöste. So erschrocken wir sind, hätte nicht Brecht sich von den Nachgeborenen gewünscht, daß sie sich mehr um die ausländischen Arbeiter als um seinen Grabstein kümmern?

Bei linker Medienschelte darf natürlich die taz (auch DDR) nicht fehlen. Ausgabe 17.5., auf der Titelseite ein Kästchen über die Aufhebung der 1988 verhängten Urteile gegen fünf Jugendliche: "Haß. Friedhofschänder hatten einen Haß auf alles,... ihre Urteile sind nun kassiert, sie sind keine Skins, Punks oder Neonazis. Interview S.7". Dort dürfen sich dann aber die Neonazis als Opfer linken Terrors ausweinen: "... Wir und die Leute, die wir kennen, haben ganz schöne Probleme mit den Linken und den Autonomen. Neulich kamen sie mit Latten und wollten uns verprügeln...".

Seit unzensiert über faschistisches Potential in der DDR geschrieben werden darf, ist man sich auch schon bis in linke Kreise hinein weitgehend einig, das Meiste unter "Jugendprobleme" abzubuchen. "Unsere Kinder" seien als Opfer der deformierten Gesellschaft eben einfach zu bedauern. Dadurch wird sowohl konsequent weiter verschwiegen und verharmlost, als auch in Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" antifaschistischer Widerstand bekämpft. "Gewalt erzeugt Gegengewalt", folglich werden Autonome für Nazi-Aktionen mitverantwortlich erklärt. Ein besetztes Haus in Berlin-Mitte wurde kurzfristig unter dem Vorwand geräumt, es provoziere Angriffe der Rechtsextremisten.

Konrad Weiß, der verkannte Vaclav Havel vom Prenzlauer Berg, bejammert im "Kiez"-Blättchen (3/90) seine Hilflosigkeit gleich drei Gruppen gegenüber. "Autonome, Rechtsradikale, Polizisten,... sie sind so tief verletzt, so schwer getäuscht, so ganz in Hoffnung und Glauben betrogen... Was kann ich nur tun?" Der Bündnis-Abgeordnete ist allerdings mutig. Am 20. April trug er persönlich zur Deeskalation bei, indem er einem nicht nur von Deutschland besoffenen Schläger einen Zehn-Mark-Schein in die Hand drückte, damit dieser die Schnapsflasche nicht zum Schmeißen verwende.

Die Junge Welt vom 18.5. treibt das neue Opfer-Denken auf die Spitze. Pfarrer Rudi Pahnke, Leiter der Kommission für Jugendarbeit der ev. Kirchen, bekommt eine ganze Seite, auf der er in sanftem Pastoralton gegen "Linksaußen" hetzt. Aus Haß und aktiver Gegnerschaft gegen Nazis konstruiert er glatt einen Faschismusvorwurf: "Nazifreie Zone - das heißt: Mittels der Projektion ist man selbst in ein faschistisches Fühlen und Denken hineingeraten. Die Projektion wirkt zurück. Der Vernichtungswunsch der Feinde zeigt die sozial-psychische Nähe der sich feindlich gegenüberstehenden Jugendlichen auf: nazifrei/judenfrei." Weitergedacht heißt das aber, die Juden wollen die Nazis vernichten. Hier wird der gute Christ auch noch antisemitisch. Formal bekundet Pahnke zwar seine Sympathie für "die jungen Antifaschisten", was aber durch die hartnäckige Gleichsetzung etwas peinlich wirkt. Wer sich für keine Seite entscheidet, hat sich schon entschieden und zwar zugunsten der Täter. Der als "Denkangebot" deklarierte Artikel führt auf falsche

Gedanken. Daß Pahnke als Mitbegründer des neuen "Bundes der Antifaschisten" alles sicher nur gut gemeint hat, entschuldigt nichts. Es fällt nicht schwer, sich den Pastor in einer weiteren Rolle vorzustellen, wenn der erste Widerstandskämpfer im stammheimgeholten Bautzen sitzt. So rasend schnell rutscht die DDR in West Muster.

Schwarze Aussicht für Autonome

In einer Rede zur ersten revolutionären Ost-Berliner Maidemonstration nehmen die "Fröhlichen Friedrichshainer Friedensfreunde" das DDR-bürgerliche Klischee der gewalttätigen Linksradikalen auseinander: "Wenn Politiker und Presse uns als sektiererische Krawallinskis abstempeln, begehen sie einen schweren Fehler. Falschinformationen und Kriminalisierung schaffen den Nährboden für weitere Konflikte. Wir mußten uns in der Zeit der Illegalität geradezu hüten vor Gewaltaktionen, denn diese hätten den Sicherheitskräften jeden Grund geliefert, uns mit ihrer Übermacht auszuschalten. Im Gegensatz zu ihnen haben wir ein jahrelanges gewaltfreies Training hinter uns.... Auch der Vorwurf, wir wären sektiererisch, ist unwahr. Fast das ganze linke Spektrum (abgesehen von der PDS) kennt sich aus der Zeit der Illegalität. Quer durch diese Gruppierungen gehen jahrelange Bekanntschaften und Freundschaften, in denen man sich mit den Problemen der Welt und der alten DDR auseinandergesetzt hat. So gespalten wie die DDR-Linke auch aussieht, alle aus dem Untergrund Kommenden mußten mehr oder weniger lernen, sich gegen Behörden oder kriminelle Vereine wie die Stasi gewaltlos durchzusetzen ... Steine schmeißen und offener Terror hat noch nie zum Repertoire der DDR-Linken gehört" (Telegraph 14.5.9o).

Noch ist in der DDR einiges ganz anders als im Westen. Obwohl Diestel von seiner Polizei eine konservative Haltung erwartet und die Volkspolizei sich "keiner politischen Kraft", sondern "ausschließlich den Gesetzen der DDR verpflichtet" fühlt, gibt es in der Praxis häufig noch ein gutes Verhältnis zwischen Linken und Volkspolizei: Echte Sicherheitspartnerschaften bei Demos und Schutz der besetzten Häuser bei Fascho-Alarm. Bedauerlicherweise wohl bald ein Relikt aus der freiesten Phase der DDR. Im Prenzlauer Berg geben Bullen den Hausbesetzern väterliche Ratschläge, sich bei Fußballspielen zu verbarrikadieren und bitte nicht mit Steinen nach Skins zu schmeißen, die VP stünde auch draußen. Trotzdem wäre niemand verwundert, wenn morgen die Häuser geräumt würden, erstens weil auf Bullen kein Verlaß ist und zweitens, weil das Ministerium für Innere Angelegenheiten eine Abteilung Extremismus hat. Einer der übernommenen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter plauderte am 29.3. in der Jungen Welt : "Im linken Spektrum (als derzeit bekanntester Punkt die Autonome Antifa) scheint die Bereitschaft zu wachsen, Gewalt zu akzeptieren. Sowohl links als auch rechts besteht hier die Möglichkeit, daß Terrororganisationen ihr Rekrutenfeld in der DDR entdecken" (zit. n. Telegraph v. 12.4.1990).

Diestel ist inzwischen unter Beschuß geraten, weil er zu ungeniert zeigt, daß der deutsche Staat Stasi-Arbeit und Aufrüstung der Polizei braucht. Schön arbeitsteilig entrüstet sich die SPD-Volkskammerfraktion, Diestels Pläne seien "abenteuerlich und verantwortungslos". Begründung: "Die Stimmung in der Bevölkerung wird dadurch unnötigerweise angeheizt". Sogar die DSU-Fraktion meint ja nun, ihrem Minister das Mißtrauen aussprechen zu müssen, wegen der Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern einer MfS-Sondereinheit. Die Stasi ist für alle ein rotes Tuch, aber gegen Tendenzen zur Kriminalisierung der Autonomen Antifa oder auch der PDS hat kaum jemand was einzuwenden. Folglich wird der Verfassungsschutz auf DDR-Boden bald akzeptiert werden.

Gleichzeitig läuft eine gefährliche Gewöhnung an die Gewalttätigkeit der Neonazis. Überfälle auf Linke, nicht nur Autonome, häufen sich. Die einzig zuverlässige kontinuierliche Informationsquelle über derartige Ereignisse ist der zweiwöchentlich erscheinende "Telegraph - unabhängig und behördenunfreundlich"(1). Schon wieder schweigt die Presse, professionelle Journalisten verleugnen die politische Dimension der Konflikte. In der real-existierenden DDR gab es für sie keine Nazis, nur eine Skinheadbewegung, und auch keine autonomen Gruppen, denn außerhalb der FDJ war für keine Jugendgruppe ein öffentliches Auftreten möglich. Kein Wunder, wenn die Journalisten heute immer noch nichts wissen oder einfach Täter und Opfer durcheinanderbringen. Autonome Antifaschisten bemühen sich übrigens entgegen aller Vorurteile auch um das Gespräch mit Neonazis. Sie sind ja oft viel dichter dran an ihren "Feinden" als Politiker, Pädagogen und Pastoren. Rechte und linke Schüler führen heiße Diskussionen. Selbst nach Handgreiflichkeiten gibt es öfters reine Wortgefechte, denn die Autonomen meinen, man könne doch hilflos quatschende Faschos nicht einfach zusammenschlagen. Sicher nutzen manchmal auch Autonome günstige Gelegenheiten, um "Faschos

aufzuklatschen". Wer dies aber als Jugendbanden-Abenteuer oder individuellen Terror bewertet, wird vielleicht erst etwas verstehen, wenn er selbst mal von Faschos verprügelt wurde.

Die absurdeste Verwechslung von Autonomen und Nazis leistete sich allerdings vor der Wende die Volkspolizei. Die Aufnäher "Gegen Nazis" mit der Faust, die ein Hakenkreuz zertrümmert, waren verboten. Autonome wurden als "Personen mit faschistischen Symbolen" geführt. (Antifa-Infoblatt der Kirche von Unten, 2.11.89)

Kleine Hoffnung antiFA

"Antifaschismus ist Humanismus in Aktion" - da stehen sicher manch einem west-radikalen-Linken die Haare zu Berge, denn dies ist der vielzitierte programmatische Kernsatz des gerade frisch gegründeten e.V. "antiFA, Bund der Antifaschisten in der DDR" (2). Noch mehr befremden wird ihn folgende Passage im Gründungsaufruf:"Laßt uns... zusammengehen für unser antifaschistisches Vaterland. Laßt uns im breitesten antifaschistischen Konsens zusammengehen für die deutsche Volkssouveränität". Trotzdem ist ein vorschnelles Urteil nicht angebracht. Hier hat sich erstens eventuell unreflektiert das traditionelle DDR-Vokabular eingeschlichen, und zweitens ist die Aussage widersprüchlich. Zusammengehen fürs Vaterland und deutsche Volkssouveränität schließt eindeutig den breitesten antifaschistischen Konsens aus. Was ist also wirklich gemeint, welche Möglichkeiten des Zusammengehens von Antifaschisten läßt der Bund? In Statut und Programm fehlen die problematischen Vokabeln. Der Bund ist basisdemokratisch, versteht sich als Dachverband für Initiativen von unten und beabsichtigt internationale Zusammenarbeit. Er bekennt sich ganz demokratisch und humanistisch zu allen in der verwirrten Linken derzeit modischen globalen Floskeln. Gewaltanwendung lehnt er ab, womit aber noch nichts gesagt ist über Widerstandsformen gegen Gewaltanwendung der Faschos, der Bullen oder des kapitalistischen Staates. Kaum zu übersehen ist es, daß hier etliche einst real-sozialistische Antifaschisten bürgerlichen Idealen hinterherlaufen, womit sie sich durchaus in der Tradition der Volksfrontpolitik der KPD ab 1935 bewegen. Allerdings wird zur Zeit in der DDR ernsthaft gestritten und Diskussionen bleiben nicht folgenlos. antiFA könnte also sogar für die Radikale Linke (BRD) Ansprechpartner sein. Auch das alte "Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR" (3) ist nicht aufgelöst, kann aber natürlich nicht weitermachen wie bisher.

Wie weit die neue Offenheit nach links geht, muß ausprobiert werden. Bei einer Spannbreite von Pfarrer Pahnke bis zu alten Stalinisten ist sicher manche Kuriosität zu erwarten. Die Autonome Antifa ist verständlicherweise recht skeptisch.

Die staatlich verordnete antifaschistische Tradition war im wesentlichen beschränkt auf Blumenüberreichen, Mahnmale, Gedenktage und Auswendiglernen. Verknüpft mit relativ autoritären Denkweisen der DDR-Gesellschaft und einer nie bis in alle Ebenen aufgearbeiteten nationalsozialistischen Vergangenheit verhinderte diese Tradition eher einen wirksamen Antifaschismus. antiFA bedauert und verurteilt die in der Vergangenheit aufgetretenen Formen des Mißbrauchs des Antifaschismus und sieht eine wichtige Aufgabe in der kritischen Aufarbeitung. Antifaschistische Tradition und Widerstandsformen müssen neu durchdacht werden. Dabei gibt es große Generationskonflikte, die aber zumindest auf dem Gründungskongreß am 12.-13.5. zugunsten der aktiven Jüngeren entschieden wurden.

Trotz der benannten Probleme hat der Antifaschismus in der DDR eine weit größere Basis als in der BRD. Sogar in der Volkspolizei und der NVA gibt es Antifa-Gruppen. Wenn die gesellschaftlichen Spannungen weiter wachsen, ist in Sachen Antifa die PDS mit ihrer Massenbasis ausgesprochen wichtig. Sozialdemokratisierung hin oder her, hier sollte sie als zuverlässiger Bündnispartner behandelt werden.

Sowohl Faschismus als auch Antifaschismus hat in der DDR andere Grundlagen als in der BRD, was bei der rasanten Einverleibung der DDR kaum Beachtung findet. Die Übernahme von Argumentationen und Problemen ist kaum zu verhindern. Hinzu kommen die irrsinnigen Probleme der Folgen der Auflösung einer Gesellschaftsform. Bisher ging die BRDigung in allen Punkten wesentlich schneller, als man je für möglich gehalten hatte. Da deutsche Faschisten keine Grenzen kennen und die braune Pest wieder einmal an Boden gewinnt, haben wir keine Zeit zu verlieren.

Wieviele Ausländer müssen erst zusammengeschlagen oder gar ermordet werden, ehe in (BR-)Deutschland nicht nur eine soziale Bewegung gegen Nationalismus und Rassismus, sondern auch ein dichtes Widerstandsnetz der organisierten Linken entsteht?

ma., Berlin - Hauptstadt der DDR

Anmerkungen:

1) Hrsg.: Umweltbibliothek Berlin. Redaktion Telegraph, Schliemannstr.22, Berlin 1058. Jahresabo Telegraph 41M/DM.

Die Autonome Antifa ist u.a.zu erreichen über: VL-Berlin,Friedrichstr.165, Berlin 1086

2) antiFA,Bund der Antifaschisten in der DDR, Friedrichstr.165, Berlin 1086

3) Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Unter den Linden 12,Berlin 1086; gibt monatl. die Zeitschrift antiFA heraus.

16. 1000 Skins in Nordhausen/DDR - Grenzüberschreitende Nazikrawalle

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:17

Am 28.4. kam es in Nordhausen (DDR), Bielen (DDR) und Duderstadt (BRD) zu Massenschlägereien zwischen randalierenden Skins und der Volkspolizei bzw. der bundesdeutschen Polizei. Versammelt hatte sich die faschistische Meute zu einem Konzert, dessen Ausfallen dann Grund genug für sie war, sich anderweitig "abzureagieren".

Organisator war der bekannte FAP-Funktionär und Skin-Führer Thorsten Heise (s.u.). In einem Interview erklärte ein Volkspolizeirat die Vorgeschichte: "(...) Der (Heise, d. V.) hat vor einigen Wochen einen Vorvertrag gemacht mit einer Jugendclubleiterin, ohne sie in den vollen Umfang des zu erwartenden Ereignisses einzuweisen. Die Kapazität des Jugendhauses reicht dafür absolut nicht aus. Darum wurde der Vertrag zurückgezogen. Daraufhin gab es Aktivitäten, diese Veranstaltung zu verlagern ..." (VoPo-Rat Schulze in Göttinger Woche (GöWo), 18.5.90) Und zwar nach Bielen, einem Vorort von Nordhausen, in die "Goldene Aue". Von dieser Verlegung erfuhr die Vopo erst Samstag: "(...) weil nach unseren Erkenntnissen der Vertrag erst am Freitag oder Samstag abgeschlossen wurde." (ebda.) Die Veranstaltung wurde dann am Samstag verboten - wegen ihrer "Rechtsgerichtetheit" (ebda.), wobei allerdings klar war, daß die in der BRD und DDR mobilisierten Skins davon erst vor Ort erfahren würden. Und daß sie kamen, davon wußte man schon aus bundesdeutschen Quellen: "Wir können den Hamburger Behörden nur danken, ansonsten hätte uns das Ganze, um es mal salopp zu sagen, auf dem linken Fuß erwischt." (ebda.) Man sieht, die Zusammenarbeit klappt bereits bestens.

Und so wurden die AusländerInnen gebeten, doch zu Hause zu bleiben (ebda.) und man harrte der Dinge, die da kamen.

Das Eichsfeld: Neues "Aufmarschgebiet der Faschisten?"

Nachdem den Skins in Nordhausen klar wurde, daß das Konzert ausfiel, zogen sie in die Nordhausener Innenstadt. Zweihundert von ihnen besetzten dort eine Wirtschaft und verbarrikadierten sich gegen die anrückende Volkspolizei (vgl. Göttinger Tageblatt (GT), 30.4.; Die 7te am Sonntag, 29.4). 150 Skins wurden daraufhin vorübergehend festgenommen; bei der Stürmung der Wirtschaft durch die Polizei wurden 5 Skins verletzt, "einer durch Hundebisse sogar erheblich" (7te ..., 29.4.). Von der Verlegung des Konzertes nach Bielen scheint nur ein "kleiner" Teil gewußt zu haben. Der Rest (ca. 500) zog nach den Festnahmen in Richtung Duderstadt. "In Nordhausen, Calau und Muckwar zerstörten die Schlägertrupps den Angaben (ADN, d.V.) zufolge drei Gaststätten. An der Autobahn bei Freienhufen demolierten sie die Auslagen eines Intershops." (FAZ, 30.4.)

In Duderstadt landete ein Gullydeckel im Schaufenster der örtlichen CDU-Zentrale. Nächstes Ziel: Göttingen. Inzwischen war die Polizei so weit, wenigstens diese Etappe des neofaschistischen "Schlachtzuges" zu verhindern. Die Einfallstraßen wurden für die Nazis gesperrt, die antifaschistische Gegenmobilisierung blieb zum Glück für dieses Mal unnötig. Seinen Abschluß fand der "Randale-Zug" (GT, 30.4.) auf der Autobahnraststätte Göttingen, wo Skins willkürlich Autofahrer zusammenschlugen.

Derweil ging es auch in Bielen in der "Goldenen Aue" hoch her; auch dort kam es zu Schlägereien zwischen Skins und Vopos. Unsere eifrige Lokalpresse interviewte den Gastwirt: "Die Aufregung im Ort könne er gar nicht richtig verstehen, die Skinheads hätten bei ihm doch nur drei Fenster zerschlagen. Außerdem hätte er gar nicht gewußt, auf was für 'Gäste' er sich da einließ. Ein junger Mann aus der Bundesrepublik (Thorsten Heise, wie sich herausstellte, d.V.) habe seine Räumlichkeiten für eine private Geburtstagsfeier gemietet, zwei Live-Bands sollten spielen. Zweihundert Mark West hätte er geboten, und das Bier dürfe er, Mosebach (der Wirt, d.V.), den Gästen auch für DM verkaufen. Stutzig sei er erst geworden, als er sah, daß viele Anwesende sich eine Glatze geschoren hatten. Parolen hätten sie auch gebrüllt, "Sieg Heil und so", gibt er kleinlaut zu. Überhaupt: Diesem Heise sei das Ganze ja völlig aus den Händen geglitten. Der habe die ganze Zeit am Eingang gesessen und 25 DM Eintritt kassieren wollen. Aber die Skins seien ja fast alle zum Fenster reingeklettert und als dann die Volkspolizei kam, hätten sich Heise und ein Älterer, Karl (Polacek?, d.V.) blitzschnell mit der Kasse davongemacht." (GöWo, 18.5.)

Befragt nach Überlegungen, wie so etwas künftig zu verhindern sei, antwortete Volkspolizeirat Schulze: "Es gibt Überlegungen in die Richtung, daß solche Personen bekannt gemacht werden. Allerdings ist das äußerst kompliziert auch unter Berücksichtigung der Frage des Datenschutzes. (...) Wir haben nicht vor zu sagen, dieser oder jener ... kommt auf die Schwarze Liste. Aber daß die Veranstalter in Informationsgesprächen darauf hingewiesen werden: Wenn Gruppen mit dem und dem Namen auftreten, kann es passieren, daß diese oder jene Leute erscheinen; und ähnliches." (GöWo, 18.5)

FAP-Funktionär im Untergrund

Veranstalter und Organisator jenes ausgefallenen Konzertes war Skin-Führer und FAP-Funktionär Thorsten Heise. Gerüchte, daß er mit der Kasse durchgebrannt sei, haben sich bisher nicht bestätigt. Nichtsdestotrotz ist er verschwunden - pünktlich vor der Gerichtsverhandlung, die ihn möglicherweise in den Knast gebracht hätte. Beim Gerichtstermin wurde nur ein "Abschiedsbrief" von ihm an seinem Anwalt, dem Uslarer REP-Funktionär Klaus Kunze verlesen, den dieser bereits am 27.4., also einen Tag vor Heises bislang letztem Auftritt, dem in der DDR, erhalten hatte: "Ich muß leider absagen - und es betrübt mich sehr, diesen Schritt tun zu müssen - aber ich wurde von der Staatsanwaltschaft gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk hineintragen." (GöWo, 18.5.)

Von der Staatsanwaltschaft gezwungen, abzutauchen? Bei dem Register an Straftaten und den in jener Verhandlung zu verhandelnden, eine nicht ganz unoriginelle Sichtweise der Dinge: Thorsten Heise, geboren 1969, wohnhaft in Nörten- Hardenberg bei Göttingen, stellvertretender Kreisvorsitzender der FAP und politischer Zögling von Karl Polacek, von dem hier schon öfter berichtet wurde, ist im Göttinger Raum mittlerweile "berühmt-berüchtigt": Teilnahme am Juzi- Überfall 1988 und einer Führergeburtstagsfeier 1987, U-Haft wegen Brandstiftung, Teilnahme an diversen Skin-Treffen, Überfälle auf Antifa's usw. usf.. Im Januar 1988 wurde er zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil er einen türkischen Staatsbürger brutal zusammengeschlagen hatte. Staatsanwalt Heimgärtner damals dazu: "Die Sache hängt wie ein Damoklesschwert über ihm, denn ob diese Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird, ist die Frage." (HNA, 27.1.88)

Bereits einen Monat später saß Heise gemeinsam mit drei weiteren Skins in U- Haft wegen Brandstiftung, wurde aber als einziger "mangels Beweisen" nicht verurteilt. Ähnlich "drastisch" verhielt sich die Staatsanwaltschaft, als Heise im Mai 1989 in Nörten versuchte, einen libanesischen Asylbewerber auf dem Bürgersteig mit seinem Auto zu überfahren: Sie ermittelte wegen "schweren Eingriffs in den Straßenverkehr". Der Prozeß platzte, die Staatsanwaltschaft wurde vom Gericht angewiesen, wegen "versuchten Totschlags" zu ermitteln (Quelle: Dokumentation: Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen, Göttingen Mai 1990). Der Prozeß sollte nun Anfang Mai stattfinden - nach Verstreichen der Bewährungsfrist. Neben dem "versuchten Totschlag" sollten u.a. auch "Landfriedensbruch" (Juzi-Überfall), "schwere Körperverletzungen", Sieg Heil-Rufen und Singen antisemitischer Nazilieder Gegenstand der Verhandlung sein (GöWo, 18.5.90). Grund genug, "abzutauchen".

Heise - ein V-Mann?

Mittlerweile liegt ein Haftbefehl gegen den wahrscheinlich in der DDR abgetauchten Heise vor. Auf die Frage, warum Heise nicht in U-Haft genommen worden sei, antwortete Staatsanwalt Heimgärtner, sein Haftantrag gegen Heise sei nach einem Tag aufgehoben worden. Heise hatte sich beschwert. Heimgärtners Beschwerde dagegen beim Oberlandesgericht Celle wurde abgelehnt, "da weder Verdunkelungs- noch Fluchtgefahr bestünde und somit kein Haftgrund vorläge." (GöWo, 18.5.)

Über Unterstützung und Rückendeckung seitens der Staatsgewalt kann Heise sich nicht beklagen. "Wir wissen (...) aus anderen Städten, daß militante Nazi-Truppen, wie zum Beispiel das EK-1 aus Hannover, das durch die Ermordung von Roger Bornemann berüchtigt wurde, von V-Männern durchsetzt sind und daß die übrigen Nazis bereitwillig mit der Polizei kooperieren. ... Und wir wissen, daß in der Göttinger Nazi-Szene nach 'Verrätern' gesucht wird." (Dokumentation: Nazi-Aktivitäten ... a.a.O

Antifaschismus-Kommission

KB-Gruppe Göttingen

17. Jüdische Stimmen zur Vereinigung

Rubrik: Deutsche Debatte; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:31

Von der jüdischen Stimme zur sog. Wiedervereinigung kann ebensowenig gesprochen werden wie von der polnischen, niederländischen, italienischen etc. Soweit es aus dem zur Verfügung stehenden Material zu ersehen ist, haben Juden in Israel wie in allen anderen Ländern der Welt starke Bedenken gegenüber einem vereinigten Deutschland oder lehnen es einschränkungslos ab. Eine - entschiedene - mehrheitliche Ablehnung der Vereinigung scheint es jedoch nicht zu geben. Eine eindeutige Aufteilung jüdischer Befürworter bzw. Gegner eines vereinigten Deutschland in "Linke" bzw. "Rechte" ist nicht festzustellen. Allerdings ist bei manchen Konservativen bzw. Rechten eine fast emphatische Zustimmung zur Vereinigung anzutreffen.

Die Juden, die mehr oder weniger einschränkungslos ein vereintes Deutschland befürworten oder sogar begrüßen, argumentieren mit einer demokratischen Bewährung der BRD seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit dem Heranwachsen einer neuen Generation Deutscher, mit der Einbindung des Einigungsprozesses in den europäischen Rahmen und mit der - seit Nazi-Deutschland - veränderten Weltlage insgesamt.

Die veränderte Weltlage veranlaßt andere jedoch, sich um die Zukunft Israels Sorgen zu machen, da mit der Verminderung der "Drohung aus dem Osten" der "strategische Wert" Israels für die USA schwinden und die USA ihre Außenpolitik umorientieren könnten.

Soweit es insbesondere Stimmen aus Israel angeht, ist bei der Beurteilung eines zukünftigen vereinten Deutschland von erheblicher Bedeutung, "daß die Bundesrepublik bis heute eine der Hochburgen der Unterstützung und Freundschaft für Israel darstellt." (Dawar) Eine Rolle bei einer eher vorsichtigen Beurteilung der Entwicklung in DDR und BRD spielt auch die Sorge, daß "jede negative Reaktion von (den Bundesdeutschen) als beleidigendes Mißtrauen" aufgefaßt werde (Maariw) und eine Ablehnung der Vereinigung von außen den deutschen Nationalismus stärken könne.

Weitgehende Übereinstimmung besteht bei Gegnern wie Befürwortern der Vereinigung in der Genugtuung über den Zusammenbruch des "kommunistischen Regimes".

Für die Gegner einer Vereinigung steht beherrschend im Vordergrund die Erfahrung mit den Deutschen, die Schoa, und die Befürchtung, die Deutschen würden ihre Schuld nunmehr völlig verdrängen, woraus ein Anwachsen von Rechtsextremismus und Antisemitismus resultieren könne. Von einem vereinten Deutschland, das die beherrschende Macht in Europa sein werde, werde eine Destabilisierung Europas und darüberhinaus ausgehen. Die deutsche Teilung und die Mauer werden weithin als "Strafe für die Deutschen" angesehen; mit der Aufhebung der Teilung und dem Fall der Mauer scheine es nun, als hätten die Deutschen ihre Strafe verbüßt oder sogar, als ob sie den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewonnen hätten.

K., Hamburg

Unmittelbar nach dem Fall der Mauer, am 10.11.89 schreibt Ruven Moskowitz, Mitbegründer von Newe Schalom/Wahat al-Salaam (Oase des Friedens), aus Jerusalem an seine deutschen Freunde: "(...) Schon einmal erlebten Europa und Deutschland einen Aufbruch, der im nationalistischen, antisemitischen und faschistischem Alptraum endete. Werden die politischen, geistigen und erzieherischen Kräfte Deutschlands in der Lage sein, aus der Vergangenheit zu lernen, ohne zu ihr zurückzukehren? (...) Mit großer Rührung habe ich (...) die ersten "Breschen" in der Berliner Mauer gesehen und Anteil genommen an der Freude der Massen im Freiheitsrausch und der Wonne der menschlichen Begegnungen, frei vom Druck polizeilicher Überwachung. Als jemand, der aus der Geschichte gelernt hat und sich in der Seele des Menschen ein wenig auskennt, weiß ich, wie dünn die Grenze ist zwischen dem Erlebnis der Freiheit einerseits und dem Siegesrausch andererseits, der zur Mißachtung und Unterdrückung der "Besiegten" und zum Aufbau eines erneuten Feinbildes führt."

"Jediot Achronot", die auflagenstärkste Tageszeitung Israels, kommentiert Kohls Äußerung, die Gründe für eine deutsche Teilung entfielen immer mehr, in einem Leitartikel: "Trotz der Freude über den Sieg der Demokratie und trotz des Axioms, die Geschichte wiederhole sich nicht, verursacht diese Äußerung Schauer nicht nur bei Juden, über die in ihrem Leben ein Holocaust hereingebrochen ist. Der Gedanke an ein

wiedervereinigtes Deutschland genügt, um jeden Einwohner Europas in Schrecken zu versetzen. Mag sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Verwandlung in die Führungsmacht Europas eine unvermeidliche Entwicklung sind. Aber um Gottes willen nicht in unserer Generation!" - Und "Maariw", die zweitgrößte Zeitung Israels, warnt: "Diejenigen, die heute von einer raschen Wiedervereinigung reden, beschwören eine schwere Gefahr herauf, daß das deutsche Volk beginnt, sich wieder der Illusion hinzugeben, daß man versuchen kann, die Welt zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts zu zerstören." (Zit. n. Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, AJW, 17.11.89)

"Wir fürchten uns sehr vor einer Auferstehung des deutschen Militarismus, des deutschen Nationalismus und vor der Möglichkeit, daß Deutschland eine Großmacht werden könnte," äußert Sam Block, der stellvertretende Vorsitzende einer Vereinigung von Schoa-Opfern. "Es handelt sich eher um ein Gefühl als um eine intellektuelle Reaktion. Aber wer den Konzentrationslagern entronnen ist, kann sich nicht erlauben, seine Gefühle zu ignorieren. Ich denke, daß die Furcht vor der Möglichkeit einer neuen deutschen Supermacht fast allen Holocaust-Opfern gemeinsam ist." (Maariv, 17.11.89 - zit. n. DIAK, "israel & palästina", Sonderheft 21, Januar 1990 - im Folgenden zit. als: DIAK)

Ähnlich besorgt sind Israelis, die aus Nazi-Deutschland flohen, wie z.B. Prof. M. Breuer: "Ein vereinigtes Deutschland als Wirtschafts- und Technologiemacht würde das Schicksal Europas, vielleicht das der Welt bestimmen." (Hazofe, 17.11.89, zit. n. DIAK)

Es sei zu befürchten, schreibt Josef Lapid in "Maariw", daß Deutschland eines Tages die ehemals deutschen Gebiete zurückfordern werde. "Wäre ich ein Pole, ich könnte nicht mehr ruhig schlafen. Auch wenn ich ein Russe wäre, könnte ich nicht mehr ruhig schlafen. Aber woher nehmen die Franzosen die Sicherheit, daß nicht eines Tages in Großdeutschland ein Politiker aufstehen wird, um Genugtuung für Elsaß und Lothringen zu fordern, dem heutigen Alsace-Lorraine? (...) Die Stabilität, mit der Europa am Ende des Zweiten Weltkrieges gefesselt wurde, ist ins Wanken geraten." (Maariw, 17.11.89 - zit. n. DIAK)

Für Lea Fleischmann, 1980 von der BRD nach Israel emigriert, wirkt der Fall der Mauer "wie eine Erklärung, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg gewonnen habe. Die Zweiteilung Deutschlands, die Zerstückelung dieses schönen und großen Staates war eine Strafe für sie, nachdem sie den Krieg verloren hatten. Nun ist das zu Ende. Diese Woche haben sie gewonnen. Ich fühlte mich, als sei es ihr Sieg." Und sie fürchtet die Zukunft: "Die Schoah fiel nicht vom Himmel. Darin lag eine Gesetzmäßigkeit. Die Tatsache, daß die Deutschen heute die Regeln verändert haben, vom Mord zum Wirtschaftswachstum, reicht nicht aus. Denn die Hauptregeln sind die gleichen geblieben." (Interview in "Maariw", 17.11.89, zit. n. DIAK)

Das zukünftige Deutschland werde nach seiner Meinung, sagte Dan Diner, seit einigen Jahren Professor an der Universität Tel Aviv, "ein ganz und gar friedliebender Staat sein, ein demokratischer und pluralistischer Staat mit einer starken Wirtschaft. Diejenigen, die versuchen, hinter dem, was nun passiert, bereits wieder die Nazis zu sehen, irren sich. Ich kann sie verstehen, denn auch ich schrek- ke vor dem Deutschtum zurück, und ich sehe, daß das ihre Art ist, die Erinnerung an die Schoah zu bewahren. Aber diese Erinnerung hat keine Chance: denn die Realität ist bereits eine andere, sie ist normal." Dies aber sei "das Tragische": der letzte 9. November, der wahrscheinlich zu einem Nationalfeiertag werde, lösche den 9. November 1938 aus. "Mehr als über die Begegnung zwischen Ost und West freuen sich die Deutschen darüber, daß vierzig Jahre emotionaler Selbstunterdrückung nun ein Ende haben. Nun endlich fühlen sie sich mit sich selbst versöhnt." (Haarez, 17.11.89, zit. n. DIAK)

Elie Wiesel, Träger des Friedensnobelpreises 1986, begrüßt den Fall der Mauer, fragt aber, was geschehen wird, wenn "diese unerwartete Wende" zu einer Wiedervereinigung Deutschlands führen werde. "Wird ein vereintes, starkes, neues Deutschland sich losreißen können von jenen eroberungssüchtigen Dämonen, die das alte Deutschland ausmachten? Ich kann die Tatsache, daß der Jude in mir besorgt, ja alarmiert ist, nicht beiseitelassen. Wann immer Deutschland zu stark war, fiel es Versuchungen des Ultranationalismus zum Opfer." Ihn beunruhige aber nicht allein die Wirkung der Ereignisse auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit. "Das Vergangene wurde tatsächlich schon berührt. "Der 9. November wird in die Geschichte eingehen", erklärte der Bürgermeister von West-Berlin. Die Äußerung ging wie ein Echo um die ganze Welt. Man vergaß, daß der 9. November bereits Geschichte wurde - vor 51 Jahren, mit der Kristallnacht. Die Freude über die Gegenwart überlagert die Vergangenheit. Niemand in Berlin oder sonstwo hat die Verbindung

gezogen. Darum frage ich mich: Was noch alles wird vergessen werden?" (New York Times, 18./19.11.89, zit. n. DIAK)

Ende November ruft der "Aufbau - America's only German-Jewish Publication" seine Leser auf, sich zu der Frage zu äußern: "Wie stehen Sie zur Vereinigung?" (Aufbau, 24.11.89) Die Antworten auf diese Umfrage ergeben vorwiegend Zustimmung zur Vereinigung, die - neben der deutlichen Genugtuung über den Zusammenbruch der DDR - häufig damit begründet wird, daß die Vereinigung unter heutigen europäischen Bedingungen stattfinde. Von den fünfzehn veröffentlichten Stellungnahmen votieren sechs eindeutig gegen die Vereinigung, und zwar sowohl aufgrund der Erfahrungen mit den Deutschen wie der Gefahr, die von einem wiedervereinigten Deutschland ausgehen würde. Hierzu heißt es z.B.: "Wenn Ost und West(deutschland) vereinigt sind, werden wir den Schrei nach den anderen früheren deutschen Gebieten hören, insbesondere denen, die zu Polen gehören. Und wenn sie nicht freiwillig zurückgegeben werden - wer weiß?" (Aufbau, 8. und 22.12.89)

Viele Holocaust-Überlebende, zum großen Teil osteuropäische Juden, berichtet der "Aufbau", "machen im Gespräch keinen Hehl aus ihrer Überzeugung, daß die Teilung Deutschlands das beste für das Land und die Welt sei". Andere, wie Lucy Davidowicz, Autorin von "Krieg gegen die Juden", und Norbert Wollheim, Auschwitz-Überlebender und Schatzmeister der American Gathering of Jewish Holcaust Survivors, sehen in einer Wiedervereinigung keine Gefahr; sie verweisen auf "das 40jährige außerordentliche Experiment eines demokratischen Deutschland" bzw. auf "viele junge Deutsche, die das Verhalten ihrer Eltern verurteilen." (Aufbau, 24.11.89)

Ein Kommentator der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" schreibt: "Ich habe nicht Angst vor der Öffnung des Brandenburger Tores, wohl aber vor der "Aura" dieser Öffnung. In ihr marschiert die geschichtlich falsche, weil nach dem "Zusammenbruch" des deutschen Reiches gar nicht mehr mögliche "Wiedervereinigung" im Geiste mit, der alte großdeutsche Macht-Traum, (...) ein Alptraum, nicht nur für Überlebende der Schoa." (AJW, 24.11.89)

Prominente Kommentatoren wie der Herausgeber von "Haarez", Gerschom Schocken, vergleichen das Deutschland des Ersten und des Zweiten Weltkrieges mit dem heutigen, und vertreten die Auffassung, "daß für alle drei Epochen ein angeborener deutscher Wunsch nach Vorherrschaft kennzeichnend sei, daß wir uns also besser vor dem Entstehen eines mächtigen deutschen Vierten Reiches hüten sollten." Dr. Aschheim von der Hebräischen Universität wendet demgegenüber ein, daß es zwar aufgrund der jüdischen Erfahrung verständlich sei, daß zwischen Bismarck, Hitler und Krenz nicht differenziert werde, aber es sei "in Wirklichkeit eine Art politische Pop-Psychologie." Warum sehen die, die eine Wiedervereinigung Deutschlands als Bedrohung aufassen, fragt er, nicht in den 65 Millionen reichen Westdeutschen alleine eine ebensolche Bedrohung? - Dan Diner verweist darauf, daß die Mauer, von der DDR errichtet, "absolut keine Beziehung zum Holocaust" habe, aber "für die Juden ist die Mauer zu einem Symbol des Holocaust geworden. Darum tut es uns weh, wenn wir sehen, daß die Mauer jetzt fällt. Ein Symbol für das Geschehene verschwindet. Und die Erinnerungen an den Holcaust vergehen damit auch, denn Erinnerungen brauchen Symbole." Wesentlicher als der Fall der Mauer an sich seien jedoch die strategischen Implikationen der Veränderungen in Osteuropa und der Entstehung eines dominanten Deutschland in Zentraleuropa für Israel: "Die sowjetische Bedrohung ist nicht länger das zentrale Problem der amerikanischen Administration. (...) Ohne den weltweiten Konflikt der Supermächte wird der Nahe Osten schlicht ein ganz normales regionales Kampfgebiet (...) Israels strategischer Wert wird bedeutungslos werden. Was die israelische Führung wirklich fürchten sollte, ist nicht ein entstehendes neues Deutschland, sondern eine neue Weltordnung, in der unsere Existenz nicht länger von globaler Bedeutung für die Vereinigten Staaten ist." (Jerusalem Post, int. Ed., 25.11.89) In gleicher Weise hatte Anfang November schon der Militärspezialist Seew Schiff in "Haarez" argumentiert.

Die Welt feiere eine große Party auf der Berliner Mauer, leitet Menachem Schalew seine Betrachtung ein - "aber die meisten von uns bleiben weg." Die Demokratisierung und die Reformbestrebungen in Osteuropa seien in Israel mit Befriedigung aufgenommen worden. "Polen, Russen, Ungarn, Bulgaren, Esten, Litauer und sogar die Ukrainer verdienen es, vom Joch der kommunistischen Depression und Unterdrückung befreit zu werden. Aber soweit es die meisten von uns betrifft, hätten die Ostdeutschen noch einige Jahrzehnte warten können, bevor sie mit ihren Brüdern im Warschauer Pakt gleichzogen. Es gab, muß man zugeben, etwas Trost in der Tatsache, daß wenigstens 17 Millionen Deutsche in einer keineswegs wünschenswerten Situation lebten. Denn die Teilung Deutschlands war der einzig gebliebene Rest einer Strafe des Zweiten Weltkriegs,

den kein Politiker, und sei sein Gedächtnis noch so kurz, auslöschen konnte. Wenn die Westdeutschen auch einen nie zuvor gekannten Wohlstand erlebten, mußten sie doch morgens beim Aufwachen auf die Mauer blicken und sich erinnern, wozu ihre schrecklichen Verbrechen geführt hatten, wenigstens für sie selbst." Die Welt jedoch freue sich über die Entwicklung in der DDR. "Und wir müssen zähneknirschend zugeben, daß es vielleicht eine Entwicklung zum Besseren ist. Aber wir bleiben weg von dieser Party, denn in dieser Sache, wie in anderen, sind wir allein." (Jerusalem Post, int. Ed., 25.11.89)

Ministerpräsident Schamir ist der erste prominente Politiker Israels, der sich öffentlich zur Vereinigung äußert. In einem Interview mit einem US-amerikanischen Fernsehsender sagt er: "Die große Mehrheit des deutschen Volkes entschied, Millionen des jüdischen Volkes umzubringen. Jeder von uns kann sich denken, daß sie, sollten sie noch einmal die Chance bekommen, es wieder versuchen werden." (Zit. n. Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, H. 113, Frühjahr 1990) Unter israelischen Diplomaten, heißt es in "Maariw", habe diese Äußerung große Verärgerung hervorgerufen. Glücklicherweise sei Schamirs Äußerung in den westdeutschen Medien nicht groß herausgestellt worden. (Maariw, 7.12.89 - zit. n. DIAK) (Erst zwei Monate später wird der Briefwechsel von Kohl und Schamir zu dieser Äußerung u.a. in verschiedenen BRD-Zeitungen publiziert.) Teddy Kollek, Bürgermeister von Jerusalem, versichert dagegen seinen deutschen Freunden, niemand könne "so wie wir in Jerusalem" ermessen, was es heiße, wenn eine Mauer falle. (Zit. n. DIAK)

Schulamit Wolkow, Direktorin des Historischen Instituts an der Universität Tel Aviv, wendet sich gegen ein statisches Deutschlandbild: "Es gibt kein immanent Schlechtes, das erklären könnte, was in Deutschland geschah. Das Volk, das wir uns angewöhnt hatten anzuprangern, ist dasselbe Volk, das nun sein Freiheit in die eigenen Hände nimmt." (Haarez, 8.12.89, zit. n. DIAK)

Zur Problematik des israelisch-deutschen Verhältnisses, die sich auch darin ausdrücke, daß eine Beurteilung der Vorgänge in DDR und BRD bisher im israelischen Parlament ausgeblieben ist, heißt es in "Haarez": "Die beiden U-Boote, die die israelische Marine braucht, werden in einer westdeutschen Werft gebaut werden. Gleichzeitig müssen wir gegen die Lügenpropaganda ankämpfen, die versucht (...) die Historizität des Holocaust abzustreiten. Das sind zwei Aspekte der jüdischen Realität unserer Tage." (Haarez, 8.12.89, zit. n. DIAK)

In einer Erklärung des Verbands der Jüdischen Gemeinden in der DDR heißt es u.a.: "Spiegelt die staatliche Spaltung Deutschlands die Interessen der Siegermächte und die Interessen der vom deutschen Reich unterdrückten, verfolgten und zum Teil ausgerotteten Völker wider, dann können die Deutschen über ihre Zukunft nicht frei entscheiden. Eine Veränderung des status quo ist vielmehr einer friedensvertragliche Regelung und damit der Zustimmung der Siegermächte und der am europäischen Entspannungsprozeß beteiligten Mächte vorbehalten. In Ansehung der Schoah, des Massenmordes an den europäischen Juden, kommt der Mitwirkung des jüdischen Volkes an dieser friedensvertraglichen Regelung eine hervorragende Bedeutung zu." (zit. n. AJW, 15.12.89)

Heinz Galinski, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, äußert, er habe keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Wiedervereinigung. Zuvor müsse jedoch "eine gesicherte demokratische Basis gefunden werden, mit der es für die Zukunft ausgeschlossen ist, daß gefährliche Erscheinungen und Entwicklungen wieder von Deutschland ausgehen." (AJW, 22./29.12.89)

"Deutschland: Das ist nicht unser Problem" betitelt Rami Tal seinen Kommentar in "Semit - die unabhängige jüdische Zeitschrift". Er befürworte "zwei Deutschlands" zwar nicht, aber Israel habe - zumindest ungefragt - kaum das Recht, sich in die Debatte einzumischen, da es eine Befreiungsbewegung unterdrücke und die Demokratie im eigenen Land nur unzureichend entwickelt sei. (Semit, Nr. 1, Jan./Feb. 90)

Teddy Kollek äußert in einem Interview mit der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung", er glaube, "daß die Demokratie in Deutschland inzwischen tief verankert" ist und "daß man sich auf die neue Generation der Deutschen verlassen" könne. Gefragt, ob er nicht eine "neue nationalistische Welle in Deutschland" fürchte, antwortet er: "Man darf nicht übertreiben, wenn hier und da antisemitische oder nationalistische Töne angeschlagen werden. Ich glaube, das ist mikroskopisch gering im Vergleich zu der allgemeinen Meinung hier. Es gibt immer emotionelle Strömungen. Aber wenn man es sich klar überlegt, glaube ich, sind es keine wirklichen Probleme. Jedenfalls können wir sie nicht beeinflussen, und wir sollten uns da nicht einmischen." Schamirs Äußerungen über ein wiedervereinigtes Deutschland sowie dessen Äußerungen über den

Antisemitismus in Polen, hält er für persönlich verständlich, da Schamirs ganze Familie in der Schoa ermordet worden ist, aber sie seien "sehr extrem" und würden weithin in der israelischen Bevölkerung nicht geglaubt. (AJW, 4.1.90)

Das "Hamburger Abendblatt" bringt am 1.2.90 als Aufmacher, daß Kohl am 1.12.89 brieflich bei Schamir wegen dessen Äußerungen im US-amerikanischen Fernsehen interveniert und Schamir am 10.12.89 darauf geantwortet hatte. Kohl hatte Schamir mit Datum vom 1.12. mitgeteilt, er habe "mit großem Befremden" von dessen Äußerung erfahren, ein wiedervereinigtes Deutschland könnte die Gelegenheit nutzen, "die dem jüdischen Volk in der Vergangenheit zugefügten Verbrechen - den Holocaust - zu wiederholen." Solche Äußerungen halte er "für geeignet, unsere sonst guten und spannungsfreien Beziehungen zu belasten." Schamir antwortete mit Datum vom 10.12.89: "Niemand kann genau sagen, zu welchem Ergebnis die jetzige Woge der Begeisterung und der Emotionen letztlich führen wird - am wenigstens das jüdische Volk. Unsere geschichtliche Erfahrung mit Deutschland in den 30er Jahren und den 40er Jahren dieses Jahrhunderts hat sich unauslöschlich in unser Gedächtnis eingegraben." Als Ministerpräsident Israels, das "als Staat des jüdischen Volkes die Heimat der restlichen europäischen Juden (ist), die den Holocaust überlebten", habe er "die Pflicht, unsere Zweifel und Ängste zum Ausdruck zu bringen." Eine Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen Israel und der BRD könne hieraus jedoch "keineswegs" abgeleitet werden. (Hamburger Abendblatt, 1.2.90; Süddeutsche Zeitung, 2.2.90)

Ein Kommentator der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" bezeichnet Schamirs Äußerung als "mißglückte Formulierung", die vielleicht sogar das "so ausgerichtete Denken des israelischen Ministerpräsidenten" ausdrücke. Mit seiner brieflichen Reaktion habe "der Bundeskanzler das getan, was seines Amtes war: Schaden abwenden. Ihn dafür zu tadeln, wie es die (Süddeutsche Zeitung) (...) tut, wird der Sache der deutsch-israelischen Beziehungen nicht gerecht. (...) Ungerechte Befürchtungen müssen wir zurückweisen - in Briefen, Gesprächen und am besten durch überzeugtes Handeln, das in der Zukunft beweisen muß, daß ein vereintes Deutschland gerade für die jüdischen Mitbürger unter uns eine Zukunftschance in einem demokratischen Deutschland ist." (AJW, 8.2.90)

Der ehemalige Chefredakteur der "New York Times", A.M. Rosenthal, publiziert Anfang Februar in dieser Zeitung einen Aufruf unter dem Titel: "Laßt uns vom deutschen Gestern hören": "Ich suche in den endlosen Zeitungskommentaren über die deutsche Welle, die in Richtung Vereinigung rollt, aber ich kann keines der Wörter finden, die ich suche. (...) Dies sind einige der Wörter: Jude, Auschwitz, Rotterdam, polnische ‚Untermenschen`, Leningrad, Sklavenarbeit, Krematorium, Holocaust, Nazi. (...) man muß sich nicht entschuldigen, wenn man die verborgenen Wörter nennt; man muß sich nicht entschuldigen, wenn man verlangt, daß sie eine Rolle spielen, wenn über Deutschlands Zukunft gesprochen wird. Die Wörter verborgen zu halten hieße, die Toten ein zweites Mal zu ermorden, durch Vergessen." (Zit. n. Konkret, 3/90)

Der Großrabbiner von Frankreich, Joseph Sitruk, hat in Paris erklärt, er sei über eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten "nicht übermäßig besorgt". Die eigentliche Gefahr liege in der Ungewißheit darüber, "wie sich Deutschland, das sich in der Geschichte leider kläglich ausgezeichnet hat, entwickeln wird." (SZ, 3./4.2.90)

Schulamit Wolkow (s.o.) ist über "das offensichtliche Wiederaufleben des Nationalismus" beunruhigt. Ein vereintes Deutschland werde "unermeßliche Hindernisse vor die Verwirklichung des einzigen bedeutsamen internationalen Traums von heute - ein vereintes Europa - stellen. Es wird auch die alten Nationalisten anderswo in Europa (und sie scheinen sich täglich zu vermehren) rechtfertigen und ermutigen. Man sieht schon überall, daß die offensichtlich unvermeidliche Mischung von Liberalismus und Nationalismus die bekannten Gefahren wieder mit sich bringt." (SZ, 8.2.90)

In einer zusammenfassenden Darstellung der Haltung Israels gegenüber der Vereinigung der beiden deutschen Staaten rund drei Monate nach dem Fall der Mauer heißt es, Israel schwanke "zwischen diffusen Ängsten und einer von Existenzsorgen diktierten Realpolitik, zwischen der Pflicht zu warnen und der Gewißheit der Ohnmacht. Zwar herrscht Befriedigung über den demokratischen Fortschritt in der DDR, aber zugleich besteht ein Grimm gegen die totalitäre Vergangenheit beider deutscher Staaten." Daß von einem vereinten Deutschland für das Judentum oder Israel eine Gefahr ausgehe, "mag niemand in Israel ernsthaft annehmen: Franzosen und Engländer hätten auf jeden Fall eher Grund zur Besorgnis." Eine Forderung, Israel habe das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu akzeptieren, sei "für viele jedoch nicht annehmbar." (AJW, 15.2.90)

Bei seinem Besuch in der BRD weist der israelische Außenminister Mosche Arens darauf hin, daß zwar gewürdigt werden solle, daß die Frage der deutschen Vereinigung "unvermeidbar Erinnerungen unter den Juden in aller Welt zurückbringt, besonders unter den Israelis. Aber wir können nicht nur zurückschauen, wir haben auch in Richtung Zukunft zu schauen. Die Menschen in Israel wie auch in der Welt haben heute Vertrauen in die demokratischen Institutionen und in die demokratische Tradition, die es nun seit mehr als 40 Jahren in der Bundesrepublik gibt. Die Bundesrepublik ist heute eines der führenden Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft der Nationen. Und die Ausdehnung dieser Traditionen im Rahmen eines vereinten Deutschland auf Ostdeutschland sollte als ein positiver Schritt betrachtet werden." (SZ, 16.2.90) - Arens' Stellungnahme wird in der israelischen Öffentlichkeit stark kritisiert. "Maariw" kommentiert, noch kein anderer Staat habe "in bisher so undistanzierter Weise die Gründung eines neuen `Vierten Reiches' begrüßt." Und "Jediot Achronot" wirft Arens vor, seine Äußerungen glichen "dem Versuch, die Ermordeten noch einmal zu ermorden, und diesmal mit Hilfe des Vergessens." (Zit. n. Tribüne, H. 113, Frühjahr 1990)

Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr München, berichtet von einer deutsch-amerikanisch-jüdischen Konferenz der "Atlantik-Brücke" (Bonn) und des "Armank-Instituts" (New York), die Zusammenkunft sei, was die Frage der deutschen Vereinigung angeht, "verbindend und versöhnlich" gewesen wie das Eingangsreferat, in dem gesagt wurde: "Die deutsche Einheit wird kommen. Die amerikanischen Juden sollen, wollen und werden sich nicht dagegen stemmen." Für die "führenden Vertreter des US-Judentums" sei die Möglichkeit der deutschen Einheit "kein Alptraum". Wolffsohn zitiert als Fazit eines "ranghohen amerikanisch-jüdischen Diplomaten": "Deutschland hat in diesen Monaten eine in der Weltgeschichte höchst seltene Gelegenheit, einen zweiten, erfolgreicheren Versuch zu unternehmen. Den Versuch, den demokratischen und nationalen Gedanken miteinander zu verbinden und zu versöhnen. Der erste deutsche Versuch ist gescheitert. Der zweite verspricht, erfolgreich zu werden." (SZ, 21.2.90)

In einem Interview mit der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" äußert Heinz Galinski Verständnis für Vorbehalte gegenüber der Vereinigung. Man müsse aber auch "Realpolitiker sein. Die Einigung kommt. (...) Allerdings müssen die Voraussetzungen so sein, daß dies im gesamteuropäischen Rahmen geschieht. Es müssen bestimmte Sicherungen vorhanden sein, die eine gewisse Gewähr bieten, daß sich die demokratische Einigung in demokratischen Formen weiter entwickelt." Galinski kritisiert, daß in der Debatte um die deutsche Einigung "die Vergangenheit viel zu wenig beachtet (wird). Sie wird bewußt verdrängt. Man muß zu dem Ursprung zurückgehen: Was hat denn zur Spaltung dieses Landes, Europas und dann zu diesen Machtblöcken geführt? Es ist doch der verlorene Krieg der Nationalsozialisten." Die Möglichkeiten der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, den Einigungsprozeß zu bremsen oder zu beeinflussen, veranschlagt Galinski eher gering. "Wir können nur durch Sachlichkeit, Besonnenheit überzeugen. (...) Das Schlimmste ist, wenn wir nicht mehr ernstgenommen werden, uns überschätzen." (AJW, 22.2.90)

Michael Lerner, Herausgeber der in den USA erscheinenden (links-)liberalen Zeitschrift "Tikkun", mißfällt "die Vorstellung, daß die Deutschen sich jetzt ihre Wiedervereinigung verdient haben sollen, daß ihre Strafe als verbüßt gelten soll und sie die Vergangenheit endlich vergessen dürfen". Ein Volk, das sich wie das Deutsche so unzureichend mit der eigenen Vergangenheit auseinandergesetzt habe, müsse (durch die Besatzungssoldaten der UdSSR und der USA) "scharf bewacht" werden. "Erst wenn die Generation, die unter dem Naziregime aufgewachsen ist, im öffentlichen Leben des Landes keine Rolle mehr spielt, erst wenn die Deutschen, in Ost und West, durch offizielle Maßnahmen bewiesen haben, daß sie gewillt sind, das Unheil zu büßen und wiedergutzumachen, das sie über die Welt gebracht haben, und alles tun, um eine Wiederholung zu vermeiden - erst dann können wir über die nationalen Rechte der Deutschen diskutieren." (Tikkun, März 90 - zit. n. taz, 29.3.90)

Der Publizist Ralph Giordano (jüngste Veröffentlichung: "Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte") hält "eine Wiedervereinigung für völlig undenkbar." Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und das europäische und das internationale Sicherheitsbedürfnis stimmten nicht überein. Gegenüber den "schrecklich produktiven Deutschen", die ja nicht nur eine Addition von DDR und BRD seien, sondern eine Multiplikation, bliebe Italien "ein Fötus", Frankreich "ein Embryo", England "ein Liliputaner" - ganz zu schweigen von den Staaten im Osten und den skandinavischen Ländern. "Ein wiedervereinigtes Deutschland würde unweigerlich zum dritten Mal, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, das Problem eines ungeheuren Ungleichgewichts in Europa aufbringen. (...) Bevor die Deutschen wieder unter einem Dach leben können, müssen sie Beweise ihrer Lernfähigkeit erbringen. Denn wenn Herr Kohl zum Annaberg will oder die Komödie in Bitburg inszeniert, zeigt

das doch, daß es bei uns einen konservativen Kern gibt, der unfähig ist, über jenen Schatten zu springen, der den deutschen Sonderweg bewirkte, der in Auschwitz geendet hat." (AJW, 1.3.90)

"Zwanzig Jahre nach dem Warschauer Kniefall hat Politik ein neues Gesicht", heißt es in einem Kommentar des Magazins "Semit". "Eine Fratze aus Geschichtsvergessenheit und ökonomischer Kanonenpolitik, aus ostmärkischem Revanchismus und globaler Siegerpose. (...) In Deutschland reicht der historische Blick nur noch bis zum Gartenzaun. ‚Einig` ist man sich im Verdrängen von Auschwitz. Als wollte man der Welt beweisen, daß nachträglich zwei Weltkriege gewonnen werden. Jetzt hilft nur noch eine Friedenskonferenz (...), auf der dieses furchterregende Deutschland in seine Schranken gewiesen und ihm die Rechnung aufgemacht wird für den faschistischen Krieg. Ums Verrecken darf Deutschland nicht den Ländern Politik vorschreiben, auf die vor 50 Jahren deutsche Bomben fielen. Angst vor diesem ‚Endsieg` ist angebracht. Und Scham angesichts deutscher Beschaffenheit, die tabula rasa machen will mit der Geschichte." (Semit, Nr. 2, März/April 1990)

Lord Jakobovits, der Oberrabbiner der britischen Juden, fordert in einem Interview mit dem Londoner "Independent" ein Mitspracherecht der Juden beim Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten. "Wir wollen mitreden, weil wir uns sorgen, daß Deutschland wie beim vorigen Mal ein Nährboden, nicht nur für den Antisemitismus, sondern auch für alle anderen Übel werden könnte, die zu einem Weltkrieg und zu vielen Millionen Toten geführt haben." Dies sei zwar in der derzeitigen Situation der Stabilität und des Wohlstandes keine aktuelle Gefahr. "Aber wenn es in 20 Jahren wieder eine ökonomische Krise gäbe, könnten es abermals die Juden sein, die als Sündenböcke herhalten müßten." (Zit. n. SZ, 2.3.90)

Ein Drittel aller Israeli (gemeint sind in der hier zitierten dpa-Meldung wohl die jüdischen Israeli) ist gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Unter den Israeli der Nachkriegsgeneration haben nur 25 Prozent Einwände. 50 Prozent der Einwanderer, die vor 1952 nach Israel kamen, lehnen die Vereinigung ab. 42 Prozent der europäischen und 24 Prozent der orientalischen Juden sind gegen die Vereinigung. Von den Überlebenden der Schoa sprechen sich nur sieben Prozent für die Vereinigung aus. Insgesamt 40 Prozent der Befragten haben zu dem Thema "keine Meinung". (SZ, 27.3.90)

Uli Faber, Leiter des jüdischen Jugendzentrums in Westberlin, empfindet als bedenklich, daß mit der Beendung der Teilung ein Mahnmal dafür verschwinde, was Deutschland Europa angetan hat. "Die letzte Wunde in der deutschen Geschichte vernarbt jetzt (...) Fragen zur Vergangenheit werden noch unangenehmer." Er habe, wie viele Juden, die Spaltung als eine Art Strafe für Deutschland empfunden, jetzt aber käme es einem so vor, als ob die Deutschen doch den Krieg gewonnen hätten. (Zeit, 4.5.90)

Robert B. Goldmann, 1939 noch aus Frankfurt entkommen, Direktor des europäischen Büros der Anti-Defamation-League, einer amerikanischen Organisation zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus, ist überzeugt, daß in (West-)Deutschland die "demokratischen Institutionen tiefe Wurzeln geschlagen haben und daß es in der Atlantischen Gemeinschaft fest vor Anker gegangen ist. (...) Ich glaube, daß die gegenwärtige politische Führung und wichtige Teile der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (...) von dem Gefühl erfüllt sind, eine Berufung zu haben. Hierbei geht es nicht um Aufarbeitung einer Vergangenheit, die sich niemals ‚wiedergutmachen` läßt, sondern darum, wie die Deutschen eine konstruktive Rolle beim Aufbau eines freien und geeinten Europas sowie bei der Vertiefung der atlantischen Partnerschaft spielen können. Bundespräsident Weizsäcker hat hierbei den Weg gewiesen." (FAZ, 5.4.90)

Cilly Kugelmann, Mitarbeiterin des Jüdischen Museums in Frankfurt und Mitherausgeberin der Zeitschrift "Babylon", fürchtet eine Stärkung des rechten Stimmenpotentials, genährt von neuen Wählern aus der DDR. Dies werde zur Folge haben, "daß historische Themen wie die Vernichtung der Juden marginalisiert werden. Nun wird sich die Perspektive zugunsten der stalinistischen Opfer verschieben und das Geschichtsbild der osteuropäischen Staaten dominant werden." Micha Brumlik, Professor für Erziehungswissenschaft in Heidelberg und Abgeordneter der Grünen im Frankfurter Stadtparlament, beschäftigt die Sorge um eine mögliche politische Destabilisierung. "Das schlimmste Szenario, das ich mir vorstellen kann, ist ein Le Pen für Deutschland und eine Verschiebung des ganzen Parteienspektrums." (Tages-Anzeiger, 8.5.90)

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, fordert bei der Eröffnung der Tagung des Verbandes in Westberlin, die Deutschen sollten "beweisen, daß die Welt nichts zu befürchten hat". Entscheidend sei es, daß Deutschland die Unverletztlichkeit der Grenzen garantiere. Bronfman äußert Sorgen

wegen der wirtschaftlichen Stärke und Macht eines geeinten deutschen Staates. Die Deutschen ruft er auf, ihren "aggressiven Nationalismus" der Vergangenheit bewußt für alle Zeiten auszuschließen und "wahre Europäer" zu werden. (SZ, 7.5.90)

Die Delegierten der Tagung des Jüdischen Weltkongresses, berichtet die "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", hätten sich davon überzeugen können, "daß Deutschland West wie Ost eine beachtliche demokratische Entwicklung durchlaufen hat, die Bundesrepublik schon seit vier Jahrzehnten, die DDR seit der Wende im Herbst nun mit Siebenmeilenstiefeln. Immerhin hat sich die erste freigewählte Volkskammer der DDR zur Mitverantwortung am Holocaust bekannt. Solcherlei Signale sind zweifellos geeignet, neues Vertrauen zu unterpolstern." (AJW, 10.5.90)

"Volles Verständnis" für den Einheitswillen des deutschen Volkes äußert Ignatz Bubis, stellvertretender Direktoriumsvorsitzender der Zentralrats der Juden in Deutschland, auf der Abschlußveranstaltung des Jüdischen Weltkongresses. "Wir, Bürger der Bundesrepublik Deutschland und die hier lebende Jüdische Gemeinde haben Vertrauen zu der in 40 Jahren gewachsenen Demokratie in diesem Lande und hoffen, daß die Einbindung Deutschlands in das entstehende ‚Haus Europa` zu einer Stärkung dieser Gesellschaftsordnung führen wird." (AJW, 17.5.90)

In seiner Stellungnahme zu einem Vierteljahrhundert diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der BRD schreibt Reuven Merhav, Generaldirektor des israelischen Außenministeriums: "Der Zug zur Vereinigung Deutschlands ist bereits abgefahren, und es bleibt uns nur, die atemberaubenden Ereignisse zu beobachten. Wir maßen uns keine Rolle an bei der Mitbestimmung über die Grenzziehung in Europa. Aber es kann nicht verschwiegen werden, daß dieser Prozeß bei vielen von uns mit gemischten Gefühlen begleitet wird, ja bei manchen alte Ängste wieder erwachen läßt. Dennoch haben wir in Israel die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer stabilen Demokratie schätzen gelernt. Wir glauben, dieser Demokratie vertrauen zu können." (AJW, 17.5.90)

18. 15.000 demonstrieren antideutsch: Nachlese zur Demo am 12.5.

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:47

In der Vorbereitungsphase der Demonstration vom 12.5. war eine häufig wiederkehrende Frage: wieviele werdens denn nun? Nicht nur in SPD-nahen Kreisen, sondern bis weit in die sozialistische und kommunistische Linke hinein, war ein Mißerfolg prognostiziert worden. Solch ein "sektiererisches" Projekt wie "Nie wieder Deutschland" sei angeblich zum Scheitern verurteilt.

Schon während der Auftaktkundgebung, aber spätestens als sich der Demonstrationszug gegen 13 Uhr in Bewegung setzte, war allen klar: Wir sind sehr viele. Die Schätzungen der TeilnehmerInnen-Zahl schwanken zwischen siebentausend (die berüchtigten Polizeiangaben) und fünfzehn- bis zwanzigtausend nach Angaben der VeranstalterInnen. Irgendwo dazwischen liegt die Wahrheit und damit war die Mobilisierung so überaus erfolgreich, daß die genaue Zahl hinterher kaum noch jemanden interessierte.

Dieser Erfolg ist umso höher einzuschätzen, als nicht einmal alle diejenigen da waren, mit denen man rechnen durfte: z.B. große Teile der Hamburger und Westberliner Autonomen. Dafür waren einige da, mit denen man nicht oder nicht so zahlreich gerechnet hatte: z.B. ein ganzer Bus aus Nijmegen/Niederlande oder etliche Gäste aus der DDR, die bei der Wahl der Farben das Schwarz-Rot-Gold dem reinen Rot vorgezogen hatten. Die überwiegende Mehrheit der DemonstrantInnen waren zweifellos jene, die schon an der Startbahn, in Wackersdorf oder Hanau dabei waren. Jene, auf die ganz einfach Verlaß ist, wenn es wirklich drauf ankommt und um den Staat geht. Unübersehbar waren aber auch diejenigen außerhalb demo-erprobter Zusammenhänge, denen die nationale Welle zum Hals raushängt und die mal sehen wollten, was das antinationale Lager zu bieten hat.

Alles zusammen ergab eine große bunte Mischung. Die Stimmung war - soweit es die Polizeiprovokationen zuließen - heiter und entschlossen, sie war kämpferisch, ohne militärisch zu sein.

Im Vorfeld: Bürgerkriegsszenarien der Polizei

Es werde weder vermummte Einzelpersonen noch Blöcke von Vermummten in der Demonstration geben - so der Polizeiführer Heinrich Bernhard in einem Gespräch mit den AnmelderInnen zwei Wochen vor dem 12. Mai. Gegebenenfalls werde man "Blöcke aus der Demonstration herausbrechen." Auch solche "Spielchen" wie das Mitführen von Seilen an den Seiten des Demonstrationszuges wurden nicht geduldet. Die Polizei würde die "Entscheidung vor Ort suchen" und zwar gleich zu Anfang. Sie hätten genügend Kräfte vor Ort, seien für alle Fälle vorbereitet und würden "das ganze Repertoire polizeilicher Möglichkeiten" aufbieten.

Inhalt und Stil dieser Ausführungen gingen weit über das hinaus, was als Säbelrasseln zwar nicht hinnehmbar, aber verständlich ist. Dabei verfügte die Polizei zum Zeitpunkt dieser martialischen Ankündigung nach eigenen Angaben noch über keine genauen Erkenntnisse, wer überhaupt zur Demonstration anreisen würde. Als sie diese zu haben glaubte, verbreitete sie zwei Tage vor der Demonstration über die Presse ein kleines Bürgerkriegs-Szenario: Mit Auseinandersetzungen sei zu rechnen, man solle die Innenstadt meiden ...

Entsprechend ging es dann am Samstagmorgen los. Fahrzeug- und Personenkontrollen erfolgten schon auf den Zufahrten, massive Polizei- und BGS-Präsenz vor und auf dem Opernplatz, dem Sammelplatz und Ort der Auftaktkundgebung. Wer zur Kundgebung wollte, mußte durch Ketten und Spaliere der Polizei und wurde durch zusätzliche Gitter am Betreten oder Verlassen des Platzes gehindert. Keinesfalls beschränkt auf das bloße Kontrollieren, provozierte die bewaffnete Staatsmacht durch geradezu hautnahen Kontakt zu den TeilnehmerInnen. Demütigung und Schikane waren angesagt, erkennbar z.B. auch daran, daß der U-Bahn-Eingang auf dem Opernplatz verschlossen war und damit die einzigen öffentlichen Toiletten weit und breit versperrt blieben.

Gegen das Selbstbestimmungsrecht der Imperialisten

Die Auftaktkundgebung begann mit erheblicher Verzögerung. Siggi Frieß begrüßte die TeilnehmerInnen und setzte sich scharf mit der Wiedervereinigung auseinander. "Wir wollen kein Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, weil es das Selbstbestimmungsrecht der Imperialisten ist" - so lautete einer ihrer später auch in der

Presse häufig zitierten Kernsätze. Ihr folgte Karl-Heinz Roth (siehe diesen ak) und danach ein anarchistischer Beitrag, gehalten von zwei RednerInnen. Den Abschlußbeitrag der Auftaktkundgebung hielt Michael Mäde von der "Vereinigten Linken" aus der DDR.

Den sich anschließenden Demonstrationszug provozierte die Bullerei von Anfang an durch eine auf Tuchfühlung durchgeführte sog. einschließende Begleitung. In den meisten Presseberichten hieß es hinterher (beinahe anerkennend), der Demonstrationszug sei im großen und ganzen friedlich verlaufen. Es ist einzig und allein der enormen Selbstdisziplin und dem politischen Bewußtheit der autonomen und anarchistischen Gruppen zu verdanken, daß die Strategie der Polizei zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgreich war. Besonders für diese GenossInnen überschritt es die Grenze des Erträglichen, wie sich die Polizei in den engen Innenstadt-Straßen in den Demo-Zug geradezu hineinquetschte, wie sie nach Belieben Leute herauszugreifen versuchte oder Transparente beschlagnahmen wollte.

Mehrfach gab es Knüppeleinsätze und einige Male fuhren Wasserwerfer bis auf wenige Meter an den Demo-Zug heran. So entstanden immer wieder Lücken, und das Tempo der Demo verlangsamte sich häufig bis zum Stillstand. Für drei Viertel der TeilnehmerInnen bestand der "im großen und ganzen friedliche Demonstrationszug" im ständigen Reagieren auf immer neue Provokationen der Polizei, die es erkennbar herausfordern wollte, daß der Zug den Römerberg gar nicht erreicht. Daß die Demo dennoch bunt, laut und phantasievoll blieb, kann als voller Erfolg verbucht werden. Insbesondere die autonomen und anarchistischen GenossInnen haben ganz offensichtlich hinter dem Demonstrations-Konzept gestanden, das ohne ihre Entschlossenheit und politische Klugheit an diesem Tag gar nicht aufgegangen wäre.

Ohne diesen Hintergrund ist überhaupt nicht zu verstehen, was schließlich auf dem Römerberg passierte. Während die DemonstrantInnen eher entspannt und verständlicherweise leicht ermüdet die Kundgebung erwarteten, blieb die Polizei bei ihrem provozierenden hautengen Einschluß. Fast der gesamte Römerberg war von dichten Polizeiketten umstellt, am südlichen Rand gar doppelt und dreifach und mit einigen Wasserwerfern im Hintergrund. Mehrere Aufforderungen des Versammlungsleiters an die Polizei, sie möge sich von dem brechend vollen Platz zurückziehen, blieben unbeachtet.

Polizeiprovokation: Am Rande einer Willkür, die sich noch bürgerlich nennen darf

Genau an diesem südlichen Rand ging die Provokation schließlich los: eine Polizeitruppe zwängte sich durch die dichtgedrängt stehenden und sitzenden TeilnehmerInnen, die dem ersten Redebeitrag zuhörten. Die Polizeiführung schob später die Begründung nach, daß diese Truppe zu ihrer Einheit in eine Seitengasse des Römerbergs wollte, also quasi auf dem Nachhauseweg war. Ein Umweg von 150 Metern durch menschenleere Gassen, und der Trupp hätte bequem seine Einheit erreicht - aber eben nicht sein Ziel: im x-ten Anlauf endlich einen Grund zu finden, die Versammlung aufzumischen. Innerhalb kürzester Zeit eskalierte die Lage und zum ersten Mal an diesem Tag wurde auf die Knüppeleien der Polizei von DemonstrantInnen mit dem Werfen von Dosen und später auch härteren Sachen geantwortet. Die in Bereitschaft gehaltenen Wasserwerfer preschten auf den Platz und hielten sofort in die Menge, die gar keine Möglichkeit hatte, auszuweichen. Die Schlägertrupps setzten nach und prügelten auf alle ein, die nicht flüchten konnten. Wieder einmal "verlor" ein Polizist seine Pistole, die dann von Demonstranten zurückgegeben wurde. Die verzweifelten und wütenden Versuche von TeilnehmerInnen, die Polizei durch das Schmeißen von Steinen auf Distanz zu halten, gaben dann Bilder ab, die in den nächsten Tagen zur sogenannten Berichterstattung benötigt wurden. Allein durch diese viertelstündige Wasser- und Knüppelorgie wurden Dutzende von DemonstrantInnen verletzt. Die Skala der Verletzungen reicht bis zu Ablösungen der Augenhornhaut, weil dem Wasserwerferstrahl nicht mehr ausgewichen werden konnte. Auch die Lautsprecheranlage wurde unter Beschuß genommen und zentnerschwere Boxen flogen durch die Gegend. Wie durch ein Wunder funktionierte das meiste nach einer Weile wieder, so daß die Kundgebung fortgesetzt und ein enormer wirtschaftlicher Schaden abgewendet werden konnte.

Das Konzept der Polizei ging auch dieses Mal nicht auf. Der Einsatz zielte nicht nur darauf ab, die in den Szenarien herbeigeredeten und politisch erwarteten - man/frau wird wohl sagen können - eingeforderten Bilder für die Medien zu liefern. Dieser Einsatz war darauf abgezielt, die Kundgebung zu zerschlagen, anders ist der massive Wasserwerfereinsatz über den gesamten Platz - damit auch alle naß werden und was abbekommen - und der bisher in der bundesrepublikanischen Demogeschichte einmalige zerstörerische Einsatz gegen die Kundgebungsbühne mit Lautsprecheranlage zu erklären.

Wenn Polizeiführer Bernhard später gegenüber der Presse hervorhob: "Wir haben darauf verzichtet, die Veranstaltung aufzulösen, obwohl wir es hätten tun können", stimmt das zwar militärisch; und in der Tat, die Polizei war nahe dran, den Rahmen bürgerlicher Polizeistaatswillkür zu verlassen.

Als der halbe Platz bereits geräumt war, flog den Schlägertrupps des SEK - aufgebaut wie Bullen in der Arena - nichts mehr entgegen als: "Nie wieder Deutschland, nie wieder Deutschland...". Mit diesem "Nie wieder Deutschland" erkämpften sich die Menschen ihre Kundgebung zurück. Die politische Entscheidung, der es bedurft hätte, jetzt den ganzen Platz zu räumen, hätte das Maß an Willkür auch dieses (noch) bürgerlichen bundesdeutschen Staates gesprengt.

Daß die Kundgebung fortgesetzt wurde, daß die autonomen GenossInnen zu Ende redeten, daß Reinhold Winter von den Gewerkschaften gegen Wallmann, Lucienne Rombaut aus der belgischen Resistance und Rainer Trampert ihre Reden hielten, war ein politischer Erfolg gegen die nackte polizeistaatliche Gewalt eines "Deutschland", das damit ankündigte, wohin es marschiert. Es war ein Erfolg, der erkämpft wurde durch die Entschlossenheit und das politische Bewußtsein in der Aktion - das macht Mut.

Nachkarten

Bis auf den verhältnismäßig objektiven Filmbericht der Hessenschau-Nachrichten am Samstagabend war das, was der Rest der bundesdeutschen Medienlandschaft brachte, Hofberichterstattung und Ergebenheitsadressen an die Polizei. Der grün-gestützte SPD-OB Volker Hauff zeigte sich bestürzt und betroffen über die "aggressive Gewalt gegen Polizeibeamte". CDU-Innenminister Milde wertete den Polizeieinsatz als "umsichtig". Die CDU war bemüht, die Beteiligung der grünen RadikalökologInnen an der Demo sowie die Bereitstellung des Demo-Büros im Umlandverband durch deren VertreterInnen als den Skandal schlechthin darzustellen. Sogar der hessische Landtag wurde zu diesem Zweck bemüht. Immer wieder tauchte der Name Manon Tuckfeld auf. In der FAZ vom 13.5. wurde sie als "Aufhetzerin" vorgestellt und laut Frankfurter Neue Presse hatte sie die Demo "angezettelt". Das Blatt fordert, daß "Leute um Frau Tuckfeld oder Jutta Ditfurth" als "Aufrührer" haftbar gemacht werden müßten. Solche Hetze ist nur allzu gut bekannt und man/frau kann sich leicht vorstellen, welchen Belästigungen die derart Angegriffenen z.Zt. ausgesetzt sind. Der CDU-Vorsitzende aus Frankfurt, Trageser, bezeichnete die Demonstration schließlich als verfassungswidrig. Er fand es skandalös, daß sie überhaupt erlaubt worden sei (eine Art rot-grünes Komplott), weil sie sich gegen das deutsche Volk richte. Ach ja: die Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aussagen der Demo fand praktisch nicht statt. "Bild" ist zwar nicht die Ausnahme von dieser Regel, gibt aber wenigstens einmal eine Parole korrekt wieder:"Der größte Dreck, der uns bekannt, das ist das deutsche Vaterland." Genau!

He., Frankfurt

19. Gegen Annexion und Finanzkapital Rede von Karl Heinz Roth

Rede von Karl Heinz Roth am 12.5. in Frankfurt

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:04

Als die demokratische Massenbewegung der DDR im vergangenen November Einparteiensystem, zentralisierte Planwirtschaft und Überwachungsstaat zerschlug, waren die Spitzenmanager der bundesdeutschen Hochfinanz sofort zur Stelle. Die Stäbe der Deutschen Bank, der Bundesbank und der Dresdner Bank erarbeiteten ein Sofortprogramm für den wirtschaftspolitischen Anschluß:

- Währungsreform

- Privatisierung

- Preisreform.

Die DDR sollte ohne alle Zwischenschritte und Übergangsprogramme dem bundesdeutschen Kapital ausgeliefert werden. Die Versuche zur basisdemokratischen Erneuerung und zur sozialistischen Reorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft sollten keine Chance bekommen. Die ohne alle Vorleistungen geöffneten DDR-Grenzen und die Massenflucht der Jugendlichen genügten als Druckmittel.

Die Rechnung ging auf. Die politischen Eliten der BRD übernahmen das Programm, überrollten den Demokratisierungsprozeß und inszenierten den Massenkonsens. Ein Teil der Führungsschichten in Politik und Wirtschaft der DDR wechselte das Parteibuch und begab sich auf Kollaborationskurs. Bevor die Desillusionierung der Massen einsetzt, werden sie den Ausverkauf der DDR in einem Staatsvertrag festschreiben, durch den alles, was nach sozialistischem Eigentum und nach sozialistischer Arbeiterklasse riecht, feierlich getilgt wird.

Die Kohl/Genscher-Regierung kann den finanzkapitalistischen Kommandostäben hier in Frankfurt Vollzug melden. In noch nicht einmal zwei Monaten wird mit der Währungsumstellung der "Anschluß" der DDR an das Machtkartell von Bundesbank und Großbanken unumkehrbar gemacht sein. Der Ausverkauf von Kombinaten, Staatseigentum und Grund und Boden - längst schon vertraglich unter Dach und Fach - wird sich anschließen, die Unterwerfung des DDR- Territoriums unter die aggressiven Marktstrategien ist schon in Gang. Die neuen DDR-Bezirksstellen der Bundesbank haben ihre Tätigkeit schon aufgenommen. Die Deutsche Bank hat sich in den zur Universal-Aktienbank umgewandelten Teil der DDR-Staatsbank eingekauft. Sie wird - wie immer seit der NS-Zeit - den übrigen Großbanken als Konsortialführer ihren Anteil am Immobilien-, Spekulations- und Kreditgeschäft zuweisen.

Spätestens im Sommer wird die DDR-Bevölkerung merken, was für einen Kapitalismus sie gewählt hat. Die Streiks der letzten Tage zeigen, daß der Lernprozeß schon einsetzt. Sie hat einen Kapitalismus gewählt, der nur noch zur Hälfte produktiv investiert und jede soziale orientierte Planung ablehnt. Die "Sozialunion" ist nicht mehr als ein Zugeständnis, um die Desillusionierung hinauszuschieben. Allemal in der DDR geht es um die Eroberung von Grund und Boden als Ausgangspunkt für gigantische Finanz- und Immobilienspekulationen. An zweiter Stelle steht die Umwandlung der neuen Spekulantenschichten der DDR in eine Schicht von "neuen Selbständigen", die sich mit einem Netzwerk hochtechnologisch ausgestatteter Klitschenbetriebe an die Konzernproduktion der BRD anhängen oder Vermarktungsfilialen aufbauen. Drittens werden die BRD-Konzerne die rentabelsten Fragmente des Produktionsapparats aufkaufen und eingliedern, und die wenigen überlebensfähigen Kombinatsleitungen werden ihrerseits versuchen, sich nach Massenentlassungen auf die rentabelsten Fertigungsteile zu beschränken. Insgesamt wird es aber keine Kredite für Neuinvestitionen geben. Die bisherigen Produktionssubstanz wird weitgehend zerstört. Die DDR ist Spekulations- und Vermarktungsobjekt, Investitionsprogramme werden klein geschrieben. Mit der Zerstörung der Produktionsstruktur werden - so ist die Absicht - Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung der DDR untergehen. Neben den kollaborierenden Eliten werden nur die "neuen Selbständigen" vom "Anschluß" profitieren. Die große Masse wird desillusioniert feststellen, daß ihre politische Option zur Arbeitslosigkeit, zur Existenzunsicherheit und zur sozialen Entsolidarisierung führte. Sie soll es freilich erst mitbekommen, wenn es

kein Zurück mehr gibt. Der BRD-Kapitalismus der 90er Jahre hat keine Marshallpläne und keine Sozialstaatsmodelle zu bieten.

Aber er hat eine Geschichte. Und diese Geschichte besagt, daß die sozialen und politischen Folgeprobleme einer Annexion sich am effektivsten dadurch lösen lassen, daß weiter expandiert und annektiert wird. Während er die DDR mit schluckt, propagiert Herr Christians, der künftige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, schon den Aufbau eines Technologiezentrums im ehemaligen Ostpreußen, mit Blick auf die Baltischen Staaten. Während wir uns über die Manöver des Herrn Kohl in Sachen polnischer Westgrenze aufregen, plant das Finanzkapital schon für das polnische Hinterland. Vielleicht wird der DDR-Markt schon in Bälde aus polnischen oder ungarischen Zweigwerken der BRD-Konzerne beliefert. Der "Anschluß" der DDR ist Teil einer großangelegten Osteuropa-Strategie, deren Konturen allmählich sichtbar werden. Überall bis in die Baltischen Sowjetrepubliken bieten sich neue Kollaborateure an: eine chauvinistische, antisemitische und klerikalfaschistische Intelligenzija, mit der man noch ganz andere Geschäfte machen kann als mit der DDR-Elite. Die ökonomische Kontrolle über Osteuropa ist ein Faustpfand für das BRD-Kapital. Beherrscht es Osteuropa, dann kann ihm niemand mehr die Vormachtstellung auf dem EG-Binnenmarkt von 1992 streitig machen. Und dann verfügt es auch über die Marktgröße, um das West-Ost-Gefälle zum Billiglohnland DDR langfristig wieder aus der Welt zu schaffen.

Blicken wir auf den Zusammenhang der Jahre 1990 und 1992, dann ergeben sich frappierende Parallelen zur Konstellation des deutschen Imperialismus vor etwas mehr als 50 Jahren - 1938 und 1940. Im März 1938 annektierte der NS-Imperialismus Österreich, zwei Jahre später beherrschte er ganz Mittel-, West- und Nordeuropa und plante den "Fall Barbarossa", die Vernichtung der Sowjetunion. Vom Reichsmarkblock-Europa aus wollte er ein zweitesmal nach der Weltmacht greifen. Der Konsens und die Kollaborationsbereitschaft der europäischen und internationalen Wirtschaftseliten waren damals größer, als wir heute gern wahrhaben. Und auch die kurzfristigen Massenloyalitäten gab es. Die Deutschen in Österreich votierten begeistert für den "Anschluß". Schon wenige Monate später war der Desillusionierungsprozeß ungeheuer. Aber da war es zu spät. Das Finanzkapital hatte zusammen mit der Gestapo und dem "Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich" die Annexion unumkehrbar gemacht.

Natürlich gibt es auch Unterschiede. NS-Deutschland litt 1938 und 1940 unter einem ungeheuren Kapital- und Devisenmangel. Hochrüstung und Blitzkriegsarmee mußten erst die militärischen Voraussetzungen schaffen, um Kontinentaleuropa für das deutsche Kapital profitabel zu machen. Heute ist es genau umgekehrt. Die Kapital- und Devisenkapazitäten garantieren eine ökonomische Vormachtstellung, die am effizientesten im Verlauf von Abrüstungsverhandlungen imperialistisch eingesetzt werden kann. Die Panzer sind durch das Scheckbuch ersetzt, der Effekt ist identisch.

Somit unterscheiden sich die eingesetzten Machtmittel heute und vor 50 Jahren, und auch die daran gekoppelten politischen Instrumente haben einen völlig anderen Charakter. Insofern hat der deutsche Imperialismus gelernt, sich wie eine "normale" Wirtschaftsgroßmacht zu verhalten. Aber er verfolgt seit dem Herbst 1989 wieder - wie 1938/40 und wie im Ersten Weltkrieg - territoriale Ziele. Das Finanzkapital operiert wieder im Verein mit den Eliten des Nationalstaats, und es spielt wieder "Va Banque". Dieses Va Banque wird, wenn es sich im Fall DDR-"Anschluß" durchsetzt, eine Kettenreaktion zur Folge haben.

Dieser Staat, der jetzt entstehen soll, ist nicht unser Staat. Es ist eine Hülle der politischen Macht, die aus dem deregulierten Kapitalismus vor unseren Augen eine annektierende Hyäne macht.

Die herrschenden Eliten triumphieren. Sie treten offen in ihre imperialistischen Kontinuitäten ein. Sie sollen wissen, daß sie mit unserem Widerstand zu rechnen haben. Und sie sollen wissen, daß wir, die wir nie Anhänger des bürokratischen Staatssozialismus waren, unsere sozialistischen Utopien nicht aufgegeben haben. Der Kampf für soziale Gleichheit, für sozialistisches Eigentum, für sozialistisches Demokratie und für internationale Solidarität tritt in ein neues Stadium. Hier, in der DDR, überall auf der Welt.

Laßt uns den Massenwiderstand organisieren!

Sozialismus gegen Barbarei!

Nie wieder Deutschland!

20. Internationale Pressestimmen zur Demonstration "Nie wieder Deutschland!"

Rubrik: Radikale Linke; Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:39

Die Demonstration "Nie wieder Deutschland" hat, wie kaum eine Aktion der bundesdeutschen Linken seit langer Zeit, ein breites internationales Presse-Echo hervorgerufen. Die Pressemeldungen wurden gesammelt und übersetzt vom Asta Linke Liste Frankfurt/Main. Wir dokumentieren in Auszügen. Die vollständige Pressedokumentation mit Presseerklärungen, Agenturmeldungen, Leserbriefen und bundesdeutscher und internationaler Presse ist zu beziehen über den Asta Linke Liste Frankfurt/Main, Jügelstraße 1, 6000 Frankfurt/M. 1.

Sowjetunion: Prawda (14. Mai 1990):

Unter den Parolen "Kein neues Reich!", "Wir werden die Gründung Großdeutschlands nicht zulassen!", fand in Frankfurt am Main eine Massendemonstration von Gegnern der deutschen Vereinigung statt. Als Organisatoren traten annähernd 100 pazifistische, antifaschistische, Jugend- und Frauenorganisationen aus verschiedenen Ländern und Städten der BRD auf. Über 7000 Demonstranten zogen durch die zentralen Straßen der Stadt und sammelten sich dann zu einer Massenkundgebung. Die Teilnehmer brachten unterschiedliche Meinungen zur Zukunft der beiden deutschen Staaten zum Ausdruck: von der Aufrechterhaltung der vollen Selbständigkeit von BRD und DDR, über die Beseitigung der Grenzen - das äußerte die Abgeordnete der GRÜNEN im Deutschen Bundestag Jutta Ditfurth - bis selbst zur radikalen Forderung nach dem Wiederaufbau der Berliner Mauer. - (Tass)

Polen: Trybuna (14. Mai 1990):

"Nie wieder Deutschland"

Eine Demonstration gegen die Vereinigung beider deutscher Staaten, die am Samstag in Frankfurt am Main stattfand, artete in einen Kampf zwischen den Teilnehmern und der Polizei aus. Die Demonstranten bewarfen die Polizei mit Flaschen und Steinen, die Polizisten setzten Schlagstöcke und Wasserwerfer ein. Ein Demonstrant ist schwer verletzt worden. 16 - wurden verhaftet. Vier Polizisten haben leichte Verletzungen davongetragen. Demonstriert wurde unter der Losung "Nie wieder Deutschland".

DDR: Neues Deutschland

(14. Mai 1990): Polizei in Frankfurt/Main treibt Demo auseinander

Mit Wasserwerfern fegte die Polizei am Sonnabend in Frankfurt/Main rund 20.000 Demonstranten auseinander, die vor dem Ausverkauf der DDR und vor einem wiedererstarkenden Rechtsradikalismus warnten. Zu der Aktion, in deren Ergebnis 27 Verletzte und 16 Festgenommene gemeldet wurden, hatten mehr als 100 linke, alternative, grüne und antifaschistische Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet aufgerufen. Bereits vor Beginn des Marsches "gegen nationalen Taumel, Großmachtphantasien, kapitalistische Begehrlichkeit und deutsche Dumpfheit" war es zu Zusammenstößen mit dem 2000 Mann umfassenden Polizeiaufgebot gekommen.

Israel: Jerusalem Post (13. Mai 1990):

... Über 5.000 linksgerichtete Demonstranten marschierten gestern durch die Innenstadt Frankfurts, West-Deutschlands Finanzhauptstadt, um gegen die deutsche Wiedervereinigung zu protestieren.

Frankreich: Le Monde (15. Mai 1990):

Zahlreiche rote und schwarze Fahnen wehten am Samstag den 12. Mai durch die Straßen Frankfurts, wo die größte Demonstration gegen die Wiedervereinigung Deutschlands abgehalten wurde, die jemals seit dem Fall der Berliner Mauer organisiert wurde. 5000 Personen nahmen an dem Zug teil, während die Polizei der Stadt voll Unruhe mit 10000 Demonstranten gerechnet hatte.

Die Versammlung war unter dem Motto "Nie wieder Deutschland" organisiert worden, der Parole, die Marlene Dietrich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ausgesprochen hatte. Marlene Dietrich, geborenen in

Deutschland, war vor dem Nazismus geflohen und emigrierte in die Vereinigten Staaten. Die große Mehrheit der Demonstranten war zwischen 20 und 35 Jahre alt und gegen Ende des Krieges noch nicht geboren.

Die Organisatoren riefen dazu auf, gegen "den deutschen Nationalismus, die Kolonialisierung Osteuropas und die Annexion der DDR" zu demonstrieren. Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Repräsentanten der westdeutschen kommunistischen Partei DKP, von Gruppen der radikalen Linken, sowie Anarchisten. Die erneuerte ostdeutsche kommunistische Partei PDS (ehem. SED) war gleichermaßen anwesend. Jeder eine riesige DDR-Fahne tragend, waren ca. zwanzig junge Ostdeutsche aus Leipzig gekommen, um an der Demonstration teilzunehmen. - (AFP.)

Le Figaro, Paris (14. Mai 1990):

Gegen die Vereinigung. Mit dem Einsatz von Wasserwerfern beendete die Polizei Zwischenfälle die im Verlauf einer großen Anti-Wiedervereinigungs-Demonstration am Samstag in Frankfurt - organisiert unter dem Motto "Deutschland: Nie wieder" - zwischen den linken Demonstranten und den Ordnungskräften entstanden. Zwischen 5.000 und 20.000 Personen hatten sich nach Schätzungen versammelt, um gegen "den deutschen Nationalismus, die Annexion der DDR und das Nahen des IV. Reiches" zu protestieren. Unter den Demonstranten befanden sich Vertreter der Kommunistischen Partei Westdeutschlands und der Grünen.

L'Humanité (14. Mai 1990):

Das Andere Deutschland

Am Samstag in Berlin, das weiter Hauptstadt der DDR ist, konstatierte im Verlauf einer Gedenkfeier für Helene Weigel, die Ehefrau des Dramatikers Bertolt Brecht, deren Grab eine Woche zuvor geschändet wurde, die Komödiantin Kaethe Reichel mit "Bitterkeit und Wut", daß die Opfer des Antisemitismus "keinerlei Aufschrei in Deutschland" provoziert hatten. Sie beklagte die Abwesenheit der ostdeutschen Regierungsvertreter bei dieser Gedenkfeier, organisiert aus Anlaß des 90. Geburtstages derjenigen, die mehr als 400 mal "Mutter Courage" gespielt hat.

Am Samstag hat sich in Frankfurt am Main die größte Demonstration gegen die Wiedervereinigung Deutschlands abgespielt, die seit dem Fall der Mauer in der BRD stattfand. Mehrere tausend Personen nahmen am Marsch unter dem Motto "Nie wieder Deutschland" teil.

Das sind die Worte, mit denen Marlene Dietrich den Nazismus verfluchte. Die Mehrheit der Demonstranten im Alter zwischen 20 und 35 Jahren verdammte "den deutschen Nationalismus, die Kolonisation Osteuropas und die Annexion der DDR". Zahlreiche Transparente drückten die Angst vor einer Rückkehr des Nazismus und des deutschen Imperialismus aus, riefen zum "Kampf gegen das Nahen des IV. Reichs" auf. Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Vertreter der Kommunistischen Partei Westdeutschlands DKP und der PDS (ex- SED) der DDR.

Schweiz: Neue Zürcher Zeitung

(15. Mai 1990): Frankfurter Protest gegen die deutsche Einheit

Mit gewalttätigen Auseinandersetzungen ist am Samstag eine Demonstration gegen die deutsche Einheit in Frankfurt zu Ende gegangen. Bei der Abschlußkundgebung mit rund 7000 Teilnehmern begannen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei, die sich bis tief in die Nacht fortsetzten.(...) Bei der Kundgebung erklärte der Historiker und Arzt Karl Heinz Roth, die bundesdeutsche Wirtschaft sei nach dem 9. November 1989 mit einem Sofortprogramm zur Stelle gewesen, um sich die DDR ohne Zwischenstufen einzuverleiben und ihr keine Chance mehr für eine sozial orientierte Planung zu lassen. Dem Großkapital gehe es um die Eroberung von Grund und Boden. Mit der Währungsunion werde der Anschluß an die Machtkonzerne der Bundesrepublik beendet. "Der Staat, der jetzt entstehen soll, ist nicht unser Staat", rief Roth. Auf Transparenten am Opernplatz stand "Gegen die imperialistische Einverleibung - für ein sozialistisches Deutschland".

Spanien und Lateinamerika:

El Pais, Madrid (14. Mai 1990)

Am vergangenen Samstag Abend artete die Demonstration gegen die Deutsche Vereinigung in Frankfurt, zu der die Grüne Partei und verschiedene Gruppen der extremen Linken aufgerufen hatten, zu überaus harten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei aus. Rund 5000 Personen marschierten, von mehr als 2000 Sicherheitskräften bewacht, unter dem Slogan "Nie wieder Deutschland". Die Polizei setzte Gummiknüppel und Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein, die mit Flaschen und Steinen warfen. Mindestens 24 Personen wurden festgenommen. Ein Demonstrant mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden und vier Polizisten wurden verletzt.

USA:

International Herald Tribune (14. Mai 1990):

Straßenkampf in Frankfurt - Eine Protestkundgebung gegen die deutsche Wiedervereinigung geriet zum Kampf zwischen tausenden flaschenwerfender Protestierer und Polizeikräften, die Gummiknüppel und Wasserwerfer einsetzten. Ein Demonstrant wurde ins Krankenhaus eingeliefert, 16 weitere festgenommen.

21. Bielefeld, Stuttgart, Hamburg: Kampagnenberichte "Nie wieder Deutschland!"

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:38

"Nie wieder Deutschland", das war nicht nur die zentrale Parole der Frankfurter Demonstration gegen die "Wiedervereinigung" - eine Vereinigung die sich real als die Auflösung der DDR zugunsten der Vereinigung der BRD zu Deutschland vollzieht. "Nie wieder Deutschland" war über die Frankfurter Demonstration hinaus eine kleine Kampagne, an der sich bundesweit in verschiedensten Orten Aktivitäten entfalteten. Ein vollständiger Überblick über die Veranstaltungen und Aktionen läßt sich schlechterdings nicht gewinnen. Wir berichten exemplarisch aus einzelnen Orten. Die Frage, die sich jetzt überall stellt, lautet: Wird die Frankfurter Demonstration als ermutigender Auftakt für weitere Aktivitäten begriffen - wie weiter mit "Nie wieder Deutschland"?

Daß die Demonstration am 12. Mai in Frankfurt mit den 15.000-20.000 Menschen, die dort ihren Widerspruch, ihren Haß und ihre Wut gegen den nationalen Trend auf die Straße trugen, zum Erfolg wurde, erklärt sich nicht aus zugkräftigen Ankündigungen linker Prominenter, dort in jedem Fall dabei zu sein. Denn bis auf ein paar wenige, ihre Prominenz zunehmend aufs Spiel setzende Linksradikale, war die linke Prominenz dort schlicht nicht anwesend, geschweige denn daß sie mobilisiert hätte. Der Erfolg dieser Demo erklärt sich auch nicht aus einer Geschlossenheit der radikalen Linken, an dieser Frage durchzumobilisieren, denn mehr als bei vielen Aktionen bisher liefen die Widersprüche zu dieser Demo quer durch alle Organisationen. Eher schon erklärt sich der Erfolg aus dem Streit, der um die Orientierung der Demo auf "Nie wieder Deutschland" quer durch alle Organisationen und Gruppierungen entfacht werden konnte. Der sehr späte Zeitpunkt der Demonstration hatte somit letztlich auch einen positiven Aspekt, die Auseinandersetzung um die Demo ausgiebig in die Linke tragen zu können. Zu einem guten Teil basiert dieser Erfolg aber einfach auf den vielen Aktivitäten vor Ort, die in einer Art kleiner Kampagne "Nie wieder Deutschland" entfaltet wurden.

In einer ganzen Reihe von Städten, u.a. in Hannover, Köln, Bonn, Göttingen, Mannheim, Ludwigshafen, Tübingen, Stuttgart und Hamburg haben sich Bündnisse gegen die "Wiedervereinigung" gebildet, in denen auf die Demo orientiert örtliche Aktivitäten entfaltet wurden und nach Frankfurt mobilisiert wurde. Selbst in kleineren Städten wie Celle, Gütersloh, Castrop-Rauxel oder Hanau gab es Veranstaltungen, in denen entweder direkt über den Aufruf "Nie wieder Deutschland", über Podiumsdiskussionen, sei es zur Wiedervereinigung, zu den Gefahren eines neuen deutschen Nationalismus oder über das Projekt Radikale Linke diskutiert wurde und zur Teilnahme an der Frankfurter Demonstration aufgerufen wurde.

Insbesondere soll hier auf Aktivitäten in drei Orten, in Bielefeld, Stuttgart und Hamburg, eingegangen werden. Bielefeld stellt insofern eine Besonderheit dar, als es hier nach allem Frust, den monatelange Anstrengungen zum Organisieren von Veranstaltungen, die letztlich scheitern, mit sich bringen, doch noch zu einer erfolgreichen Aktion und Mobilisierung nach Frankfurt gekommen ist. Möglich machte das ein Besuch des Bundeskanzlers.

2.000 gegen Kohl: Hör' ich deutsches Vaterland, denk' ich nur an Widerstand

Am 4. Mai fand in Bielefeld eine Wahlkampfveranstaltung der CDU im Rahmen des NRW-Landtagswahlkampfes mit Blüm und Kohl statt. Das wurde zum Anlaß genommen, um mit einer deutlich antideutschen Note unter der Parole "Hör' ich deutsches Vaterland, denk' ich nur an Widerstand" gegen die "Wiedervereinigung" zu protestieren und gleichzeitig zur Frankfurter Demonstration zu mobilisieren.

Die Initiative dazu ging von einer Gruppe aus, die seit dem Herbst 1989 aus verschiedenen Zusammenhängen kommend am Projekt Radikale Linke und seit Ende 1989 so gut wie ausschließlich über die "Wiedervereinigung" diskutiert. Bereits Ende Februar wurde eine Veranstaltung gegen die "Wiedervereinigung" mit Dorothee Piermont und Detlef zum Winkel (der dann aber erkrankte), organisiert. Es kamen ca. 100 Menschen vorwiegend aus dem Szenespektrum. Danach gab es einen neuen Anlauf erst wieder Anfang April. In einem Demo-Mobilisierungsbündnis wurden zwei Veranstaltungskonzepte vorgeschlagen: einmal eine Kontroverse mit weichen "Wiedervereinigungs"-BefürworterInnen, angefragt wurde u.a. Antje Vollmer, zum anderen eine Veranstaltung mit antinationalistischem Schwerpunkt zum 8. Mai. Die mehrheitlich beschlossene erste Variante scheiterte aus Desinteresse der angefragten ProtagonistInnen einer weichen

"Wiedervereinigung" an einer solchen Kontroverse, das zweite Konzept an der Abwesenheit der in Frage kommenden ReferentInnen.

Gegenüber diesem Veranstaltungsfrust wurde die relativ spontan organisierte Protestkundgebung gegen den Kohl-Besuch am 4. Mai ein voller Erfolg. Mit dem scharf antideutsch gehaltenen Aufruf konnten um die 2000 Leute auf die Straße gebracht werden, die sich lautstark bemerkbar machten. In dem mobilisierenden Aufruf heißt es: "Wir fühlen uns nicht geehrt, wenn Kanzler Kohl, der uns ins Vierte Reich führen will, Bielefeld besucht. Wir wollen kein Reich und auch keinen Führer; wir glauben nicht einmal an das einig Volk. Wir nehmen dagegen zur Kenntnis, in diesem Land eine Minderheit zu sein. Und wir wollen zur Kenntnis geben, daß wir diese Minderheit sind, die beim Deutschsein keinerlei Stolz empfindet. Wenn man uns Volksfeinde nennen mag, so liegt es nicht in unserer Macht, das zu verhindern. Aber wir werden alles in unserer Macht liegende tun, dem kommenden Deutschen Reich im Weg zu stehen.(...) Wir werden uns zu dieser Kundgebung der Selbstherrlichkeit einfinden, um folgendes zu sagen: Wir lassen uns von keinem Patriotismus verführen, denn wir sind AntifaschistInnnen, Feministinnen, AntimilitaristInnen, AntikapitalistInnen und InternationalistInnen - Linke, die die deutsche Wiedervereinigung niemals akzeptieren werden, denn wir sagen dem Nationalismus den Kampf an.(...) Wir rufen alle auf, die nie wieder Deutschland wollen, denen beim Anblick von Schwarz-Rot-Gold schlecht wird und die ihren Fernseher (spätestens) vor dem ersten Ton der Nationalhymne ausschalten, - die für den 4. Mai 90 geplante Wahlkampfveranstaltung der CDU, kritisch, aber wahrnehmbar zu begleiten.(...) Wir rufen außerdem auf zu der bundesweiten Demonstration ‚Nie wieder Deutschland` in Frankfurt."

Die Aktion scheint noch eine ganze Reihe Leute in Bielefeld zur Fahrt nach Frankfurt motiviert zu haben. Letztlich fuhren aus Bielefeld mehrere Busse mit ca. 150 Leuten zur Demo. Auf einem ersten Termin am 13. Mai wurde die Demonstration von denen, die mitgefahren waren durchweg positiv beurteilt. Eine ausführlichere Diskussion über die weitere Perspektive und darüber ob die Orientierung "Nie wieder Deutschland" Grundlage für weitere Politik sein könne, steht bisher noch aus.

Stuttgart: Die Opfer mahnen - Nie wieder Deutschland!

In Stuttgart arbeitet seit einer Anti-Wiedervereinigungsdemonstration Anfang des Jahres anläßlich der Machtübernahme Hitlers, eine Aktionseinheit "Nein zu Großdeutschland" inhaltlich und aktionsorientiert zusammen. Ein Ergebnis dieser praktischen Zusammenarbeit war die Tatsache, daß zur Frankfurter Demo seit langem wieder einmal mehr als ein Stuttgarter Bus gefüllt werden konnte - insgesamt fuhren über 150 Leute.

Eine gezielte Mobilisierungsarbeit für Frankfurt wurde allerdings hauptsächlich vom Initiativkreis "Nie wieder Deutschland", Leuten aus dem KB, dem Arbeitskreis Reaktoren und Raketen, der VSP sowie einigen Unorganisierten getragen, denen es nicht nur um eine Demonstration gegen die Wiedervereinigung, sondern auch darum ging, die mit "Nie wieder Deutschland" verbundene inhaltliche Orientierung zu verbreiten. Mit einer Mobilisierungsveranstaltung zur Frankfurt-Demo am 10. Mai unter dem Motto "Die Opfer des Nazionalismus warnen: Nie wieder Deutschland" sollte angesichts der Geschichte dieses Deutschlands die historische Verantwortung thematisiert werden, daß über die Frage der erneuten Entstehung eines einigen Deutschland nicht die nazistischen Täter und deren heutige Erben, sondern die Opfer des deutschnationalen Terrors und ihre Nachkommen zu entscheiden haben. Dem sollte in der Besetzung des Podiums mit Vertretern aus europäischen Nachbarländern, Cinti und Roma, sowie der jüdischen Bevölkerung Ausdruck gegeben werden.

Die Verwirklichung dieses Veranstaltungskonzepts stieß auf vorher nicht geahnte Schwierigkeiten, die Ausdruck von dem sich verschärfenden Nationalismus und Antisemitismus geben und von der Angst der Opfer des letzten Deutschland, die sie schweigen läßt. Ein hoher jüdischer Geistlicher, der auf seine Teilnahme angesprochen wurde, mußte absagen, weil er Angriffe politischer Gegner auf seine Gemeinde fürchtete. In seiner schriftlichen Absage schrieb er: "Ich habe schon Beschimpfungen und bitterböse Anrufe einstecken müssen, weil Elie Wiesel und davor schon Schamir sich negativ zur Wiedervereinigung geäußert haben. Ich persönlich habe mich öffentlich zu diesem Thema nicht geäußert, weil ich meine Gemeinde damit nicht in Schwierigkeiten bringen will und darf. Trotz innerer Überzeugung kann ich mich deshalb auch nicht als Redner für Ihre Veranstaltung anbieten. Dies würde auch als persönliche politische Aktivität betrachtet, die mir in meinem Amt nicht zusteht. Ich wünsche Ihnen jedenfalls viel Erfolg für Ihre Aktivität." Die Bemühungen, ein Mitglied der Redaktion der Zeitschrift "Semit" für die Veranstaltung zu gewinnen scheiterte, weil die

"Semit"-Redakteure wegen des zur gleichen Zeit stattfindenden Jüdischen Weltkongresses terminlich verhindert waren.

An der Podiumsdiskussion nahmen letztlich Peter Gingold (Teilnehmer der Resistance), Yasar Ergün (türkischer Einwanderer und Kandidat der ALL bei der letzten Kommunalwahl), Stanislaw Kania (Mitglied der Kommission zur Verfolgung der NS-Verbrechen im polnischen Justizministerium) und Jakob Moneta teil.

Den historischen Bezug stellte am stärksten Peter Gingold von der VVN Hessen als Mitkämpfer in der französischen Resistance her. Damals - wie heute - sei man "eine kleine hoffnungslose Minderheit, die sich dem nationalistischen Taumel und dem Siegesrausch entgegengestellt hat" gewesen. Er wolle in solidarischer Kritik aber auch herausstellen, daß er im Unterschied zu den VeranstalterInnen den Slogan "Nie wieder Deutschland" nicht anti-deutsch oder anti-nationalistisch interpretiere. Die deutschen Kommunisten und Antifaschisten hätten sich im Widerstand gerade von der Maxime leiten lassen, den nationalen Verrat der Nazis und ihre Verbrechen auch an der eigenen Nation zu bekämpfen. Ihr Ziel sei damals nicht "Nie wieder Deutschland" gewesen, sondern ein anderes Deutschland, ein antifaschistisches und antiimperialistisches, wie es etwa im Schwur von Buchenwald oder im Potsdamer Abkommen begründet war. In einer dramatischen Analyse versuchte er die Schwierigkeiten dabei auszuleuchten. "Ich habe zwei Aufstände erlebt: den Aufstand des französischen Volkes 1944 in Paris, und dann später bei den italienischen Partisanen, die 20 Jahre gegen den Faschismus gekämpft hatten. Am 8. Mai 1945 tanzte ich mit den italienischen Genossen in den Straßen von Turin, wir sangen die ganze Nacht Bella ciao, Avanti popolo und Bandiera rossa, während die Glocken der Kirchen das Ende des Krieges einläuteten. Das ist der große Unterschied: Das deutsche Volk hat am 8. Mai nicht getanzt, es hat kapituliert, es hat die Niederlage des Faschismus als eigene Niederlage empfunden. Es gab keine Selbstbefreiung, trotz der vieltausendfachen Opfer des deutschen Widerstandes. Darin besteht die Tragik unserer heutigen Situation."

Die Veranstaltung war für Stuttgarter Verhältnisse mit 90 TeilnehmerInnen leider relativ schlecht besucht, was daran lag, daß die Polizei für den gleichen Abend die Räumung eines besetzten Hauses angekündigt hatte. Eine erste Auswertung der Mobilisierung und der Demonstration "Nie wieder Deutschland" fand am 23. Mai statt. Auf diesem Treffen, zu dem auch einige neue Leute, die bisher nicht an der Kampagne beteiligt waren, erschienen waren, wurde die Demonstration allgemein positiv bilanziert. In der Frage der weiteren Orientierung der Arbeit wurde bisher an verschiedenen Optionen diskutiert: ein früher gesamtdeutscher Wahltermin, wobei hier statt einer Wahlbeteiligung der Verhinderungsaspekt im Vordergrund stand, und eine Einwirkung auf die 4 plus 2 -Gespräche. Ein nächster Bezugspunkt für die Diskussion stellt der Kongreß der Radikalen Linken dar. Der Initiativkreis arbeitet weiter.

Veranstaltung zum 8. Mai in Hamburg: Deutschland denken heißt Auschwitz denken

Die Veranstaltung "Deutschland denken heißt Auschwitz denken" zum 45. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wurde als gemeinsame Aktivität des Hamburger Bündnisses gegen "Wiedervereinigung" organisiert und von einem breiten Spektrum von Gruppen und Organisationen getragen, das über den Kreis der UnterzeichnerInnen des Aufrufs zur Demonstration "Nie wieder Deutschland" hinausging. Zu den UnterstützerInnen zählten das Auschwitzkomitee in der BRD, Antifa- Hochschulgruppe, BI Osterstraße, DKP, GAL-Landesvorstand, Gewerkschaftsgruppe GAL-Harburg, Hamburger Frauenplenum gegen Sexismus und Rassismus, Hamburger Friedenskoordination, Jungdemokraten, KB Hamburg, Pax Christi Hamburg, Radikale Linke, Sozialistisches Forum Hamburg, VVN-Bund der Antifaschisten und VSP.

Für die Veranstaltung war mit Dick Boer von der christlichen Friedenskonferenz der Niederlande, Stanislaw Kania (Mitglied der Kommission zur Verfolgung der NS-Verbrechen im polnischen Justizministerium), Marion Seelig von der Kirche von Unten in der DDR, Esther Bejarano (Vorsitzende des Auschwitz-Komitee in der BRD), Detlef zum Winkel und Dorothee Piermont (Mitglied des Europaparlaments) ein internationales Podium gewonnen worden, das gegen die "Wiedervereinigung" Stellung nahm. Die insgesamt außerordentlich niveauvollen Beiträge werden an verschiedenster Stelle dokumentiert.

Besondere Beachtung verdient dabei der Beitrag des aus Warschau angereisten Historikers Stanislaw Kania, auf den hier nur kurz hingewiesen werden soll, da er in der neuen Ausgabe der "konkret" vollständig dokumentiert ist. Er thematisierte noch einmal ausführlich und detailliert die Forderungen der polnischen Regierung zur Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und zur völkerrechtsverbindlichen

Anerkennung der polnischen Westgrenze. Der Beitrag von Detlef zum Winkel ist in diesem "ak" dokumentiert. Die Beiträge von Marion Seelig und Esther Bejarano werden auszugsweise zitiert (siehe Kasten). Die vollständigen Beiträge von Marion Seelig und Esther Bejarano werden voraussichtlich in der Dokumentation zur Demonstration "Nie wieder Deutschland" abgedruckt werden.

Neben dieser zentralen Veranstaltung, mit der direkt zur Frankfurter Demonstration mobilisiert wurde, fanden in Hamburg eine ganze Reihe weiterer Aktivitäten von einzelnen Gruppen, z.B. eine Veranstaltung "Deutschland nicht schon wieder" aus dem christlichen Spektrum, zwei Veranstaltungen der Hochschul-Antifa zu Rechtsextremismus sowie zu "Wiedervereinigung" und AusländerInnenfeindlichkeit, und das Konzert "Schnauze Deutschland" statt, so daß es nicht übertrieben ist, von einer kleinen Kampagne "Nie wieder Deutschland" zu sprechen.

Insgesamt wurde so eine Auseinandersetzung in der Hamburger Linken angestoßen, die eine ganze Reihe von Kräften zwang, sich zur Demonstration "Nie wieder Deutschland" zu verhalten. Letztlich haben so die GAL-Hamburg, das Sozialistische Forum Hamburg und die Antifa-Koordination Hamburg wenn auch nicht eine Unterstützung des Aufrufs, so doch eine Unterstützung der Demonstration in Frankfurt beschlossen. Das Sozialistische Forum hat einen eigenen Aufruf verabschiedet, mit dem es zur Demo mobilisierte. In der Antifa-Koordination kam es zu einer Auseinandersetzung in bisher unbekannter Schärfe, bei der die Jusos, die ein Veto gegen die Unterstützung der Demo durch die Antifa-Koordination einzulegen versuchten, vollkommen isoliert wurden, selbst von den VVN-VertreterInnen massiv angegriffen und bei Bruch des Konsensprinzips überstimmt wurden. Im Asta der Uni-Hamburg, der von den Jusos und einer Fachschaftsliste (Ex-GAL-Uni-Gruppen u.a. Kräfte mit basisdemokratischen Anspruch) gestellt wird, hat es um die Demo seit langer Zeit zum ersten Mal wieder eine politische Debatte gegeben, so daß sich anschließend allgemein bei der Antifa-Hochschulgruppe bedankt wurde, daß der Asta an dieser Frage gezwungen wurde, mal wieder sein allgemein-politisches Mandat wahrzunehmen. Die Abstimmung brachte nur äußerst knapp bei 6:7 Stimmen eine Ablehnung der Unterstützung der Demo, wobei die Befürwortung bzw. Ablehnung quer durch die politischen Reihen verlief.

In Hamburg findet ein Auswertungstreffen des Bündnisses gegen "Wiedervereinigung" unter der Fragestellung "Wie weiter nach der Frankfurter Demo?" am 31. Mai statt. Diskutiert werden sollen da "einige Rahmenbedingungen, auf die Aktivitäten sich beziehen könnten". Dazu werden aufgezählt: Die Außenministertagung im Rahmen der 2 plus 4-Konferenz in Berlin/ Hauptstadt im Juni, der Weltwirtschaftsgipfel der Internationalen Handelskammer (ICC) vom 26.-28. Juni in Hamburg, die Staatsvertragsverabschiedung, ein früher gesamtdeutscher Wahltermin. Das Bündnis arbeitet weiter!

rh.

22. Weiter Kompromißlos - Kommentar zur NWD-Kampagne

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:50

Mit der Demonstration "Nie wieder Deutschland" haben die diversen autonomen, anarchistischen, kommunistischen und sozialistischen Fraktionen der radikalen Linken in der BRD in Erinnerung gebracht, daß es sie, auch jenseits der Kämpfe im Kiez, noch gibt. Das war, nachdem fast ein halbes Jahr lang nur noch registriert werden konnte, wer sich wie schnell mit der Realität abzufinden und die Radikalität zu vergessen bereit war, um so vermeintlich das Links-Sein retten zu können, notwendig und befreiend. Die Demonstration war insofern ein deutlicher Erfolg. Ein Erfolg allerdings auf den nur zufrieden zu verweisen die Lage verschlimmbessern würde. Gezeigt zu haben, daß es ein "anderes Deutschland" gibt, ist für sich genommen nämlich kein Verdienst, sondern ein schwerer Fehler, wird es doch verstanden als: "Es gibt auch ein besseres Deutschland" - eine Auffassung, die unserer Erkenntnis entgegensteht und die zu einer Beruhigung führen kann, die zu verhindern unser erstes Ziel sein muß. Nicht das "andere Deutschland" zu symbolisieren, sondern die Restauration des einzig vorstellbaren (unteilbaren) Deutschlands möglichst wirkungsvoll zu stören, ist das Ziel der antinationalistischen Politik, in deren Rahmen die Demonstration deswegen nur ein Anfang sein konnte, der seine Fortsetzung in Interventionen in die sich praktisch vollziehende Wiedervereinigung sein muß - soll sie nicht bloß eine nette Geste zur Hebung der eigenen Befindlichkeit gewesen sein.

Die Möglichkeiten anzusetzen sind vielfältig - und keineswegs alle von einer Zentrale zu koordinieren: Die Herausbildung von Strukturen, die ein, in umfassenderen Sinn zu verstehendes, antinationalistisches Engagement vor Ort fortführen wird im Gegenteil entscheidend für die weitere Entwicklung der Auseinandersetzungen sein. Die Auseinandersetzungen um den Staatsvertrag bieten eine Möglichkeit für Veranstaltungen und Aktionen vor Ort - eventuell aber auch wieder eine Demonstration (z.B. in Westberlin), die auf eine entschiedene Absage an den Staatsvertrag insgesamt orientieren müßten. In Niedersachsen und Westberlin lohnt es sich in diesem Sinne, auch die Kontroverse mit den Grünen zu führen: Eine AL, die Mompers Deutschlandpolitik zum Knackpunkt für die Koalition machte oder niedersächsische Grüne, die nicht nur über den Etat für das Frauenministerium, sondern auch über die Zustimmung zum Staatsvertrag mit der SPD in den Clinch gingen, sind zwar schwer vorstellbar - die Realität als Entschuldigung für eigene Untätigkeit nicht zu akzeptieren ist andererseits aber gerade das, was z.B. die Frankfurter Demonstration erst möglich gemacht hat. Der Kongreß der Radikalen Linken in Köln, die Verhinderungsaktion gegen den "Euthanasie"-Philosophen-Kongreß in Bochum am 15. Juni und die 218-Demonstration am 16. Juni in Bonn bieten allesamt Anknüpfungspunkte für die antinationalistische Kampagne, ermöglichen, deren Ausrichtung zu präzisieren und eine Zusammenarbeit mit Gruppen aus der Frauen-, Behindertenbewegung oder den Gruppen gegen Gen- und Reprotechnik zu versuchen.

Mittelfristig wird eine der wichtigsten Auseinandersetzung für uns sein, ob der 9. November als Tag der Deutschen Einheit in die Geschichtsbücher eingeht und die Erinnerung an die Reichspogromnacht 1938 auslöscht. Zu verhindern, daß mit der DDR auch der Antifaschismus vollends beseitigt wird, wird nur möglich sein, wenn es uns in den nächsten Monaten gelingt, neben den praktischen Aktionen auch eine ideologische Auseinandersetzung vor allem über die Fehler des Antifaschismus in der DDR (dessen falsche Orientierung durchaus mit Entwicklungen des Antifa-Kampfes in der BRD korrespondiert) zu initiieren - mit dem Ziel, dessen positive Aspekte zu rekonstruieren: Es genügt sicher nicht die Dimi- troff-Formel, um ein bißchen antinationalistisches Vokabular zu ergänzen.

Die Demonstration hat mit ihrer kompromißlosen Haltung gegen jede Form von Wiedervereinigung die absichtsvollen PessimistInnen widerlegt, die behauptet haben, ohne ein resigniertes Akzeptieren der von den Herrschenden geschaffenen Realitäten ließe sich politisch nicht mehr handeln. Daß die radikale Orientierung erfolgreich war, heißt sie für künftige Aktionen beizubehalten: Überlegungen wie der Staatsvertrag zu verbessern wäre, ob es darüber einen Volksabstimmung geben soll, ob die PDS zu enteignen sei oder welche Wahlbündnisse für die ersten gesamtdeutschen Wahlen am zweckmäßigsten sein könnten, sind deswegen kontraproduktiv. Jetzt umzudenken ist Aufgabe der Kräfte, die, wie sich erweist, vorschnell darauf eingeschwenkt sind, sich praktisch mit der Restauration Großdeutschlands abzufinden - in den anstehenden Auseinandersetzungen könnte uns das sicher allen nützen.

Fassanbass

23. Projektionen, Wünsche, Hoffnungen - Was ist bloß mit der Linken los?

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:51

"Nie! Nie! Nie wieder Deutschland!" Hamburg. Eine schwarz-bunte Menge von einigen hundert brüllt es auf der Prachteinkaufsstraße, umschlossen von drei mobilen Reihen schwer ausgerüsteter Uniformierter. Und es läßt sich so schön brüllen. Nie. Nie. Nie wieder.

Wenige Stunden vorher hatten wir eine gespenstische Szenerie am Hafen erlebt: Die bekannten 6er-Häuser der Hafenstraße und Umgebung, morgens in der Sonne liegend, sind hermetisch abgeriegelt, kampfgrau die Anzüge auf den Dächern, Gasmasken verdecken den letzten Teil Mensch, kreisende Hubschrauber: Siegerpose in Schrittstellung auf den Kaminen. Stundenlang. In den Fenstern der Häuser ist keine Bewegung zu sehen, nur die Erstürmer auf den Dächern, vor den Türen.

Ich habe noch nie eine so dünne und so dummdreiste Begründung gesehen wie zu diesem Einsatz: Laut Presseerklärung des Generalbundesanwalts werden die zwei Leute gesucht, deren Gefährlichkeit gerade darin besteht, sämtliche Spuren in der einen Bauernkate in Schleswig-Holstein vor ihrem fluchtartigen Verlassen derart gründlich beseitigt zu haben, daß der Nachweis ihrer vorherigen Anwesenheit nicht mehr zu führen ist. Auf diesen Gedankenknoten mußt du erst mal kommen!

Schweigende, über Telefonkette zusammengerufen, beobachten das unwirklich scheinende Geschehen an den Häusern. Nie. Nie wieder, grummelt es inwendig.

Keine halbe Woche zuvor war der Ruf zum ersten Mal richtig laut geworden, auf den Straßen der Geldmetropole am Main. Als die Wasserwerfer in die friedliche Menge fuhren, formte sich der Ruf erst aus einzelnen Stimmen, wuchs an, bis wie aus einem Munde tausend sehr verschiedene Menschen voll kalter Wut und tiefer Überzeugung riefen als Ausdruck dessen, was sie gerade erlebten: Nie wieder Deutschland.

Was sich wie kitschige Demo-Romantik anhört, ist sehr viel nüchterner und wird meiner Beobachtung nach auch sehr viel nüchterner erlebt. Die Zeiten sind so schlecht, daß wir über eine Demo zufrieden sind als Akt der politischen Äußerung. Und das bei dem Spektrum! Diese Demo kann ein neuer Anfang werden, und bescheiden sind wir erstmal geworden.

Mitte Januar hatte das erste Offene Vorbereitungstreffen der Radikalen Linken diese Demo mit der Zielrichtung beschlossen. Die Ereignisse hatten unsere Einschätzungen noch schneller als bisher bestätigt, allerdings war unklar, ob es zu einem breiteren Bündnis kommen würde. Und neben den vielgeschmähten Altlinken sammelte sich tatsächlich ein breites Spektrum von Pax Christi über Resistance-Kämpferinnen, Lesekreisen, erneuerten Erneuerern, Ausgetretenen, BundestagskandidatInnen, Menschen aus dem Häuserkampf, Autonomen, Journalisten, einzelnen Linken. Vor Ort sind Trägerkreise entstanden, nicht überall besteht der Wunsch, sich als Radikale Linke zu bezeichnen. Doch anläßlich der Demo hat sich gezeigt, daß die Gruppierung, die sich unbescheidenerweise diese Bezeichnung zugelegt hat, ein Kristallisationspunkt zu sein vermag. Ich teile die Zielrichtung der anfänglich geäußerten Kritik am geheimen Promi-Vorgehen der InitiatorInnen. Wenn jedoch genau dies Vorgehen es war, das zur Verabschiedung des Demo-Beschlusses führte und infolgedessen die Bündnisbreite erzeugt hat, dann können die GründerInnen die Ohrfeigen mit Gelassenheit wegstecken: Das Teilergebnis kann sich sehen lassen.

Jetzt kommt es allerdings darauf an, auf derselben Breite ins Gespräch über Ziele und Strategien zu kommen.

Für den Kongreß bedeutet das, alles erdenkliche zu unterlassen, das diese ersten zarten gegenseitigen Beobachtungen stören könnte! Wenn nun z.B. derselbe Knut, der die Radikale Linke bis zur Demo gern als Phantomgebilde darstellte, keine drei Tage später als Brieftaube für PDS-Unterhändler fungiert, dann freut mich das irgendwie für ihn. Denn es ist ihm offensichtlich nach dem 12.5. gelungen, die Radikale Linke wahrzunehmen. Allerdings fangen die Unterschiede bei der Art der Wahrnehmung schon wieder an: Ein Wahlbündnis KANN für die Radikale Linke kein Thema sein!

Zeit für Parlamentskritik? Kommt bei dem Vorschlag nicht vor. Zwei, drei Blik- ke auf Orte politischer Einflußnahmen werfen? I wo: Augen zu! Auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform soll bei gleichzeitiger Wahrung der jeweiligen Organisationsidentität (ein wunderschönes Wort! und so dialektisch!) ein Bündnis zur allgemeindeutschen Wahl gebildet werden. Ja, sind wir denn ein Schacherverein?! In der früheren Realo-Philosophie (als sie sich noch im Begründungszwang sahen) war wenigstens die (pauschal diagnostizierte) Schwäche der Bewegungen die Entschuldigung für Parlamentsorientiertheit. Jetzt geht es vielen Panikern wohl nur noch darum - um in diesem eingleisigen Bild zu bleiben - auf einen fahrenden Zug zu springen, obwohl der Zielort auf der Anzeigetafel längst weggedreht worden ist.

"Panik" schreibe ich deshalb, weil ich im Begründungszusammenhang mit dem Wahl-Bündnis-Antrag überwiegend Hektik und Kopflosigkeit feststelle. Ich will kurz auf entsprechende Äußerungen in der neuesten SoZ eingehen. Da Zuneigung oder Ablehnung bzgl. Wahlteilnahme quer durch die Linksorganisationen gehen, tue ich damit sicher niemandem unrecht. Dort ist die Rede davon, daß Enttäuschte die Grünen verlassen hätten, "weil ihnen (dort, M.P.) die Hoffnung in das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen war". Jenes wird vom Autor zwar nicht gerade in den "Bewegungen des letzten Jahrzehnts" ausgemacht, jedoch bezieht er sich positiv im Sinne von linker Gestaltungsmöglichkeit z. B. auf die "Gewerkschaftsbewegung". Das macht natürlich nur Sinn, wenn gleichzeitig als Ziel der gewünschten (linken?) Interventionen "Teilerfolge" beschrieben werden als die "Bewußtsein und Selbstbewußtsein einer nicht geringen Zahl von Menschen erheblich beeinflussenden". Ist linke Intervention auf den Psychohund gekommen?! Selbstbewußtsein/Bewußtsein/Klassenbewußtsein - alles eine Soße?!

Wesentlich differenziertere Auseinandersetzungen finden in den Szenen und Gruppierungen statt, die mit uns gemeinsam - trotz aller Vorbehalte der Radikalen Linken gegenüber - die Demo veranstaltet und sich an Absprachen gehalten haben, und zwar jenseits der Organisationslinken. Es ist schwierig genug, miteinander ins Gespräch zu kommen. Doch es muß meiner Ansicht nach sein. Ob nun die Herren A. und O. ins Parlament kommen oder nicht, finde ich dagegen reichlich bedeutungslos.

Der Kongreß muß zeigen, ob er eine Vorwahlkampfveranstaltung sein will. Oder ein Schritt in Richtung radikaler und linker Politik.

Maren Psyk,

organisiert den Kongreß Radikale Linke

24. Einheit vor Ort gewählt - Kommunalwahlen in der DDR

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:35

Ein Ergebnis der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 in der DDR stand schon vor Öffnung der Wahllokale fest: Das Attribut historisch bleibt den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 vorbehalten.

Damals manipulierte die SED die Stimmenergebnisse, deren Auszählung vor Ort öffentlich überwacht werden konnte, in den abgeschirmten Regionalzentralen und in der vertraulich-trauten Wahlkommission unter dem Vorsitz von Egon Krenz auf jene sagenumwobene 99%ige Zustimmung, die sich als absoluter Bumerang erweisen sollte. Während die Parteiführung mit dem angeordneten Ergebnis ihren Machtanspruch befestigen wollte, ging er im Bewußtsein der BürgerInnen rapide verloren.

Diesmal wurden Kommunalvertretungen gewählt, deren Aufgaben und Kompetenz erst nach der Wahl und nach der Bekanntgabe der Ergebnisse durch die Volkskammermehrheit im Mai in einem Gesetz zur Kommunalverfassung festgelegt wurden. Die Regierungskoalition in Berlin/DDR hatte es sich ausdrücklich vorbehalten, nachträglich darüber zu befinden, welche Entscheidungsbefugnisse den Stadt- und Gemeindeparlamenten zugewiesen werden sollten. Die BürgerInnen sollten die Wahl haben, wofür blieb aber offen. Theoretisch hätte es ja sein können, daß örtlich andere als die gewünschten Mehrheiten herausgekommen wären. Doch im Gegensatz zum letzten Jahr wählten die BürgerInnen jetzt gleich so, wie sie sollten und wie allgemein erwartet wurde: hübsch ausgewogen und mit leichten, aber verschmerzbaren Differenzen gegenüber der Volkskammerwahl vom 18. März.

Große Koalitionen mit SPD-Bürgermeistern wird es nach dem Ergebnis in Rostock, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Berlin und Leipzig geben, ebensolche mit CDU-Bürgermeistern in Dresden, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Gera und Suhl. Die beiden übrigen Bezirkshauptstädte Frankfurt/Oder und Neubrandenburg, in denen die PDS mit 27% bzw. 30% stärkste Partei wurde, werden jeweils von den zweitplazierten SPD/CDU mit einer großen Koalition regiert werden.

Auffälligster Unterschied zur Volkskammerwahl waren die Stimmenverluste von CDU und DSU mit zusammen rund 9%. Die CDU blieb dennoch republikweit mit Abstand die stärkste Partei und kann einen Teil ihrer Verluste getrost als normalen Abgang verbuchen, den die jeweils herrschende größte Regierungspartei bei Regionalwahlen hinnehmen muß; daß ein solcher Vorgang zu einer entwickelten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie einfach dazugehört, wissen die DDR-BürgerInnen nicht erst seit gestern aus dem Westfernsehen und so haben sie sich denn auch verhalten, wie in der BRD eben. Die übrigen Verluste von CDU/DSU lassen sich mit einer latenten Mißstimmung eines Teils ihrer Klientel erklären. Nicht das Ob der Wiedervereinigung schafft Unbehagen bei einigen Gruppen von CDU-Wählern, sondern das Wie. Besonders in ländlichen Gegenden ist durch die ungehemmte Einfuhr von Agrarprodukten aus der BRD der Ruf nach Handelsbeschränkungen laut geworden, da Landwirtschaftsprodukte aus der DDR in der DDR immer schlechter abzusetzen sind. Entsprechend dieser Stimmung legten der Bauernverband und die Bauernpartei auf Kosten der CDU/DSU zu. Die DSU beeilte sich in den Tagen nach der Wahl der Bauernpartei ein Vereinigungsangebot zu machen, um ihre Verluste im Norden der DDR, wo die Bauernpartei ihre Bastionen hat, zu kompensieren.

Der in den Medien abgefeierte Erfolg der "wahren Revolutionäre" von Demokratie Jetzt, Neuem Forum und der Initiative Frieden und Menschenrechte, im Bündnis 9o zusammengeschlossen, die nun für ihren Einsatz aus dem Herbst belohnt worden seien, erweist sich bei näherem Hinsehen als widersprüchlich. In einigen Großstädten und in Berlin kam das Bündnis 9o zu guten Ergebnissen (Spitzenwert in Potsdam mit 16,2%), ansonsten sah es eher mager aus, oder es gelang, besonders auf dem Land, nicht, überhaupt KandidatInnen aufzustellen. Mit landesweit 2,4% blieb das Bündnis 90 vom Spektrum her, was es vorher war, eine links-liberale ausgesprochene Bürgerbewegung in den Städten, der dort die Rolle des guten Gewissens zugeschoben wird, die sie mit der Ablehnung des Staatsvertrages und dem gleichzeitigen Verzicht auf jede Polemik annimmt.

Wie schon bei der Volkskammerwahl schnitten die Linken schlecht ab. In Berlin kandidierte unter dem Namen Alternative Linke Liste (ALL) ein Bündnis mit dem Unabhängigen Frauenverband, dem Demokratischen

Frauenbund, der Vereinigten Linken, der Alternativen Jugendliste und den Nelken. Die ALL erreichte lediglich 0,8% und hatte ihr Spitzenergebnis in Berlin-Mitte mit 1,2%. In der 138 Sitze umfassenden Stadtverordnetenversammlung ist die ALL in Zukunft mit einer Frau vom UFV vertreten. Die 16.000 Stimmen für die ALL in Berlin spiegeln bei 3 Stimmen pro WählerIn ziemlich genau jenes Potential von 6.000-7.000 mobilisierungsfähigen Leuten wider, das sich am 1. Mai zur autonomen Kundgebung auf dem Kollwitzplatz einfand und sich ausdrücklich von der gesamtdeutschen Kundgebung des DGB in Westberlin fernhielt.

Die PDS erhielt mit Spitzenwerten in den Stadtbezirken, Marzahn 35,5%, Hohenschönhausen 39,8% und Mitte 37,9%, landesweit 14,6% (-1,8%). Eine ganze Reihe von Alt-SED-Amtsträgern hatte schon vor den Wahlen die Partei verlassen - Stichwort Berghofer - und sucht im grenzenlosen Opportunismus eine neue politische Heimat. Das Dilemma für die PDS wird in der nächsten Zukunft aber sein, ihre verbliebenen und nun abgewählten und entlassenen Bürgermeister und Verwaltungsangestellten in die Partei zu integrieren und sie gleichzeitig aus der Parteiarbeit herauszuhalten. Dieser alte Mittelbau aus der SED, kleinere und mittlere Funktionäre sowie ihr Anhang, bietet die besten Voraussetzungen dafür, daß die Partei bleiben könnte was sie war. Ein hierarchisch organisierter, bürokratisch funktionierender und Widerspruch ausschaltender Betonklotz. Biografisch eingebunden in die Herrschaft der SED, zu Posten und Macht gekommen durch unkritische Loyalität zur Parteiführung und mit dem unerschütterlichen Bewußtsein ausgestattet, die eigentlichen Kommunisten zu repräsentieren, erweist sich dieser Mittelbau zunehmend als Hindernis sowohl für den Parteivorstand der PDS als auch für die linken Basisgruppen in der Partei, die ihre Politik gegen die verbliebenen Altkader durchsetzen. Wir kennen diesen Typus hier als den durchschnittlichen Bündnisvertreter der alten DKP, mit dem im Grunde niemand etwas näher zu tun haben möchte. Formal bietet diese mittlere Funktionärsschicht natürlich nie einen Anlaß, sie aus der politischen Arbeit herauszuhalten, worum der Rest der Partei sich bemüht. Diese Leute unterzeichnen heute in der DDR als erste Resolutionen gegen den Stalinismus und für Demokratie, eben weil es opportun ist und wären die letzten, die zur Sozialdemokratie überliefen, eben weil jene Arbeiterverräter und zudem in der Mehrzahl noch Pfaffen sind - manchmal sind auch Einschätzungen von Alt-SEDlern richtig -, sie setzen sich getreulich für das jeweilige Parteiprogramm ein und lassen an ihrer Überzeugung jede kritische Anfrage abprallen, bis zur nächsten Weisung von oben, die sie dann genauso überzeugt vertreten. Sie sind mit allen Eigenschaften ebenso ein Produkt des realen Sozialismus wie spiegelbildlich der DDR-Bürger, der sich nichts sehnlicher wünscht, als die Einführung der kapitalistischen Produktion, um ausgerechnet dadurch seine Lebenssituation zu verbessern. Mit diesen Leuten wurde die DDR das was sie war, ohne sie hätte es die DDR nie gegeben. Solange diese Schicht in der Partei repräsentiert ist, muß das Verhältnis zur PDS neben anderen auch aus diesem Grund zwiespältig bleiben. Aus diesem Grund jedes Verhältnis zur PDS abzulehnen hieße, den Betonköpfen dort einen Erfolg zu organisieren und die Auseinandersetzung mit dem politischen Reformismus und Revisionismus in der DDR und demnächst im wiedervereinigten Deutschland verloren zu geben, bevor sie überhaupt angefangen hat. Die politische Situation in der DDR und in der PDS ist halt komplizierter, als sich das hier so mancher denkt.

mar., Hamburg

25. Deutsche Frage - welche Frage: ein Formulierungsvorschlag von Detlef zum Winkel am 8. Mai in Hamburg

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:28

Rede von Detlef zum Winkel am 8. Mai in Hamburg

Die inländische Diskussion kennt heute nur noch eine Frage, nicht mehr die Frage des Hungers in der Dritten Welt, nicht mehr das Schuldenproblem, die fortschreitende ökologische Zerstörung. Atomkraftwerke sind keine Frage mehr, außer es handelt sich um solche sowjetischen Typs, Raketen sind kein Problem mehr, außer sie beeinträchtigen unsere deutsche Frage, wenn sie nämlich auf hiesige Ziele programmiert sind, Immigranten und Flüchtling sind ein Problem, aber als Teilaspekt der deutschen Frage.

Wer bisher zu der Auffassung neigte, die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR hätten allen möglichen Ärger, litten aber nicht gerade unter dieser Frage, so daß es sich hierbei nur um einen Irrtum der Fragesteller handeln könne, um eine besondere, weil lang andauernde Einbildung, der wird eines Schlechteren rasch belehrt; nicht nur bedeutende Teilnehmer des geistigen Diskurses, auch die linke Presse schreibt von der deutschen Frage - ganz ohne Anführungszeichen. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen: Da ist tatsächlich was. Es gibt so eine Frage.

Gleichzeitig müssen wir prüfen, warum unser Verstand innerlich laut Nein schreit, wenn das Stichwort fällt. Irgendeinen Grund wird er dafür haben.

Nach der herrschenden Meinung, welche die Meinung der Herrschenden ist, aber auch der Verzicht der Beherrschten auf eine eigene Meinung, ist die deutsche Frage heute einfach die Frage der Spaltung in zwei Staaten. Der Schmerz dieses entsetzlichen Zustands deutscher Teilung wird nun Tag für Tag abgearbeitet, und ausgerechnet der 8. Mai 1990 war ein besonders gutes Datum für diese eigenwillige Form der Trauerarbeit, weil man es endlich offiziell bekam. Denn siehe, die zwei plus vier Außenminister der beiden deutschen Staaten und der alliierten Siegermächte verkündeten das Ende der Nachkriegszeit.

Was sie wirklich besprachen, weiß man nicht - und interessiert auch keinen - , wohl aber, wie Schewardnadse von Genscher interpretiert wurde. Wir wissen also, was die Nation, repräsentiert durch die "Bildzeitung", hören wollte und zu hören bekam: das Ende der Nachkriegszeit.

Das heißt: das Ende der Folgen des Zweiten Weltkriegs für die Deutschen.

Das heißt: das Ende der Folgen der deutschen Niederlage.

Das heißt: das Ende der Niederlage.

Ist an dieser logischen Kette etwas falsch? Ich finde leider keinen Fehler, weil es die gleiche Logik ist, die vor fünf Jahren in Bitburg zelebriert worden ist, weil es die Logik der Protagonisten des Historikerstreits ist, weil es das ist, was CDU/CSU 1982/83 mit dem Projekt Wende angekündigt haben. Viele Linke haben das nicht besonders ernst genommen, weil sie wußten, daß die konservative Hälfte der Bevölkerung immer schon so dachte. Sobald es jedoch darauf ankommt, ist die andere, die sogenannte bessere, die sozialdemokratische Hälfte mit von der Partie.

Wenn jene Logik - das Ende der Nachkriegszeit, das Ende der Folgen, das Ende der Niederlage - das herrschende Bewußtsein richtig beschreibt, dann ist der 8. Mai in BRD und DDR als Tag der Niederlage, als Tag der Kapitulation und nicht als Tag der Befreiung festgeschrieben.

Geistig stehen die beiden Länder heute also dort, wo die Eltern und Großeltern usw. standen. Geistig führen wir mit Bismarck, mit Wilhelm, mit Hindenburg, mit Hitler Krieg gegen den Rest der Welt, anstatt mit den Völkern der Welt Krieg gegen Nationalismus, Militarismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus zu führen. Wir haben unseren Weizsäckerschen Frieden mit der NS-Generation gemacht: "Er war schlimm, aber er war mein Papa." Niemand kann das so gut wie von Weizsäcker.

Falsch: Es gibt einen, der bringt es noch besser als der Bundespräsident in der Paulskirche: Das war der Sohn von Joseph Mengele in der "Bunten", einer Illustrierten fürs breite Publikum.

Wenn erst die Vertriebenenverbände den Friedensnobelpreis bekommen haben, wie der CDU-Fraktionschef Dregger wünscht, dann wird man Mengele als Pionier der Genforschung feiern, und jetzt schon zeichnet es sich ab. In einer Festschrift der Frankfurter Universität von 1989 wurde dem Mann seriöse Forschertätigkeit am "Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene" bescheinigt, bevor er sich an die Rampe von Auschwitz begab (siehe "Diskus", Frankfurter Studentenzeitung, Dez. 89).

Die Rückkehr zur Kontinuität ruft ins Gedächtnis, daß die deutsche Frage mit der Aufhebung der Zweistaatlichkeit von BRD und DDR keineswegs beantwortet ist. Es gibt da noch ein Mehr, denn weder das Kaiserreich noch Weimar noch der Faschismus erfuhren staatliche Teilung und waren doch getrieben davon, so daß man meinen möchte, die deutsche Frage wird erst richtig virulent, wenn der Nationalstaat hergestellt ist.

Vorauszusehen ist, daß jede endgültige Anerkennung der polnischen und tschechoslowakischen Westgrenzen eine kleine Einschränkung erhalten wird, so ein Aber, das daran erinnert, daß etwas noch Endgültigeres seiner grundgesetzbefohlenen Vollendung harrt.

Vorauszusehen ist, daß deutsche Minderheiten vom Balkan bis tief in die Sowjetunion hinein die Frage am Leben halten werden, wie überhaupt der ganze osteuropäische Prozeß nach einer wirtschaftlich starken und politisch entschlossenen Ordnungsmacht zu rufen scheint. D.h. der Ruf wird hier auch dann vernommen, wenn er dort gar nicht ausgestoßen wird.

Nicht so sicher, aber möglich ist auch, daß die Deutschen, die von sich behaupten, die EG zu finanzieren, die westeuropäische Sache fester in die Hand nehmen könnten, damit endlich etwas passiert.

Schließlich und am schwersten zu besprechen, aber von jeder/m Linken wechselweise befürchtet, verdrängt und dann doch wieder ängstlich erwartet: die deutsche Frage braucht einen Feind, am besten einen Todfeind. Die deutsche Frage braucht ihre Judenfrage. Erst dann verliert sie ihre vage Unbestimmtheit und wird konkret.

Man wird es als Polemik werten, aber gerade das ist es nicht. Ich versuche lediglich, das, was Linke bei allen Irrtümern und Katastrophen gleichwohl an Fundus, an kritischem Wissen und sozialer und politischer Erfahrung haben, auf die aktuelle Situation anzuwenden, und diese stellt sich so dar:

Es gibt, beginnend mit der DDR, aber auch in der BRD, ein enormes Phänomen, das leicht zu beschreiben, schwer zu erklären und kaum zu verstehen ist. Etwas Zentrales ist passiert, das diese Gesellschaft auf lange Sicht beschäftigen wird: Nämlich daß auf soziale, ökonomische, demokratische, psychologische und eine Vielzahl anderer Probleme eine nationale Antwort gegeben wird. Am Beispiel der DDR ist es evident: Sie hat ein Demokratieproblem, ein Produktivitätsproblem, ein Bürokratieproblem, ein Währungsproblem, ein Schuldenproblem, das Problem, anerkannt zu werden; sie hat Energieprobleme, Umweltprobleme, eine Vielzahl von Problemen der Ausbildung, der Frauenpolitik, der Kultur - und für all das eine Lösung: Wir sind ein Volk, wir wollen das einig Vaterland.

So dumm ist die kritische Gesellschaftswissenschaft, so dumm ist auch der Marxismus nicht, daß man sie in Gänze verwerfen müßte. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß eine solche sozialnationale oder nationalsoziale Politik nicht gut gehen kann. Wenn das Vaterland einig ist, bleiben die genannten Probleme, ja, sie verschärfen sich, und dann braucht es zwingend einen Feind, der daran schuld ist. Wie das funktioniert, ist bei keinem besser als bei Adolf Hitler nachzulesen. Daß es funktioniert, darauf hinzuweisen, darüber zu informieren, es so laut wir irgend möglich zu sagen, ist kein altlinker Zynismus, sonder der erste Job in einem Land, das den Nationalsozialismus zu verantworten hat.

Die deutsche Frage hat sich ihr Lustobjekt, die Wiedervereinigung, gesucht und wird sich ihr Haßobjekt suchen. Linke und Antifaschisten werden dazugehören, vor allem aber ImmigrantInnen und Flüchtlinge, Feministinnen, Lesben und Schwule, Krüppel, Kranke, Roma und Sinti, Obdachlose, alle, die nicht gesund, normal, leistungsfähig und fleißig sind und nicht gedient haben.

Die deutsche Frage sucht sich ihren Feind, sonst wäre es nicht die deutsche Frage. Dies führt zur einfachen Auflösung des anfangs erwähnten Widerspruchs. Es gibt sie, aber sie wird falsch benannt. Die Lüge, die mit

dem falschen Namen verbunden ist, ist fast genial in dem Sinn, wie der Nationalsozialismus ein phantastisches Talent zur Lüge hatte. Die deutsche Frage, la question allemande, the German question - das bedeutet: es gibt da ein Problem, das quält die Deutschen und muß von ihnen gelöst werden. Die Deutschen sind in dieser Formulierung part of the solution.

Aber es ist ganz und gar umgekehrt. Die deutsche Frage quält die Nicht-Deutschen, die "Undeutschen", und die Deutschen - diese Deutschen - sind das Problem, das jene Menschen quält.

Verdeutlichen wir uns die Tücken der eigenen Sprache anhand der Kennzeichnung des - früheren? - Feindes. Mit der "Judenfrage" meint die deutsche Sprache nicht die jüdische Frage, über die auch in Israel gesprochen wird und die von den Juden zu lösen ist. Mit der Judenfrage, mit der Zigeunerfrage, der Ausländerfrage, mit der Asylantenfrage meint die deutsche Sprache vielmehr, daß die Juden, die Roma und Sinti, die ImmigrantInnen und Flüchtlinge das Problem seien, das von den Deutschen gelöst werden müsse - früher durch Endlösung.

Da die Sprache in dieser Hinsicht ganz eindeutig ist, muß die Judenfrage in jüdische Frage übersetzt werden, wenn man nicht die antisemitische Tradition noch ins nächste Jahrtausend hinüberretten will. Und man muß die deutsche Frage in die Deutschenfrage übersetzen. Die Deutschenfrage, la question des Allemands, the question of the Germans - so soll es heißen, damit die Realität richtig beschrieben wird. Der Begriff ist sachlich zutreffend, historisch gerecht und maßvoll im Ton. Ihn auch als Träger eines BRD-Passes zu gebrauchen, fällt etwas leichter, wenn man jenen Satz aus dem Kommunistischen Manifest zu schätzen weiß: "Die Arbeiter haben kein Vaterland."

Linke, die die Suche nach dem revolutionären Subjekt nicht aufgegeben haben, werden immer wieder zu diesem Satz zurückkehren, sich daran festhalten, daran verzweifeln und beides zugleich. Es ist interessant, ihn, ohne seinen Verfassern allzugroßen Zwang anzutun, ein wenig zu variieren: Die kein Vaterland haben - sind die Arbeiter.

26. PDS auf Westkurs

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:60

Die PDS muß auch "in der BRD und Westberlin Fuß fassen" (A. Brie), um "im künftigen Parteienspektrum Deutschlands als linke und sozialistische Kraft einen geachteten Platz zu erringen" (Gysi). - So kann wohl, trotz fortbestehender Kontroversen und Unklarheiten, der Konsens nach der Klausurtagung des PDS-Parteivorstands (PV) Mitte Mai zusammengefaßt werden.

"Wir wollen die DDR-PDS nicht exportieren", heißt es zwar in der Erklärung des PV. ("Neues Deutschland", 14.5.) - Was damit aber genau gemeint bzw. nicht gemeint ist, bleibt der Interpretation überlassen. Jedenfalls ist der erste Schritt zur West-Ausdehnung der PDS nun getan: die PDS will "Bürgern der BRD und Westberlins die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung in der PDS über Kontaktbüros und Freundeskreise eröffnen". (PV-Erklärung)

"Die PDS müßte in der Bundesrepublik und Westberlin selbst wachsen", sagt der Reform-Theoretiker Andre Brie, der für die PDS den Volkskammer-Wahlkampf leitete. ("Volkszeitung", 18.5.) - Dem steht jedoch in der Praxis entgegen, daß gerade der spontane Gang der Dinge in der BRD und Westberlin keineswegs den Vorstellungen der PDS-Reformer entspricht. Hier sind, in erster Linie aus dem DKP-Spektrum heraus, einige örtliche PDS-Ansätze entstanden, die als schädlich und gefährlich abgelehnt werden. "Für uns wäre es ausgesprochen negativ, wenn sich linke Leute in der BRD jetzt den Namen PDS unter den Nagel reißen würden, zur Bundestagswahl antreten und da ein Fiasko erleiden würden. Mir stehen andere näher, als die, die gerade in Hamburg eine PDS gegründet haben." (A. Brie in der "Volkszeitung")

Selbstverständlich kann der PDS nicht gleichgültig sein, was unter ihrem Namen in der BRD und Westberlin geschieht. Daß nämlich "naturwüchsig" der Name PDS zuerst von Kräften in Anspruch genommen wird, an denen allenfalls die traditionalistischen Kräfte in der PDS - aber wahrscheinlich nicht einmal diese - Freude haben könnten. Das Problem ist vermutlich nur zu lösen, wenn die PDS eben doch bewußt steuernd und kontrollierend in die Entwicklung im Westen eingreift, auch wenn sie ihrem eigenem Anspruch und ihrer Selbstdarstellung nach genau dies eigentlich nicht will und auch gar nicht wollen kann, weil das unselige Hineinregieren der SED in die DKP noch lange nicht vergessen ist.

Die Einrichtung von "Kontaktbüros und Freundeskreisen" könnte als Keimform einer West-Organisation der PDS verstanden werden. Um Westdeutsche später einmal als reguläre Mitglieder aufzunehmen, müßte die PDS allerdings erst noch ihr Ende Februar beschlossenes Statut ändern. Das definiert nämlich die PDS zwar vielsagend als "Partei auf deutschem Boden" , sieht aber als Mitglieder nur "DDR-Bürger und Ausländer mit Wohnsitz in der DDR" vor.

Die PDS will, wie es in der PV-Erklärung heißt, "auf allen Ebenen den Diskussionsprozeß mit linken, demokratischen und oppositionellen Kräften in der DDR, der BRD und Westberlin mitgestalten". Dabei sei sie "nicht vordergründig auf die kommenden gesamtdeutschen Wahlen fixiert", sondern wolle, unter "Beteiligung der europäischen und internationalen Linken", die Diskussion über die Perspektive einer "neuen, demokratischen deutschen Republik" führen.

Gelegenheiten zu dieser Diskussion wird - neben informellen Gesprächen - eine Reihe von Konferenzen und Seminaren bieten, die die PDS in den nächsten Monaten durchführen will. Bereits Ende Juni soll eine "Konferenz zum demokratischen Sozialismus" stattfinden, zu der die PDS "die gesamte demokratische Öffentlichkeit", einschließlich Gästen aus dem Ausland, einlädt. Drei Themen sollen vor allem diskutiert werden: "Was ist in der DDR und nicht nur in der DDR gescheitert und warum? Wie sehen wir das Konzept des demokratischen Sozialismus im Spannungsfeld zwischen Vision und Aktualität? Wie steht es um die Politikfähigkeit dieses Konzepts unter kapitalistischen Bedingungen?". - - Diese Konferenz könnte zur ersten grösseren Begegnung von Sozialisten und anderen Linken aus beiden deutschen Staaten werden, wobei auch die Frage der Wahlbeteiligung wohl nicht ganz auszuklammern sein wird.

Nicht weniger wichtig soll nach den Vorstellungen der PDS ihr "Erneuerungskongreß" im September werden. Dort soll der Prozeß der Veränderung der Partei analysiert und die Verwirklichung von Programm und Statut diskutiert werden. Die PDS will auch diese Konferenz "allen öffnen, die Interesse an dieser Diskussion haben, um Bilanz zu ziehen und uns über das Vorgehen der PDS im künftigen Deutschland zu verständigen."

Vorgesehen sind ferner Konferenzen über das Sicherheits- und Abrüstungskonzept der PDS (erste Juni-Hälfte), über wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Fragen (Herbst), über Umweltprobleme (Oktober), über die Kultur- und Kunstentwicklung (Spätherbst/Winter) sowie ebenfalls noch in diesem Jahr eine Konferenz mit dem Titel "Der Stalinismus in KPD und SED - Wurzeln, Wirkungen und Folgen". Für 1991 gibt es schon die Idee eines Futurologiekongresses. - Unklar ist, wieweit auch diese Konferenzen als offene geplant sind.

Neben all diesen Aktivitäten will die PDS auch "Initiativen zur breiten Vorbereitung und Durchführung eines Oppositionskongresses unterstützen". - Das bezieht sich vermutlich auf den Vorschlag, der vor etlichen Wochen von linken Grünen gemacht wurde, aber in der Grünen Partei unter scharfe Kritik geriet und daraufhin "entschärft" wurde. Inzwischen scheint diese Oppositionskonferenz ohne direkte, offene PDS-Beteiligung geplant zu sein, mit dem Argument, daß sonst die Partner aus der DDR (Bündnis 90, Unabhängige Frauen, Grüne u.a.) sich zurückziehen würden. Das wird natürlich, unabhängig von den dahinter stehenden taktischen Kalkülen, die plausibel und legitim sein mögen, in der Öffentlichkeit als Ausgrenzung der PDS ankommen und in diesem Punkt leider den ohnehin bestehenden gesamtgesellschaftlichen Konsens im Endeffekt bestätigen, auch wenn etwas anderes gemeint ist.

Die PDS gilt offenbar in der Opposition beider deutscher Staaten weithin immer noch als "nicht gesellschaftsfähig". Das harmoniert schlecht mit den bündnispolitischen Ambitionen und Präferenzen in maßgeblichen Teilen der PDS-Spitze. Andre Brie beispielsweise legt seine Rangfolge sehr deutlich dar: "Die Kräfte, mit denen wir in Diskussion kommen müßten, sind natürlich vor allem die Grünen, mit denen uns so viele gemeinsame, dringende Themen verbinden." - An zweiter Stelle nennt Brie das "Potential der DKP-Erneuerer", das sich um das Sozialistische Forum sammelt. An dritter Stelle kommen "die demokratischen Sozialisten" (hier ist wohl vor allem an die SOST zu denken, die programmatisch mit der PDS weitgehend übereinstimmen), und schließlich gebe es viertens auch "im autonomen Potential hochinteressante Gruppen für linkes Denken". ("Volkszeitung", 18.5.)

Nicht in der Aufzählung enthalten sind zum einen die DKP, zum anderen die Organisationen der radikalen Linken. Beides wohl nicht zufällig. Die PDS-Spitze scheint, schlechten Traditionen folgend, eine spezielle Vorliebe für "Bündnispartner" zu entwickeln, die mit ihr lieber nicht öffentlich zu tun haben möchten. Es entsteht so der peinliche, dem Ansehen der Partei abträgliche Eindruck von Hinterherlauferei und Anbiederei. Hier ist, unabhängig von der taktischen Absicht, seiner Außenwirkung nach auch der Antrag auf einen Beobachterstatus bei der Sozialistischen, richtiger gesagt Sozialdemokratischen Internationale (SI) einzuordnen.

In der Praxis sieht es allerdings etwas anders aus: Zu keiner anderen politischen Formation der BRD unterhält die PDS intensivere Kontakte als gerade zur DKP. Dies allerdings nicht auf zentraler, sondern auf örtlicher Ebene. Hier werden anscheinend oft auch alte Verbindungen aus SED-Zeiten reaktiviert, und es fragt sich, wieweit dabei traditionalistische PDS-Kader den Reformern in der Zentrale bewußt einen Streich spielen.

Krise noch nicht überstanden

Die PDS sieht sich, wie Gregor Gysi in seinem Referat auf der Klausurtagung Mitte Mai ausführte, am Beginn eines "neuen Aufbruchs". Zwei Wahlkämpfe kurz hintereinander hätten zwar zu einer gewissen Konsolidierung nach der schweren Krise der Partei vom Januar-Februar beigetragen. Andererseits jedoch seien "durch den starken Aktionismus, der fast das ganze Präsidium einschloß, notwendige inhaltliche und strategische Erneuerungsprozesse verdeckt oder verdrängt worden." - So sei eine Stagnation der Parteireform eingetreten, und nach dem Nachlassen der aktionsorientierten Anspannung der letzten Monate machen sich wieder Pessimismus und Resignation unter den Mitgliedern verstärkt bemerkbar. Die Krise der Partei droht erneut auszubrechen, und es fehlt nicht an Voraussagen, daß der PDS organisationspolitisch das Schlimmste vielleicht erst noch bevorstehen könnte.

Die PDS-Spitze will dieser Gefahr begegnen, indem sie die Partei darauf orientiert, sich verstärkt inhaltlichen, politischen und theoretischen Problemen zuzuwenden, sowie durch einen neuen Schub innerer Strukturreformen.

Gysi schätzte auf der Klausurtagung die Mitgliederstärke der PDS auf etwa 450.000. Ende Januar sollen es noch eine Million gewesen sein, und zur Zeit des Wahlparteitags im Februar zwischen 650.000 und 700.000.

Nur 11% der Mitglieder sind unter 30 Jahren, hingegen sind 40% im Rentenalter. Relativiert werden muß der von der PDS zeitweise herausgestellte massenhafte Zustrom junger Leute zur PDS. Insgesamt wurden, laut Gysi, vom Wahlparteitag bis zum 1. Mai, also innerhalb von zwei Monaten, nur 1600 neue Mitglieder aufgenommen, hiervon allerdings 1300 jüngeren Alters. Relativiert werden muß auch die von Gysi auf dem Wahlparteitag gegebene Mitteilung, durch den vergleichsweise geringen Anteil der Frauen an der Austrittsbewegung sei der weibliche Mitgliederanteil in der PDS von einem Drittel auf die Hälfte angewachsen: auf der Klausurtagung gab Gysi den Frauenanteil nur noch mit 41,2% an.

Nachdem die PDS sich vom größten Teil ihres Milliarden-Vermögens in Form von Gesellschaften, Betrieben, Gebäuden, Grundstücken und Guthaben

entschädigungslos getrennt hat, übersteigen derzeit die Ausgaben der Partei die Einnahmen "um ein Vielfaches" (Gysi), zumal rund 100.000 Mitglieder ihre Beiträge nicht bezahlen. Die PDS ist also gezwungen, ihren Apparat noch weiter "abzuspecken". Derzeit sind auf allen Ebenen noch etwa 10.000 Menschen in der PDS hauptamtlich tätig; zu Beginn des Erneuerungsprozesses waren es 44.000. Die jetzige Zahl soll noch einmal "erheblich reduziert" werden, und zugleich soll die ehrenamtliche Aktivität erheblich verstärkt werden. Abgesehen von den finanziellen Zwängen scheint dies auch eine unter politischen Aspekten gewünschte Veränderung zu sein, weil der alte Apparat mit seiner aufgeblähten Größe und der hohen Zahl von Traditionalisten ohnehin zerstört werden soll. "Bereits jetzt stellt sich bei vielen Genossinnen und Genossen das Problem, wie mit der Oppositionsrolle umzugehen ist. Viele Schwierigkeiten resultieren daraus, daß die bisherigen Formen, Methoden und Mechanismen einer Staatspartei stark verinnerlicht sind oder bei aller schon aufbrechenden Kreativität zumindest noch ungenügend durch neue Formen der politischen Arbeit, insbesondere auf der basisdemokratischen und außerparlamentarischen Ebene ersetzt werden." (Gysi)

Verschärfte Kritik an der SED

Große Beachtung fanden Gysis Ausführungen zum Selbstverständnis der PDS und zur Bewertung der SED-Geschichte. Das "Neue Deutschland" erschien am Montag nach der Klausurtagung (14.5.) mit der provokanten Schlagzeile "SED hat jahrelang Sozialismus verhindert und war reaktionär". - Die Absicht des Signals nach innen und außen ist offensichtlich, auch wenn Gysis differenziertere Stellungnahme damit wohl tendenziös verkürzt ist. (siehe Abdruck dieses Redeteils im AK)

Indem Gysi auf die "vielen Ähnlichkeiten (der PDS) mit rechtskonservativen Parteien" verwies und als Beispiele den "Hang zu ‚Law and Order`, zur Uniformität, die Ablehnung Andersseiender und Andersaussehender, geschweige die Ablehnung Andersdenkender, die Intelligenzfeindlichkeit, die Intoleranz" erwähnte, ging er erheblich weiter als die bisherige offizielle Selbstkritik der PDS. Für viele Alte, die ja einen großen Teil der Restmitgliedschaft darstellen, wird das ein "harter Brocken" sein, der einzelne wohl auch aus der Partei hinaustreiben wird (und soll?). "Wir müssen jetzt dafür sorgen, daß alle Mitglieder für sich den Schritt von der SED zur PDS konsequent vollziehen. (...) Wir wissen, daß es für nicht wenige von uns, die lange der SED angehörten, nicht einfach ist, die Vergangenheit abzustreifen."

Für die PDS sind diese Genossinnen und Genossen sicher ein großes Problem. Erstens kann auf ihren praktischen Einsatz wohl gar nicht verzichtet werden - gerade wenn das innere Funktionieren der Partei noch mehr auf ehrenamtliche Tätigkeit umgestellt wird. Zweitens ist es eine Frage des menschlichen, solidarischen Umgangs miteinander, diese Genossinnen und Genossen nicht wie Abfall abzustoßen, sondern sie soweit wie möglich in den Wandlungsprozeß der Partei einzubeziehen. Andererseits stellen sie für die PDS eine schwere Belastung dar, weil sie alte Anschauungen - vieles davon eher spießig als linksdogmatisch - - und Politikformen weitertransportieren, die Verjüngung der Partei erschweren, das Erscheinungsbild der PDS nach Außen mit dem "Mief der SED" belasten.

Programmatische Neubestimmung

Gysis Rede kündigt auch eine programmtische Neubestimmung an. Anders als noch im Wahlprogramm der PDS vom Februar, das in einer Zeit des Umbruchs entstand und keine deutliche Analyse der Entwicklung enthielt, machte Gysi jetzt klare Aussagen:

"... a) daß ein als Sozialismus deklariertes Gesellschaftsmodell gescheitert ist und der Sozialismus als gesellschaftliche Zielvorstellung in breiten Teilen der Bevölkerung deshalb diskreditiert wurde und

b) daß eine Rekapitalisierung auf dem jetzigen Boden der DDR stattfindet, die auch bei zunehmenden sozialen Konflikten mit einem konservativen Wertewandel in breiten Teilen der Bevölkerung verbunden ist und sein wird.

Das heißt aktuell: Die noch zunächst gegebene Möglichkeit und unsere politische Zielstellung, in der DDR den Sozialismus zu reformieren, was übrigens voraussetzt, daß es bereits eine Form gab - dazu komme ich noch (Anm. des Autors: tatsächlich bestreitet Gysi, daß es in der DDR irgendwann Sozialismus gab) - muß durch eine neue Strategie ersetzt werden. Zunächst kann es uns nur darum gehen, in die Rekapitalisierung unserer Gesellschaft möglichst viele solcher sozialen und demokratischen Elemente einzubringen, die fortschrittliche Ansätze für die Interessenvertretung der Bevölkerung auch unter kapitalistischen Bedingungen einschließen."

Der Begriff der Rekapitalisierung bzw. die eindeutige Aussage, daß auf die DDR kapitalistische Verhältnisse zukommen und dies nicht mehr zu verhindern ist, ist im Wahlprogramm noch nicht zu finden. Die PDS wird wahrscheinlich ein grundlegend neues Programm erarbeiten müssen, das nicht mehr halbwegs so tut, als sollte es das Programm einer sich reformierenden sozialistischen Gesellschaft sein.

Vielleicht könnte dann beispielsweise auch neu über die Aussagen zur Marktwirtschaft nachgedacht werden, die im Wahlprogramm zu wenig die realen kapitalistischen Verhältnisse reflektierten, sondern sich mehr an "reformsozialistischen" Wunschvorstellungen orientierten.

Daß die PDS in ihrem Wahlprogramm ein positives, wenn auch kritisches Bekenntnis zur Effektivität und Fortschrittlichkeit der Marktwirtschaft ablegte, ist vor dem Hintergrund der weltweit negativen Erfahrungen mit der "administrativen Kommandowirtschaft" nachvollziehbar. Die PDS wird damit aber "gesamtdeutsch" vermutlich Probleme kriegen. In der BRD jedenfalls ist keine linke Oppositionspartei vorstellbar, die nicht an erster Stelle die Nachteile der real existierenden, und das heißt hier nun einmal zweifelsfrei kapitalistischen, Marktwirtschaft kritisieren würde. Das heißt aber auch: falls die PDS darauf bestehen sollte, bestimmte programmatische Aussagen, die ihr in einer bestimmten Umbruch-Situation der DDR richtig und/oder zweckmäßig schienen, mechanisch auf die ganz anderen Verhältnisse der seit eh und je kapitalistischen BRD zu übertragen, würde sie es mit den meisten Sozialisten der BRD vermutlich schwer haben.

Kt., Hamburg

27. "Das Milliönchen trauen wir uns zu"

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:57

Nur "ein Milliönchen" Stimmen (zusätzlich zu ihrem DDR-Potential) müßte die PDS bei gesamtdeutschen Wahlen in der BRD holen, um die 5-Prozent-Klausel zu schaffen. "Das trauen wir uns zu." - So Gregor Gysi nach der Klausurtagung des Parteivorstands im Mai.

Soll man diese demonstrativ bekundete Zuversicht ernst nehmen oder soll man sie unter "Verkaufspsychologie" ablegen? Fakt ist, daß letztmals bei der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 eine sozialistische Partei in der BRD das "Milliönchen" schaffte: die KPD mit 1,36 Millionen Stimmen. Das entsprach 5,7% und brachte der KPD 15 Mandate. Seither sind die Ergebnisse linker Kandidaturen in der BRD gradlinig fallend. Die DKP holte bei der Bundestagswahl 1983 nur noch knapp 65.000 Stimmen (0,2%) - 1987 trat sie aufgrund ihres krisenhaften Zustands und der Unlust vieler Mitglieder gar nicht erst an.

Das "Milliönchen" wäre also, legt man die gesamte bisherige Entwicklung zugrunde, ein äußerst harter Brocken und würde eine totale Trendwende, eine völlig neue Dimension von sozialistischem Potential in der BRD und Westberlin voraussetzen.

Die KPD bekam in der Bundestagswahl 1953, schon unter Verbotsdrohung stehend und ein knappes Vierteljahr nach dem 17. Juni in der DDR, der die antikommunistische Stimmung hochgehen ließ, nur noch 608.000 Stimmen. Das waren 2,2%. 1956 wurde die KPD verboten. Bei der Bundestagswahl 1957 forderte die KPD aus der Illegalität zur Stimmabgabe für die SPD auf.

Ende 1960 wurde die DFU (Deutsche Friedensunion) gegründet, in der KPD-Kader massiv mitmischten. Dies war der erste bundesweite Versuch, die seither zu Tode strapazierte Politik des "breiten Bündnisses" von "Christen, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Parteilosen", "Professoren, Pastoren, Naturwissenschaftlern und Sportlern", sowie natürlich auch Kommunisten auszutesten.

Die DFU, die sogar unerwünschte Kräfte aus dem konservativen bis rechtsextremen neutralistischen Spektrum anzog, konzentrierte sich ganz auf Fragen der Außenpolitik, insbesondere Abrüstungspolitik mit einem Schwerpunkt auf der damaligen Bewegung gegen die Atombewaffnung der BRD. Übrigens war auch die "Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" damals Teil des DFU-Programms. Sozialpolitisch hatte die DFU wenig zu bieten. Im Grunde entsprach sie schon sehr weitgehend dem heute modernen Schema des "klassenübergreifenden Bündnisses", bei dem die "Menschheits-und Überlebensfragen" über alles andere gestellt werden.

Gegen die DFU wurde, auch von Seiten der SPD, eine scharfe antikommunistische Hetz-Kampagne geführt, deren primitives, aber gewiß effektives Niveau in der Umdeutung des Kürzels DFU als "Die Freunde Ulbrichts" seinen Ausdruck fand. Immerhin bekam die DFU bei der Bundestagswahl 1961, die nur einen Monat nach dem 13. August ("Mauerbau") stattfand, 610.000 Stimmen. Das war fast genau das KPD-Ergebnis von 1953, entsprach jedoch aufgrund höherer Wahlbeteiligung nur noch 1,9%.

Bei einigen Landeswahlen erreichte die DFU auch bessere Ergebnisse. So 2,9% in Hamburg (1961); 2,5% in Hessen (1962); 2,7% in Bremen (1963), die vier Jahre später sogar auf 4,2% gesteigert werden konnten.

Bei der Bundestagswahl 1965 holte die DFU nur noch 434.000 Stimmen oder 1,3%. Nachdem sich auch in den nächsten Landtagswahlen - mit Ausnahme Bremens - der rückläufige Trend bestätigte, erlitt die DFU das Schicksal aller Bündnisprojekte der KPD bzw. später DKP: sie wurde nur noch als leere Hülle aufrechterhalten und trat zu Wahlen nicht mehr an.

Im Herbst 1968 wurde die DKP gegründet. Zunächst einmal aber schob sie, unter Einsatz der Kader und Connections der DFU, ein neues Wahlbündnis an: die Anfang Dezember 1968 formal gegründete, seit Herbst intensiv vorbereitete ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt). Hatte man mit der DFU versucht, von der Bewegung "Kampf dem Atomtod" und der beginnenden Ostermarsch-Kampagne zu profitieren, so sollten mit der ADF die Impulse der Studentenrevolte, der APO und des Kampfes gegen die Notstandsgesetze genutzt werden.

Die ADF erreichte bei der Bundestagswahl 1969 jedoch nur 197.000 Stimmen, gleich 0,6%. Trotz der beginnenden Konjunktur der sozialliberalen Entspannungspolitik, die dem militanten Antikommunismus alten Stils viel von seiner Wirkungskraft nahm, war dies nur noch knapp ein Drittel der Stimmen, die die DFU acht Jahre zuvor unter extremen Bedingungen gewonnen hatte. Das war auch schon das Ende der ADF, die als gescheitertes Experiment von der DKP beiseite gelegt wurde. Teilweise war das mit "linksradikaler" Kritik aus DKP-Kreisen verbunden, daß diese Art der Wahlbündnisse sich eben doch nicht auszahle und daß die DKP als "Arbeiterpartei" in eigener Gestalt antreten müsse.

Die DKP begann 1970/71 bei Landtagswahlen zu kandidieren, wobei die überdurchschnittlichen Ergebnisse in Bremen (3,1%), im Saarland (2,7%) und in Hamburg (1,7%) hervorzuheben sind - weitgehend mit den "Hochburgen" der KPD vor dem Verbot identisch. Die erstmalige Kandidatur zu einer Bundestagswahl brachte der DKP im November 1972 114.000 Stimmen, gleich 0,3%. Dies als enttäuschend empfundene Ergebnis wurde von der DKP mit der speziellen Polarisierung zwischen den großen Parteien erklärt: Es waren vorgezogene Neuwahlen, nachdem die CDU/CSU im Frühjahr 1972 versucht hatte, durch ein Mißtrauensvotum die "neue Ostpolitik" der Regierung Brandt zu torpedieren. Es gab eine breite Bewegung zur Unterstützung Brandts, was zweifellos der SPD zugute kam, die ihr bestes Ergebnis seit Bestehen der BRD erreichte (45,8%).

Es zeigte sich jedoch schon in den Landtagswahlen der Jahre 1974-75, daß die DKP sich ganz allgemein im Abwärtstrend befand. Außer in Hamburg, wo eine Verbesserung von 1,7 auf 2,2% gelang, lagen alle Ergebnisse weit unter denen von 1970-71. So fiel die DKP im Saarland von 2,7 auf 1,0% und in Bremen von 3,1 auf 2,1%. Immerhin erreichte die Partei aber bei der Bundestagswahl 1976 mit 119.000 Stimmen noch einmal gut ihr Ergebnis von 1972. Hinzuzurechnen wären rund 42.000 Stimmen, die 1976 auf die maoistischen Organisationen KPD und KBW entfielen.

Seit 1976 waren, zunächst örtlich und regional, grüne und bunt-alternative Listen auf dem Vormarsch, die teilweise die traditionelle Klientel der DKP ansprachen und der Partei damit auf Wahlebene den Rest gaben. Bei der Bundestagswahl 1980 blieben der DKP noch 72.000 Stimmen, 1983 gar nur noch 65.000, d.h. jeweils 0,2%. Zum Vergleich: die Grünen holten 1980 570.000 Stimmen (1,5%) und kamen 1983 mit 2,2 Millionen Stimmen (5,6%) erstmals in den Bundestag. Auf Landesebene zeigte sich bei den Wahlen 1978-79 gerade in den "Hochburgen" der DKP eine Halbierung ihrer Ergebnisse gegenüber 1974-75: in Hamburg von 2,2 auf 0,9%; in Bremen von 2,1 auf 0,8%; im Saarland von 1,0 auf 0,5%.

Die DKP, die anfangs die neuen Listen als Bündnis von Neonazis und Maoisten abgestempelt und als kurzlebig verhöhnt hatte, versuchte seit Anfang der 70er Jahre vergeblich, mit irrealen Bündnisangeboten, die in keinem Verhältnis zur Schwäche und Isoliertheit der Partei standen, Anschluß zu gewinnen. Schließlich entschied sie sich für die traditionelle Methode, wieder einmal ein von ihr dominiertes Wahlbündnis auf den Weg zu bringen. Das Stichwort war diesmal wieder, entsprechend der wichtigsten Massenbewegung jener Jahre, "Frieden". Die Friedensliste erreichte bei ihrem ersten Probelauf, den Europawahlen 1984, 312.000 Stimmen. Das entsprach aufgrund der bei Europa-Wahlen sehr niedrigen Wahlbeteiligung (1984: knapp 57%) einem Anteil von 1,3%. Die DKP allein hatte bei den Europa-Wahlen 1979 nur 0,4% bekommen. Das Ergebnis der Friedensliste wurde in der DKP-Presse entsprechend geradezu als Anbruch einer neuen Zeit gefeiert. Indessen war man sich wohl auch in der DKP bewußt, daß Europa-Wahlen sehr wenig repräsentativ sind: da sie von einem Großteil der Wählerschaft im Grunde nicht ernst genommen werden, ist die Bereitschaft, die Stimme eventuell an eine "Splitterpartei" ohne Aussicht auf Mandate zu geben, viel größer als sonst. Tatsächlich wurde bald darauf, nach negativen Tests bei einigen wenigen örtlichen und Landeswahlen, auch die Friedensliste von der DKP als gescheitertes Experiment fallengelassen.

Es ist also, um diese Übersicht zusammenzufassen, noch nicht erkennbar, wo in der BRD heute das Potential von einer Million WählerInnen für eine sozialistische Partei sein könnte. Dies erst recht, wenn man es mit der Beteuerung ernst meint, mit den Grünen nicht konkurrieren zu wollen, sie schon gar nicht spalten zu wollen. (Gysi, A. Brie)

Nun gibt es das Gegenargument oder die Gegenthese, daß die bisherige Entwicklung linker Wahlergebnisse in der BRD sehr wenig aussagekräftig für die Zukunft sei. In den Worten von Andre Brie: "Ich vermute, daß es in der Bundesrepublik ein viel größeres Potential an linkem Denken und für linke Politik gibt, als es sich in den vorhandenen Organisationen zeigt. Es war ja in der Vergangenheit so, daß das negative Beispiel DDR vieles

diskreditiert hat. Nach dem Zusammenbruch der DDR, dieses administrativen Gesellschaftssystems, kann sich die Linke allmählich befreien." ("Volkszeitung", 18.5.)

Dies erinnert mich, wenn auch aus entgegengesetzter Richtung kommend, an das traditionelle Muster der DKP, die ihre mageren Wahlergebnisse stets mit dem "Wirken des Antikommunismus" zu begründen pflegte. An diesem Muster fiel schon damals störend auf, daß mit den Jahren die Ergebnisse der DKP immer schlechter wurden, während sich das "Wirken des Antikommunismus" in der BRD-Gesellschaft eher gegenläufig entwickelte, nämlich abnahm.

Ähnlich scheint es mir mit der Rolle der DDR zu stehen, deren negativen Einfluß auf das Ansehen der BRD-Linken Andre Brie wohl überschätzt. Es ist nicht zu übersehen, daß die radikale Linke der BRD unter den extremen Bedingungen des "Kalten Krieges" und eines wirklich sehr negativen Ansehens der DDR (vor allem nach dem 13. August 1961!) viel bessere Wahlergebnisse erreicht hat als wenige Jahre später zur Zeit der "Neuen Ostpolitik", als das DDR-Bild in der BRD-Öffentlichkeit sich sehr zum Positiven wandelte.

Im übrigen vermag die einfache Schuldzuweisung an die alte DDR nicht zu erklären, warum es in der BRD auch nicht zur Bildung einer nennenswerten linkssozialdemokratischen oder "undogmatisch- sozialischen" Kraft mit kritischer Distanz zur DDR und SED gekommen ist. Die SPD-Abspaltung DS (Demokratische Sozialisten) um die Bundestagsabgeordneten Hansen und Coppik kandidierte 1983 zu den hessischen Landtagswahlen und blieb mit 0,1% noch hinter der DKP zurück.

Wir sollten jedenfalls die Interpretation nicht ausschließen, daß die bisherige eklatante Schwäche der Sozialisten der BRD und Westberlins in erster Linie hausgemachte Ursachen hat, die nicht dadurch entfallen, daß man in der DDR den "Stalinismus" und das "administrative Kommandosystem" beseitigt hat. Es gibt in der BRD und Westberlin wohl auch keine sozialistische Strömung, die seit der "Wende" in der DDR bessere Arbeitsbedingungen und verstärkten Zulauf verspürt. Im Gegenteil: der rasante Zusammenbruch der "realsozialistischen" Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa wird weithin als Scheitern des 1917 begonnenen sozialistischen Experiments schlechthin wahrgenommen. Der naheliegende Einwand, es sei ja gar nicht der Sozialismus gescheitert, sondern nur der Stalinismus, überzeugt "die Massen" nicht, weil es in der Praxis nur diesen einen Sozialismus bzw. das in seinem Namen realexistierende System gegeben hat. Und daß dies sich so entwickelt hat, daß heute neben den vielen bankrotten Staaten nicht auch blühende demokratische Gesellschaften die praktische Lebenskraft (und Überlegenheit) des Sozialismus bezeugen, hat historische Ursachen, ist nicht allein zwei oder drei vermeidbaren "Betriebsunfällen" geschuldet. Insofern ist unser politischer Kredit vorläufig begrenzt, wenn wir heute sagen: "Bisher war alles falsch, aber der Sozialismus, den wir jetzt entwickeln wollen, wird völlig anders, sehr viel besser sein." - Umgekehrt hatte es die Propaganda gegen den Sozialismus vermutlich noch nie so leicht wie heute.

Daß eine Wahlprognose (FORSA) die PDS "gesamtdeutsch" bei 6,9% ortet - dies entspräche rund 1,6 Millionen Stimmen in der BRD zusätzlich zum Ergebnis der Volkskammerwahl - steht zu der eben skizzierten skeptischen Sicht vielleicht nur scheinbar in Widerspruch. Gerade in der BRD könnte die PDS bei der ersten gemeinsamen Wahl viele Stimmen holen, die nicht unbedingt als Stimmen für einen Sozialismus, sondern in erster Linie als Stimmen gegen die Annexion der DDR, gegen das "Projekt Großdeutschland" usw. gemeint sind. Dies wären auch Proteststimmen für die Partei, die schon heute wie keine andere in den BRD-Medien diffamiert und gejagt wird.

Es könnte durchaus sein, daß die PDS an Ansehen in der BRD-Opposition nicht gewinnen, sondern sogar erheblich verlieren würde, falls sie in traditioneller Weise privilegierte Bündnispolitik in Richtung Grüne, Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschaften usw. betreibt, falls sie ihre Positionen opportunistisch zu glätten versucht, falls sie sich hinter einem Wahlbündnis versteckt, auf dem von vornherein die Hypothek von diversen gescheiterten Projekten (DFU, ADF, Friedensliste, plus über ein halbes Dutzend örtlicher Versuche mit anderen Namen) lasten würde.

Kt., Hamburg

28. Welche Gesellschaft hatten wir in den letzten Jahrzehnten? - Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi auf der Klausurtagung 12./13.5.90

Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi auf der Klausurtagung am 19./20.5.1990

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:26

Dokumentation:

Welche Gesellschaft hatten wir in den letzten Jahrzehnten?

Auszüge aus der Rede von Gregor Gysi auf der Klausurtagung am 19./20.5.1990

Wir sollten uns um eine differenzierte und damit gerechte Bilanz dieser Jahrzehnte bemühen. Jene, die uns jetzt ständig vorwerfen, wir würden nicht ausreichend Trauer-Arbeit leisten, haben nicht völlig unrecht, verkennen jedoch, daß die starken Angriffe von außen Schutzbedürfnisse erzeugen und diesen Prozeß erschweren. Die Vergangenheitsbewältigung muß philosophisch, historisch und individuell erfolgen und eine neue Qualität erreichen, damit wir die Aufgaben der Zukunft bestehen können. Einige Fragen, die dringend der Beantwortung bedürfen:

1. War die Gesellschaft der letzten Jahrzehnte eine sozialistische oder nicht?

2. Hatten wir eine höhere Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als der Kapitalismus? Und wenn ja: Weshalb trat kein ausreichender sozialer, kultureller und ökologischer Fortschritt ein?

3. Worin bestanden die strukturellen Mängel des politischen Überbaus, und weshalb hat es so lange bis zu einer demokratischen Erhebung gedauert?

4. Was war an unserem Stalinismus sowjetisch und was DDR-deutsch?

5. Weshalb konnten aufrechte Antifaschisten zu kleinbürgerlichen Despoten werden?

6. Welche Philosophie stand hinter dem Irrglauben, mittels eines Sicherheitsapparates Entwicklungen zu garantieren, die als Fortschritt angesehen wurden? (...)

Zu den hier aufgeworfenen Fragen meine persönliche Meinung:

Die Gesellschaft der letzten Jahrzehnte in der DDR war eine nichtkapitalistische, hatte aber zu keinem Zeitpunkt die Qualität einer sozialistischen. Das gilt für die ökonomische Basis ebenso wie für den politischen Überbau. Der Fortschritt, den es zum Teil gab, resultierte aus dem nichtkapitalistischen Weg. Und er war ungenügend, weil der sozialistische nicht wirklich beschritten wurde. Die Produktionsmittel waren letztlich nicht höher vergesellschaftet, denn das als Volkseigentum bezeichnete Staatseigentum wurde von einem zentralistisch organisierten Staat verwaltet, das heißt, daß letztlich der Mann an der Spitze von Partei und Staat sich vielleicht als einziger wie ein Eigentümer fühlen konnte.

Deshalb haben die Arbeiterinnen und Arbeiter kein wirkliches Eigentumsbewußtsein hinsichtlich der volkseigenen Betriebe entwickelt. Und deshalb ist jetzt auch das Bedürfnis zum Schutz dieses Eigentums unterentwickelt.

Die monarchistischen Züge der Staatsgewalt spiegelten sich auch in der Form wieder - Huldigungen, Bilder usw. Personenkult an sich ist ja nur lächerlich. Gefährlich ist die fast absolutistische Macht, die lediglich ihren Ausdruck in solchem Kult findet.

Dennoch führten die Produktionsprozesse mit Staatseigentum zu einer anderen Verteilung des Mehrprodukts. Und damit im Vergleich zum Kapitalismus zu höherer, wenn auch nicht ausreichender sozialer Gerechtigkeit. Der Unterschied zwischen arm und reich war wesentlich geringer. Kultur und Kunst konnte sich jeder aneignen. Bildung war nicht von der eigenen Finanzkraft oder der der Eltern abhängig. Der Arbeitsplatz war sicher. Und selbst verdeckte Arbeitslosigkeit, was auch immer das sein mag, ist besser als offene. Und es gab kein privatwirtschaftliches Interesse an Rüstung und Krieg, so daß die Bereitschaft zur Abrüstung in der DDR

immer höher war als in der BRD. Trotz, vielleicht auch wegen des Sicherheitsapparates gab es in der DDR mehr Solidarität und keine Ellenbogengesellschaft, wie sie jetzt üblich wird, auch in den Betrieben.

Eine erfolgreiche demokratische Erhebung war meines Erachtens nicht möglich, wie die Ereignisse in den Jahren 1953, 1956 und 1968 zeigten. Aber 1985 stand die Demokratisierung auf der Tagesordnung, nach der Einleitung der Perestroika in der UdSSR. Und die Dauer bis 1989 kann auch mit den zuvor genannten sozialen Leistungen, mit Gewöhnung und natürlich auch mit Angst zusammenhängen. Aber ab 1985 hätte die Gesellschaft der DDR demokratisch erneuert und damit dem demokratischen Sozialismus eine Chance eingeräumt werden können. Statt dessen wurde sie verspielt, zum Teil in deutscher Arroganz. Hier trägt die damalige Führung die Hauptverantwortung. Wir alle aber tragen Mitverantwortung. Dies scheint mir die größte politische Erblast zu sein.

Die Frage des Stalinismus sowjetischer oder deutscher Prägung ist schwer zu beantworten. Im wesentlichen wurde nach 1945 das sowjetische Modell übernommen, aber gemildert.

Aber begünstigt wurde der Stalinismus schon durch die vorhergehende Ordnung in Deutschland, durch deutschen Untertanengeist und ähnliches.

Zu beachten sind auch psychologische Momente. Die Antifaschisten der Jahre 1933 bis 1945 hatten Moral und Recht auf ihrer Seite, waren aber eine kleine Minderheit in der deutschen Bevölkerung. Nachdem nun wiederum eine kleine Gruppe von diesen Antifaschisten in wichtige Machtfunktionen kam, fühlten sie sich als bester Teil des Volkes, der das Recht hatte, für die Mehrheit des Volkes mitzuentscheiden. Die anderen dagegen waren verunsichert und mit Schuldgefühlen belastet und beugten sich dem.

Die Bewältigung der Vergangenheit damals erfolgte schon deshalb ungenügend, weil die Mächtigen die Vertreter der Mehrheit sein wollten, das ging aber nur auf, wenn kein Widerspruch zwischen ihnen und dieser Mehrheit zugelassen wurde. Dazu gehörte, die eigene Identität der Mehrheit aufzustülpen, und so wurden wir rasch zu einem Volk von Antifaschisten erklärt.

Im Laufe der Zeit wurde die Macht einzelner immer absoluter. Daraus resultierte kleinbürgerliche und despotische Haltung. Die Mehrheit der Antifaschisten aber blieb ohne besondere Macht, lebte im Volk und verkörpert noch heute den wahren Antifaschismus. Viele von ihnen sind in unserer Partei. Sie erleben die Wiedergeburt der Ideale in der Partei, für die sie gelitten und gekämpft haben. Sie sind ein ethisch bedeutsamer Teil unserer Partei. (...)

Unsere Geschichtskommission hat hier noch viele Antworten zu finden, um uns eine differenzierte Einschätzung dieser Geschichte zu ermöglichen. Aber die Vergangenheitsbewältigung ist auch individuell. Sie muß von jedem vorgenommen werden. Wir fürchten die Vergangenheitsbewältigung nicht, im Gegenteil. Sie wird uns stärken. Ungerecht ist höchstens, daß wir sie für Tausende von Karrieristen und Opportunisten mitzubewältigen haben, die niemand mehr fragt, weil sie aus der Partei ausgetreten sind. Deren Austritte, und ich meine nur diese Gruppe, hat allerdings unsere Erneuerung beschleunigt. (...)

Natürlich hat in der DDR jeder eine Geschichte. Auch andere Parteien, die ohne Hemmung weiterregieren. Die zwar eine Wende, aber keine Erneuerung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Es war bisher nur dem Premierminister vorbehalten, auf die Geschichte auch der CDU in seiner Regierungserklärung zu verweisen. Das hat mir Achtung abgenötigt, weil leise nachdenkliche Töne Sachverhalte genauer ausdrücken, als lautes Geschrei.

Trotzdem ist für uns in erster Linie die Rolle der SED zu beurteilen. Und wir müssen heute feststellen, sie war entgegen ihren Zielen und auch der Politik nach 1946 seit mehreren Jahren keine linke Partei mehr. Und trotz entgegenstehendem Willen vieler Mitglieder seit längerer Zeit reaktionär, weil sie Sozialismus verhindert und nicht ermöglicht hat.

Deshalb so viele Ähnlichkeiten mit rechtskonservativen Parteien, z.B. der Hang zu "Law and Order", zur Uniformität, die Ablehnung Andersseiender und Andersaussehender, geschweige die Ablehnung Andersdenkender, die Intelligenzfeindlichkeit, die Intoleranz. Insofern, ich schränke das wirklich ein, hat Freya Klier meines Erachtens recht, wenn sie auf Ähnlichkeiten zwischen der SED und der CSU verweist. Aber, das eine sind objektive Einschätzungen und das andere das subjektive Wollen vieler Mitglieder, die sich die

sozialistischen Ideale bewahrt hatten und haben und heute energisch für eine linke demokratische sozialistische Partei streiten.

Wir sollten, und ich komme zu Pfarrer Schorlemmer zurück, die Jahre der DDR nicht zum weißen Fleck in der Geschichte werden lassen und es auch anderen nicht zubilligen. Das ist keine akademische Frage. Für alle DDR-Bürger und insbesondere für unsere Genossinnen und Genossen ist das auch sehr persönlich. Jeder hat hier gelebt und sich engagiert, seine Freuden und Schwierigkeiten gehabt. Das war sehr unterschiedlich verteilt.

All das kann man nicht wegwischen. Wir brauchen auch hier aufrechten Gang, Mut zur Wahrheit, Aufrichtigkeit, Sensibilität, gegenseitige Achtung, vor allem aber Klarheit. Wir werden selbstverständlich nichts verteidigen, was falsch und schädlich war. Aber die Darstellung mancher unserer politischen Gegner, als sei die Geschichte der DDR ein einziger Niedergang, ist natürlich auch Geschichtsfälschung. Der Zweck ist durchsichtig. Einerseits die Kriminalisierung der SED insgesamt und andererseits die Untergrabung des Selbstbewußtseins der DDR-Bürger damit sie widerstandslos vereinnahmt werden können.

Da sind die Äußerungen von Männern der Kirche wohltuend. Sowohl Pfarrer Schorlemmer als auch Konsistorialpräsident Stolpe, letzterer im ND vom 5./6. Mai - das zeigt übrigens auch den Grad der Erneuerung des ND - machen deutlich, daß wir nicht gesenkten Blickes im Büßerhemd und als Bettler in die deutsche Einheit gehen sollten, sondern etwas einzubringen haben.

Deshalb gehört zur Geschichtsaufarbeitung auch, darüber nachzudenken, was uns mit der Vergangenheit der DDR verbindet. Der gescheiterte Versuch, einen sozialistischen Weg zu beschreiten, hat auf jeden Fall auch vorwärtsweisende Elemente hervorgebracht, die wir nicht einfach preisgeben sollten. Das betrifft Antifaschismus, internationale Solidarität, Engagement für Frieden und Abrüstung und viele unverzichtbare soziale Leistungen, worauf ich bereits hinwies.

Antifaschismus verlangt jedoch heute dringend, die Ursachen von faschistischem und rechtsradikalem Denken und Handeln in der Gegenwart zu ergründen.

29. Deutsche Linke - wohin gehst Du? von Michael Mäde, Vereinigte Linke (DDR)

Rubrik: Wiedervereinigung; Neues Forum / Bündnis 90 · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:25

Mit den Niederlagen der CDU bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und NRW ist eine andere Zeitabfolge in das Szenario des Anschlusses der DDR an die BRD gekommen. Kohl und seine Strategen haben nachgerechnet und machen sich begründet Sorgen. Der Ausgang der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 ist wieder völlig offen. Zwei Annahmen der Herren im Kanzleramt und in den Parteizentralen der Koalition liegen dem Umschwenken auf ein noch kurzfristigeres Datum für gesamtdeutsche Wahlen zugrunde.

1. CDU/CSU und FDP könnten bei der Bundestagswahl bereits unterliegen. Hingegen werden die Chancen für die Koalition bei gesamtdeutschen Wahlen als offenbar besser angesehen.

2. Die Zeit arbeitet gegen die Bundesregierung. Zuviele soziale Risiken, zuviele politische Ungereimtheiten hält der Anschlußprozeß für die Menschen in beiden deutschen Staaten bereit.

Die Schlußfolgerung heißt Beschleunigung, heißt vollendete Tatsachen schaffen, und dies so schnell wie möglich. Sollte sich diese Zielsetzung von Kohl und Konsorten realisieren lassen, und es spricht eine Menge dafür, geraten alle politischen Kräfte in beiden deutschen Staaten in Zugzwang.

Insbesondere trifft dies jedoch auf die deutsche Linke zu. Hüben wie drüben macht sie einen eher zersplitterten, desorientierten Eindruck. Integrative Tendenzen stehen, so überhaupt erkennbar, allenfalls am Anfang. Es ist das alte Lied. Die Konservativen haben sich formiert. Sie gehen daran, Deutschland nach ihren Vorstellungen erstehen zu lassen. Die Linken aber sind noch mitten in der "Diskussion" und so vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Aber selbst diese Diskussion läßt zu wünschen übrig. Am deutlichsten wird dies bei der westdeutschen Linken in der Auseinandersetzung um die PDS. Oft ist nicht einmal klar, was da eigentlich diskutiert wird. Geht es darum, die Politik der PDS zu analysieren, geht es darum, ihre Existenz auf die Möglichkeit der Bildung einer gesamtdeutschen Partei der Linken hin zu untersuchen, oder versucht man einfach die politische und mediale Wirkung von Gregor Gysi zu erklären (oder auch nur zu verkraften)? Besonders vor dem Hintergrund rasch herannahender gesamtdeutscher Wahlen als einen weiteren Schritt zur Einverleibung der DDR ist Klarheit in der Debatte und in den politischen Aktivitäten besonders wichtig. Zwei unterschiedliche Aufgaben müssen in Zukunft, auch wenn sie viele gemeinsame Problemstellungen enthalten, möglichst auseinandergehalten werden.

Dabei ist zunächst völlig unstrittig, daß der Prozeß der Zusammenführung und politischen Einigung der deutschen Linken ein längerfristiges Unternehmen ist, welches sowohl vielfältiger inhaltlicher Auseinandersetzungen als auch gemeinsamer praktischer Erfahrungen in den politischen Konflikten bedarf, die in nächster Zeit anstehen werden. Es ist ebenfalls unstrittig, daß ein solcher Prozeß nicht durch irgendwelche Organisationsexperimente beschleunigt werden kann. Von solchen Versuchen wären eher gegenteilige Wirkungen zu erwarten.

Gemeinsam scheint den deutschen Linken zu sein, daß ein Defizit in der Formulierung politischer Perspektiven ebenso herrscht wie ein ernsthaftes Theoriedefizit. Beides ist nur in gemeinsamer Arbeit und Diskussion überwindbar. In einem solchen Prozeß ist zu erwarten, daß sich auch politisch-organisatorische Strukturen herausbilden (und ändern) werden. Und es kann keineswegs als gesichert angesehen werden, daß am Ende dieser Phase eine neue Partei steht. Vielleicht bildet sich eher eine Form von politischer Bewegung heraus, in denen auch Gruppen und Organisationen mit eigenen Strukturen einen Platz haben.

Eine andere Frage aber ist, wie es unter den bereits beschriebenen konkreten Bedingungen gelingen kann, bei gesamtdeutschen Wahlen nicht nur zu bestehen, sondern in einem zukünftigen Parlament als Linke stark vertreten zu sein.

Mache man sich nichts vor! Gelingt dies nicht, wäre das für die deutschen Linken ein schwerer Rückschlag, dessen Folgen kaum absehbar scheinen.

Ist nun die PDS Gegenstand der Diskussion bei der BRD-Linken, fällt zunächst auf, daß die beiden (oben skizzierten) Problemstellungen häufig munter durcheinandergeworfen werden. Dies leistet einer Emotionalisierung Vorschub, welche für eine Sachdebatte noch allemal schädlich war. An der PDS, so scheint es, scheiden sich die Geister.

Da wird Haß freigelegt (Freya Kliers Vortrag in der FU, welchen weiter zu werten ich mir erspare), da üben sich die Hamburger ÖkosozialistInnen im geistigen Bauchatmen, sobald es um die Einschätzung der PDS geht (Erklärung vom 6.4.90; Konkret 5/90), und selbst Siggi Friess und Georg Fülberth (Bitte wirklich nur umblättern - Konkret 5/90 S.24/25) scheinen bei dieser Problematik von allen guten Geistern verlassen.

In ihrem Beitrag rechnen sie nämlich schon einmal flugs die Stimmen von SPD und PDS bei den Wahlen vom 18. März zusammen. Ist ja sowieso alles Sozialdemokratie (beinah so, als wolle man es herbeireden). Hernach stellen sie dem Leser in Aussicht, diese ihre Rechenkünste zu erklären bzw. zu begründen. Man sucht's vergebens. Am Ende aber steht dann etwas, was zu zitieren ich doch nicht umhinkomme: "Wer aber heute auf die PDS steigt, sitzt morgen mit Gysi zu Füßen des Pfaffen. Übermorgen predigt er selbst, wie einst Herbert Wehner: ‚Meine Damen und Herren, liebe Brüder!` Nach drei Tagen ist er in der Sozialistischen Internationale und nächste Woche in der SPD. Das nennt man: über kurz oder lang (trotz des reizenden Herrn Gysi) auf Honecker einen Noske setzen."

Ausgrenzungsversuche von rechts bis links in der DDR. Der Vorwurf der Sozialdemokratisierung von radikal linken Kreisen. Und die BRD-Linken, welche selbst eine gewisse Nähe zur Sozialdemokratie aufweisen, pflegen, auf das Thema PDS angesprochen, stets ein Vergrößerungsglas hervorzunehmen: und bitte sehr, da findet sich auch noch ein bißchen Stalinismus.

Wenigstens hr. und Knut Mellenthin mühen sich in ihren jüngsten Veröffentlichungen (ak 318; 30.4.1990) um etwas mehr Sorgfalt in Argumentation und Analyse, wenn auch freilich unter gänzlich unterschiedlichen Ansätzen und Prämissen.

Auch hr. kommt letztlich zu dem Schluß, daß die PDS sich in Richtung Sozialdemokratie entwickeln werde. Wesentlich genauer allerdings findet er die echten Probleme dieser Partei heraus. Aus welchen Motiven heraus kam es zur Zustimmung zur deutschen Einheit? Was wird, wenn es eben in der DDR nichts mehr an "sozialen Restbeständen" zu verteidigen gibt! Wie sieht die Perspektive sozilistischer Politik aus? Nicht zufällig waren die letzten beiden Fragen auch wesentlich Gegenstand der Klausurtagung des Parteivorstandes der PDS am 12./13. Mai 1990. Es ist absehbar, daß es um den zukünftigen Kurs der Partei innerhalb der PDS noch schwere Auseinandersetzungen geben wird. Knut Mellenthin verweist zu Recht auf die Vorläufigkeit des Programms der PDS und versucht in seinem Beitrag allzu glatten Ausdeutungen desselben entgegenzutreten. Zudem ist überaus interessant, wie an Hand der PDS-Debatte der BRD-Linken prinzipielle Kritik am politischen Zustand der BRD-Linken überhaupt formuliert wird.

Zu häufig stößt man in der allgemeinen Debatte um die PDS auf recht merkwürdige Argumentationen, fehlende oder uninterpretierte Fakten, die eine sachliche und vor allem auf die Perspektive gerichtete Diskussion erschweren.

So erscheint es mir wenig sinnvoll, die Stellung der PDS zur Sozialdemokratie von dem Zerpflücken einzelner Aussagen oder z.B. Fakten wie des Antrags auf Beobachterstatus bei der SI durch die PDS bestimmen zu wollen. Gysis Aussage z.B., daß die PDS sich um ein partnerschaftliches Verhältnis zur Sozialdemokratie bemühen wolle, ist ohne gründliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED (vor allem der deformierenden Konsequenz der Vereinigung von KPD und SPD) politisch überhaupt nicht richtig bewertbar. Allerdings ist es kaum hilfreich, wenn sozialdemokratische Tendenzen in der PDS verniedlicht oder verharmlost werden (dies deutet sich gelegentlich in Mellenthins Auseinandersetzung mit dem Programm der PDS an). Gerade diese Tendenzen gilt es genau festzuhalten, zu analysieren und zu kritisieren. Aber Fülberths Behauptung: "Als im Oktober/November 1989 der Sicherheitsflügel der SED abgestoßen wurde, blieb im wesentlichen die sozialdemokratische Variante übrig" ist eben sowohl inhaltlich falsch, als auch der unterstellte Ablauf der Ereignisse eher auf ungenügende Kenntnisse des Verfassers schließen läßt.

Der Sturz des Egon Krenz und seines Politbüros wurde im November/Dezember 89 vor allem von der Basis der SED herbeigeführt. Aktive Teile dieser Basis marschierten vor dem Hause des damaligen Zentralkomitees auf und belagerten es mehrmals regelrecht (in der Zeit bis zum außerordentlichen Parteitag im Dezember 89

war das Haus von Basisgruppen der Berliner Parteiorganisation besetzt). Die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED lief unter z.T. dramatischen Bedingungen ab. Massenaustritte, Desorientierung und Panik unter den Mitgliedern waren kennzeichnend für die Situation. Unter diesen Bedingungen brachte der Parteitag zwar die überfällige Entmachtung der alten Führung. Programmatisch und strukturell waren die Neuansätze doch eher bescheiden. Dies konnte nicht ohne Folgen für die weitere Entwicklung innerhalb der Partei bleiben.

Schon durch die Ereignisse während der antifaschistischen Massendemonstration in Berlin am 3. Januar 1990 wurde die SED von ihrer Vergangenheit eingeholt. Die leichtfertige Forderung nach einem neuen Verfassungsschutz (ohne den alten auch nur wirklich abgebaut zu haben), um die aufkommenden faschistischen Tendenzen zu bannen, führte auch zu schweren innerparteilichen Konflikten, zu heftigstem Widerstand aller revolutionären Kräfte des Herbstes und zu einer zügellosen Kampagne aller bürgerlichen Medien des Westens gegen die SED/PDS.

Mitte bis Ende Januar gelangte die Krise innerhalb der Partei zum Höhepunkt. Gleichzeitig nahm der äußere Druck, auch auf einzelne Mitglieder, stark zu. Auflösungsforderungen wurden aber vor allem auch aus den eigenen Reihen erhoben. Täglich verließen Tausende Mitglieder die Partei, Strukturen verfielen in atemberaubendem Tempo. In diese Phase fällt auch der Austritt von Wolfgang Berghofer (zu dieser Zeit Mitglied des Präsidiums und stellv. Vorsitzender). Bis zur Januarkrise hatten die verschiedenen Plattformen, welche sich innerhalb der SED gebildet hatten, maßgeblich die politische Auseinandersetzung innerhalb der Partei bestimmt. Mit dem Austritt Berghofers und einer Reihe maßgeblicher Dresdener Parteifunktionäre begann jedoch eine weitere Welle von Austritten, vor allem sozialdemokratisch orientierter Mitglieder. Innerhalb sehr kurzer Zeit verließen nochmals 200.000 Menschen die SED/PDS. Die sozialdemokratische Plattform hörte faktisch auf zu existieren. Ein ähnliches Schicksal ereilte die Plattform "3. Weg", von deren Mitgliedern ebenfalls viele die Partei verließen. Heute existiert faktisch nur noch die kommunistische Plattform innerhalb der PDS. Gleichzeitig setzte jedoch auch eine Gegenbewegung ein. An vielen Orten bildeten sich spontan Initiativgruppen zur Schaffung der PDS. Ziel dieser Gruppen war die konsequente Erneuerung der Partei. Mit ebenfalls eher verschwommenen programmatischen Zielvorstellungen bemühten sich diese Gruppen doch um eine wirkliche Säuberung der Partei, nahmen auch oft örtliche Parteistrukturen in ihre Hand und schufen Ansätze eines echten Neuaufbaus der PDS von der Basis her.

In diesem Prozeß spielte auch die AG Junge GenossInnen eine immer wesentlichere Rolle. Durch ihre offene Arbeit mit jungen Mitgliedern und parteilosen linken Jugendlichen leistete sie Erhebliches für die Neuformierung der Partei und brachte radikal basisdemokratische Elemente in die Arbeit ein. Die AG verfügt heute über DDR-weite Strukturen und ist ein wesentlicher Faktor, nicht zuletzt bei der programmatischen Willensbildung.

Natürlich bedeutet all dies nicht, daß es sich bei den Bemühungen um die Erneuerung der Partei um einen gradlinigen Prozeß handelt. Im Gegenteil, die politischen Differenzen innerhalb der PDS sind unübersehbar. So löste der Modrowplan zu "Deutschland einig Vaterland" auch in der PDS heftige Auseinandersetzungen aus und führte nochmals zu einer Reihe von Austritten.

Die Konsolidierung der Partei, insbesondere nach dem Februarparteitag, basierte nicht zuletzt auf einer Art programmatischem Burgfrieden, der zu dieser Zeit, schon wegen der beiden Wahlkämpfe, geboten schien.

Die inhaltlichen Debatten sind sofort nach den Kommunalwahlen wieder voll entbrannt. Es fehlt ihnen lediglich die selbstzerstörerische Tendenz der akuten Krisenzeit. Gegenwärtig hat die PDS ca. 400.000 Mitglieder. 40% davon sind im Rentenalter, 11% unter 30 Jahre. Auch diese Zahlen verdeutlichen die enormen Probleme, vor denen die Partei steht. Ihr zukünftiger Kurs ist keineswegs entschieden. Nicht zuletzt Gysis Rede vor dem Parteivorstand verdeutlichte dies (siehe ND 16.5.1990). Immer deutlicher wird, daß die Perspektivbestimmung linker, sozialistischer Politik eine zentrale Frage ist (und das nicht nur für die PDS). Kritik an der Sozialdemokratie ersetzt auf Dauer kein eigenes Programm. Das Verhältnis von praktischer Politik für die Menschen und der Entwicklung (und dem Beharren) auf einer gesellschaftlichen Utopie, die politikfähig zu machen ist, wird genau zu bestimmen sein, will man das Abkippen oder das allmähliche Abgleiten in die Sozialdemokratie verhindern.

Gysis Angebot, in der anstehenden programmatischen Debatte eine konsequente Öffnung der Partei für verschiedene linke Positionen und Traditionen betreiben zu wollen, die Debatte also gemeinsam zu führen, sollte nicht ausgeschlagen werden. Ausgrenzung oder einfache Etikettierungen sind wenig hilfreich. Sachauseinandersetzung ist geboten. Inhaltliche Debatten und politische Aktionen zu konkreten Problemen waren noch immer die besten Prüfsteine linker Politik. Nein, Georg Fülberth, ich muß Dir widersprechen. Wir haben mitnichten viel Zeit. Gerade weil dieses Deutschland kommt, hat die Linke eine enorme Verantwortung. Und diese trägt sie nicht nur für dieses (schon wieder) ungeliebte Deutschland, sondern auch für Europa. Vielleicht ist es die letzte Chance der deutschen Linken, zu beweisen, daß auch sie in der Lage ist, aus der eigenen Geschichte zu lernen.

30. Links Neu - von Wolfgang Gehrke

Rubrik: PDS-Debatte, linke; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:29

I. Thesen zur Ausgangslage:

1. Der Vereinigungsprozeß ist nicht mehr offen, die Vereinigung von BRD und DDR eine politisch nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung. Sie wird sich im wesentlichen im Rahmen von Artikel 23 GG vollziehen. Dieser juristische Anschluß der DDR an das BRD-Grundgesetz muß nicht völlig identisch sein mit einem politischen Anschluß. Nach raschen grundlegenden Schritten wird eine lange Phase der Integration folgen, in der Elemente vorheriger Selbständigkeit weiter wirken können. Markante Einschnitte werden u.a. sein:

- Rechtsordnung von Eigentumsfragen,

- Militär- und Bündnisstatus,

- mögliche Verfassungsdebatte,

- Bodenreform,

- Demokratiefragen und ökologische Probleme,

- Regelung der Beziehungen zu den Nachbarn, insbesondere zu Polen und der UdSSR.

Im Rahmen dieser Entwicklung wird, nach generellen Entscheidungen über die Vereinigung, die Existenz oder Nichtexistenz eines eigenständigen Zentralparlamentes der DDR eine der entscheidenden Faktoren sein. Kurz: Solange die Volkskammer besteht, solange gibt es, unter welchen Abhängigkeiten auch immer, die DDR. Die Vereinigung vollendet sich mit einer gemeinsamen Verfassung und einem gemeinsamen Zentralparlament. Das beeinflußt den Fahrplan der Herrschenden, wie die Diskussion über Termin und Modalitäten gesamtdeutscher Wahlen zeigen.

Die Weichen zur Vereinigung nach Art. 23 sind gestellt. Offen sind die Formen und einige konkrete Inhalte, die dieser Prozeß annimmt. In einem überschaubaren Zeitraum wird ein kapitalistisches Deutschland entstehen, das Mitglied der EG ist und wahrscheinlich in irgendeiner Form mit der Nato verbunden ist; noch nicht genau zu beurteilen ist, ob letzteres den Übergang zu einem europäischen Sicherheitssystem ermöglicht, oder ihn verzögert oder gar abblockt.

2. Die Parteienlandschaften nähern sich an.

Im Zuge einer solchen Entwicklung wird sich eine Annäherung der Parteien- und politischen Organisationslandschaft in beiden Teilen Deutschlands vollziehen. Auch dort, wo Parteien und Organisationen in der BRD und der DDR schon heute "grundsätzlich übereinstimmen", wird das kein glatter Gang. Unterschiedliche politische Kulturen und politische Erfahrungen treffen aufeinander. Etwa zeitlich parallel zum Vereinigungsprozeß wird sich die Parteienlandschaft vereinheitlichen. Das aber wird eigene Brüche mit sich bringen.

3. Die Krise der Linken - eine Bestandsaufnahme ist notwendig

Die heutige Defensive der Linken ist ohne Beispiel in den letzten Jahrzehnten. Sie trifft auch jene, die die realsozialistischen Staaten kritisierten und/oder die keinen stalinistischen Organisationsansätzen angehörten. Auch sie geraten in den Strudel.

Zu den schon seit Jahrzehnten schwelenden Krisen, zu denen wesentlich die stalinistischen Deformationen der kommunistischen Bewegung beigetragen hat, kommt ein Kollaps linker Weltbilder; gesellschaftlicher Zukunftsvorstellungen, Lösungsmodelle und Forderungen lösen sich auf.

Eine Krise, auch die der Linken, kann reinigend wirken. Ohne Verständnis von den Ursachen der Krise und ohne eine öffentliche, selbstkritische Aufarbeitung politischer Verantwortung, wird ein Neubeginn nicht möglich sein.

Ausdruck der Krise linker Politik ist auch die Krise der Formen, in denen sich Linke bisher organisiert haben. Aus dem Zerfall traditioneller linker Organisationen sind bereits seit längerer Zeit vielfältige Organisationen,

Zirkel, Gruppen und Vernetzungen entstanden. Die Vielfalt wird längerfristig bestehen und nicht im Sinne einer linken Einheitsorganisation überwunden werden können. Eine solche Lösung ist weder real noch wünschenswert.

4. Die Linke differenziert sich

Die Differenzierungstendenzen in der Linken bringen sowohl eine Verschärfung des Abgrenzungsdrucks (z.B. PDS- Debatte bei den Grünen), als auch mehr Toleranz für andere Positionen mit sich. Relevante Fragen werden innerhalb der Linken unterschiedlich beantwortet: Markt, Eigentum, Ökologie, Individualität, dritte Welt, Friedenspolitik, Deutschlandpolitik, Feminismus etc. Das Konzept einer Reformalternative als "Sozialismuskonzept der Bewegung" und des Sozialismus als reale gesellschaftliche Bewegung steht noch am Anfang seiner Entwicklung. Eine inhaltlich Debatte linker Alternativen zur Deutschlandpolitik hat kaum begonnen.

Die kulturellen Identitäten der Linken in der BRD und der DDR sind sehr unterschiedlich. Das entspricht der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung in beiden deutschen Staaten und den unterschiedlichen Erfahrungen. Derzeitig ist die Linke dabei, miteinander Erfahrungen zu sammeln. Auch dieser Prozeß steht an seinem Beginn.

5. Die Linke steht vor einer historischen Herausforderung

Die heutige Diskussion über die Möglichkeiten einer linkssozialistischen Partei/ Formation in Deutschland entsteht aus der historischen Dimension des Vereinigungsprozesses mit seinen Gefahren und neuen politischen Bedingungen . Aus diesem Prozeß entsteht "Eingriffsnotwendigkeit" in einer historischen Umbruchsituation; darauf müßte ein modernes Politikkonzept gerichtet sein. Aus der Analyse könnte ein modernes Politikkonzept der Reformalternative für Deutschland entstehen, das nicht die Lösung einfach in Umkehrung bisheriger Positionen sieht. Z.B. sollten linke Vorstellungen für eine demokratische Republik diskutiert werden, die nicht deutschlandborniert sind, sondern Verständnis für die neue Dimension der sozialen Frage wecken, die sich der Verantwortung für die globalen Fragen, insbesondere für Frieden und Ökologie, konkret stellen, einen Demokratietyp entwickeln, der sich nicht auf den Parlamentarismus beschränkt, und Feminismus inhaltlich verankern. In erster Linie in den Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen liegt die Begründung für die Möglichkeit einer neuen linken Formation in Deutschland.

6. Dafür gibt es derzeitig in der Bundesrepublik keine subjektive Basis

Die Diskussion der Linken hat heute nicht den inhaltlichen Stand erreicht, der eine Neuformierung möglich macht, noch sind die politischen Kräfte sichtbar, die eine solche Neuformierung heute ins Werk setzen könnten. Eine Neuformierung, die sich weitgehend oder fast ausschließlich in der Sammlung von "Resten" erschöpft, trägt nicht. Sie wäre die sicherste Garantie für ein erneutes Scheitern.

Hinzukommen nach wie vor nicht nur programmatische Meinungsverschiedenheiten; eine von ihnen ist die Frage, ob es außerhalb von Sozialdemokratie und Grünen einer eigenständigen autonomen linken Kraft bedarf; hier steht eine überzeugende politische und strategische Antwort noch aus. Ohne den Faktor "Deutschland" und einer politischen Dynamik, die möglicherweise aus der Vereinigung auf die Linke ausgeht, sind derzeitig in der Bundesrepublik keine subjektiven Bedingungen für eine neue linke Formation vorhanden.

7. Motive für die Diskussion um eine PDS in Deutschland

Diskussionen um eine PDS in Deutschland werden geführt. Sie entspringen unterschiedlichen Motiven und Begründungen. Im wesentlichen stützen sie sich auf fünf Argumente: Erstens die positiven Wahlergebnisse (die allerdings nicht einfach auf Deutschland hochgerechnet werden können), zweitens auf die Medien-und Massenwirksamkeit führender Genossinnen und Genossen der PDS, drittens auf den Prozeß der programmatischen Erneuerung der PDS, viertens auf den Umstand, daß die deutsche Vereinigung zur Realität wurde, und fünftens wirkt sozialpsychologisch insbesondere auf das ehemalig "DKP-Spektrum " das Beispiel einer sich erfolgreich erneuernden sozialistischen Partei. Man muß sich allerdings immer wieder in Erinnerung rufen: Die PDS ist eine Partei der DDR mit einer besonderen Geschichte, die nicht ohne weiteres auf die Bedingungen der BRD zu übertragen ist. Die Herausbildung einer linken Formation/ linkssozialistischen Partei in Deutschland kann nicht nur die einfache Addition PDS + andere Linke DDR + einige Linke BRD sein. Etwas qualitativ Neues könnte entstehen, wenn die (DDR-)PDS mit einem Teil der BRD-Linken eine

linkssozialistische Formation voranbringt, in offener Diskussion mit und bei Toleranz anderer Linker, die sich daran vielleicht nicht beteiligen. Auf keinen Fall aber kann eine PDS gegen die Linken in der BRD vorangebracht werden.

8. Neuformation und Wahlen

Fragen der Neuformation der Linken auch unter dem Gesichtspunkt gesamtdeutscher Wahlen gewinnen an Dynamik und Tempo. Wahlen müssen die Gründung einer linkssozialistischen Partei nicht diktieren. Der scheinbar unmittelbare Zusammenhang von Wahlen und einer kandidaturfähigen linkssozialistischen Formation sollte aufgelöst werden. Und dennoch werden durch die gesamtdeutschen Wahlen Termine gesetzt, über die mensch nicht einfach hinweggehen können wird.

9. Kandidatur für ein gesamtdeutsches Parlament

Zu den gesamtdeutschen Wahlen stellt sich die Frage der Kandidatur oder Nicht-Kandidatur. Ein Verzicht auf halbwegs (?) realistische Chancen einer parlamentarischen Vertretung, würde aus meiner Sicht Möglichkeiten von Reformpolitik behindern. Für die PDS wäre dieser Verzicht zusätzlich mit einem Abschmelzen in kommunalen und Länderparlamenten verbunden. Ein Scheitern an der 5-Prozent-Klausel (wenn es die noch gibt) hätte die gleichen Folgen. Kommt es ganz schlecht, können beide, "PDS" (oder welche Form gefunden wird) und Grüne, rausfallen. Eine Kandidatur der PDS nur auf dem Territorium der ehemaligen DDR ist wenig sinnvoll. Es würde die PDS auf Dauer zur Partei der DDR machen, die es nicht mehr gibt.

Auch in der Wahlfrage sollten unterschiedliche Vorstellungen und Möglichkeiten nüchtern untersucht werden. Eine Kandidatur bei den gesamtdeutschen Wahlen führt nicht notwendig zum Aufbau einer PDS in Deutschland, schließt den aber als eine Möglichkeit neben unterschiedlichen Formen möglicher Wahlbündnisse und Listenverbindungen ein.

Zu einer Kandidatur gehört auf alle Fälle, die Diskussion zu beginnen, an einem alternativen Programm und in außerparlamentarischen Bewegungen zu arbeiten.

10. Partei und/oder Bewegung

Unter dem Druck herannahender Wahlen soll die gründliche Auseinandersetzung um das Verhältnis von Parteien und Bewegungen nicht leiden - im Gegenteil. Wenn schon alle Karten neu gemischt und alle linken Partei- und Kandidaturkonstellationen sich neu finden müssen, dann auch gerade das Verhältnis von Parteien und Bewegungen. Es reicht nicht, sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, daß Parteien nicht die politische Organisationsform des 21. Jahrhunderts sein werden oder unbesehen an alten Partei- und Politikmodellen festzuhalten. Viele Linke wollen sich aufgrund ihrer jeweils konkreten Erfahrungen in Parteien derzeitig nicht (mehr) an Parteien und Parteigründungen beteiligen. Es ist aber offensichtlich so, daß sich Politik unter den in beiden deutschen Staaten herausgebildeten Traditionen auch parteiförmig vollzieht, und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß sich das kurzfristig ändern wird. Das ist die eine, sozusagen pragmatische Seite des Problems. Die andere, politisch spannende, geht von der Beobachtung aus: es wächst die Spannung zwischen dem Bedürfnis der Gesellschaft oder Teilen der Gesellschaft und dem, wie es durch bisherige Parteitypen verarbeitet wird. Autonome Interessenartikulation, neue Werte, Konzeptionen, Ziele und Arbeitsweisen erfordern eine neue Form der nichtparteigebundenen Zusammenarbeit. Wie korrespondiert diese mit Parteien, die sich in den Gegebenheiten des Parlamentarismus bewegen?

11. Neuformierung der Linken und außerparlamentarische Bewegungen

Umgruppierungen in der Linken und ihren Parteien korrespondieren zumeist mit außerparlamentarischen Bewegungen. So waren die Grünen auch ein Ergebnis der Ökologie- und Friedensbewegung, die neuen Parteien in der DDR sind Voraussetzung und Ergebnis des gesellschaftlichen Umbruches; die Herausbildung einer linken Partei neben SPD und Grünen kann ein Ergebnis des Vereinigungsprozesses in Deutschland sein. Für das gesellschaftliche Klima, in dem er stattfindet, ist es von erheblicher Bedeutung, ob sich außerparlamentarische Bewegungen entwickeln oder nicht. Derzeit sind alle außerparlamentarischen Bewegungen rückläufig, während gleichzeitig der Konfliktstoff (ökologisch, sozial, Frieden, Frauenrechte etc.) zunimmt. Ob im Zuge des Vereinigungsprozesses ein Widerstandsklima durch außerparlamentarische Bewegungen geschaffen werden kann, ist noch nicht klar. Auf alle Fälle gibt es die Hoffnung, daß Bewegungen entstehen werden. Diese Unbekannte jedoch grundlegend in die Überlegungen zu einer

linkssozialistischen Formation einzubeziehen, ist erstens auf Sand gebaut und zweitens würde sie erneut ein funktionales Herangehen an die Bewegungen widerspiegeln.

II: Thesen zu den Aufgaben

Gemessen am Stand der Analysen und am Entwicklungsstand der politischen Bewegungen, ist zunächst festzuhalten, daß es mehrere gleichgewichtige Antworten auf die Frage nach einer sozialistischen Partei gibt:

- eine sozialistische Partei ist notwendig/ nicht notwendig,

- eine sozialistische Partei in Gesamtdeutschland ist möglich, eine in der BRD nicht möglich oder nötig,

- eine sozialistische Partei in der BRD ist noch möglich,

- eine sozialistische Partei ist nicht möglich, weder in der BRD noch in Gesamtdeutschland - die Grünen und die SPD erfüllen wesentlich diese Aufgaben,

- linke Politik braucht keine Parteien, sondern ausschließlich Bewegungen,

- es gibt verschiedene Wege zu einer sozialistischen Partei in Deutschland (von der Ausweitung der PDS bis zu Wahlbündnissen oder zu - vorerst - oppositionellen Bündnissen).

Diese Varianten müssen in ihrem Für und Wider geprüft werden. Das ist nur in kontroverser Diskussion möglich. Die sollte jetzt öffentlich beginnen. Unabhängig der jeweiligen Entscheidung, muß der Prozeß offen bleiben auch für diejenigen, die noch oder gar nicht auf einen Parteicharakter abheben. Generell geht es dabei um eine Neubestimmung von Politikfeldern und -themen, um psychologische Verfaßtheit (Frage des Selbstbewußtseins) und hoffentlich um einen Generationsumbruch von politisch Aktiven. Derzeit werden die ersten Schritte zur gemeinsamen Diskussion aus einer Defensive heraus gegangen. Welche Argumente und Möglichkeiten zeigt die bisherige Diskussion?

1. Eine Ausweitung der PDS so, wie sie heute ist, auf die Bundesrepublik

Diese Vorstellung wird häufig genannt - findet aber Widerspruch. Welche Argumente werden dafür und dagegen eingebracht?

Die PDS ist die größte sozialistische Partei in Deutschland. In ihrem nicht abgeschlossenen Erneuerungsprozeß liegt die Möglichkeit eines vollständigen Bruches mit dem Stalinismus und eines pluralen sozialistischen Konzepts. Weiter werden ihre bisherigen Wahlergebnisse und die Wählerstruktur genannt.

Dagegen wird vor allem eingewandt: Die PDS ist eine DDR-Partei. Ihre Programmatik ist eine DDR-Programmatik, die nicht dem Stand der Diskussionen der Linken insgesamt entspricht. Viele ihrer Aussagen sind geprägt durch den Verlauf der Geschichte und Erfahrungen der DDR. Die PDS selbst ist noch mit ihrem Erneuerungsprozeß befaßt. Eine PDS- Ausweitung läuft Gefahr, vorerst und derzeit vor allem Unterstützung bei ehemaligen und jetzigen DKP-Mitgliedern zu finden. Für sie könnte und wird der rasche Schritt in die PDS der Ersatz für die Aufarbeitung ihres Scheiterns sein. Die eigenen Erfahrungen und die eigenständigen Gründe für die Krise der Linken in der BRD könnten unter der Hoffnung auf die PDS begraben werden.

2. Gründung einer sozialistischen Partei in der BRD

Eine sozialistische Partei in der Bundesrepublik könnte vieles von dem Diskussions- und Erfahrungsstand der Linken aufnehmen. Sie könnte langfristig gemeinsame Aufgabe Linker unterschiedlicher Herkunft sein und wäre näher an der wahrscheinlichen Verfaßtheit eines kommenden Deutschland dran. Aus ihrem eigenständigen Gründungsprozeß entstünde für eine Kooperation und möglicherweise für ein Zusammengehen mit der PDS ein eigenständiger Partner.

Für eine sozialistische Partei in der Bundesrepublik gibt es im wesentlichen aus drei Gründen derzeit keine Voraussetzungen: Es gibt keine entwickelte politische Programmatik, zu wenige Linke, die sich für ein solches Projekt engagieren würden, und es steht kaum Zeit zur Verfügung. Nicht nur die DDR geht in ein Deutschland ein, auch die Bundesrepublik.

3. Gründung einer linken oder linkssozialistischen Partei in Deutschland, deren Bestandteil die PDS wird oder zu der sich die PDS entwickelt.

Die Widersprüche in der BRD und in der DDR, die sich aus dem Vereinigungsprozeß ergeben, die reale soziale Basis, die Möglichkeiten, die in der Aufarbeitung von Erfahrungen der Linken der BRD und der DDR liegen und die in einen gemeinsamen Prozeß eingebracht werden können, lassen die Möglichkeit offen, daß im Ergebnis nicht nur eine Addition von Linken in der BRD und der DDR entsteht, sondern daß qualitativ Neues sich bilden kann. Qualitativ Neues in der Politik, in Programmen, an außerparlamentarischen Bewegungen, in Strukturen und Demokratievorstellungen. Eine solche Kraft wäre so viel Partei, wie unbedingt nötig und so viel Bewegung, wie nur irgendwie denkbar.

Wesentliche Gegenargumente wären wiederum die Einschätzungen, daß neben Grünen und SPD kein politischer und sozialer Raum vorhanden ist. Das sehen übrigens die wenigsten Grünen oder Sozialdemokraten so. Und: generell bedürfe der Sozialismus einer Bewegungsform, die nicht Partei ist.

4. Nach einem gemeinsamen Weg suchen:

Abhängig davon, welchen Stellenwert der Verankerung einer weiteren linken Kraft in einem Gesamtdeutschen Parlament gegeben wird, könnte der aktuelle Bezugspunkt Linker aus Ost und West jetzt Sondierungen über die Möglichkeiten eines Wahlbündnisses sein. Auch solche beginnen mit der Diskussion über inhaltliche Gemeinsamkeiten. Sie müssen dem Umstand Rechnung tragen, daß mit der PDS ein zahlenmäßig starker und wahlpolitisch erfolgreicher, organisierter Teil auf eine im wesentlichen aus einzelnen Menschen und kleineren Gruppen bestehenden Linken (West) und in ähnlicher Form neben der PDS in der DDR, trifft. Das erfordert eine neue Art eines Bündnisses und stellt hohe Anforderungen an die Sensibilität des Umganges miteinander.

Diese Sondierungsphase steht unter einem hohen zeitlichen Druck, da ein früher Termin für Gesamtdeutsche Wahlen eher wahrscheinlich ist. In diesen Prozeß können sich auch Teile der Linken einbringen, die sich für eine linke Partei, als politische Organisation entschieden haben und an deren Aufbau arbeiten wollen.

Diese Diskussion muß jetzt öffentlich werden, gerade weil Entscheidungen nicht in Sitzungs- und Hinterzimmern getroffen werden sollten.

31. Krise als Chance - Plädoyer für eine Zusammenarbeit mit der PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:44

Nach dem nationalistischen Taumel in der BRD, den außer ihnen selbst in der Linken nur wenige ausfindig machten, hat die KB-Minderheit jetzt den Kampf gegen die "Sozialdemokratisierung" des KB durch die Mehrheit eröffnet. Dieser wortgewaltige Vorwurf soll den notwendigen Flankenschutz für den Rückzug von der Politik bieten, den die KB-Minderheit mit ihrer ausschließlichen Orientierung auf das enge Spektrum der Radikalen Linken angetreten hat.

Über die unausgewiesenen Behauptungen der KB-Minderheit hinaus gibt es auch in den Reihen der KB-Mehrheit Befürchtungen vor einer allzu innigen Berührung mit der PDS. Stichworte liefern die poststalinistischen personellen und strukturellen Überbleibsel der PDS, deren vermutete sozialdemokratische Programmatik und die spießige politische Sozialisation und Kultur.

Dieser Artikel ist ein Plädoyer, diese problembehafteten Aspekte sehr ernst zu nehmen und bei einer bündnispolitischen Orientierung, die gleichwohl die Zusammenarbeit mit der PDS energisch anstreben sollte, im Auge zu behalten.

Das Kräfteverhältnis in Großdeutschland

Bevor ich die genannten Ängste im einzelnen behandele, will ich auf den Hauptwiderspruch bei der Bestimmung unserer nächsten Aufgaben eingehen: das Kräfteverhältnis und die Entwicklungsdynamik im Verhältnis von deutschem Imperialismus und innenpolitischen Gegentendenzen.

Die Politik des deutschen Imperialismus ist charakterisiert durch seine aggressiv vorgetragene Expansion nach Osteuropa. Dieser Vormarsch findet mit nicht- militärischen Mitteln statt. Der Inhalt dieser Expansion ist die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise auf die RGW-Staaten und der unmittelbare politische Zugriff auf die Menschen, Produktionsmittel und Gebiete der DDR.

Das Ergebnis wird ab 1991 die Auflösung der DDR und der BRD in einem neuen großdeutschen Staat sein.

Innenpolitisch bemüht sich die Bourgeoisie nicht darum, das Klima durch scharfe Angriffe auf die Gewerkschaften oder das handfeste Betreiben nationalistischer Aufmärsche anzuheizen und den Burgfrieden aufzukündigen. Andererseits wird sie weder durch Massenaufzüge der Vertriebenenverbände, Republikaner und Neonazi-Gruppen noch durch nennenswerten politischen Widerstand der Linken unter Druck gesetzt. Es ist Ausdruck der tiefen Krise und der Handlungsunfähigkeit der Linken, daß die Bourgeoisie den Burgfrieden gar nicht herstellen muß. Er ist wie eine Bleilast da; die Linke ist ohne Einschränkung in die Defensive zurückgedrängt.

Die gefestigte Ausgangsposition der deutschen Bourgeoisie ist kein Grund, von einer weiterhin friedlichen und ruhigen innenpolitischen Entwicklung auszugehen, sondern gibt eher Anlaß, den dahinterstehenden Gewaltapparat und dessen Einsatzmöglichkeiten bei Zuspitzungen hier oder in der DDR nicht zu unterschätzen.

Massenpolitik oder linksradikale Polbildung

Angesichts der imperialistischen Offensive und der absehbaren sozialen Verwerfungen, die der Anschluß der DDR zunächst dort - und als Rückwirkung vielleicht auch in der heutigen BRD - nach sich ziehen wird, Massenpolitik gegen die linksradikale Orientierung zu stellen, wie es die KB-Minderheit gegenwärtig tut, ist völlig ungeeignet, die imperialistische Politik zu behindern. Gerade wer vor dem "4. Reich" warnt, wer erinnert an die militärischen Vernichtungsfeldzüge der deutschen Wehrmacht und die Ausrottung der Juden, der müßte doch ein Interesse daran haben, diesen als so gefährlich eingeschätzten Imperialismus in seinem Tun zu bremsen, wo immer es möglich ist. Kommunistische Organisationen in der BRD, gegenwärtig so bedeutend wie eine Träne im Ozean, müssen sich an allen, strategisch noch so unausgereiften Abwehrkämpfen zur Verteidigung sozialer und politischer Stellungen beteiligen.

Es kann in dieser historischen Lage nicht darum gehen, die "Verteidigung der sozialen Restbestände des niedergehenden Realsozialismus" gegen eine allgemeine "sozialistische Perspektive" auszuspielen (Hr. in AK 318, S. 15). Wer sich nun zurückzieht auf die Abfassung zynischer Kommentare und neunmalkluger Abhandlungen, mag die Zeit zum Ausdenken sozialistischer Modelle haben, doch der reale Beitrag, die Ausgangspositionen für deren Durchsetzung wenigstens zu halten, bliebe gleich Null.

Der Rückzug der Minderheit auf die radikale linke Polbildung gegen den "Rest der Deutschen und der Linken" ist das zwangsläufige Ergebnis einer Haltung, die weniger vor dem deutschen Imperialismus und mehr vor dem deutschen Volkscharakter warnt. Wer immer im KB diese klassenunspezifische Sicht nicht teilt, sollte sich im Rahmen der KB-Mehrheit überlegen, welches die erfolgversprechendsten Schritte sein können, das schrankenlose Walten des deutschen Imperialismus zu behindern.

Poststalinismus in der PDS

Die poststalinistischen Funktionäre und Strukturen in der PDS bilden in den KB-internen Debatten das geringste Problem. Es wäre aber fahrlässig, die Hinweise aus der Vereinigten Linken (DDR) zu überhören, daß sich in der PDS im Mittel- und Unterbau und in der Provinz vielfach noch die von der alten Politik geprägten Funktionäre gehalten haben. Es wäre auch erstaunlich, wenn die PDS, eine Partei von immerhin ca. 500.000 Menschen, sich innerhalb weniger Monate gänzlich verwandelt hätte. Es wird vermutlich einige Zeit so bleiben, daß ehemalige Partei- und Staatsbürokraten, die woanders eine politische Heimat nicht finden könnten, der PDS angehören werden und dort auch ihre speziellen Seilschaften aufbauen oder verteidigen werden. Diese Problematik bei der Runderneuerung der Partei ist von Gysi auch verschiedentlich eingestanden worden.

Unmittelbare Bedeutung für den Prozess der auf die PDS bezogenen Umgruppierung der Linken in der BRD müssen diese poststalinistischen Überreste nicht haben. Einen Ausgangspunkt für solche Bestrebungen könnte die gegenwärtig ein Nischendasein fristende DKP bilden. Die anderen interessierten Strömungen, ob VSP oder linke Grüne, SoSt, KB oder Sozialistisches Forum sowie die "freischwebenden" Individuen werden aber kaum bereit sein, eine so geartete Dominanz hinzunehmen. Es gibt gegenwärtig in der BRD keine soziale Basis für die Durchsetzung und Akzeptanz poststalinistischer Strukturen. Und der Aufbau demokratischer Strukturen und Verfahrensformen in der BRD wird eine stärkende Wirkung auf die Erneuerungskräfte in der PDS der DDR haben.

Die Gefahren der "Sozialdemokratisierung"

Für die Sozialdemokratisierung eines jeden linken Projekts in den Metropolenstaaten gibt es dagegen vielfache günstige Voraussetzungen: die individuellen Lebensumstände der Mitglieder, Erfolglosigkeit linksradikaler Politik bezüglich strategischer Ziele bei gleichzeitigen Teilerfolgen, die die Illusionen in eine am Ende bürgerlich begründete Realpolitik schüren. - Am Rande: dieselben Aspekte bilden auch einen günstigen Nährboden für die Herausbildung des zynisch- verzweifelten Kommentatorentums. - Die in Stichworten genannten Umstände sind solche, die nicht allein auf wahltaktische Orientierungen wirken, sondern auch auf jede außerparlamentarische Initiative. Das Engagement in Soligruppen für Befreiungsbewegungen, in der Friedensbewegung oder im Kampf gegen den § 218 ist nicht deshalb "sozialistischer", weil es sich auf Informationsveranstaltungen und Demonstrationen beschränkt und nicht in Wahlen Zustimmung und Ablehnung prüfen läßt. Zweckbündnisse und Kompromisse sind das Alltagsgeschäft der Bündnispolitik in den außerparlamentarischen Bewegungen gewesen - war das bereits naturgemäß "sozialdemokratisch"?

Zurück zur Umgruppierung der Linken. Es ist vollständig richtig, daß sich die PDS selbst stark an linkssozialdemokratischer Programmatik orientierte, als sie ihre Vorstellungen für die DDR im Übergang formulierte. Über die politische Richtigkeit dieser Leitlinien läßt sich meines Erachtens nur begründet urteilen, wenn berücksichtigt wird, daß in der DDR vorher eine Kommando-, nicht Planwirtschaft herrschte, die die Existenz eines riesigen Schwarzmarktes und einer auf informellen Beziehungen beruhenden Naturalienwirtschaft (Wasserhähne gegen Gehwegplatten; Rohstoffe gegen Baumaschinen) per Gesetz "abschaffte". Wer das Nachdenken über diese ganz andere Ausgangsbasis und ebenso anders gerichtete Schlußfolgerungen vorab mit dem Stempel "Sozialdemokratisierung" versieht, wird die Organisation KB hinter die Errungenschaften der bürgerlichen Aufklärung zurückwerfen in eine Zeit, in der der Glauben und nicht die Untersuchung der Wirklichkeit regierte.

Unbestreitbar herrschen in der PDS Tendenzen, die Programmatik einer sozialistischen Partei für Gesamtdeutschland zu "sozialdemokratisieren". Dafür gibt es in der BRD sicher Bündnispartner aus den Sozialistischen Studiengruppen oder dem Sozialistischen Forum. Andererseits werden Unbehagen, Demonstrationen und Aktionen gegen die Folgen der staatlichen Einheit Druck auf die PDS und alle mit ihr im Bündnis befindlichen Kräfte ausüben, diese Proteste zu bündeln und zu politisieren. Weder die SPD noch die Grünen werden das leisten können. Eine Garantie, daß die PDS es leisten wird, gibt es nicht, aber daß sie der Adressat vielfältiger linksorientierter Wünsche sein wird, ist absehbar. Kommunistischen Kleinstgruppen, und dazu gehört der KB, die die darin liegenden Möglichkeiten für die umfassende Propagierung eigener Vorschläge und Konzepte leichtfertig preisgeben, kann eine Bestandsgarantie nicht mehr gegeben werden - es sei denn als Sekte.

Neue politische Kultur

Die Präsentation der PDS durch Personen, die dem muffigen Hinterzimmer der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokratie zu entstammen scheinen, schreckt ab; die Wahlen einer "Miss PDS" in der DDR-Provinz kotzen uns an; die Mischung aus Spießigkeit und Enge im "Neuen Deutschland" stößt uns ab. Und so werden wohl auch ganz, ganz viele Mitglieder der PDS in der DDR sozialisiert sein. Aber was sind diese Antipathien in der Politik wert? Wollen wir uns ein anderes Volk wählen? Was sollte eine so gönnerhafte Haltung des postmodernen Weltbürgers?

Eine Neuauflage kommunistischer Politik an den Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen, Deformationen und Hoffnungen vorbei müßte aus der inneren Logik heraus bei einem neostalinistischen Avantgarde-Anspruch landen. - Zu den Absonderlichkeiten der KB-internen Debatte gehört, daß diejenigen, die sich in der Pose der Kosmopoliten gefallen, kein Wort über den Vergleich der Gesellschaften herausbringen, die ihnen die Herausbildung dieses Bewußtseins erlaubten und die die DDR-BürgerInnen zum staatsbürokratisch beherrschten Material degradierten. -

Zurück zum Ausgangspunkt. Wenn die PDS sich bereit zeigen sollte, sich auf unsere Erfahrungen, unsere andere politische Kultur und Sozialisation einzulassen und nicht von vorneherein abzuwehren, gibt es keinen Grund zur vorurteilsbeladenen Ablehnung. Erstens ist es auch in politischen Organisationen ausgeschlossen, in der BRD eine Rückkehr zu den kulturellen Mustern der 1950er Jahre durchzusetzen. Zweitens kann das Bild einer neuen sozialistischen Partei nur aus der Mischung und Aufmischung der opportunistischen Massenpolitik und der sektiererischen Rechthaberei entstehen. Und das offensichtlich der KB da einige Fehler gemacht hat, wird aus der Tatsache der nun entstandenen KB-Minderheit mehr als deutlich. In den Jahren des Überwinterns haben wir uns wohl alle Mechanismen der Abschottung und des Durchhaltens angewöhnt. Zu den notwendigen subjektiven Leistungen in der allernächsten Zeit gehört es, das Ende der politischen Abstinenz und Selbstbescheidung zu begreifen. Wir müssen uns als Kollektiv und als Individuen der größten sozialen Umwälzung in Deutschland seit 45 Jahren stellen. Ob dieser Prozess allein von der deutschen Bourgeoisie gestaltet wird, ist nicht zuletzt davon abhängig, ob die deutsche Linke risikobewußt, initiativ und offen an den Start gehen wird.

fo.

32. Wen würde eine dänische PDS interessieren?!

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:03

Kt. ist auf der Suche nach einer Massenpolitik und meint sie in der PDS gefunden zu haben. Der Gedanke, daß eine kommunistische Massenpolitik möglich sei, steht im Widerspruch zum Projekt Radikale Linke. Dort herrscht die Einschätzung, daß radikale linke Politik für die nächsten Jahre gesellschaftlich isoliert sein wird. Der Streit im KB entbrennt nicht daran, ob man Massenpolitik will oder nicht, sondern ob die PDS eine sozialdemokratische oder kommunistische Organisation ist. Ob es sich daher lohnt, in ihr oder mit ihr zu arbeiten oder zu intervenieren. Fangen wir mit der Zustandsbeschreibung aus der Sicht von Kt. an. Ich beziehe mich auf den AK 318.

Kt. schreibt, "einer Sozialdemokratisierung der PDS sind derzeit überdies harte Grenzen gesetzt durch die antikommunistischen Ressentiments (...) zu deren Auswirkungen u.a. gehört, daß der PDS die Koalitions- und Regierungsfähigkeit kategorisch abgesprochen wird."

Das ist eine interessante Ansicht. Die PDS kann nicht nach rechts rücken, weil sie von rechts diffamiert wird. Die Geschichte der Linken besagt eher das Gegenteil. Um endlich als regierungsfähig zu gelten, und die antikommunistischen Ressentiments zu unterlaufen, wandern solche Parteien eher nach rechts. Das beste Beispiel ist dafür die PCI, die sogar das Wort kommunistisch aus ihrem Parteinamen streichen will, oder die Grünen, oder die KPF, oder die SPD in der Kaiser-Zeit. Gerade bei den hessischen Grünen könnte man denken, daß gegenüber einem Dachlatten-Börner harte Grenzen gesetzt waren. Aber das Gegenteil war der Fall.

Kt. schreibt weiter: "Die PDS ist und bleibt daher auf absehbare Zeit mit weitem Abstand zum Rest des Feldes nicht nur die Hauptpartei der DDR-Opposition, sondern auch die Hauptpartei des Widerstandes gegen den imperialistischen Anschluß in beiden deutschen Staaten." Daß die PDS die größte Oppositionspartei der DDR ist, wird niemand bestreiten. Ist sie aber auch Hauptpartei gegen den Anschluß? (So werden von der PDS Aufkleber gedruckt mit der Parole: "Wir sind wirklich ein Volk. 1:1!")

Auch halte ich es für fraglich, ob die PDS auch die größte Widerstandspartei ist. In der BRD sind die Grünen größte Oppositionspartei, aber nicht "Widerstandspartei". Der Widerstand gegen dieses und jenes wird in der BRD von anderen Kräften organisiert. Wie sieht es in der DDR aus? Organisiert die PDS die Streiks, oder ist sie nur Trittbrettfahrerin. Was tut sie gegen Nationalismus und Rassismus? Was unternimmt sie gegen die Pogrome in den Ausländerwohnheimen der Vietnamesen und Mosambiquanern? Mit einer halben Million Mitgliedern dürfte doch eine Menge zu machen sein? Kt. klärt weder über die Streiks noch über die Pogrome auf. Kt. klärt nicht auf, welche Fraktionen der Linken wirklich was machen. Auch ist es merkwürdig, daß Kt. meint, daß die PDS größte Oppositionspartei in beiden deutschen Staaten sei. Bis jetzt ist die PDS nur in der DDR präsent.

Wie sieht die momentane Politik der PDS aus? Es herrscht dort die Einschätzung, daß der Anschluß unvermeidlich ist, und daß daher alle Kräfte um den Kampf um soziale Errungenschaften, die gerettet werden sollen, konzentriert werden müßten. Der Kampf um soziale Errungenschaften ist wichtig und richtig und daher unterstützenswert. (Aber sämtliche Streiks in der Welt sind unterstützenswert.) Wir können die Kämpfe in der DDR nur gering unterstützen, wie wir den Bergarbeiterstreik in Großbritannien (GB) nur gering unterstützen konnten. So versuchten viele Linke, Druck auf die IG-Bergbau auszuüben, damit BRD-Kohle nicht nach GB geliefert werden kann. Die IG-Bergbau spielte faktisch die Rolle eines Streikbrechers. Interessant ist auch, wie heute der DGB die fortschrittlichen Gesetze vom FDGB (z.B. Verbot der Aussperrung) bekämpft, und wie sich der DGB hervortut, damit keine unabhängigen Gewerkschaften entstehen. Es wäre eine Aufgabe des KB, dies anzuprangern. Zu mehr ist der KB damals wie heute nicht in der Lage.

Der Kampf um soziale Errungenschaften ist für die Imperialisten ein ärgerlicher Kostenfaktor.

Genauso wie sie den Kampf um die 35-Std.-Woche in der BRD als europa- feindlich und jetzt als deutschfeindlich titulieren. (Teilen mit den Brüdern und Schwestern und Wiederaufbau der DDR ist das Schlagwort.)

Aber von den sozialen Kämpfen gehen weder in der DDR noch in der BRD antiimperialistische Impulse aus. Und die PDS bringt nicht den Mut auf, gegen die deutsche Einheit zu votieren. Aber warum agitiert die PDS nicht in solchen Kämpfen gegen den Anschluß? Wieso wird der Anschluß beschönigt? Wieso wird behauptet, daß gerade ein 4. Reich größte Chancen zur Abrüstung und Entmilitarisierung bietet? So verweigern viele Jugendliche in der DDR ihren Einberufungsbefehl in die NVA. So etwas ist nur möglich, da der Staat DDR sich in der Auflösung befindet. Es gibt keine Autorität oder ausführende Gewalten mehr, die für "Ordnung" sorgen könnten. Dieser Zustand existiert leider nicht in der BRD! Hier haben wir es mit einem sehr starken Staat zu tun. Nach dem Anschluß der DDR werden auch dort bald wieder "Recht und Ordnung" herrschen. So werden heute schon Polizeipistolen, Schlagstöcke und Schilder und Polizeipsychologen in die DDR geschickt, damit nach dem Anschluß die ehemalige Volkspolizei wieder "arbeiten" kann.

Zum Programm der PDS schreibt Kt. lediglich, daß es wegen der Wahlen schnell zusammengeschustert sei. Was die PDS wirklich sei, könne man daher nicht erkennen. Außerdem würden hinter den Begriffen wie soziale Marktwirtschaft in der DDR geistig andere Dinge stehen als in der BRD. Kt. möchte daher lieber heute als morgen, daß der KB sich an der kommunistischen Plattform der PDS beteiligt, weil der Meinungsbildungsprozeß innerhalb der PDS noch nicht abgeschlossen sei. Und daher sollten wir darauf Einfluß nehmen. Dazu muß folgendes bedacht werden: Als die Grünen gegründet wurden, beherrschte die Partei vielleicht 10.000 Mitglieder. Auch damals konnte man nicht erkennen, welche Richtung diese Partei gehen würde. Damals wurde sogar der konservative Gruhl als das größte Problem gesehen, nicht der Ex-Sponti Fischer.

Als sich die Grünen gründeten, traten viele aus dem KB aus, und versuchten als Fraktion in der Grünen Partei zu intervenieren (Gruppe Z). Mit ihr gingen auch viele andere Kommunisten mit hinein. Das Interventionsverhältnis in der Grünen Partei stand für die Kommunisten nicht schlecht. Die Grünen wurden trotzdem eine bürgerliche Partei. Der KB hat heute 400 Mitglieder. Wenn der KB heute in die PDS irgendwie interveniert, intervenieren 400 Menschen in eine Halbe- Million-Partei. Die Gruppe Z bestand damals aus etwa 500 Menschen, die in einer günstigen Lage mit vielen anderen Kommunisten in eine 10.000 Mitglieder starke Grüne Partei intervenierten und scheiterten. Der KB ist allerdings nicht die einzige linke Gruppe der BRD. Neben ihm stehen die Grünen mit 40.000 Mitgliedern, DKP 30.000, DKP-Erneuerer viele 1000, Linkssozialdemokratische Zirkel usw. Das Interesse der PDS an der "Massenorganisation" KB dürfte gering sein. Hier scheint Kt. nun selbst an Selbstüberschätzung zu kranken. Sich mit der PDS auseinanderzusetzen ist eine Sache, organisatorisch zu intervenieren eine andere sehr weitgehende Sache. Wie damals bei den Grünen.

Zum Programm der PDS schreibt Kt. ein paar Zitate, die nichts Klares aussagen. Aber was meint Kt. zum Faktum, daß die PDS Mitglied in der Sozialistischen Internationale werden möchte? Nach meinem Eindruck tobt der Meinungskampf gar nicht so sehr in der PDS über die Zukunft kommunistischer Politik, sondern bei uns. Das liegt vielleicht daran, daß die PDS jetzt andere Sorgen hat, z.B. Stalinismus bewältigen.

Der Meinungskampf im KB wird allerdings nicht ganz fair geführt. So unterstellt Kt. der Minderheitenströmung immer wieder Dinge, die einfach unwahr sind. "Einigen erscheint bereits der Gedanke mit DDR-Linken ein engeres Bündnis anzustreben, als schwerer großdeutscher Frevel". Eine Zusammenarbeit mit der DDR-Linken ist nie kritisiert worden, so wenig eine Zusammenarbeit der EG- Linken kritisiert werden kann. Aber man muß kritisieren, daß, bevor die Zusammenarbeit beginnt, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen von vielen KBlern entdeckt wird. Man muß kritisieren, daß der Kampf gegen den BRD-Imperialismus nicht im Herzen der Bestie organisiert wird, sondern der Kampf in der DDR für manchen KBler zur Alternative wird. Und es muß die Verharmlosung des 4. Reiches und die unkritische Übernahme von PDS-Positionen kritisiert werden. AKs in der DDR zu verkaufen, ersetzt keine antiimperialistische Politik in der BRD. Man bekommt fast den Eindruck, daß für das kommunistische Büro die Welt in Ordnung ist, wenn der AK in den DDR-Kiosken verkauft wird.

Zu einem Einigungsprozeß der nicht- angepaßten Linken fällt Kt. nicht viel ein. "Die PDS kann (...) im realen Abwehrkampf gegen den Anschluß unendlich mehr bewirken als sich sämtliche Radikalen Linken beider Staaten nur erträumen können, sofern sie nicht an totaler Selbstüberschätzung kranken". Der DGB hat im realen Kampf in der BRD mehr für die Arbeiter erkämpft, als der KB in seiner kurzen Geschichte erträumen mag. Trotz alledem hat der KB seine Existenzberechtigung. Die Radikale Linke ist für Kt. kein Einigungsversuch der BRD-Linken, sondern "ein Sammelpunkt zynisch gewordener Altlinker". Die Negation des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und die Warnung vor dem 4. Reich wird als "Nicht-Politik"

diffamiert. Linksradikalismus ist keine Kinderkrankheit oder politischer Fehler, sondern "Altersschwachsinn" einer Linken, die angeblich nicht "mehr viel vorhat". Kt. hat einen "Heißhunger" auf Nachrichten aus der DDR und wirft der antinationalen Strömung Ignoranz vor. Bloß warum schreibt Kt. nichts über Streiks oder die Überfälle auf die Ausländerwohnheime? Was passiert mit DDR-Linken auf offener Straße? So habe ich von einer Frau gehört, die auf einer Leipziger Montags- Demo angegriffen und schwer gewürgt worden ist, weil sie sich weigerte, "Deutschland einig Vaterland" und ähnliches mitzugrölen. Was ist mit den Hausbesetzungen los (z.B. Ost-Berlin, Prenzlauer Berg)? Wie wollen sie in Zukunft Politik gegen Wasserwerfer und SEK machen? Was macht die VL, was schreibt der "Telegraph" der Umweltbibliothek in Ost-Berlin?

Kt. scheint DDR-Informationen und Information über DDR-Linke mit PDS-Info- Dienst zu verwechseln. Der Vorwurf der Ignoranz fällt auf Kt. selbst zurück. Kt. fordert von der Minderheitenströmung eine Massenpolitik. Die können sie ihm nicht geben, auch wenn sie sie gerne hätten. Er hat sie aber auch nicht. Er fordert "Massenwirksamkeit" in der BRD, und hat selbst kein Konzept. Aber immerhin hat die "Nie wieder Deutschland"-Demo trotz schwerem Widerstand von Presse und Polizei stattgefunden. Und es waren mehr Menschen anwesend als bei den deutsch-deutschen Ostermärschen. Es gab davor viele Veranstaltungen, allein an der Uni-Hamburg über 300 bis 500 Besucher, es gab nicht genügend Sitze im Hörsaal. Es sind Flugis massenhaft verteilt worden. Im Gegensatz zur Mehrheitsfraktion bemühen sich die Radikale Linke und die Antinationalen im KB, eine Zusammenarbeit der Linken in der BRD und eine Politik zu entwickeln. Und hat mit der Demo einen kleinen Erfolg eingefahren.

Woffi, KB-Frischzelle

33. Ein Erfolg im Kampf um das Bleiberecht? Beitrag zum Kampf der Roma und Cinti und zu den Positionen Yaron Matras (ak 316)

Beitrag zum Kampf der Rom und Cinti und zu den Positionen Yaron Matras (ak 316)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:30

Vor rund anderthalb Jahren begann mit einem Beitrag von Yaron Matras (Mitglied der Roma und Cinti Union) im ak eine Debatte über das Verhältnis (deutscher) Linker zu Immigranten, insbesondere zu Roma und Cinti. Und vor knapp einem Jahr zerbrach die Zusammenarbeit zwischen einerseits der Roma und Cinti Union (RCU), andererseits der Hamburger Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti an den unterschiedlichen Vorstellungen von Solidaritätsarbeit im allgemeinen und der Einschätzung der in Hamburg und Nordrhein-Westfalen erreichten Ergebnisse im Kampf für das Bleiberecht von Roma und Cinti in der BRD im besonderen. Während Yaron Matras in ak 316 die Zugeständnisse des Hamburger Senats gegenüber den Roma als größeren Erfolg wertet, sieht ein Mitglied der Initiative Bleiberecht keinen Anlaß, "ein Fest zu feiern".

AK-Redaktion

Sind erste Erfolge für ein Bleiberecht der Roma und Cinti in der BRD im letzten Jahr gelungen? Y. Matras, Sprecher der Roma & Cinti Union Hamburg (kurz: RCU) hat darauf eine klare Antwort: in Hamburg und Nordrhein-Westfalen - "Beide Länder haben eine ‚Stichtagregelung` eingeführt, die den Aufenthalt der dort lebenden Roma legalisiert." (1) Im selben Artikel verweist er auch auf das neue Ausländergesetz: "Während unter den Immigranten in der Bundesrepublik Diskussionen und Mobilisierungsversuche gegen die bevorstehende Novellierung des "Ausländergesetzes" in Gang gesetzt werden, wird das neue Gesetz möglicherweise für eine Gruppe, für die Roma, zumindest einen Lichtpunkt enthalten: Nach einer von Nordrhein-Westfalen beantragten Klausel sollen Menschen, die seit zehn Jahren außerhalb ihres Geburtslandes leben und Angehörige einer Volksgruppe sind, die dort über kein geschlossenes Siedlungsgebiet verfügen und Repressalien und Diskriminierung ausgesetzt sind, ein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik gewährt werden." In Hamburg beteiligte sich die RCU nicht an der Mobilisierung gegen diesen Gesetzentwurf. Das Gesetz passierte am 11.5.90, zwei Tage vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westphalen, auch die letzte legislative Hürde. Es enthält den erwähnten Paragraphen nicht.

Als ebenso falsch erweist sich bei genauerem Nachhaken die Feststellung, daß in Hamburg und Nordrhein-Westphalen per Stichtagsregelungen der "Aufenthalt der dort lebenden Roma legalisiert" wurde.

Zur Erinnerung: im März 1989 erließ der Senat in Hamburg einen sechsmonatigen Abschiebestopp für Roma in Hamburg, als Reaktion auf massive Proteste und einen Hungerstreik der Roma in Neuengamme gegen die geplanten Abschiebungen. Die offizielle Begründung des Senats war, es solle geprüft werden, ob eine besondere Aufenthaltsregelung gebunden an ein besonderes "Betreuungsmodell" (das sog. Kölner Modell) geschaffen werden kann. In Köln wurde im Sommer 1989 bekannt, was diese Modell in der Praxis bedeutete: totale Erfassung, Überwachung und Kontrolle der Roma, kein sicherer Aufenthaltsstatus, keine Freizügigkeit, nur eine begrenzte Aufhebung des Arbeitsverbotes. Das Modell, das den Roma in Köln als "Integrationsangebot" zur Verfügung gestellt wurde, war von Beginn an zum Zwecke ihrer Kriminalisierung, Einschüchterung und Vertreibung funktionalisiert und manipuliert: Nachdem über ein Jahr lang akribisch Daten über die Familien gesammelt worden waren, wurden diese dann im Sommer 1989 der Öffentlichkeit präsentiert zur Legitimation der Abschiebung mehrerer Rom-Familien, was dann allerdings noch verhindert werden konnte. Im September 1989 legte der Hamburger Senat dann eine Drucksache vor, in der aufgrund der breiten Proteste in Hamburg auf eine Übernahme des "Kölner Modells" verzichtet wurde. Die Hamburger Weisung trat am historischen Datum 9.11.89 in Kraft. Die Kritik daran bis hin zu den Kirchen und der Gewerkschaft war in Hamburg an einem Punkt völlig einhellig, nämlich daß der Senat ausdrücklich wieder festlegte, daß in Hamburg weder Roma generell, noch allen in Hamburg lebenden Roma, sondern nur einer kleinen Gruppe von Roma ein Aufenthaltsrecht eingeräumt wurde und für alle anderen ausdrücklich dasselbe wie immer schon gilt: Verdrängung, Ausweisung, freiwilliges Verschwinden oder Abschiebung. Die Hamburger "Stichtagsregelung", auf die sich Y. Matras bezieht, enthält als Hauptbedingung die folgende Bestimmung:

"Ein mindestens vierjähriger Aufenthalt in Hamburg (Einreise vor dem 1.10.1985)". Es wird dazu vom Senat zwar gesagt, daß kürzere Nachweislücken außer Betracht bleiben sollen; daß dies trotzdem nur von sehr wenigen Roma erfüllt werden kann, steht dennoch außer Frage: weil Roma im Asylverfahren als "aussichtslose" Fälle abgehandelt werden und auch sonst keinerlei Chance haben, sich legal oder klammheimlich geduldet in Hamburg aufzuhalten. Nur wer einen sehr guten Anwalt hat, Beziehungen (heißt: Freunde und Verwandte, die bereit sind, für Unterkunft, Essen, Geld etc. und evtl. Anwalt zu sorgen, weil es sonst schlicht unmöglich ist, hier überhaupt klar zu kommen) oder wirklich "Glück" hatte, z.B. krank genug war oder ein minderjähriges todkrankes Kind hatte und deshalb nicht mit "Verwaltungszwang" ausgewiesen, sprich abgeschoben, werden konnte, kann diese Zeiten eines "erlaubten oder formell oder stillschweigend geduldeten Aufenthaltes" in Hamburg vorweisen. "Die in Hamburg lebenden Roma", die später, nach dem 1.10.1985, nach Hamburg kamen, oder nicht die ganze Zeit hier ununterbrochen lebten, egal warum, fallen aus der Regelung heraus. Von einer Legalisierung des "Aufenthaltes" der in Hamburg lebenden Roma" kann in Hamburg mithin überhaupt keine Rede sein.

Weitere Voraussetzungen für die "Stichtagsregelung", die Y. Matras zitiert, sind: "Gewisse Ansätze einer Integration", insbesondere der Schulbesuch mindestens eines Kindes sowie keine Vorstrafen von sechs Monaten oder 180 Tagessätzen. Daß die Sache mit dem Schulbesuch, sowohl das hier zu organisieren, aber auch daß die Kinder es überhaupt aushalten, schon eine große Kraft bedeutet, wie für alle Flüchtlingskinder und ihre Eltern hier, ist ein Kalkül. Der Spruch "gewisse Ansätze einer Integration" ist jedenfalls ein Messer, mit dem alle, die darüber etwas zu entscheiden haben, sich geradezu aufgefordert fühlen dürfen, nach Belieben umzugehen. Das gleiche gilt für die Voraussetzung "nicht straffällig". Schon das Verbot, zu arbeiten oder einem anmeldepflichtigen Gewerbe nachzugehen, reicht zur Kriminalisierung aus. Außerdem, so der Hamburger Senat, darf keine "verfügte oder gebotene Ausweisung" vorliegen. Nach diesen Gummiklauseln heißt es in der Senatsdrucksache weiter:

"Es genügt, wenn diese Voraussetzungen in der Person des Familienoberhauptes/der Eltern vorliegen; die minderjährigen Kinder werden einbezogen. Volljährige, insbesondere verheiratete Kinder unterliegen einer eigenen Beurteilung.

Die genannten Voraussetzungen werden voraussichtlich von ca. 100 bis 150 Personen erfüllt. Alle anderen Roma und Cinti, die nach Ablehnung ihre Asylanträge ausreispflichtig geworden sind, müssen das Bundesgebiet verlassen."

Die RCU interpretierte den oben zitierten Passus, daß die Person des Familienoberhauptes entscheidend ist, als sehr weit auslegbar. Dennoch: daß minderjährige Kinder den selben Status erhalten wie die Eltern, wird in der Regel so gehandhabt. "Großzügig" ist daran nichts. Daß in dieser Senatsdrucksache nicht ausdrücklich die Familienzusammenhänge der Roma als Großfamilien berücksichtigt wurden, macht deutlich, daß der Senat hier eine klare "Be"- bzw. "Aus-Grenzung" wollte, und gerade keine offene Regelung im Sinne einer "Familienzusammenführung".

Was an dieser Senatsdrucksache noch entscheidend ist: es findet sich kein Satz, daß Roma von der Ausländerbehörde auf die Möglichkeit, einen Antrag zu stellen, hingewiesen werden müssen, wie und wo sie einen solchen Antrag in Hamburg stellen können, ob überhaupt ein Antrag gestellt werden muß oder die Ausländerbehörde automatisch prüfen muß, ob es ein Widerspruchrecht gibt etc. Es findet sich kein einziger Satz über das Verfahren. Daß mit der "Stichtagsregelung" und dem unklaren Verfahren nur eine kleine Minderheit von - wie der Senat kalkulierte - "100-150 Personen" eine Legalisierung ihres Aufenthaltes eingeräumt bekam, ist ein Aspekt. Es haben sich viele in Hamburg wirklich mit ihnen gefreut. Dennoch: der Zusammenbruch der gerade begonnenen breiten Mobilisierung der Roma untereinander in Hamburg, die Resignation und Entsolidarisierung, an diesem Punkt, war das Kalkül der Senatsdrucksache, auch die Spaltung ist vorläufig aufgegangen. In Hamburg ist seit Monaten die Forderungen nach dem Bleiberecht für Roma und Cinti, d.h. nach einer generellen Legalisierung ihres Aufenthaltes verstummt.

In Nordrhein-Westfalen - wie in Niedersachsen - haben am 13. Mai Wahlen stattgefunden. Nach dem spektakulären Bettelmarsch ist der Stand in NRW jetzt ein ähnlicher wie im März 1989 in Hamburg, als dort der Abschiebestopp erlassen wurde, um das weitere "Verfahren" zu klären: alle Rom, die vor dem 12.1.90 in NRW polizeilich gemeldet waren, konnten bis zum 30.4.90 einen Antrag stellen. Die Behörden wurden nicht angewiesen, Rom auf diese Möglichkeit hinzuweisen. In dem Flächenland NRW ist zu vermuten, daß längst

nicht alle überhaupt von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, wie auch in Hamburg, weil sie nicht über die entsprechenden Kontakte verfügten oder es nicht wollten. Wer einen Antrag stellte, erhielt eine befristete Duldung, die verlängert werden soll, bis die "Entscheidungsvoraussetzungen" geklärt sind. Wer wie Y. Matras behauptet, dieses Antragsverfahren bedeute die Legalisierung des Aufenthaltes der in Nordrhein-Westfalen lebenden Roma, so ist dies falsch. Auch die Duldungen begründen keinen gesicherten Aufenthalt, dieser Juristentitel gilt selbst im Juristendeutsch nur als fiktiv: er besagt nichts anderes, als daß der Vollzug der Abschiebung befristet ausgesetzt wurde. Auf der "Grundlage" der Anträge will die NRW-Landesregierung "Entscheidungsvoraussetzungen" erarbeiten, "ob den (...) genannten Personen aufgrund ihres langjährigen Aufenthaltes in westeuropäischen Lädern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann." Die Kriterien sollen nach neuesten Informationen so lauten: Sie müssen sich mindestens zehn Jahre lang im Ausland aufgehalten haben, außerdem müssen sie, bevor sie in die BRD kamen, noch mindestens in einem anderen westeuropäischen Land gelebt haben. Eine endgültige Entscheidung, wie die Regelung aussehen wird, soll im August dieses Jahres fallen. Daß keineswegs eine Legalisierung des Aufenthalts der in NRW lebenden Roma erwirkt wurde, sondern für einen Teil der in NRW lebenden Roma ein vorläufiger Abschiebestopp mit der Aussicht, doch noch ein Bleiberecht zu erhalten,ist durchaus ein Erfolg, es macht aber auch deutlich, wie wichtig es ist, keine falschen Geschichten in die Welt zu setzen, sondern genau klar zu machen, was los ist. Auch weil der Preis nicht sein kann, wie Y. Matras dies auch schon in früheren AK-Artikeln zu Hamburg machte, etwas zu feiern, was schlicht kein Fest war.

Das neue Ausländergesetz, dessen Bestimmungen so angelegt sind, daß es nicht nur die "legale" Vertreibung und Abschiebung von Roma aus der BRD und den EG-Ländern erweitert, sondern zudem die westeuropäischen Länder für Roma, die in diese Länder fliehen müssen, die hierher reisen oder hier leben wollen, verschließt, soll nach der Intention der GesetzgeberInnen ein Modell für das zukünftige Europa sein. Nach diesem neuen Ausländergesetz sind "Länderregelungen" wie die jetzt in Nordrhein-Westfalen angestrebte, wenn sie eine dauerhafte Aufenthaltsregelung zum Ziel haben, sprich über ein halbes Jahr hinausgehen, ausgeschlossen. Wir müssen eine Antwort darauf finden, was wir der von den deutsch-deutschen Europa-Technokraten beabsichtigten Zerstreuung, Ausgrenzung, Totalerfassung/Krimisalisierung und Vertreibung entgegensetzen. Das Ausländerzentralregister und die jetzt im neuen Ausländergesetz geregelte Meldepflicht aller öffentlichen und "nicht-öffentlichen Stellen" aller Erkenntnisse über ImmigrantInnen und Flüchtlinge, die für eine mögliche Ausweisung irgendwie relevant sein könnte, an die Ausländerbehörde, hat in der Tat nicht nur sein historisches Vorbild in der "Landfahrerdatei". Aktueller Fall: Der im letzten Jahr in Köln aufgedeckte Skandal, daß SozialarbeiterInnen das Vertrauen der Leute brachen und jede kleinste Beratung dazu nutzten, detailliert der Polizei und der Ausländerbehörde Meldung zu erstatten, ebenso wie die neuerliche Welle der publikumswirksamen, brutalen Versuche der Kriminalisierung, wie die Razzia auf dem Wohnwagenplatz der Roma in Köln, machen deutlich, daß die TechnokratInnen in diesem Land immer noch darauf hoffen, eine administrativ-polizeiliche "Lösung" wie bisher durchziehen zu können. Gerade der Bleiberechtskampf in Hamburg hat aber auch gezeigt wie leicht eine breite Mobilisierung in sich zusammenbrechen kann und die Diskussionen ins bloß noch Unerhebliche abheben: große Worte wie Bürgerrechtsbewegung sind völlig daneben, wenn alle, die es angeht, eh wissen, daß es nicht stimmt. In Hamburg, wie in allen anderen Bundesländern muß die "Legalisierung des Aufenthaltes" für Roma und Cinti erst noch erkämpft werden. Die Schließung der Grenzen der DDR für rumänische Roma auf Druck der europäischen Supermacht BRD macht deutlich, wo es lang gehen soll.

Ein Mitglied der Ini Bleiberecht

Quelle:

1) Kirpi Nr.1/April 90, türkisch-deutsche Zeitschrift für Immigrantenfragen

34. Dokumentation: Grüne Politik in Zeiten deutscher Wiedervereinigung

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:08

Die Wiedervereinigung von BRD und DDR zu einem neuen Großdeutschland macht das dann entstehende Staatsgebilde allein aufgrund seines ökonomischen Gewichts zu der beherrschenden Macht in Europa. Der Versuch Großdeutschlands, sich als europäische Hegemonialmacht gegenüber den Nachbarvölkern politisch durchzusetzen, hat im zwanzigsten Jahrhundert zu zwei Weltkriegen geführt. In beiden Fällen leisteten nur Minderheiten - die sogenannten VaterlandsverräterInnen - Widerstand gegen deutschen Expansionismus, Militarismus und Krieg, während die große Mehrheit für das deutsche Vaterland in den Krieg zog. Die deutsche Geschichte zeigt mit besonderem Nachdruck, daß die Mehrheit eines Volkes nicht deshalb Recht hat, weil sie in der Mehrheit ist.

Die Grünen-SH stellen fest:

1. Ein neues großdeutsches Staatsgebilde war und ist nur als patriarchalisch-kapitalistische Großmacht denkbar. Es gibt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber es gibt kein Menschenrecht auf Imperialismus. Es gibt ein Recht auf menschenwürdige Existenzsicherung, aber ein Menschenrecht auf Lebensstandard und -kultur des weißen, westeuropäischen Mannes deutscher Prägung, der auf der Ausbeutung der Dritten Welt und der unbezahlten Arbeit von Frauen beruht, gibt es nicht.

2. Vom europäischen Haus geht kein Frieden aus. Das Vorrücken der NATO an die polnische Westgrenze und die "friedliche" Durchdringung Osteuropas sind Stationen auf dem Wege zu einer neuen Weltmacht Europa unter deutscher Führung. Rationalisierung der Bundeswehr ist noch keine Entmilitarisierung und Modernisierung keine Abrüstung. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Hoffnungen auf Frieden und Abrüstung ist angesichts erheblicher Instabilitäten und nationaler Konflikte im osteuropäisch-asiatischen Raum eher davon auszugehen, daß Westeuropa unter deutscher Führung auch die Rolle einer militärischen Ordnungsmacht auf dem euroasiatischen Kontinent zufallen wird.

3. Mit dem Anschluß der DDR allein ist der Verfassungsauftrag, die Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, nicht erfüllt. Ansprüche Großdeutschlands auf polnisches und sowjetisches Gebiet (z.B. auf Schlesien und Ostpreußen) bestehen fort. Selbst wenn nach einer Verfassungsänderung und der Streichung der Präambel des Grundgesetzes die bestehenden Grenzen anerkannt würden, reicht die ökonomische Anziehungskraft des vereinigten Deutschlands aus, um die Existenz beispielsweise des polnischen Staates dauerhaft in Frage zu stellen.

4. Der Vereinigungsprozeß von BRD und DDR zu einem Großdeutschland verschlechtert die Bedingungen für oppositionelle Politik in allen Bereichen. Die BRD-Gesellschaft hat einen Patienten gesucht und gefunden, dem es soviel schlechter geht, daß sich sogar mit der hier üblichen parlamentarischen Scheindemokratie im Vergleich zur früheren Erziehungsdiktatur der DDR noch Staat machen läßt. Das fällt umso leichter, als unter der "Käseglocke" des realexistierenden Sozialismus ein nationalistisch-fremdenfeindlicher Mief hervorquillt, der - verbunden mit einem Wachstums- und Leistungsdenken - die kämpferische Opposition und ihre radikaldemokratischen Motive ganz schnell an die Seite drückte. Der gesellschaftliche Konsens der (rechten) Mitte, den die sozialen Bewegungen der Bundesrepublik und die Grünen in den siebziger und achtziger Jahren zeitweilig aufgebrochen hatten, wird auch durch diese Entwicklung in der DDR neu gefestigt. Die herrschenden Altparteien sind dabei deutsch genug, um die Forderungen von Vertriebenenverbänden und Republikanern zu integrieren.

Deshalb stellen die Grünen-SH im Gegensatz zur Erklärung der Hagener BDK fest:

Nur die Position der Anerkennung der Souveränität der DDR und das Festhalten an der Zweistaatlichkeit ermöglicht eine konsequente Politik gegen den neuen "friedlichen" Kolonialismus der Bundesrepublik gen Osten. Denn in der Zweistaatlichkeit an sich liegt eine entscheidende Begrenzung für das Vormachtstreben einer Bundesrepublik, die ökonomisch in der Kontinuität des deutschen Kapitals steht und die sich auch historisch und rechtlich als Nachfolgerin des Deutschen Reiches begreift.

Wer, wie die Bundespartei Die Grünen mit ihrer deutschlandpolitischen Erklärung von Hagen, den Prozeß der Wiedervereinigung konstruktiv mitgestalten will, trägt nicht nur zur Akzeptanz der Übernahme der DDR durch die BRD bei, sondern verharmlost auch die Bedrohungen, die aus diesem Prozeß innen- und außenpolitisch erwachsen. Insbesondere weigern wir uns, einer Wiedervereinigung irgendwelche Chancen für Ökologie und Frieden anzudichten, die sie nicht hat.

Wir fügen uns nicht der scheinbaren Unvermeidlichkeit der Vereinigung, wohlwissend, daß wir damit in der Minderheit verbleiben und mit der Forderung nach Zweistaatlichkeit "keine Realpolitik" zu machen ist. Für die erneute Entwicklung von Oppositionsbewegungen in den neunziger Jahren ist es aber von entscheidender Bedeutung, ob in den vor uns liegenden Auseinandersetzungen die Anzahl jener Menschen steigt, die sich der mit der Wiedervereinigung verbundenen Gefahren bewußt werden und die sich dem allgemeinen Zug ins "Einig Vaterland" entgegenstellen. Hierzu wollen die Grünen Schleswig-Holstein beitragen.

In deutlichem Gegensatz zu den Beschlüssen der grünen Bundestagsfraktion und der Hagener Bundesversammlung bekräftigen die Grünen Schleswig-Holstein deshalb die Aussagen des grünen Bundesprogramms von 1987, in denen es heißt:

"Der Existenz zweier deutscher Staaten tragen wir durch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einerseits und die Selbstanerkennung der Bundesrepublik andererseits Rechnung. Selbstanerkennung der Bundesrepublik heißt, den Selbstbetrug gesamtdeutscher Identität zu beenden und die Herausbildung einer unabhängigen demokratischen Identität voranzutreiben. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeutet die unzweideutige Aufgabe aller territorialen und staatlichen Alleinvertretungsansprüche der Bundesrepublik." Die Vertretung dieser politischen Position im Prozeß der Wiedervereinigung hat sich keineswegs erledigt, im Gegenteil: sie hat gerade durch die Entwicklung der letzten Monate höchste Priorität erlangt.

Dies gilt, solange die staatliche Einheit Deutschlands noch nicht vollzogen ist. Vor einer denkbaren Volksabstimmung über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten oder über eine gesamtdeutsche Verfassung werden die Grünen eine "Wider Vereinigung" Kampagne organisieren und die Menschen dazu auffordern, mit "NEIN" zu stimmen.

Mit dem Eintritt der Ost-SPD in die Große Koalition hat die Sozialdemokratie die Möglichkeit, einen Anschluß nach Art. 23 GG zu verhindern, aufgegeben. Damit ist die SPD an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte mal wieder in das Lager des großdeutschen Chauvinismus übergelaufen. Ergänzend dazu drängt Kanzlerkandidat Lafontaine auf die westeuropäische Einbindung des Unternehmens.

Nun rächt sich auch die Beschränkung der Friedensbewegung zu Zeiten der NATO-Nachrüstung auf die Rettung Europas, auf den Kampf allein gegen Atomwaffen und die amerikanische Außenpolitik. Wir stellen selbstkritisch fest, daß auch wir durch die Konzentration auf Reagans Raketenpolitik die notwendige Kritik am deutschen und westeuropäischen Vormachtstreben vernachlässigt haben.

In Praktischer Hinsicht bleibt festzuhalten:

Der Prozeß der Wiedervereinigung und seine sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Konsequenzen werden in den nächsten Jahren ein Thema bleiben, das die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern bestimmt. Über die politischen Folgen und die Verteilung der Kosten werden alle streiten. In dieser Situation ist eine politische Kraft notwendigt, die dem Gesamtprozeß eine deutliche Absage erteilt. Dazu ist es noch nicht zu spät. Deshalb orientieren die Grünen-SH in den bevorstehenden Auseinandersetzungen darauf, die prinzipielle Absage an Großdeutschland mit dem Kampf gegen die Folgen der Wiedervereinigung zu verbinden.

Für unsere Arbeit heißt das u.a.:

1.) Organisation eines Oppositionskongresses mit Gruppen aus der DDR, wie z.B. den Grünen, dem Unabhängigen Frauenverband, dem Bündnis 90, der Vereinigten Linken und der PDS.

2.) Entwicklung einer friedenspolitischen Kampagne gegen die Ausdehnung des NATO-Territoriums auf das Gebiet der DDR und für eine "Bundesrepublik ohne Armee".

3.) Widerstand gegen großdeutschen Chauvinismus und Sondergesetze für Nicht-Deutsche; Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Anti-EG-Kräften.

4.) Schwerpunktsetzung auf Anti-§218- Arbeit (s. Fristenlösung ohne Tötungsvorwurf in der DDR).

5.) Keine müde Mark für das Anschlußprojekt: Organisation kommunalen Widerstandes gegen die Opferung sozialer Standards und die Aushöhlung des Tarifrechts für die Vereinigung.

6.) Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Atomwirtschaft, die über den Umweg DDR ihre im Westen nicht mehr absetzbaren Schrottmeiler doch noch loszuwerden versucht und sie als Wunderwaffe gegen die Klimakatastrophe ausgibt.

7.) Gegen eine Müll- und sonstige Umweltpolitik, die sich dem sogenannten Sachzwang Wirtschaftswachstum unterordnet.

35. "Unser Kampf gegen den Anpassungsprozeß ist aussichtslos" - ÖkosozialistInnen in Schleswig-Holstein verlassen die Partei

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:05

"Unser Kampf gegen den Anpassungsprozeß der Grünen ist aussichtslos. Deshalb werden wir unser politisches Engagement aus den Grünen herausverlagern", so lautet die Kernaussage einer Erklärung von etwa 50 Aktiven dieser Partei in Schleswig-Holstein. Dieser Kreis, der in den letzten zehn Jahren die grüne Politik als deren linke Fraktion nicht unmaßgeblich mitgestaltet hat, zog diese Schlußfolgerung nach einer Abstimmungsniederlage über die Deutschlandpolitik. Ihr Anliegen, eine deutliche Kritik des Hagener Parteitagsbeschlusses zu verabschieden, scheiterte mit 31 gegen 52 Stimmen auf der Landesdelegiertenkonferenz. Mit teilweise heftigen Ausfällen setzten sich die Realos gegen Zweistaatlichkeit, DDR-Anerkennung und Ablehnung der Wiedervereinigung durch.

Anders als die Hamburger Ökosozialisten um Trampert, Bott und Schmidt, die ihre Austrittserklärung nach dem praktisch schon lange vollzogenen Rückzug veröffentlichten, waren die schleswig-holsteiner linken Grünen bis zuletzt Träger grüner Politik in den diversen Gremien und Institutionen der Partei. Ob diese den Aderlaß verkraften wird - die Realos geben sich zuversichtlich. Es wäre nicht das erste Mal, daß sie an der Realität vorbeispekulieren.

Hiermit erklären wir unseren Abschied aus der Arbeit für die Bundespartei DIE GRÜNEN und für den schleswig-holsteinischen GRÜNEN Landesverband. Auf diesen Ebenen werden wir nicht länger arbeiten. Einige haben die Partei bereits verlassen.

Wir wollen uns aber nicht klammheimlich und individuell aus einer Organisation herausschleichen für deren Aufbau wir z.T. von Anfang an, also schon über zehn Jahre gearbeitet haben. Uns liegt daran, unseren Rückzug als bewußten Prozeß der Diskussion und Reflexion über unsere eigene politische Vergangenheit und Zukunft zu organisieren. Bei den nun anstehenden Klärungen sind uns alle diejenigen willkommen, die schwerwiegende Differenzen zur politischen Entwicklung des GRÜNEN Projekts haben. Die sich trotz allem bisher nicht ins Ungewisse verabschieden möchten und deshalb unschlüssig über ihren weiteren Verbleib in dieser Partei sind. Wir wollen uns nicht in die politische Enthaltsamkeit verabschieden, sondern in unserer Debatte auch über unseren weiteren politischen Weg beraten. Dazu soll es in der nächsten Zeit ein erstes Treffen geben.

Wir erklären hiermit nicht unsere Feindschaft gegenüber der GRÜNEN Partei, aber sie ist auch nicht mehr unser Projekt. Deshalb werden wir den schrittweisen Rückzug aus unseren Ämtern und Mandaten organisieren.

Denjenigen, für die die Entscheidung dieser LDK nicht die Tragweite hat, die wir ihr zumessen, wollen wir im Folgenden die wesentlichen Gründe für unseren Schritt erläutern. Zu Beginn sei gleich zugegeben, daß der Zeitpunkt unseres Rückzuges auch etwas Willkürliches hat. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß für die, die sich vorrangig um Ortspolitik kümmern und die Ereignisse auf Bundes-und Landesebene eher am Rande registieren, momentan kein besonders dramatischer Punkt in der Entwicklung der GRÜNEN erkennbar ist. Auch für uns ist die Entscheidung, die Partei zu verlassen, das Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses. Es gibt schon eine lange Reihe von Beschlüssen und Einzelereignissen, die wir kaum mittragen konnten und die uns mit unschöner Regelmäßigkeit vor die Frage gestellt haben, ob wir noch in der richtigen Organisation arbeiten. Es geht aus unserer Sicht nicht an, daß die individuelle Schmerzgrenze das alleinige Kriterium für den Austritt bleibt, so daß das Abbröckeln einzelner Frustrierter die politischen Gründe dafür nicht deutlich werden läßt. Wir wollen mit dem Prozeß der Herauslösung aus den GRÜNEN jetzt beginnen, weil wir nicht länger zuschauen wollen, wie sich die Partei weiter und weiter in den gesellschaftlichen Mehrheitskonsens hineinentwickelt, ohne daß wir insbesondere auf das bundespolitische Erscheinungsbild einen nennenswerten Einfluß haben.

Denn die GRÜNEN sind schon seit einiger Zeit auf dem Weg in die Reputierlichkeit und die Unterordnung unter die Macht des Faktischen. Dieser Prozeß ist in unseren Augen nicht mehr umkehrbar. Das realpolitische

Auftreten der Mehrheit in der Bundestagsfraktion prägt das Bild der Partei nach außen stärker als die programmatischen Grundlagen, die immer dann über Bord geworfen werden, sobald sie tagespolitische Relevanz erreichen.

Dieser Eindruck wird durch das Verhalten der Landtagsfraktionen keineswegs korrigiert. Das Gegenteil ist der Fall: Nachdem die erste Regierungsbeteiligung in Hessen unter anderem zur Folge hatte, daß ein GRÜNER Minister einen über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgehenden Mülltourismus zu organisieren hatte, muß heutzutage eine Senatorin der AL Berlin das Gleiche Bürgern der DDR antun uns sie darüber hinaus mit den in den alten Müllabnahmeverträgen abgemachten Konventionalstrafen bedrohen. In Niedersachsen wird eine wahlpolitisch geschwächte GRÜNE Fraktion eine Koalition eingehen, von der bisher nichts weiter feststeht als der Termin der Regierungsbildung am 21. Juni.

Erinnert sei an die Entwicklung anläßlich der letzten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: in die erste ist der GRÜNE Landesverband 1987 noch mit einem inhaltlich klar abgegrenzten Tolerierungsbeschluß gegangen. Bei der Vorbereitung der zweiten Landtagswahl wurde die glorreiche Idee, uns die MinisterkandidatInnen Otto Schily (nunmehr SPD) und Thea Bock (nunmehr ebenfalls SPD) zwecks Profilierung des GRÜNEN Ladens andienen zu wollen, mit einer hauchdünnen Mehrheit abgelehnt. Die dann als Kompromiß von uns entwickelte Wahlaussage schloß die Bereitschaft zur Koalition nicht aus. Damit haben auch wir ein Stück zum Anpassungsprozeß der Partei beigetragen. Die heutigen Koalitionen in Berlin und Niedersachsen lassen die damalige Beschlußlage als geradezu linksradikal erscheinen und wir mögen uns gar nicht ausmalen, was bei der nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein auf uns zukommen mag.

Den Höhepunkt in der schrittweisen Aufgabe eigener Positionen markiert das Verhalten der GRÜNEN in der Wiedervereinigungsdebatte, in der Bundesvorstands- und Fraktionsprominenz mit sich ständig korrigierenden Positionen der öffentlichen Meinung hinterherlief. Dabei ist die Partei als oppositionelle Organisation völlig ausgefallen, um dann Ende März mit einer wahrhaft staatstragenden Erklärung herauszukommen. Die BDK in Hagen hat es abgelehnt, zur "Nie wieder Deutschland"-Demonstration nach Frankfurt zu mobilisieren. Stattdessen hat sich die Parteitagsmehrheit mit der deutschlandpolitischen Erklärung (ein weiteres Mal) dafür entschieden, etwas reformieren und mitgestalten zu wollen, was sie zuvor "aus guten Gründen" (Zitat) abgelehnt hat. Warum diese Gründe nun entfallen sind, ist darin nicht zu lesen. Nach der Respektsbekundung vor der Mehrheitsentscheidung bei der Volkskammerwahl in der DDR (wobei wir allen Anlaß hätten, entsetzt zu sein) wird eine Kritik an der Bundesregierung bekundet, deren hauptsächlicher Inhalt folgender ist: "gegen engstirnigen Nationalismus" und für "ein europäisches Haus", das auf "ziviler Kooperation und gemeinsamer ökologischer Sicherheit" beruht. Nirgends gibt es einen Hinweis darauf, daß deutsch-deutsch nicht einfach eins plus eins ist, sondern daß hier ein ökonomischer Klotz entsteht, der ein gefährliches Potential an Chauvinismus und Aggressivität in sich trägt. Stattdessen wird sich positiv auf ein "europäisches Haus" bezogen, gegen das die GRÜNEN noch vor knapp einem Jahr in den Europa-Wahlkampf gegangen sind.

Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, daß die schleswig-holsteinischen GRÜNEN diese Richtungsentscheidung mittragen. Unser Versuch, hier gegenzusteuern, ist gescheitert.

Damit ist für uns einmal mehr dokumentiert, daß die GRÜNEN inhaltliche Positionen, die sie in den Ruf der "Politikunfähigkeit" bringen könnten, aufzugeben bereit sind. Das ist aus unserer Sicht die Preisgabe oppositioneller Politik.

Wohin aber wäre die Anti-AKW-Bewegung Anfang der siebziger Jahre mit dem gleichen Maß an "Realitätssinn" und "Respekt vor Mehrheitsentscheidungen" gekommen - in einer Zeit ohne nachdenklich mit dem Kopfe wackelnder Sozialdemokraten und einer fest auf Atomkurs stehenden überwältigenden Bevölkerungsmehrheit?

Zusammenfassend stellen wir fest: Unser Kampf gegen den Anpassungsprozeß der GRÜNEN ist aussichtslos. Deshalb werden wir unser politisches Engagement aus den GRÜNEN herausverlagern.

Klausdorf, den 20. Mai 1990

Anke Saebetzki (KV Pinneberg, BHA- Stellvertreterin), Dorothea Strodtmann (KV Pinneberg, Geschäftsführerin, Kommunalpol. Vereinigung), Nine Arend (Landesvorstand), Heike Sehl (KV Flensburg), Tamara Tschikowani (KV Flensburg, Vorstand KoPoV), Reinhard Leffler (KV Flensburg, Landesvorstand),

Joachim Rose (KV Pinneberg), Heino Schomaker (ehemals Landesgeschäftsführer, LHA-Präsidium), Donate Linck (KV Stormarn), Michael Skowronek (KV Rendsburg-Eckernförde, GAJ-Landessprecherrat), Jan Bartkowiak (KV Flensburg, Regionalbüro der Bundestagsabgeordneten), Wiebke Roeper-Schmitt (KV Flensburg), Gabriele Hilbert (KV Plön), Karol Mikowski-Früchtnicht (KV Plön), Uwe Lorenzen (KV Flensburg), Uwe Schött (KV Flensburg, LHA, GAJ-Landessprecherrat), Friedrich Theurer (KV Dithmarschen), Gerd Weichelt (KV Dithmarschen, LAG und BAG GRÜNE und GewerkschafterInnen), Robin Jacobitz (KV Pinneberg), Ursula Walter-Wiedmann (KV Plön), Carsten Benz (KV Pinneberg, Vorstand KoPoV), Kirsten Heinsohn (KV Pinneberg), Rainer Haase (KV Pinneberg)

36. Schwangerschaftsabbruch in der DDR

Rubrik: Frauen und der § 218; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:21

Mit dem "Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft" vom 9.3.1972 wurde in der DDR die Abtreibung bis zur 12. Woche legalisiert (Fristenregelung). Innerhalb dieser Frist hat jede Frau das Recht, über eine Abtreibung "in eigener Verantwortung zu entscheiden" (§1 Abs.1). Unzulässig ist ein Abbruch, wenn medizinische Gründe dagegensprechen (§3 Abs.1), oder "wenn seit der letzten Unterbrechung weniger als 6 Monate vergangen sind" (§3 Abs.2). Aus dem Strafgesetzbuch wurden die §§153-155 übernommen. Danach macht sich strafbar, wer entgegen der gesetzlichen Vorschrift gewerbsmäßig oder des eigenen Vorteils wegen sowie unsachgemäß Abtreibungen ausführt. Die abtreibende Frau wird nicht mit Strafen bedroht. Nach Überschreiten der 12-Wochen-Frist ist ein Schwangerschaftsabbruch nur im Fall einer medizinischen Indikation erlaubt oder "wenn andere schwerwiegende Umstände vorliegen" (§2 Abs.1), außerdem bei einer kriminologischen Indikation (§5 Abs.4 der "Durchführungsbestimmung zum Gesetz der Schwangerschaft", (DB)). Die Entscheidung darüber wird von einer Fachärztekommission getroffen (§2 Abs.2), gegen die die Schwangere innerhalb einer Woche schriftlich Einspruch erheben kann (§6 Abs. 2).

Die Kosten für den Eingriff, Krankenhausaufenthalt, Krankengeld und alle eventuell auftretenden Komplikationen sowie Früh- und Spätfolgen werden vom Staat übernommen (§4 Abs.1). Für sozialversicherte Frauen ist somit der Abbruch kostenlos, ebenso die Abgabe ärztlich verordneter Verhütungsmittel (§4 Abs.2). Nicht Versicherte müssen die Kosten für Abbruch und Verhütungsmittel selbst tragen, über Ausnahmen entscheidet der Gesundheitsminister (§9 DB). Durchgeführt werden die Abtreibungen in staatlichen Kliniken und Krankenhäusern (§4 Abs.1 DB), mit einem durchschnittlichen Krankenhausaufenthalt von 5-7 Tagen.

Nach der Legalisierung von 1972 - von 1950-1965 galt in der DDR ein totales Abtreibungsverbot mit Ausnahme der medizinischen Indikation ("Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau" vom 27.9.1950); erst 1965 wurden die Indikationen erweitert - kam es in den Jahren 1972-73 zu einem enormen Anstieg von Abtreibungen ("Legalisierungseffekt"). Gleichzeitig sank deutlich die Zahl der Todesfälle nach illegalem Abbruch, die noch bis 1971 die Haupttodesursache bei Frauen im fruchtbaren Alter war.

Nach Schätzungen werden in der DDR jährlich zwischen 80.000 und 90.000 (1989: 81.000) Abbrüche vorgenommen, jede 4. Schwangerschaft wird durch Abtreibung beendet. Insbesondere bei Jugendlichen ist die Zahl der Abbrüche in den letzten Jahren stark gestiegen.

Das "Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft" ist das erste Gesetz in der DDR, das von der Volkskammer nicht einstimmig, sondern mit 14 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen verabschiedet wurde. Nicht zuletzt ist das auf die massive Intervention der evangelischen Kirche zurückzuführen, die noch vor Verabschiedung des Gesetzes in einem Bischofswort am 15.1.1972 ausdrücklich gegen Schwangerschaftsabbruch Stellung bezog und Abtreibung als "Tötung menschlichen Lebens" geißelte. Während die Präambel des Gesetzes klarstellt, daß die Freigabe der Abtreibung der "Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie" dient, gehört nach Ansicht der Kirche das Gebären "zu den Konstanten in der Rollenverteilung", die der Frau zufielen ("Orientierungen zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs").

Zu der ethischen Bewertung der Bedeutung des "werdenden Lebens" nimmt das Gesetz keine Stellung. Im juristischen Sinn wird das "werdende Leben" quasi als Nullum betrachtet. In der Debatte um den Schwangerschaftsabbruch wird zwar von VertreterInnen aus Medizin, Philosophie, Familienrecht und Politik der "Wille zum Kind" als Ziel der Gesellschaft bestimmt, aber bislang gibt es in der DDR keine eindeutige Festlegung darüber, ob das Leben der Frau höher - oder niedriger - als das des Embryos zu bewerten sei.

Als Mittel der Familienplanung wird schon heute die Abtreibung strikt abgelehnt. Seit der Liberalisierung gibt es Mediziner, die aus ethischen Gründen eine Abtreibung ablehnen und die Durchführung verweigern; ihre Zahl nimmt ständig zu.

Da., Bremen

Quellen:

Christa Mahrad, Schwangerschaftsabbruch in der DDR, Frankfurt 1987

"taz", 2.3.1990

37. "Keine lebensschutzfreie Zone" - Bayerns Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:07

"Es gibt wenige Fragen der Verfassungs-und Rechtspolitik, in denen sich die öffentliche und fachliche Diskussion dem Gesetzgeber ... so aufdrängte und aufdrängt wie die Diskussion über"... den §218 - falsch! "die Situation des ungeborenen Lebens in der BRD" (S. 24/25)(1), so heißt es in der Klageschrift der Bayerischen Staatsregierung. Ende Februar erhob sie die Normenkontrollklage auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit bzw. Nichtigkeit der §§218 b, 219 StGB und §§200 f und g der RVO.

Zahllose Versuche:

Seit der "Reform" des §218 im Jahre 1976 haben Abtreibungsgegner immer wieder das Bundesverfassungsgericht gegen die Notlagenindikation des §218 und die Kassenfinanzierung bemühen wollen. 1984 wies das BVerfG eine Richtervorlage des Dortmunder Sozialgerichts ab, allerdings allein aus verfahrensrechtlichen Gründen. 1985 drängte Bundeskanzler Kohl seinen Parteifreund Bernhard Vogel zum Gang nach Karlsruhe. Das Rheinland-Pfälzische Kabinett zog nicht mit. Kein baden-württembergischer CDU-Landesparteitag verging ohne die Forderung nach einer Normenkontrollklage.

1984 versuchten 74 (männliche) CDU/ CSU Abgeordnete im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Streichung der Kassenfinanzierung zu lancieren. Bayerische und baden-württembergische Beamtinnen erhalten keine Beihilfe bei Notlagenindikation. 1988 verhinderten CDU/CSU- Abgeordnete die Übernahme der Kassenfinanzierung in das neue Gesundheits-Reformgesetz, so daß die §§200 ff jetzt in der Reichsversicherungsordnung (RVO) isoliert zum endgültigen Abschuß dastehen. Während seit 1987 das Bundesberatungsgesetz heiß umkämpft wurde, verschärften v.a. die christlich regierten Bundesländer systematisch die Abtreibungsbedingungen.

Aber bundesweit tat sich zum Leidwesen der "Lebensschützer" eben nichts: "Er (der Gesetzgeber) hat bisher nicht die politische Kraft gefunden, auf die verfassungswidrige Lage des ungeborenen Lebens durch die Neugestaltung der §§218b, 219 StGB zur reagieren ... Die gegenwärtige Situation des Rechtsguts ‚ungeborenes Leben' in der BRD stellt sich ... so dramatisch dar, daß dem ... Gesetzgeber kein politisches Ermessen in Bezug auf das ‚ob' einer Korrektur der §§218, 219 verbleibt." (S.25)

Tatenlos haben die Abtreibungsgegner nicht zugesehen. Sie versuchten ihr Ziel über alle erdenklichen juristischen Etappen zu erreichen: Väterliches Sorgerecht über einen Embryo 1984 in Köln; Verweigerung der Lohnfortzahlung 1986 in Iserlohn (1989 vom BAG aufgehoben); Entmündigung und vormundschaftsgerichtliche Anordnungen 1987 in Celle; gerichtliche Überprüfung der Indikation 1987 in Nürnberg, und zuletzt allzubekannt: Memmingen. In diesem einen Jahr seit dem Schandurteil gegen Dr. Theissen ist das Memminger Gericht keineswegs untätig geblieben, sondern wühlt immer noch in der Patientinnenkartei: Drei Prozesse gegen überweisende Ärzte, zwei endeten mit Freispruch. Freigesprochen wurde ebenso eine türkische Bankangestellte, jedoch unter skandalösen Umständen: Sie hatte den Schwangerschaftsabbruch gar nicht von Dr. Theissen, sondern in der Türkei vornehmen lassen. Dennoch zog sich der Prozeß über eineinhalb Jahre hin, weil das Gericht in der Türkei nachforschte und die Aussagen des türkischen Arztes noch einmal von einem "Sachverständigen" überprüfen ließ. Seit dem 26.4.90 steht Magdalena Federlin nun in der dritten Runde in Memmingen vor Gericht. Das Bayerische Oberste Landgericht hob den Freispruch der zweiten Instanz auf und gab dem hanebüchenen Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft statt.

Da nach Ansicht der "Lebensschützer" jedoch "Massenmord" an ungeborenen Kindern geschieht und das "Aussterben des deutschen Volkes" droht, ist eine fundamentalere Herangehensweise angesagt: eine "prinzipielle Neuregelung".

Das Ziel der Klageschrift

"Der Gesetzgeber ist verpflichtet, binnen angemessener Frist eine Neuregelung zu treffen, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt." (S.1) Die Klage formuliert die bevölkerungspolitischen Argumente juristisch etwas feinsinniger. "Legt man nur 200.000 Abbrüche pro Jahr zugrunde und stellt man

diese Zahl den Geburten gegenüber, so muß man feststellen, daß mindestens jedes vierte gezeugte Kind abgetrieben wird." (S.8)

"Das Rechtsgut ‚ungeborenes Leben' hat in der Wertordnung des Grundgesetzes höchsten Rang. Der Abbruch der Schwangerschaft beseitigt dieses Rechtsgut. Dies geschieht in massenhafter Form. Das ungeborene Leben ist hilflos wie kaum ein anderes Rechtsgut mit Verfassungsrang ... Nicht bloß eine hohe Gefährdung dieses Rechtsguts ist Anknüpfungspunkt für die gesetzgeberische Verantwortung, sondern seine zehntausendfache, angeblich notlagenindizierte jährliche Vernichtung auf Grund von Konflikten, die nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts ... ein Zurücktreten des strafrechtlichen Lebensschutzes nicht erlauben." (S.25/26) Das Wort "Massenmord" muß man offenbar nicht unbedingt verwenden, um das gleiche zu sagen.

Es fällt auf, daß von den betroffenen Frauen in der gesamten Klageschrift kaum die Rede ist, nur vom "ungeborenen Leben". Trotzdem quillt das altbekannte Frauen-Feind-Bild aus allen Zeilen der Klageschrift: Frauen, die die "gezeugten" Kinder einfach abtreiben, dazu meist noch aus purem Egoismus, Bequemlichkeit usw. Die Pflicht zum Gebären ist Grundlage, Naturgesetz.

"Es ist unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland schlechterdings nicht vorstellbar, daß in den meisten dieser Fälle die Abbrüche durch Umstände indiziert sind, die nach §218a StGB zur Straflosigkeit führen." (S.9) Dabei sei das Strafgesetz ja gerade gegenüber Schwangeren geradezu milde: "... die Schwangere selbst (ist) in weitem Umfang von der Strafdrohung ausgenommen und insoweit ‚privilegiert'." (S. 12)

"... in den Konfliktfällen, die die Fachliteratur durch Begriffe wie ‚Eigenproblematik' bzw. ‚Partnerschaftsproblematik' aber auch als ‚Egoismusabtreibung' umschrieben werden. Nach Auffassung von H.J Pril können ‚schätzungsweise' über 80% Notlagenindikationen ‚bei strenger, aber gesetzlich geforderter psychosozialer Diagnostik unter Egoismus, d.h. fehlende Motivation zum Kinde, Bequemlichkeit, d.h. fehlende Bereitschaft, berufliche und familiäre Belastungen auf sich zu nehmen oder des Konsumstrebens, d.h. Erhaltung des sozialen oder finanziellen Status eingeordnet werden.'... Hier muß ein verfassungskonformes Beratungs-und Indikationsfeststellungsverfahren dafür sorgen, daß die allgemeine Notlagenindikation nur in den Fällen beansprucht wird, in denen das Bundesverfassungsgericht einen Verzicht auf die Strafdrohung für verfassungsrechtlich gerechtfertigt hält." (S.37)

Die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs habe sich zu einer verfassungswidrigen Fristenlösung entwickelt, "die vorrangig der Selbstbestimmung der Frau über die Fortsetzung der Schwangerschaft Rechnung trägt und dadurch besonders anfällig ist gegenüber Einkommensinteressen mancher Ärzte. Sie kommt aber auch den Abtreibungswünschen des Umfelds der Frau entgegen ...". (S.19) Die bayerische Staatsregierung hat eine präzise Vorstellung davon, wie der §218 zukünftig auszugestalten sei: Grob gesagt so wie in Bayern incl. Memmingen. Das Abtreibungsverbot nach § 218 soll bestehen bleiben, auch die in §218 b geregelten Ausnahmefälle (medizinische, eugenische, kriminologische und allgemein Notlagen-Indikationen). Aber: "Diese Tatbestände markieren keine lebensschutzfreie Zone" (S.48). Über Zwangsberatung und Indikationsfeststellungsverfahren soll insbesondere die Notlagenindikation praktisch nicht mehr anwendbar sein.

Die Beratung

In der gesetzlich vorgeschriebenen Zwangsberatung sollen künftig die Frauen mit allen Mitteln zum Austragen der Schwangerschaft überredet werden:

" ... Beratung:

a) Der Schutz des ungeborenen Lebens muß Zielsetzung der Beratung sein ... speziell ausgebildete Fachkräfte... Die Idee einer gesetzlich vorgeschriebenen Schwangerschaftsberatung nutzt die Erfahrung, daß der Schutz des ungeborenen Lebens nicht ohne die Schwangere selbst und damit im Grund nicht gegen ihren Willen zu realisieren ist ..." (S. 27) (- schade, daß das "ungeborene Leben" nicht selbst ganz direkt zu beraten ist -)

"b) Die Beratung hat dem Indikationsfeststellungsverfahren vorauszugehen ..." (S.29)

"c) Die bisher auf drei Tage festgesetzte Bedenkzeit ist zu verlängern. Eine zeitlich gestreckte Karenzzeit ..." (S.29)

"d) Diese Befugnis (des Arztes zu Sozialberatung) wird kritisiert, weil die Kompetenz ... praktisch unkontrollierbar von seiner Selbsteinschätzung bestimmt wird." (S.29)

"e) Beratung und Gewährung bzw. Vermittlung praktischer Hilfen müssen soweit als möglich verbunden sein." (S.29)

"f) (die ärztliche Beratung) hat insbesondere den Gesichtspunkt einzubeziehen, daß es ungeborenes Leben ist, das durch den Abbruch vernichtet wird." (S.30)

"g) Der beratende Arzt ... darf den Abbruch nicht selbst vornehmen ... umfassendes Beratungsgespräch, auch über Spätfolgen des Schwangerschaftsabbruchs" (S.30)

Indikationsfeststellung

"Das Verfahren der Feststellung der Indikation nach §219 STGB muß wesentliche Änderungen erfahren" (S.30)

"a) Sicherung der Zuverlässigkeit der Indikationsfeststellung" (S.30)

"b) die Indikation muß ... schriftlich begründet werden und dies in einer Weise, daß die Feststellung für den abbrechenden Arzt und die informationsbefugte Dritte nachvollziehbar und nachprüfbar ist ... Eine Erhöhung der Anforderungen an die Begründungspflicht des Arztes würde zugleich dazu beitragen, daß die gesetzlichen Krankenkassen im Zuge der Gewährung von Kassenleistungen ... zu einer Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen in der Lage wären ..." (S.31) "Dritte" ist ein dehnbarer Begriff; einige Richter sehen sich ja heute schon als "Befugte".

"c) ... sicherzustellen, daß Beratung, Indikationsfeststellung und Vornahme ambulanter bzw. stationärer Schwangerschaftsabbrüche personell, institutionell und räumlich voneinander getrennt sind. Nur so kann die ... ‚Dienstleistungen aus einer Hand', die sich auf die grundgesetzwidrige Vorstellung von der Selbstbestimmung der Frau über die Fortsetzung der Schwangerschaft gründet, unterbunden werden." (S.31) Das bedeutet das "Aus" für viele Einrichtungen z.B. von Pro Familia.

"d) Seine Kompetenz (des Arztes) zur Beurteilung der im Rahmen des Tatbestandes der sog. allgemeinen Notlagenindikation erheblichen Sachverhalte und Konflikte ist zweifelhaft, ... ob nicht die konsiliarische Beiziehung eines entsprechen weitergebildeten Arztes ..." (S.33) - eine schöne Umschreibung für ein Tribunal -

"e) Der den Schwangerschaftsabbruch vornehmende Arzt ... hat selbständig und selbstverantwortlich zu prüfen, ob die Voraussetzungen einer Indikation vorliegen ... ist nicht ‚Erfüllungsgehilfe'..." (S.33)

Krankenkassenfinanzierung

Gegen die Krankenkassenfinanzierung bei Notlagenindikation (RVO §§200 ff) richtet sich der zweite Teil der Klage: "Der Staat setzt hier seine sozialpolitischen Mittel nicht für das werdende Leben ein ..., sondern gegen, indem er die Abtreibung praktisch und finanziell erleichtert." (S.48)

"... daß bei der Anwendung dieses Tatbestands nicht nur praktisch Straflosigkeit, sondern auch Kassenleistungen ... gewährleistet sind. Es tritt gleichsam ein ‚Doppelvorteil' ein. Von dieser Koppelung geht daher eine zusätzliche Anreizwirkung für die mißbräuchliche Anwendung des Tatbestands der allgemeinen Notlage aus ... Die Vorschriften der §§200f RVO senken die Abtreibungsschwelle ganz allgemein ... dies verstärkt die Tendenz zur exzessiven Anwendung des §218 a Abs.2, Nr.3. Die verfassungrechtlich zumindest fragwürdige Unbestimmtheit wird sozialrechtlich ‚prämiert'." (S.49) - Klar, wenn es so billig ist, treiben die Frauen um so lieber ab, das ist offenbar wie weiblicher Kaufrausch im Sommerschlußverkauf.

Die Klageschrift rechnet detailliert vor, "daß durch den Wegfall der Kassenfinanzierung des Schwangerschaftsabbruchs in den Fällen der sog. sonstigen schweren Notlage die Träger der Krankenversicherung jährlich um ‚mindestens annähernde' 100 Mio DM entlasten würden." (S.50) Wie nur die Bundesregierung solche Summen bisher übersehen konnte!

"Sekundärliteratur"

Knapp die Hälfte der Klageschrift besteht aus Literaturhinweisen. Ein großer Teil der zitierten Autoren sind Mitglieder der Lebensschützerorganisation "Juristenvereinigung Lebensrecht e.V.", die seit ihrer Gründung 1984 "wissenschaftliche Vorarbeit für eine verfassungskonforme, wirklich humane Reform des Gesetzesrechts (leistet)" (eigene Werbung): Z.B. Herbert Tröndle, Gerhard Müller, Adolf Laufs, Willi Geiger, Karl Lackner, Manfred Spieker, Wolfgang Philipp, Eike von Hippel, Hans-Heinrich Jescheck, Herrmann Hepp, Werner Esser, Bernward Büchner, Josef Isensee, Eduard Dreher.

Nicht in der Klageschrift zitiert, aber dennoch sehr aufschlußreich sind die beiden Artikel der Herren Tröndle und v. Hippel in der Zeitschrift MUT (9/89 und Juli 88), jenem publizistischen Brückenorgan zwischen konservativ und offen faschistisch.

Zeitgleich mit dem Einreichen der Normenkontrollklage beim BVerfG hat der Vorsitzende dieser "Juristenvereinigung Lebensrecht e.V." einen Artikel in der Beilage zur Wochenzeitung "das Parlament" veröffentlicht, der sich inhaltlich voll mit der Klage deckt. "Sekundärliteratur" oder "Ghostwriter" - jedenfalls war die "wissenschaftliche Vorarbeit" perfekt getimet.

Barbara Ritter

Die Seitenangaben beziehen sich auf die Klageschrift, die von der bayerischen Staatskanzlei (Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Prinzregentenstr.7, 8 München 22, T. 089/21650) auf Anfrage zugeschickt wird.

38. Neue terroristische Vereinigung? RAF-Großfahndung in den Hafenrandhäusern

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:46

3.000 Polizeibeamte, BGS-Panzer und sonstiges Räumgerät sollten zwei Terroristen in der Hafenstraße einfangen. Das Gebiet wurde für Journalisten gesperrt, die Menschen, die in den Häusern wohnen, wurden alle aus ihren Wohnungen geholt und überprüft. Das BKA durchsuchte alle Häuser vom Keller bis zum Boden. Am nächsten Tag titelte die Hamburger Morgenpost "Außer Spesen nichts gewesen". Die Bildzeitung wußte das gesuchte Terrorpaar beim Familienkaffeetrinken bei den Eltern. Gefunden wurde nichts und niemand.

Obwohl im Radio schon um 8 Uhr am Morgen des 15.5. die Räumung und Razzia der Hafenstr. angekündigt wurde, reagierte niemand. Die einen hatten es nicht gehört, die anderen nicht geglaubt. Warum auch. Die Hafenstraße machte in der letzten Zeit weder eigene Schlagzeilen, noch fanden sich die üblichen Schauermärchen in der Medien. Die von der Bildzeitung behauptete besondere kriminelle Energie der BewohnerInnen ließ sich trotz aller Bemühungen nicht aufrechterhalten.

Völlig überrascht und weitgehend alleine standen die BewohnerInnen dem Einsatz gegenüber. Journalisten, die zu den Häusern wollten, wurden nicht durchgelassen Die Pressefreiheit ist hier für einige Zeit außer Kraft gesetzt, wurde ihnen mitgeteilt und eine Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft aus Karlsruhe in die Hand gedrückt. Daraus ließ sich dann folgende Begründung entnehmen. Am 3. April (!) wurde vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Haftbefehl gegen zwei Personen erlassen, wegen dringendem Verdachtes der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion, Urkundenfälschung etc. Da eine der beiden Personen in einem der Häuser polizeilich gemeldet sei, müßten die Hafenstraßenhäuser und die Wohnungen von weiteren elf Menschen durchsucht werden. Den beiden Gesuchten wird vorgeworfen, die Bauernkate in Lasbek angemietet zu haben, in der die am 7.12.89 festgenommenen mutmaßlichen Terroristen Ute Hladki und Holger Deilke gewohnt haben sollen.

Daß es tatsächlich nicht um Festnahme von Personen ging, sondern um die Durchdringung und Durchsuchung der Häuser, wird allein schon daran deutlich, daß erst fünf Wochen nach Ausstellung des Haftbefehls der Großeinsatz angeordnet wurde. Von Gefahr im Verzuge, mit der auch die Durchsuchung von Wohnungen weiterer elf Personen begründet wurde, kann zu diesem Zeitpunkt wohl kaum mehr die Rede gewesen sein.

Die Art der Durchsuchung der Häuser machte deutlich, daß es darum ging, Beweise für angebliche Straftaten für den am 2.7.90 weitergehenden Kündigungsprozeß zu sammeln. MEK-Beamte drangen mit gezogenen Pistolen in alle Wohnungen ein. Durchsuchungsbeschlüsse gab es allerdings nur für 12 Zimmer. Bei den Durchsuchungen der Wohnungen wurde alles Verdächtige eingepackt, mit Nummern versehen und in Grundrißskizzen der jeweiligen Wohnungen registriert. Obwohl der Eingang geöffnet war, erstürmte das MEK das Störtebekerhaus durch Fenster im zweiten Stock. Trotz offener Türen wurden Fenster eingeschlagen. In den Wohnungen wurden zum Teil erhebliche Verwüstungen angerichtet.

Das gesamte Gebiet wurde zum Sperrgebiet erklärt. Die in den Häusern anwesenden Menschen wurden vorläufig festgenommen, in eigens eingerichteten Kontrollstellen wurden Personalienüberprüfungen vorgenommen. Wenn nichts gegen die überprüfte Person vorlag, wurde sie mit einem Passierschein versehen aus dem Sperrgebiet geschickt. Fragen, wann sie wieder in ihre Wohnungen könnten, wurden mit sie könnten am Abend mal wieder vorbeisehen beantwortet. Wer sich nicht ausweisen konnte oder gegen wen ein Haftbefehl vorlag (das passiert mit Wohnsitz Hafenstraße bereits bei Nichtzahlung irgendwelcher Strafgelder), wurde mitgenommen. Etliche BewohnerInnen wurden Verhören unterzogen.

Nachdem in den Häusern in der Kiefernstraße in Düsseldorf mit Hilfe des §129a vom Staatsschutz ein "Terrornest" aufgebaut worden ist und schon der Wohnsitz dort ausreicht, in jeder beliebigen Konstellation zu terroristischen Vereinigungen zu gehören, soll der Großeinsatz des Staatsschutzes offensichtlich dazu dienen, eine neue kriminelle Vereinigung zu behaupten: Die Hafenstraße.

In der Stellungnahme des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße heißt es dazu u.a.: Die Haftbefehle und der durchgeführte Polizeieinsatz zielen auf eine Kriminalisierung der Hafenstraße. Deren BewohnerInnen sollen von politischen UnterstützerInnen isoliert werden. Mit der Kombination aus §129a StGB und einer

konstruierten "Kontaktschuld" der HafenstraßenbewohnerInnen wird es möglich eine umfangreiche Ausforschung, Durchsuchung und weitere Ermitlungen zu rechtfertigen. Dies ist am Beispiel der Düsseldorfer Kiefernstraße so weit gegangen, daß nach und nach verschiedene BewohnerInnen abgeholt und verhaftet wurden, ohne daß konkrete Beweise vorlagen, teilweise mußten Betroffene deshalb später wieder freigelassen werden. Jedoch ist der §129a so zunächst ein taugliches Räumungsinstrument. Bei der Räumung mittels §129a können bisherige Bürgerkriegsszenarien "legitimiert" und weiter eskaliert werden (Panzerwagen (waren einsatzbereit), Sprengstoffeinsätze, Festsetzung unbeteiligter Menschen etc.)"

Das Ergebnis der Großrazzia ist gleich null. Die Gesuchten waren natürlich weder in den Hafenstraßenhäusern noch in einer der durchsuchten anderen Wohnungen. Die eingesammelten Beweismittel sind im wesentlichen Flugblätter, Bücher und persönliche Aufzeichnungen. Außerdem PCs und Disketten, wie sie heutzutage in fast jeder Wohnung zu finden sind. Auch das Einsammeln von Zwillen und Gaspistolen kann nicht ernsthaft als Begründung für den Großeinsatz herhalten.

Am Abend des Überfalls auf die Hafenstraße fand in Hamburg eine Demonstration statt, die sich außerdem auch gegen die brutale Räumung der LaMa Häuser am Tag davor richtete. Ungefähr 400 Menschen, die spontan zusammengekommen waren, protestierten gegen die Polizeieinsätze der beiden Tage. Die mindestens doppelte Anzahl von Polizisten machte aus dem Protestzug einen Wanderkessel, der sich aber trotzdem durch die Innenstadt zog. Als sich die Demo auflöste, griff die Polizei die abziehenden Demonstranten an und knüppelte drauf los.

Eine weitere Demonstration, zu der verschiedene Gruppen mobilisiert hatten, sollte am folgenden Samstag stattfinden. Mit dem zu erwartenden Gewaltpotential verbot Innensenator Hackmann die Demonstration. Trotzdem versammelten sich in der Innenstadt über 1.000 Menschen. Mehr als 3.000 Polizeibeamte und Bundesgrenzschützer waren aufgeboten worden, das Demonstrationsverbot in der gesamten Innenstadt durchzusetzen. Der Sammlungsort war vollständig abgeriegelt und auch für Passanten gab es kein Durchkommen durch die Polizeiketten. Trotzdem formierte sich davor ein Demonstrationszug und ging los. Als die Bürgerkriegsmaschinerie in Form von Wasserwerfern und Hundertschaften auffuhr, zerstreuten sich die Demonstrationsteilnehmer und gingen in kleinen Gruppen zu einem anderen Treffpunkt. Dort am Gänsemarkt wurde eine Gruppe von Polizeieinheiten eingekesselt. Einige konnten eine Polizeisperre durchbrechen. Bei dieser Auseinandersetzung wurde ein Polizist von Demonstranten verprügelt, der plötzlich seine Waffe zog und entsicherte. Einigen besonnenen Demonstranten gelang es, ihn zu beruhigen und damit schlimmeres zu verhindern.

Kurz danach versammelten sich nochmal ungefähr 500 Menschen am ursprünglichen Sammelpunkt und konnten ohne Konfrontation mit der Polizei eine kleine Demonstration in der Innenstadt durchführen. Die herbeigeorderten Polizeieinheiten trafen erst ein, als sich der Zug schon wieder aufgelöst hatte. Gleichzeitig formierte sich ein Demozug mit über 1.000 Menschen, die ohne Behinderungen zur Hafenstraße durchkamen und dort vor den Häusern eine Abschlußkundgebung abhalten konnten.

ga.

39. Kurzmeldungen: G. Tiedemann, Radikal, Thomas Klipper, Grapo-Hungerstreik

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:55

Gabriele Tiedemann freigesprochen

Verhandelt wurde wegen angeblicher Beteiligung am Überfall auf die Wiener OPEC-Zentrale im Dezember 1975. Die Auslieferung durch die Schweiz, wo Gabriele Tidemann inhaftiert war, war daran geknüpft, daß nicht nach §129a angeklagt werden durfte. Das brachte das Gericht in Schwierigkeiten, da nicht ihre Gesinnung (sie war früher zuerst Mitglied der "Bewegung 2. Juni" und danach der RAF), sondern konkrete Tatbeteiligung zur Verhandlung standen. In der Urteilsbegründung nahm der Kammervorsitzende dazu Stellung, daß die Art der Ermittlungen und teilweise nachlässige Beweissicherung durch die Behörden dafür mitverantwortlich seien, daß eine "zweifelsfreie" Entscheidung nicht möglich sei und verkündete dann den Freispruch nach dem Grundsatz: "Im Zweifel für den Angeklagten".

Da Gabriele Tiedemann noch eine Reststrafe aus einem alten Verfahren offen hat, ist mit einer Haftentlassung frühesten Ende 1991 zu rechnen.

Radikal-Urteil kassiert

Erinnern wir uns: 1984 wurden die beiden Journalisten Michael Klöckner und Benny Härlin wegen Unterstützung der "terroristischen Vereinigung" Revolutionäre Zellen nach §129a zu jeweils zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Das wurde damals begründet mit dem unkommentierten Abdruck von Bekennerschreiben zu Anschlägen.

Benny und Michael waren Gründer und Vereinsvorsitzende der Zeitungskooperative, die die "Radikal" herausgab.

Der Bundesgerichtshof gab jetzt der Revision der Verteidigung im vollen Umfang statt; das Verfahren muß nun vor dem Kammergericht in Berlin neu aufgerollt werden.

Thomas Kilpper ist aus dem Knast

Thomas Klipper wurde in der Anklage vorgeworfen, sich seit 1987 als Mitglied einer "Kämpfenden Einheit" angeschlossen zu haben, die der RAF zugeordnet wird. Einen konkreten Tatvorwurf gibt es nicht, aber der zweite Wohnsitz in der Düsseldorfer Kiefernstr. reichte für die Anklage offensichtlich aus. Denn außer ihm sollen auch Luitgart Hornstein und Christian Kluth der "Kämpfenden Einheit" angehört haben. Nach deren Verhaftung soll Thomas Kilpper die "Führung" dieser Einheit übernommen haben. Zu den "terroristischen Gruppen" gehört sie nach Auffassung der Bundesanwaltschaft (BAW), weil sie sich zu Sprengstoffanschlägen bekannt hat.

Im Prozeß konnte dieses Anklagekonstrukt nicht aufrechterhalten werden. Die BAW trotzdem wegen Mitgliedschaft viereinhalb Jahre Knast. Der 6. Strafsenat blieb deutlich darunter und verknackte zu 21 Monaten wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und wegen Urkundenfälschung zu 30 Tagessätzen à 20 DM.

Der Haftbefehl gegen Thomas Kilpper wurde gegen Meldeauflagen außer Kraft gesetzt.

Grapo Hungerstreik dauert an

Seit mittlerweile über 170 Tagen sind Gefangene aus der GRAPO und der PCE(r) für ihre Zusammenlegung im Hungerstreik.

Am 16. Mai trat bei José Manuel Sevillana Martin Herz- und Atemstillstand ein. Die spanischen Medien hatten bereits "Tod durch Herzversagen" bekanntgegeben, obwohl die Ärzte den klinisch Toten zunächst doch noch retten konnten. Am 25.5.90 starb der Gefangene an den Folgen des Hungerstreiks.

Die spanische Regierung zeigt keinerlei Bereitschaft, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen. Stattdessen werden die AnwältInnen der Gefangenen kriminalisiert und Solidaritätskundgebungen vor den Krankenhäusern von der Polizei brutal zusammengeknüppelt.

ga.

40. Brasilien/Argentinien: Zwischen Rezession und Inflation

Rubrik: Argentinien; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:02

Was haben Polen, Brasilien und Argentinien gemeinsam? Inzwischen eine ganze Menge. Alle drei Gesellschaften unterzogen sich einer vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Schocktherapie ihrer Volkswirtschaften, wobei im Falle Polens und Argentiniens der gleiche Dr. Eisenbart zu Werke ging: der neoliberale US-Ökonom Jeffrey Sachs.

Die Rezeptur weist Parallelen auf: Inflationsbekämpfung mit monetaristischen Mitteln, radikaler Abbau der staatlichen Subventionen zu Lasten der Bevölkerung, Privatisierung staatlicher Unternehmen - alles zum Preis einer weiteren Massenverelendung und einer tiefen Rezession. Brasilien und Argentinien befinden sich schon mittendrin, während der polnischen Bevölkerung das Schwerste erst noch bevorzustehen scheint. Dabei nutzen die imperialistischen Gläubiger Polen noch als zusätzliche Peitsche: auf der Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IABD) in Montreal forderte Volker Burghagen, Vertreter der Dresdner Bank, von den lateinamerikanischen Regierungen einen "radikalen Bruch" mit ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik, ansonsten würde sich das Kapital lieber in Osteuropa umsehen ("Wirtschaftswoche", 9.2.90). Abgesehen davon, daß Burghagen mehr unfreiwillig Selbstkritik leistete, da ja die bisherige nun angeblich verfehlte Wirtschaftspolitik weitgehend den IWF- und damit den Gläubigerauflagen entsprach, sprechen selbst die Regierungen Brasiliens und Argentiniens von einer neuen Qualität ihrer Dr. Eisenbart-Kuren. Daher lohnt sich ein genaueres Hinsehen schon. Im übrigen auch wiederum mit Blick auf Polen, da dort mit ganz ähnlichen Mitteln der Übergang zu einer Marktwirtschaft geprobt wird.

Brasilien: vom "overnight"-Fieber zur Rezession

Mit den Neuwahlen in Brasilien und der Ablösung der Sarney-Regierung durch Collor de Mello, der sich knapp gegen den linken Oppositionskandidaten "Lula" durchsetzte, folgte mit dem "Plano de Collor" eine Radikalabkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik. Die Sarney-Regierung hatte bis zu den Wahlen vom November letzten Jahres restlos abgewirtschaftet.

Drei Krisen, zwei gescheiterte Wirtschaftsprogramme und 64 verschlissene Minister - so lautete die Bilanz der ersten "zivilen" Regierung nach Ablösung der Militärjunta vor fünf Jahren. Das achtgrößte westliche Industrieland erzielte zwar die dritthöchsten Exportüberschüsse nach Japan und der BRD dank hoher Ausfuhren und drastischer Zurückführung der Importe, aber die Auslandsschulden in Höhe von 114 Mrd. US-Dollar erzwingen nach wie vor hohe Schuldendienstzahlungen. Hinzu kommt die enorme, auf umgerechnet 150 Mrd. US-Dollar angewachsene interne Staatsverschuldung, die die Inflationsrate im letzten Jahr auf die astronomische Höhe von 5.000% trieb. Während in der BRD etwa die Staatsschulden über die Ausgabe von Schuldscheinen mit langjährigen Laufzeiten und etwa 7% Zinsen mühelos zu finanzieren sind, erfolgt die Defizitfinanzierung in Brasilien im 24-stündigen "overnight"-Rhythmus. Angesichts der hohen Inflation müssen für staatliche Schuldtitel eben auch exorbitante Zinsen gezahlt werden, da sich kein Käufer dieser Anleihen auf langfristige Geschäfte - und in Brasilien ist ein Monat bereits eine Ewigkeit - einläßt. Die Staatsfinanzierung erfolgte daher so, daß tägliche Schuldverschreibungen ausgegeben wurden, zu 2,5% Zinsen täglich oder - rein rechnerisch - 75% monatlich. Die Käufer und Spekulanten kauften also vor dem Einschlafen Staatspapiere, um sie am nächsten Morgen sofort wieder für 2,5% Zinsen abzustoßen, da sich zumindest über Nacht die Inflationsrate nicht erhöhte.

60 Mrd. US-Dollar befanden sich täglich im Umlauf, die die staatlichen Ausgaben - allein die Zinszahlungen für die "overnights" verschlangen ein Drittel des Staatsbudgets - weiter in die Höhe trieben und die Zins- und Spekulationsgewinne um stolze reale 35% steigerten. Dafür mußten - ebenso fast täglich - die Notenpressen angetrieben werden. Während die "overnight"-Spekulanten ihr Geld buchstäblich im Schlafe mehrten, wurden die Löhne der Arbeiter um monatlich 30% entwertet, denn trotz staatlicher Lohnindexierung nutzte das Kapital die Inflation, um Lohnkürzungen vorzunehmen. Nicht nur die staatlichen Finanzen sind zerrüttet, auch die gesamte Ökonomie des Landes. Rund 100 der 141 Millionen Einwohner Brasiliens unterliegen der sogenannten Schattenwirtschaft, leben also von der Hand in den Mund, vegetieren dahin und sind auf Gelegenheitsjobs angewiesen. Weder Kapitalisten, noch die Gelegenheitsarbeiter entrichten Steuern an den

Staat. Darüber hinaus hat sich in Brasilien eine Mittelschicht etabliert, die ungefähr 35 Millionen Menschen umfaßt. Dazu zählen noch die etwa 3,5 Millionen Angestellten im Öffentlichen Dienst und den 228 verstaatlichten Betrieben, die über höhere Einkommen verfügen. Und schließlich die herrschenden Klassen und Oligarchien, die allein im letzten Jahr 40 Mrd. US-Dollar außer Landes anlegten. Die transnationalen Konzerne, unter ihnen VW, Daimler, Mannesmann, Bayer und Hoechst, ficht das alles nicht an. Sie produzieren zu ihren eigenen Konditionen, scheren sich einen Dreck um die staatlichen Dekrete und produzieren zum größten Teil für den Export, deren Erlöse in harten Devisen abgerechnet und auch einbehalten wird.

Der neue Präsident Collor de Mello empfahl sich mit einer Radikalkur zur Senkung der Inflationsrate und der Sanierung der Staatsfinanzen. Bis Juni 1990 dürfen die Brasilianer, die es haben, Guthaben nur noch bis maximal 50.000 Cruzeiros (rund 2.000 DM) abheben, um damit rund 75% aller Vermögensanlagen (rund 115 Mrd. US-Dollar) stillzulegen. Neben dem Effekt, daß die Cruzados nun wieder Cruzeiros heißen, wurden die Preise eingefroren und die Lohnindexierung über 3 Monate auf ganze 10% gesenkt. Staatliche Subventionen wie öffentliche Tarife, Benzin usw. wurden aufgehoben, die Importzölle drastisch gesenkt und Einfuhrverbote für 131 Waren gestrichen, um die Binnenwirtschaft der freien internationalen Konkurrenz auszusetzen. Hohe Vermögen und Kapitalgewinne sollten fortan besteuert, ein Teil der staatlichen Betriebe privatisiert und 200.000 der dortigen Beschäftigten entlassen werden. Zur Beseitigung des schwarzen Dollarmarktes beschloß die Regierung Collor nahezu freie Wechselkurse.

Der Schock saß. Die Inflationsrate sank von 84% im März auf nur 0,5 bis 1% im April. Dafür setzte ebenso abrupt eine schwere Rezession ein. 40 bis 50% der Betriebe stellten ihre Produktion ein, die Läden schlossen ihre Türen, da schlicht kein Geld vorhanden war, so daß die Konsumtion zum Erliegen kam. Die betroffenen Betriebe griffen zum Mittel der Massenentlassungen oder schickten die Arbeiter in den Urlaub. Die Schattenwirtschaft ging von 50 auf 20% zurück, wobei Millionen Tagelöhner ihre einzige und obendrein bescheidene Einkommensquelle verloren. Rund 15 Millionen Menschen wurden zusätzlich weit unter die Armutsgrenze getrieben. Nach dem Vorbild Argentinien und den USA der 30er Jahre gab die brasilianische Regierung und Hilfsorganisationen Gratisessen aus. Vor allem die Binnenindustrien wie die Bau-, Textil-, Schuh- und Ölbranchen stellten ihre Produktion nahezu vollständig ein, während die exportorientierten Sektoren weder vom Einfrieren ihrer Guthaben, noch der ausbleibenden Binnennachfrage arg betroffen sind. Fiat nährt sich von prall gefüllten Exportaufträgen, VW produziert leicht reduziert, beide nutzten die Krise für weitere Lohnkürzungen. Bis zu 30% Lohneinbußen mußten die Arbeiter hinnehmen, wenn sie nicht gleich gefeuert wurden.

An die staatlichen Betriebe jedoch traut sich die Regierung nicht so recht heran, die mit einem ganzen Geflecht von Beziehungen, Filz und Korruption miteinander verwoben sind. Ganze 12 der über 220 Betriebe wurden privatisiert und etwa 10.000 Staatsbedienstete entlassen, darunter auch Mitglieder des aufgeblähten militärischen Geheimdienstes SNI.

Angesichts des Abbaus der Hyperinflation und der dafür bewußt in Kauf genommenen Rezession kam es zu keinem nennenswerten Widerstand seitens des Gewerkschafts-Dachverbandes CUT, auch wenn die Linke den "Plano Collor" mit den beschriebenen Folgen kritisiert und den Präsidenten als den "Mussolini der Dritten Welt" bezeichnet. Letzteres vor allem deshalb, weil die brasilianische Polizei rücksichtlos gegen Demonstrationen und Ladenplünderungen vorgeht. Hinzu kommt, daß die Collor-Regierung mit ausreichenden Notstands-Vollmachten ausgestattet ist und der Präsident mit seinem Vetorecht alle eventuellen Blockaden des Parlaments aufheben kann.

Die Inflation ist zwar vorerst um den Preis der Rezession verschwunden, damit aber beileibe nicht die Sanierung der Staatsfinanzen, denn in der Rezession werden schlicht weniger Steuereinnahmen erzielt. Es mag auch sein, daß das alte Spiel wieder von vorn losgeht. Um die Rezession abzuwenden, pumpte die Regierung rund 10 Mrd. US-Dollar oder 450 Mrd. Cruzeiros in die Bau- und Investitionsgüterindustrie. Zwar wird inzwischen wieder gebaut, ohne daß damit jedoch die gesamte Krise der Wirtschaft auch nur ansatzweise überwunden wurde. Um die Preisdisziplin zu halten, liberalisierte die Regierung im Mai den Außenhandel und will damit die heimische Industrie der freien Konkurrenz aussetzen. Sollte die Rezession dennoch weiter anhalten, wird der Staat weitere Mittel in die Wirtschaft pumpen - mit den bekannten Folgen unter der Regierung Sarneys. Der Übergang zur wirklich "freien Marktwirtschaft", die die Regierung Collor versprach, wird von den Gläubigern mit Argusaugen betrachtet. An Drohungen mangelt es von dieser Seite jedenfalls

nicht. Daß der Schuldendienst nur mangelhaft bedient wird, nehmen die Gläubigerbanken stillschweigend und diskret hin. Noch.

Argentinien: Deregulierung plus Deflation = Putschgefahr

Ein ganz ähnliches Erbe fand der im Sommer frisch gewählte peronistische Präsident Menem vor, der den gescheiterten Sozialdemokraten Alfonsin ablöste. Allein vom Mai bis Juli letzten Jahres stieg die Inflationsrate auf 1.000%, die monatliche Zinsrate betrug 80%, die Laufzeit der staatlichen Schuldscheine lag bei 5 Tagen.

Die Regierung Menem trat unter der Parole "Opfer, Armut und Hoffnung" an, wobei es bei den beiden ersten Vorsätzen blieb. Zunächst, im September letzten Jahres, verordnete die Regierung einen Lohn- und Preisstopp, die staatlichen Subventionen wurden gekürzt und die öffentlichen Tarife erhöht. Die mit dem Preis- und Lohnstopp verbundenen Lohneinbußen riefen Streiks bei den Eisenbahnern und Kritik der peronistischen Gewerkschaft CGT hervor. Die Inflation sank im September zwar auf 10%, der strikte Sparkurs führte aber zu Hungertoten und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 30%, wobei es sich dabei um offizielle und eher noch untertriebene Angaben handelt.

Die zweite wesentliche Maßnahme der Regierung Menem beinhaltete die staatliche Deregulierung nach Thatcherschem Muster; die Staatsbetriebe wurden zum Teil einfach geschlossen, da sie nur Verluste einfuhren; das Regierungs-Fernsehen abgeschaltet, das staatliche Ölmonopol YPF dicht gemacht, die Telefongesellschaft Entel, die ebenfalls staatlichen Energie-, Stahl- und Eisenbahngesellschaften zum Verkauf angeboten. Die Steuern wurden gesenkt, dafür eine 13%ige Verbrauchsteuer (Mehrwertsteuer) eingeführt, um die Steuerlasten auf die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung abzuwälzen.

Diese Maßnahmen - Lohn- und Preisstopp, staatliche Deregulierung und Steuerreform - wurden mit dem IWF vereinbart, der seinerseits im Gegenzug einen Kredit in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar gewährte. Das Programm ließ Menem sich von eben jenem Jeffrey Sachs schreiben, der bereits für die polnische Regierung tätig war. Daß der wirtschaftspolitische Berater Gorbatschows, Abalkin, sich neuerdings lobend über die polnische Schocktherapie äußerte, öffnet diesem US-Ökonomen neoliberaler Provenienz völlig neue Türen. Aber das September-Programm hielt nicht lange vor, was nicht nur Abalkin zu Denken geben sollte. Das argentinische und transnationale Kapital hielt sich nicht an die Preisstopp-Verordnungen, während die Löhne munter in den Keller sanken.

Zur Jahreswende bestellte der erfolglose Menem einen neuen Wirtschaftsminister, die in Lateinamerika so häufig wechseln wie hierzulande nur die Bundesliga-Trainer. Während Menem sich zurückhielt, verkündete der neue Mann, Erman Gonzales, zu Sylvester den Plan, die argentinische Währung, den Austral, an den amerikanischen Dollar zu koppeln, verbunden mit einer 100%igen Abwertung des Austral. In einem weiteren Schnitt sollte dann der Austral in eine neue Währung, den argentinischen "Federal", ersetzt und einem 1:1-Kurs zum Dollar angepaßt werden. Die Opposition sprach - zurecht - von einem "wirtschaftlichen Genozid" dieser Währungsreform, die zwangsläufig eine Geldverknappung und damit eine schwere Krise hervorrufen würde - siehe Brasilien. Die Crux der Anbindung an den Dollar bestand darin, daß die Notenbank verpflichtet wurde, keine Scheinchen mehr zu drucken. Die eintretende Geldverknappung würde den Kurs zum Dollar konstant halten und die Inflation wirksam gen Null bringen - so die Logik der Monetaristen. Um der Spekulation den Boden zu entziehen, garantierte der Staat nicht mehr die Spareinlagen und sonstigen Vermögen, die die Notenbank mit rund 300% Zinsen pro Woche mitfinanzierte. Die exorbitanten Zinsen sollten so heruntergefahren werden.

Außerdem - siehe Modell Brasilien - sollten alle fest angelegten Gelder in sogenannte Bonex verwandelt und nicht mehr als 500 Dollar von den Sparkonten abgehoben werden, um die Geldmenge zu begrenzen. Dabei dreht es sich um eine Art staatlicher Schatzbriefe, die nicht nach fünf Tagen, sondern vier Jahren einzulösen wären. Damit verbunden war die Maßnahme, daß alle Banken verpflichtet wurden, 80% ihrer Spareinlagen bei der Notenbank zu hinterlegen. Im Kern also eine Kombination aus Währungsreform und Geldverknappung, um die Inflation einzudämmen und den Teufelskreis Staatsverschuldung-hohe Zinsen-weitere Verschuldung-höhere Zinsen zu kappen, denn der argentinische Staat mußte wöchentlich bis zu 6 Mrd. US-Dollar zur Refinanzierung des Staatsdefizits aufbringen.

Doch binnen einer Woche blies Menem das Programm in letzter Minute wieder ab. Nicht nur, daß er infolge der öffentlichen Proteste die staatlichen Tariferhöhungen und Lebensmittelpreiserhöhungen wieder zurücknehmen

mußte. Die Ankündigung der Dollarisierung der heimischen Währung löste eine Welle von Hamsterkäufen aus; jede/r versuchte, den Austral in Sachwerte umzusetzen, die Regale in den Geschäften, das Benzin an den Tankstellen usw. wurden geleert.

Die Bonex-Titel wurden zu Discount-Preisen bei Preisabschlägen bis zu 70% verscherbelt. Zwar kam es nicht zur Dollarisierung, aber die Australes wurden vom Markt geräumt. Da kaum Geld als Zahlungsmittel vorhanden, brach sowohl der Handel, dann der Konsum zusammen. Dafür nahmen die Plünderungen wieder zu, und die Löhne konnten oder sollten nicht ausgezahlt werden.

Anfang März dieses Jahres erfolgte die vorläufig letzte Kurskorrektur, Angaben ohne Gewähr, die sich nunmehr auf die staatliche Deregulierung konzentriert. 230.000 Staatsangestellte, darunter allein 136 Staatssekretäre, sollen entlassen, die staatlichen Bausparkassen geschlossen und mit Gebühren- und Steuererhöhungen plus Einsparungen rund 2,6 Mrd. US-Dollar dem Staatshaushalt zugute kommen, nachdem die Geldverknappungsmaßnahmen scheiterten, die Zinsen auf 22% pro Tag kletterten, Kredite unbezahlbar wurden und eine tiefe Rezession die zerrüttete Wirtschaft des Landes lahmlegte. Schließlich lagen 70% der gesamten Produktionskapazitäten still - mit Ausnahme der Soja- und Agrarexporteure, da sie ihre Verkäufe in harten Devisen tätigen. Nach den großen Ankündigungen mußte die Regierung Menem fast alle Maßnahmen wieder zurücknehmen, weil sie sich politisch nicht durchsetzen ließen.

Übrig bleibt allenfalls die staatliche Deregulierung. Nicht nur, daß sich italienische Konsortien fruchtbares argentinisches Getreideland in der zweifachen Größe der DDR über die "debt-to-equity- swaps" aneigneten. (Dabei veräußern die Gläubigerbanken ihre Forderungen gegenüber Argentinien zu einem Discount-Preis von derzeit rund 11,75% des Nominalwerts; die Käufer erwerben diese Titel, zahlen dafür nur die 11,75%, die jedoch in Argentinien dem vollen Nominalwert entsprechen. Für einen Nominalwert von 1 Mio. US-Dollar zahlen also etwa italienische Konsortien nur 117.500 Dollar, können aber in Argentinien für 1 Mio. US-Dollar Aktien oder eben auch Land erwerben).

Die peronistische Regierung Menem ist am Ende. Zu allerletzt konnte und wollte der Staat den Inflationsausgleich für die Renten in Höhe von 1,18 Mrd. US-Dollar nicht bezahlen. Menems Begründung: das Land befinde sich im marktwirtschaftlichen Wandel und könne daher die Renten nicht aufbringen. Nach Meinungsumfragen sank die Zustimmung zur Regierung von ehemals 80% auf nunmehr 20%. Nicht zuletzt auch deswegen, weil sie die Generäle der alten Militärjunta begnadigte und Menem persönlich mit den damaligen Henkern fröhlich diniert.

Vor dem Hintergrund der Krise des Landes lauert bereits der faschistische Teil des Militärs: die "Carapintadas" mit ihrem Chef Seneildin, die bereits zur Bildung einer "Front der Zivilisten und Militärs" aufriefen und als Gewinner der Auflösung der bürgerlichen Demokratie dastehen könnten. Ebenfalls nach Meinungsumfragen können sich Militärs rund 15% Zustimmung aus der Bevölkerung erfreuen, und Putschgerüchte dieser Militärs sind seit einiger Zeit in Umlauf.

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen, wird gesagt. Kapitalismus und bürgerliche Demokratie beileibe nicht. Nicht nur Hayek, sondern auch die "modernen" Neoliberalen aus den USA wie Kristol oder Kirkpatrick halten "autoritäre" Regimes à la Chile für völlig legitim - wenn die Freiheit des Marktes so besser bewerkstelligt werden könne.

Angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation in Brasilien und Argentinien - und nicht nur dort - weisen alle Faktoren auf eben diese autoritären und (militär)diktatorischen Lösungsmuster hin. Das sollte auch für die gegenwärtigen Transformationsprozesse in einigen, nicht allen, Ländern Osteuropas zu denken geben.

D./Westberlin

41. Cuba: "Sozialismus oder Tod?"

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:40

"Jahrzehntelang gründeten sich unsere Pläne, unsere Jahrespläne und Fünfjahrespläne auf die Existenz eines sozialistischen Lagers, auf die Existenz zahlreicher sozialistischer Länder in Osteuropa neben der Sowjetunion, mit denen uns Übereinkünfte, Verträge und enge Beziehungen verbanden. Wir konnten mit sicheren Märkten für unsere Produkte rechnen, mit Lieferungen wichtiger Maschinen und verschiedenster Handelsgüter. Wir haben unsere Anstrengungen daraufhin ausgerichtet, wir haben uns bemüht, unsere Wirtschaft zu integrieren und zu ergänzen. Und nun existiert dieses sozialistische Lager politisch nicht mehr." Das sagte Fidel Castro in seiner Rede auf dem 16. Kongress des kubanischen Gewerkschaftsverbandes, der Anfang des Jahres in Havanna stattfand.

Die nahezu vollständige Ausrichtung des kubanischen Außenhandels auf die übrigen sozialistischen Länder war nicht nur eine Folge der Blockade, die die USA über das Land verhängten, sondern auch ein Resultat der Tatsache, daß die UdSSR und die anderen Länder Osteuropas bereit waren, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba auf der Basis eines gerechten Tausches zu gestalten. Kuba ist nie in der Rolle des "Bettlers" gewesen, dem die übrigen Staaten des RGW großzügig Hilfe zukommen ließen, und Kuba hat auch nie nennenswerte "Geschenke" bekommen. Die vor allem in der bürgerlichen Presse immer wieder kolportierte Ansicht, Kuba würde von den sozialistischen Ländern Europas und insbesondere von der Sowjetunion "subventioniert", ignoriert die einfache Tatsache, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung gerade auf der Ausplünderung der Dritten Welt beruht.

Die Privilegierung Kubas im Rahmen des RGW ist eine bloße Vorwegnahme und partielle Realisierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf bilateraler Ebene und keine "Subvention" aus geostrategischen Interessen der UdSSR. So erhielt Kuba beispielsweise für den im Jahre 1989 an die UdSSR gelieferten Zucker über zweieinhalb Milliarden Rubel mehr, als der zu dem Zeitpunkt aktuelle Weltmarktpreis gewesen wäre. Doch dieselben Kosten hätte die SU aufbringen müssen, wenn sie diese Menge Zucker selbst hätte produzieren wollen. Subvention? Fidel Castro: "Der Weltmarktpreis ist sozusagen der Preis der Zuckermüllkippe, der Zuckerüberschüsse. ... wenn unser Zucker einen höheren Preis erhalten hat als den der Weltmüllkippe, war es dennoch ein gerechter Preis, weil er dem ungleichen Tausch ein Ende setzte." Und das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) GRANMA schrieb schon am 6. August 1989: "Es ist war, daß wir aus der Sowjetunion und aus anderen sozialistischen Ländern viele Dinge erhalten, und wir nehmen sie nicht als Geschenk entgegen, sondern als das, was sie sind: als Ausdruck der Brüderlichkeit und der internationalistischen Pflicht."

Freilich hatte die totale Einbindung des Landes in den RGW nicht nur positive Seiten. Die Wirtschaftspolitik wurde oftmals nicht an den eigenen Realitäten orientiert, sondern an den RGW-Rahmenrichtlinien. Und die teilweise sehr schlechte Qualität von Maschinen und Geräten, die Kuba aus den europäischen sozialistischen Ländern importiert, bedeutet einen ständigen Zwang zur Improvisation. Doch insgesamt überwiegten ganz eindeutig die positiven Aspekte der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Nun geht die kubanische Regierung davon aus, daß die UdSSR diese Art von ökonomischen Beziehungen, die ja nicht nur den Zucker betreffen, sondern in allen Bereichen des Handels zwischen den beiden Ländern wirksam werden, zumindest mittelfristig beibehalten wird. Zwar gibt es auch hier schon gravierende Probleme, so kam etwa die Sowjetunion kürzlich ihren Getreide-Lieferverpflichtungen nicht nach, doch wurde dies damit begründet, daß nicht genug sowjetische Frachtschiffe zur Verfügung gestanden hätten. Keine Kündigung bestehender Verträge also. Nichtsdestotrotz hatte diese Vertragsverletzung der Sowjets für Kuba schlimme Folgen. Die Preise für Brot und Eier mußten erhöht werden, Brotzuteilungen wurden gekürzt und Futtergetreide mußte für harte Devisen in Kanada eingekauft werden. Außerdem konnte der geplante Export von Zitrusfrüchten zu einem großen Teil nicht erfüllt werden, da eben die sowjetischen Frachter für den Transport fehlten. Doch im April schlossen Kuba und die UdSSR einen Vertrag ab, in dem das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern sogar noch erhöht wurde.

Im Moment bedeutsamer ist für die Kubaner die Unsicherheit in den Beziehungen zu den übrigen RGW-Staaten in Europa. Einige dieser Länder haben schon ihre Exporte nach Kuba verteuert bzw. Lieferungen storniert, und insgesamt können die Kubaner nicht mehr auf die Verläßlichkeit ihrer ehemaligen

Verbündeten bauen. Wieder Fidel Castro: "Stellen Sie sich den Fünfjahresplan 1991 bis 1995 vor. Auf welchen Grundlagen, mit wem sollen wir diese Pläne vereinbaren? Welche Produkte werden uns garantiert? Welche Märkte werden für unsere Produkte zur Verfügung stehen? Welchen Preis werden sie für den Zucker bezahlen?"

Die Bevölkerung Kubas muß sich darauf einstellen, den Gürtel noch enger zu schnallen. Kein leichtes Unterfangen, denn wenn es auch in Kuba keine mit anderen Dritte Welt-Ländern vergleichbare Armut gibt, so sind doch Versorgungsmängel ohnehin schon an der Tagesordnung. Zwar versucht Kuba, seine Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern der Dritten Welt und besonders zu China und Brasilien zu intensivieren, aber diese Staaten werden die Handelsbeziehungen mit den ehemaligen sozialistischen Ländern in Europa nicht ersetzen können. Ohne den ansonsten stets vorhandenen Optimismus sagt denn auch Fidel: "Die Probleme im ökonomischen Bereich können angesichts der Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern derart gravierend werden oder die Probleme können sich im Zusammenhang mit bestimmten Entwicklungen in der UdSSR derart zuspitzen, daß unser Land mit einer äußerst schwierigen Versorgungslage konfrontiert würde. ... Tatsächlich waren alle diese katastrophalen Probleme, die in letzter Zeit im sozialistischen Lager ... aufgetreten sind ... nicht vorhersehbar. Diese Beziehungen waren die Grundlage für die Entwicklung unseres Landes."

Nun ist es natürlich ein Leichtes, das ehemalige Vertrauen der kubanischen Regierung in die Stabilität der europäischen sozialistischen Länder zu kritisieren. Eine solche Kritik berücksichtigt aber nicht, daß Kuba angesichts der ökonomischen Blockade durch die USA gar keine Alternative zur festen Anbindung im RGW hatte. Doch jetzt ist die "Grundlage für die Entwicklung" weg. Und trotzdem lehnt die Kommunistische Partei Kubas jegliche Wirtschaftsreformen, die in Richtung Privateigentum und Marktwirtschaft gehen, strikt ab. Die kubanischen Kommunisten gehen davon aus, daß solche Maßnahmen unweigerlich zum Kapitalismus führen. Der aber ist für Kuba wie für ganz Lateinamerika keine akzeptable Möglichkeit die ökonomische Krise in den Griff zu bekommen. Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano macht das folgendermaßen deutlich: "Für uns ist der Kapitalismus kein noch zu verwirklichender Traum, sondern ein Wirklichkeit gewordener Alptraum. Für uns besteht die Herausforderung nicht darin, den Staat zu privatisieren sondern ihn zu deprivatisieren. Unsere Staaten und alles andere auch sind zu Schleuderpreisen von Großgrundbesitzern und Banken eingekauft worden. Für uns ist der Markt nichts anderes als ein Piratenschiff: je freier desto übler." (1)

Eine solche Einschätzung ist zwar gerade angesichts der entsetzlichen Folgen, die die freie Marktwirtschaft nicht nur in Lateinamerika für die Menschen zeigt, sehr realistisch, aber sie deckt sich kaum noch mit Äußerungen von Politikern und Wirtschaftsexperten aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Dort mehren sich Stimmen, die die Verelendung der Dritten Welt nicht mehr als Folge der ungerechten Weltwirtschaftsordnung also der Ausplünderung durch die imperialistischen Staaten betrachten, sondern als selbstverschuldetes Resultat einer falschen nationalen ökonomischen Politik. Bei hochrangigen Wissenschaftlern des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR etwa liest sich das so: "Als eine ideologische Voreingenommenheit kann man die festverankerte Tradition ansehen, die ökonomischen wie auch alle anderen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer seien vorwiegend durch das Prisma ungünstiger äußerer Bedingungen, des kolonialen Erbes, neokolonialistischer Ausbeutung, der Einwirkung multinationaler Konzerne usw. zu betrachten. Sie sind vielmehr einer defekten Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern selbst geschuldet. ... Wir haben jede größere Nationalisierung in der Dritten Welt gefeiert: Staatseigentum als höchste Form der Vergesellschaftung, Auslandskapital als Feind, den man bestenfalls noch einige Zeit zu tolerieren hatte, ökonomische Unabhängigkeit als höchster und vorrangiger Wert. In Wirklichkeit war alles viel komplizierter. ... Die Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise in der Dritten Welt hängt zum größten Teil von dieser selbst ab." (2) Und wenn Fidel Castro Ende letzten Jahres feststellte, daß der Imperialismus die sozialistischen Länder Europas einlade, an der Ausplünderung der Dritten Welt teilzunehmen, so kommt auch Gorbatschow dieser Einladung zumindest ideologisch entgegen, indem er sagt: "Ich habe anläßlich vieler Gelegenheiten erklärt, daß wir keine den westlichen Interessen abträglichen Ziele verfolgen. Wir wissen, wie wichtig der Nahe Osten, Asien, Lateinamerika, andere Regionen der Dritten Welt und auch Südafrika für die amerikanische und die westeuropäische Wirtschaft sind, besonders was die Rohstoffquellen betrifft. Diese Verbindung zu zerstören ist das letzte, was wir wollen." (3)

Letzte Bastion gegen den Imperialismus in Lateinamerika

Der Zerfall des sozialistischen Lagers hat das internationale Kräfteverhältnis so sehr zugunsten der imperialistischen Länder verändert, daß dem Siegeswahn vor allem der USA heute international kaum noch Widerstand entgegengesetzt wird. Insbesondere in Lateinamerika sind die Yankees dabei ihre absolute Vorherrschaft über den gesamten Subkontinent zu zementieren. Der Sieg der Contra in Nicaragua war ein Meilenstein und der Überfall auf Panama ein Übungsstück. Die Vernichtung der kubanischen Revolution steht als nächstes auf dem Plan Washingtons. Hilfe bei der Verteidigung seiner revolutionären Errungenschaften von Seiten der ehemaligen sozialistischen Länder kann Kuba heute nicht mehr erwarten. Im Gegenteil. Versuchen die USA seit Jahren vergeblich, eine Verurteilung Kubas in der UN-Menschenrechtskommission durchzusetzen, so gelang ihnen das in diesem Jahr schließlich, weil Polen, Ungarn, Bulgarien und die Tschechoslowakei sehr bereitwillig die Position der Yankees unterstützten. Und auch in der sowjetischen Presse mehren sich Stimmen, die die kubanische Revolution heftig angreifen. So schreibt etwa die MOSKAU NEWS in ihrer deutschsprachigen Ausgabe vom April: "Fidel Castro scheint sich der Perestroika bis zum letzten Blutstropfen widersetzen zu wollen." Gelbes Licht also für die US-Administration, Kuba endgültig den Garaus zu machen. Die Zeichen dafür mehren sich. US-Präsident Bush forderte jüngst vor Abgeordneten des nordamerikanischen Kongresses die "Kapitulation" Kubas. Der Kongress müsse jetzt den Druck auf Kuba verstärken, um die freie Marktwirtschaft auf der Insel durchzusetzen. (4)

So finden denn auch in letzter Zeit immer häufiger Provokationen vom US- Stützpunkt bei Guantanamo auf Kuba gegen kubanische Wachposten statt, die im Dezember und Januar sogar bis zu direktem Beschuß kubanischen Territoriums gingen. Und Ende Januar wurde ein kubanisches Handelsschiff in internationalen Gewässern im Golf von Mexiko durch ein Boot der nordamerikanischen Küstenwache angegriffen und über eine Stunde lang beschossen. Im Mai schließlich führten die USA ausgedehnte Manöver vor der Küste Kubas durch. Auf der Insel wurde sofort eine Generalmobilmachung der Streitkräfte und Territorialmilizen organisiert. Der kubanische Verteidigungsminister erklärte in diplomatischem Ton: "Wir halten es für notwendig, die nationale und internationale Öffentlichkeit wegen der Gefahren zu alarmieren, die durch diese Eskalation von Drohungen und Erpressungen entstehen. Die Situation in dieser Region wird dadurch außerordentlich kompliziert, und es gibt neue und wachsende Spannungen, die uns erlauben, an die Möglichkeit zu denken, daß die US-Regierung einen Angriff auf Kuba vorbereitet." (5) Fidel Castro sagt deutlich, was im Falle eines Überfalls auf Kuba passiert: "Wir werden den Gegner vernichten. Daran kann es keinen Zweifel geben! Auch wenn er all seine Kraft einsetzte, auch wenn er unser Nationalgebiet besetzen sollte. In diesem Wespennest wird sich niemand halten können ... Damit es nicht nach Prahlerei aussieht, sagen wir nie, daß wir die Aggressoren ..., einen nach dem anderen, wie Kakerlaken zerquetschen werden. Das sagen wir nicht, sondern wir sagen: Wartet ab, was passiert!" (6)

Doch nicht nur auf militärische Provokationen setzen die Yankees, sondern auch auf verstärkte ideologische Diversion und Versuche der internationalen Isolierung Kubas. US-Botschaften in aller Welt versuchen Kampagnen gegen die Regierung der PCC zu lancieren und mit der Installierung eines antikubanischen Fernsehsenders (ein Radiosender existiert schon seit längerem) in Florida soll versucht werden, die Lage auf der Insel zu destabilisieren. Dabei kümmern die USA sich nicht darum, daß die Sendung von Fernsehprogrammen auf das Territorium anderer Länder ohne deren Zustimmung gegen internationale Verträge verstößt, an die sie selbst gebunden sind. Als die kubanische Regierung ankündigte, das Fernsehprogramm zu stören, ging Washington sogar soweit, der Insel mit "chirurgischen Angriffen" zu drohen. Und bei all ihren Massnahmen setzen die Yankees natürlich auch auf Unzufriedenheit unter Teilen der Bevölkerung in Kuba selbst. Nicht nur die desolate ökonomische Situation auf der Insel, sondern auch die ungewisse Zukunft, Bürokratismus und staatlicher Paternalismus führen insbesondere bei Jugendlichen, die die vorrevolutionäre Zeit nicht miterlebt haben, zu der Möglichkeit einer Abkehr von der Politik der PCC. Die kubanischen Kommunisten stellen das in Rechnung: "Was unsere Partei jetzt tun muß, ist, sich zu verbessern. Sie muß sich vervollkommnen, ihre Führungsmethoden, ihre Arbeit, auch ihre Struktur." (7) Bahnbrechende Veränderungen werden vom nächsten Parteitag der PCC 1991 erwartet.

Nun kann man von einem sozialistischen Land, das sich praktisch ständig in Alarmbereitschaft halten muß, kaum libertäre gesellschaftliche Bedingungen erwarten. Und bei allen negativen Erscheinungen und internen Problemen sind in Kuba kaum ähnliche Entwicklungen zu befürchten, wie in den ehemals sozialistischen Ländern Europas. Immerhin, und dessen ist sich der überwiegende Teil der kubanischen Bevölkerung bewußt, geht es den Menschen dort in allen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen unvergleichlich viel besser als in allen übrigen Ländern Lateinamerikas. "Außerdem", so nochmal Eduardo Galeano, "wurde der kubanische

Sozialismus, im Unterschied zu verschiedenen Ländern des Ostens, nicht von fremder Hand künstlich aufgesetzt, sondern entstand tief im Innern, wuchs von ganz unten heran. Die vielen Kubaner, die für Angola gestorben sind oder ihr Bestes für Nicaragua gaben, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, sind nicht dort gewesen, weil sie folgsam, aber widerwillig den Befehlen eines Polizeistaates gehorcht hätten." (8) Hoffnungen auf eine innere Konterrevolution, das wissen auch die Yankees, sind in Bezug auf Kuba fern jeglicher Realität. Gabriel Garcia Marquez bringt es auf den Punkt: "Die Wunschträume der Exilkubaner in Miami nach einer unmittelbar bevorstehenden Ablösung Fidel Castros sind eine Fehlinterpretation der kubanischen Realität. Fidel hat genügend inneren Rückhalt, um einem Aufstand zuvorzukommen." (9) Jeder Beobachter der Situation in Kuba wird diese Einschätzung bestätigen können.

Doch das erhöht gleichzeitig die Gefahr einer Aggression von außen. Die USA werden Kuba zu dem Zeitpunkt angreifen, wenn Risiko und Nutzen in einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis stehen. Dabei kann Kuba zwar auf die Angst der Nordamerikaner vor einem neuen Desaster a la Vietnam bauen, muß aber gleichzeitig auch die irrationalen Elemente der Politik der USA und den Chauvinismus in der Bevölkerung selbst befürchten. Doch auf einen Krieg gegen die Yankees ist Kuba vorbereitet. Der Preis an toten GIs wäre bei einer Invasion zu hoch, was Washington zumindest im Moment von einer militärischen Aggression abhält. "Sozialismus oder Tod!" ist in diesen Monaten eine gängige Parole in Kuba. Aber die kubanischen Kommunisten sind in Bezug auf das Überleben ihrer Revolution immerhin ganz zuversichtlich. Fidel: "Die Reaktionäre und Imperialisten der Welt glauben, daß wir die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, nicht werden meistern können. Das ist ihre Hoffnung. Sie verwechseln diese eigenständige Revolution, die aus dem Inneren unseres Volkes geboren wurde, mit anderen revolutionären oder politischen Prozessen, die außerordentlich stark von besonderen zeitlich bedingten Strömungen in der internationalen Lage beeinflußt wurden. Sie verwechseln viele Dinge miteinander. ... Die Imperialisten und die Reaktionäre der Welt müssen wissen, daß diese Revolution nicht besiegt werden kann. Unsere Freunde auf der ganzen Welt können sicher sein, daß dieses Volk unter allen Umständen widerstehen wird und sie sollen wissen, daß in Kuba die Revolution nicht zerstört werden wird, daß in Kuba der Sozialismus nicht zerstört werden wird."

Schwierige Zeiten für die Solidarität

Die Solidarität mit der kubanischen Revolution spielte lange Zeit eine eher marginale Rolle in der westdeutschen Internationalismus-Szene. Zwar hat es in dieser Hinsicht in letzter Zeit einen Aufbruch gegeben, doch insgesamt sind die Bedingungen für antiimperialistische Solidarität eher noch schlechter geworden. Zu stark wirkt die Zerschlagung des sozialistischen Lagers auf das Bewußtsein der Linken. Vor lauter deutsch-nationaler Besoffenheit wird die Dritte Welt vergessen.

Im Falle Kubas tut die internationale Medienkampagne ihr Übriges. Schlagwörter wie "kritische Solidarität", Spekulationen über das "Ende der kubanischen Revolution", Eurozentrismus und Besserwisserei prägen die Diskussion. Ein kurzer Urlaub in Havanna reicht meist aus, um die Revolution zu hinterfragen. Die komplexe Realität des kubanischen Sozialismus wird auf touristische Eindrücke, Schwarztauscher, Polizei und Versorgungsmängel bei Anerkennung der "sozialen Errungenschaften" reduziert. Man ist schließlich "kritisch".

Notwendig und wichtig ist eben gerade im Moment nicht eine großartig ausposaunte Brandmarkung mutmaßlicher oder tatsächlicher Widersprüche, Ungereimtheiten und kaum nachvollziehbarer Erstarrungen in der Politik Kubas, als vielmehr eine prinzipienfeste und an den Angriffen des Feindes orientierte Verteidigung der Souveränität der Revolution. Das schließt freilich eine solidarische Kritik nicht aus. Im Gegenteil: Die Linke, zumal die radikale, muß das Gespräch mit den kubanischen GenossInnen suchen - Gelegenheiten dazu gibt es auch in der BRD, die Freundschaftsgesellschaft BRD- KUBA vermittelt gerne Kontakte - und mit ihnen die Probleme diskutieren. Bürokratisierung, Paternalismus und Mängel in der sozialistischen Demokratie Kubas, was auch immer die Ausmaße und Ursachen sind, erschweren eine Verbreiterung der Solidarität hier. Daß diese negativen Entwicklungen der Revolution vor allem Unzufriedenheit, Frustrationen und Abkehr von der Politik der PCC auf der Insel selbst bedeuten können, wissen die kubanischen GenossInnen am Besten. Die PCC ist nicht die SED oder die KP Bulgariens und Fidel Castro ist nicht Honecker oder Shiffkow, ganz zu schweigen von der rumänischen oder chinesischen Partei und ihren Führern. Fidel Castro: "Wir danken denen außerhalb Kubas, die wirklich beunruhigt sind und uns raten: macht etwas, macht Veränderungen. Wir sagen: Aber ja, wir werden etwas machen und zwar etwas Revolutionäres, wir werden Veränderungen schaffen und zwar revolutionäre Veränderungen, und wir werden stetig revolutionäre Veränderungen schaffen, weil wir noch nicht genug davon haben."

Der kubanische Sozialismus ist heute in Lateinamerika die letzte Bastion gegen die Vorherrschaft der Yankees über den gesamten Kontinent. In einer solchen Situation die Solidarität an Bedingungen zu knüpfen (denn nichts anderes heißt ja die Ablehnung bedingungsloser Solidarität) - eine Tendenz, die in der westdeutschen Soli-Szene nicht gerade selten anzutreffen ist - ist vorsichtig ausgedrückt Zynismus. Sicher sind die Zeiten im Moment sehr schwer für antiimperialistische Solidarität mit Kuba, aber auch Linke, die die Politik der PCC, aus welchen Gründen auch immer, ablehnen, müssen sich klarmachen, daß mehr auf dem Spiel steht, als "nur" die Zerschlagung eines weiteren sozialistischen Landes.

Die kubanische Revolution ist immer noch ein Beispiel für die um Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Kräfte in Lateinamerika und der gesamten Dritten Welt. Dieses Beispiel wollen die Yankees vernichten und damit der Emanzipation im Trikont überhaupt einen Schlag versetzen. Kuba braucht Solidarität auch und gerade hier in den Metropolen.

In der Abschlußresolution des Mittelamerika-Bundestreffens, das Mitte März in Köln stattfand, heißt es: "Die Solidaritätsgruppen werden aufgefordert, sich mit der Rolle Kubas hinsichtlich der Interventions- und Destabilisierungspolitik der USA zu beschäftigen." Und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba hat während ihrer letzten Bundesdelegiertenkonferenz Ende Mai auf Vorschlag der kubanischen Genossen beschlossen, eine Anti- Interventionskampagne zur Solidarität mit Kuba zu initiieren. Beides ist ein Anfang.

CeCe

Anmerkungen

1) Eduardo Galeano, "Ein verlorenes Kind", TAZ 14.4.1990

2) zit. n. Gaby Weber, "Die Guerilla zieht Bilanz", Gießen 1989, Seite 32

3) zit. n. ebenda Seite 37

4) zit. n. UZ v. 13.4.1990

5) zit. n. PEOPLE'S DAILY WORLD v. 15.5.1990

6) Fidel Castro, Rede vor der Nationalversammlung am 20.2.1990

7) ebenda

8) zit. n. TAZ v. 20.4.1990

9) ebenda

Die Zitate von Fidel Castro sind, soweit nicht anders angegeben, aus seiner Rede vor dem 16. Kongress der kubanischen Gewerkschaften am 28. Januar 1990.

Die angeführten und weitere aktuelle Reden von Fidel Castro sind erhältlich bei der FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel. 0221/13 18 36.

42. El Salvador: FMLN setzt Verhandlungen durch Die Vereinbarungen von Caracas, 21.5.1990

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:27

Die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" (FMLN) und die ultrarechte Regierung El Salvadors führen ihre Verhandlungen zur politischen Lösung des Konflikts fort, die sie am 4. April in Genf aufgenommen hatten. Nach sechstägigen Unterredungen in Caracas (Venezuela) gab Alvaro de Soto, UNO- Sonderbeauftragter für Mittelamerika, am 21. Mai bekannt, daß sich beide Seiten auf einen Zeitrahmen und auf eine Tagesordnung für nachfolgende Gespräche einigten.

Die nächste Verhandlungsrunde, die achte seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen, wurde für Mitte Juni anberaumt.

Bis zum Oktober vergangenen Jahres führten die jeweiligen Unterredungen zwischen Regierung und der Befreiungsbewegung zu keinerlei Ergebnissen, weil sich die Regierungsseite weigerte, auf die konkreten Verhandlungsangebote der Aufständischen einzugehen. Die erfolgreiche Novemberoffensive der FMLN änderte das interne Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten. So mußte die ultrarechte ARENA-Regierung einer erneuten Dialog-Runde in Genf zustimmen, die erstmals unter Aufsicht des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar stattfand. In Genf verpflichteten sich beide Seiten, einen Verhandlungsprozeß zu eröffnen, "um innerhalb der kürzest möglichen Frist das endgültige Ende des bewaffneten Kampfes zu erreichen." (Siehe ak 318) Indessen hat sich der Druck auf den tropischen Junker Cristiani, Großgrundbesitzer und Regierungschef El Salvadors, weiter erhöht.

Die legale Massenbewegung, nach der Novemberoffensive von den Militärs vorübergehend in die Halblegalität und Illegalität abgedrängt, ist wieder voll präsent. Sie führte am 1. Mai in San Salvador eine der größten Massenaktionen seit Kriegsbeginn durch. 100.000 Menschen demonstrierten in der Hauptstadt für die Beendigung des Krieges, die Rücknahme der unsozialen Wirtschaftsmaßnahmen ARENAs und die Beibehaltung der bisher durchgeführten Etappen der Agrarreform. Besonders wichtig: neben zahlreichen Gewerkschaften aller Tendenzen, mit Ausnahme der ARENA-Anhänger, nahmen auch humanitäre und religiöse Vereinigungen und politische Parteien teil. Der Vorsitzende der Christdemokraten, Fidel Chavez Mena, marschierte einträchtig mit mit dem Baptisten-Pfarrer Edgar Palacios, mit den Führungspersönlichkeiten des linken Gewerkschaftsdachverbandes UNTS und linken Politikern wie Guillermo Ungo und Rubén Zamora (FDR) an der Spitze des Demonstrationszuges. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

Wenige Stunden nachdem die DemonstrantInnen wieder zuhause waren, begann die FMLN eine neue militärische Offensive, um mit dieser Aktion gegen die Menschenrechtsverletzungen der Armee zu protestieren. Sie lieferte sich in mehreren Kleinstädten stundenlange heftige Kämpfe mit Regierungseinheiten und griff in San Salvador im Villenviertel Escalon an. Mit diesen Aktionen halten die Aufständischen die militärische Pression aufrecht und demonstrieren erneut ihre Stärke. Aber die für das ARENA-Regime noch wesentlich beunruhigenderen Entwicklungen zeichnen sich in den USA ab.

Verbrechen ohne Sühne

Unter dieser Überschrift berichtete die spanische Tageszeitung El País am 9. Mai über die Zwischenergebnisse bei den Untersuchungen bezüglich des Massakers an der "Mittelamerikanischen Universität" (UCA). Armeeangehörige hatten dort am 16. November inmitten der laufenden FMLN- Offensive sechs Jesuitenpater und zwei Zeuginnen der Vorfälle ermordet. Dieses abscheuliche Verbrechen kostete die Regierung Cristiani international viel Kredit. Sie bemühte sich, sekundiert von der US-Regierung, eine "Einzeltäter-Theorie" in die Welt zu setzten, um von der Verantwortung der Armee- und Staatsführung abzulenken. Sie brachte ein Bauernopfer und ließ neun Militärs verhaften, unter ihnen, zum ersten Mal in der salvadorianischen Geschichte, einen Oberst. Cristiani versprach, das Verbrechen aufzuklären. Nun verlaufen die Untersuchungen im Sande.

Eine Untersuchungskommission des US- Kongresses, der 19 Abgeordnete der Demokratischen Partei angehören, legte am 30. April dem Repräsentantenhaus einen Bericht vor. Der "Moakley-Bericht" weist die "Einzeltäter-These" zurück und macht die Streitkräfte als Institution für die Morde verantwortlich und fragt nach

den Hintermännern der Untat. Er kritisiert, daß die Untersuchungen seit Mitte April blockiert werden. Er betont, daß wichtige Beweismittel "verschwunden" sind und es nicht unwahrscheinlich ist, daß der Hauptbeschuldigte, Oberst Benavides, nicht einmal verurteilt wird.

Der mit der weiteren Untersuchung beauftragte Richter, Ricardo Zamora, ist derselbe, der seit zehn Jahren ergebnislos gegen die Mörder von Erzbischof Romero ermittelt. Dieser Bericht an das Repräsentantenhaus hat eine besondere Bedeutung, weil laut Kongreßbeschluß die "vollständige Aufklärung des Falles die grundsätzliche Bedingung für die Fortsetzung der Hilfe an El Salvador" ist.

Darüberhinaus wurden wichtige Hinweise bekannt, die auf eine direkte Mitverantwortung der USA an dem Verbrechen hindeuten. Das Bataillon "Atlacatl", 1981 als Sonderbataillon aufgebaut und von US-Militärberatern trainiert, wurde vom 12. - 20. November 1989 von 13 US-Sonderausbildern unterwiesen. Ein Teil des Bataillons unterbrach die Maßnahme und wurde am 13. November nach San Salvador in den Kampf beordert. Unter Begleitung eines Offiziers der "Nationalen Geheimdienstführung" (DNI), die von der CIA gegründet und finanziert wurde, führten 35 Soldaten des Bataillons Atlacatl zwei Tage vor den Morden eine Razzia in der Jesuitenuniversität durch. Am 16. November verübten 50 Soldaten derselben Einheit das Massaker. (1)

Die umstrittene US-Militärhilfe

Erstmals seit 1984 ist im US-Kongreß die US-Militär- und Wirtschaftshilfe an El Salvador wieder umstritten. Die von der Administration Bush für das im Oktober beginnende Haushaltsjahr 1991 beantragten 375 Mio US Dollar, davon 91,4 Mio US Dollar Militärhilfe und 284 Mio US Dollar Wirtschaftshilfe, werden voraussichtlich im Kongreß nicht wie beantragt gebilligt. (2) Bereits im Herbst vergangenen Jahres forderte Senator Dodd, die Militärhilfe um 50% zu kürzen. Seither wurden mehrere ähnliche Initiativen eingebracht. Ein Ausschuß des Repräsentantenhauses stimmte am 26. April ebenfalls für diesen Vorschlag. Dies war zwar sowohl für die Regierung Bush als auch das Cristiani- Regime ein erster Schuß vor den Bug, aber die abschließenden Beratungen im Repräsentantenhaus stehen erst noch bevor. Die Gesetzesvorlagen sehen vor, daß die Kürzung der Hilfe jeweils mit einem Bündel von Auflagen verbunden ist, welche die Regierung Cristiani zu ernsthaften Verhandlungen mit der FMLN, zur Aufklärung des Massakers an der UCA und zu Strukturreformen im Militär und im Justizapparat verpflichten sollen. Aber für den Fall einer erneuten Großoffensive der FMLN soll der Armee El Salvadors die restliche Hälfte ausgezahlt werden. Wichtig festzuhalten: selbst wenn es, was noch offen ist, letztlich zu einer politisch bedingten Halbierung der Neuzusage für die zukünftige Militärhilfe käme, so müßte selbst in diesem Fall die Armee nicht in Panik ausbrechen. Denn 685 Mio US Dollar bereits genehmigter Wirtschafts- und Militärhilfe aus den vergangenen Jahren wurden aus technischen Gründen noch nicht ausgezahlt, sie sind in der sog. Pipeline. Eine Finanzeinschränkung hätte also erst einmal keine gravierenden Probleme für die Armee zur Folge. (3)

Dennoch: während die Diskussionen im US- Kongreß in den vergangenen Jahren darum kreisten, wie die FMLN militärisch zu schlagen sei und wie die Regierungen El Salvadors zu Stukturreformen zu bewegen wären, um der FMLN die politische Basis zu entziehen, so sind heute die Fragen der Senatoren andere. Wie können wir den Krieg beenden, den wir nicht gewinnen können? Und wie kommen wir aus der Verantwortung für eine korrupte und mörderische Armee heraus? Daß Verhandlungen und eine politische Lösung des Konfliktes nötig sind ist wohl Mehrheitsmeinung. Ein wachsender Teil von Kongreßabgeordneten hält Budgetkürzungen für ein geeignetes Mittel, um Cristiani zu ernsthaften Gesprächen mit der Befreiungsbewegung zu zwingen.

Die Gesprächsrunde in Caracas/Venezuela (Mai 1990)

Am Mittwoch den 16. Mai begann die jüngste Verhandlungsrunde in Caracas (Venezuela). Die FMLN hatte sich bereits im Vorfeld, am 2. Mai, mit dem Beauftragten der Vereinten Nation für Mittelamerika, Alvaro de Soto, getroffen. Am 5. Mai kamen die Vertretungen von acht Parteien El Salvadors, ARENA eingeschlossen, zu einem Treffen mit der FMLN nach Mexiko. Die FMLN stellte jeweils ein Dokument zur "Demilitarisierung und Demokratisierung" vor, das jedoch bis jetzt noch nicht veröffentlicht ist. Zu dem Treffen nach Caracas entsandte die Regierung wieder eine zweitrangig besetzte Delegation, der jedoch dieses Mal, im Unterschied zur vorhergegangenen Runde in Genf, ein hoher Militär angehörte. Die Unterredungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dies war in Genf vereinbart worden. Die Gespräche dauerten sechs Tage, so lange wie

noch nie zuvor. Über den Verhandlungsverlauf drang außer dem gemeinsam unterzeichneten Kommuniqué nichts an die Öffentlichkeit.

Das Kommuniqué selbst beinhaltet, die inhaltliche und zeitliche Planung des vereinbarten Verhandlungsprozesses. Im Punkt A) stecken sich beide Parteien folgendes Ziel: "Das Erreichen von politischen Übereinkünften zur Vereinbarung der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung und jeglicher Handlung, welche die Rechte der Zivilbevölkerung verletzt. Dies mit Überprüfung der Vereinten Nationen, falls der Sicherheitsrat einverstanden ist." Um dieses Ziel zu erreichen sollen politische Übereinkünfte bezüglich der umstrittenen Fragen (Streitkräfte, Menschenrechte, Justizwesen, Wahlsystem, Verfassungsreform, wirtschaftlich- soziales Problem) erzielt werden.

Dann soll die "Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen" vereinbart werden, also ein Waffenstillstand, wobei sich aber die Streitkräfte verpflichten, die Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung einzustellen. In einem nächsten Schritt soll die "Wiedereingliederung der FMLN ins zivile, institutionelle und politische Leben des Landes" erfolgen.

In Punkt B) wird eine zeitliche Grobplanung des weiteren Verhandlungsprozesses skizziert, die zum Ziel hat, bis Mitte September einen Waffenstillstand zu erreichen. Die Dauer des gesamten Verhandlungsprozesses wird auf zwei bis sechs Monate kalkuliert, aufgrund von unabwägbaren Faktoren sei aber kein bestimmtes Enddatum festlegbar. (4)

Nachdem in Genf der Schritt von unverbindlichen Gesprächen hin zu von der UNO beaufsichtigten ernsthaften Verhandlungen getan wurde, einigten sich beide Seiten nun auf einen zeitlichen Ablauf und die zu behandelnden Probleme. In den nachfolgenden Runden geht es jetzt um tragfähige Übereinkünfte über die Probleme, die Ursache der jetzigen bewaffneten Auseinandersetzungen sind. Bereits die bisherigen Vorschläge der FMLN machen deutlich, daß sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit ist. Sie ist prinzipiell bereit, sich in das zivile Leben zu reintegrieren und die Streitkräfte als alleinige bewaffnete Macht anzuerkennen. Sie ist auch bereit, sich an Wahlen zu beteiligen etc. Sie verhandelt nun über die Bedingungen dafür. Die große Frage ist, ob auf der anderen Seite, Armee und ARENA, wirklich zu inhaltlichen Zugeständnissen bereit sind, ob sie wie gefordert demokratische Freiräume öffnen und einige soziale Reformen ermöglichen, welche die FMLN fordert. Es muß sich erweisen, ob ARENA und die Armee wirklich von ihrer Konzeption der Zerschlagung der FMLN abrücken und jener einen Platz in El Salvador einräumen. Trotz des großen inneren und internationalen Drucks in diese Richtung ist das letzlich noch nicht endgültig ausgemacht.

Wenn alles so läuft, wie von der FMLN geplant, wird es ihr nach 10 Jahren militärischem Kampf mit über 70.000 Toten gelingen, in El Salvador den Weg zu einer wirklichen Demokratisierung zu öffnen. Dies wäre das Ende von 50 Jahren nahezu ununterbrochenen Militärdiktaturen.

Al., KB-Nürnberg

Anmerkungen:

1) Die Fakten nach einer Reportage von Phil Bronstein (San Francisco Examiner, 15. April 1990) und des "Komitees der Anwälte für die Menschenrechte", zitiert nach: Radio Venceremos Bulletin Nr. 130, Köln 2.5.1990, S. 3-5

2) Zahlen nach: Pensamiento Propio, Managua/Nicaragua April 1990, S. 6

3) Siehe: FMLN (Hg), Venceremos Nr. 5, Bonn April 1990, S.4f

4) Alle Zitate aus dem Dokument, das in Caracas am 21. Mai veröffentlicht wurde.

43. Nicaragua: Chamorra muß sich entscheiden Die Contra-Demobilisierung als politischer Machtfaktor

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:42

Der Kampf um die Macht in Nicaragua und deren politische Ausgestaltung innerhalb einer bürgerlichen "Demokratie", in dem die Contra als Machtfaktor und Machtmittel eine zentrale Rolle spielt, hat gerade erst begonnen. Solange die Contra dabei nicht ausgeschaltet wird, d.h. entwaffnet und demobilisiert, bleibt die reale Gefahr der staatlich legitimierten Repression zur politischen und materiellen Vernichtung der Sandinisten und damit der Opposition bestehen.

Die Entwaffnung der Contra schien mit dem Wahlsieg der von den USA zusammengezimmerten Parteienkoalition UNO und ihrer Präsidentin Chamorro an der Spitze eine Selbstverständlichkeit. Die Zermürbungstaktik der USA mittels der Contra ist aufgegangen. Die USA haben nun, was sie wollen - eine willfährige und steuerbare Regierung. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, daß sich die bewaffneten Kräfte der Reaktion mit dem überraschenden Wahlsieg und der Regierungsübergabe zufriedengeben werden. Sie sind sich einerseits ihrer Macht, andererseits ihrer Verpflichtung gegenüber der neuen Präsidentin sehr wohl bewußt. In der Interimszeit zwischen Wahl und Regierungsübergabe bestimmten sie die Politik.

Der von Chamorro und ihrem Beraterstab ausgerufenen Haltung der nationalen Versöhnung stimmten auch die Sandinisten zu. Die Contra signalisierte im Laufe der zahlreichen Verhandlungen und Verträge ihre Zustimmung, begleitete das Ganze aber mit Maximalforderungen und Nichteinhaltung der Abkommen mit dem Ziel, eine Demobilisierung so lange wie möglich zu verzögern. Gleichzeitig überfiel sie in alter Manier im Norden des Landes weiter die Bevölkerung, ungeachtet des von den Sandinisten ausgerufenen einseitigen Waffenstillstandes.

Die Contra: Die neue Macht im Staat?

In dieser Zeit wurden zwei Verträge zur Demobilisierung der Contra abgeschlossen. Die Verhandlungen, die zu dem ersten Vertrag am 23.3. führten, wurden zwischen einer Kommission Chamorros und Vertretern der Contra geführt, wobei auch Contrachef Israel Galeano Cornejo, "Commandante Franklin", anwesend war. Dem Papier nach sollte die Entwaffnung bis zum 20.4. stattfinden, somit vor dem geplanten Termin der Regierungsübergabe abgeschlossen sein. Die sich in Nicaragua aufhaltenden Contras sollten sich in dafür vorgesehene Sicherheitszonen zurückziehen, Resozialisierungsmaßnahmen wurden zugesagt. Unterschrieben wurde der Vertrag seitens der Contra von Oscar Sobalvarro. Galeano blieb somit die Möglichkeit erhalten, weiterhin die gleichzeitige Entwaffnung des Heeres zur Bedingung für ihre eigene zu machen (1). Diese Bedingung verdeutlicht wie keine andere Forderung - sei es die Verringerung der Truppenstärke des Heeres, die Abschaffung des Innenministeriums in seiner bisherigen Form oder die Entlassung hoher sandinistischer Offiziere aus der Armee - wohin die Contra will: zur Übernahme der militärischen Macht im Staat.

Als bekannt wurde (2), daß sich in Honduras nur noch 500 - 1000 Contra-Söldner befinden und der Rest - zwischen 8.000 und 10.000 werden geschätzt - bereits in Nicaragua sei, findet in einem Lager in Honduras eine Show-Entwaffnung von 260 Söldnern statt. Die Waffen, die sie abgaben, waren nach Aussagen eines honduranischen Offiziers schrottreif (3).

Verhandeln, um zu brechen

Da der im ersten Vertrag festgelegte Entwaffnungszeitpunkt nicht für sich in Nicaragua aufhaltende Contras gilt (4), war eine Situation geschaffen, in der erneut verhandelt werden mußte. Und dies unter dem Druck, die gesamte Contra im Land zu haben. Diesmal war neben UNO und Contra die FSLN als noch amtierende Regierungspartei mit ihrem Verhandlungsführer Humberto Ortega vertreten. Es wurden die genauen Gebiete der fünf Sicherheitszonen mit dem sie umfassenden 20 km breiten entmilitarisierten Gürtel festgelegt. Der Rückzug des Heeres soll von den mittelamerikanischen UN-Friedenstruppen (ONUCA), an die auch die Waffen abgegeben werden sollen, sowie Delegierten der Contra und last but not least Kardinal Obando y Bravo überwacht werden. Ab dem 25.4. kann die Armee gegen sich nicht in den Sicherheitszonen aufhaltende Contras vorgehen.

Bezüglich des Entwaffnungszeitraumes kann die Contra in diesem Punkt einen ersten Erfolg verbuchen. Nach diesem Vertrag sollte die Entwaffnung am 25.4. beginnen und am 10.6. abgeschlossen sein, d.h. eine Entwaffnung erst nach der Regierungsübergabe. Über den Verbleib der hohen sandinistischen Offiziere in der Armee wurden keine Festlegungen getroffen, was der Verzögerungsstrategie der Contra auch zugute kommt (5). Der von UNO-Chefunterhändler A. Lacoyo nach Vertragsschluß vollmundig vorgebrachte Satz: "Ich glaube, daß ab der Unterzeichnung dieses Vertrages nichts mehr zu verhandeln ist"(6), sollte sich nach der Regierungsübergabe als (bewußte ?) Fehleinschätzung erweisen. Wie auch beim ersten Vertrag unterzeichnete für die Contra die zweite Garde mit O. Sobalvarro. Galeano kündigte am Tag der Vertragsunterzeichnung an, sie werden "... solange Druck ausüben, bis eine Entmilitarisierung Nicaraguas oder der völlige Rückzug der Sandinisten aus den nicaraguanischen Streitkräften erreicht sei" (7). Die Contra hatte also bis zu diesem Zeitpunkt gerade soviel zugestanden, wie Chamorro brauchte, um ihrer Wahlkampfstilisierung als integrative, friedensstiftende Madonna gerecht zu werden. Somit konnte es am 25.4. zu der vereinbarten Regierungsübergabe zwischen FSLN und einer Kommission Chamorros kommen. Die Contra hatte zwischenzeitlich soviel Druck ausgeübt, daß sie bei der Umverteilung der Macht nicht ins Hintertreffen geraten würde. Die Entscheidung Violeta Chamorros, Humberto Ortega als Armeechef im Amt zu belassen und als amtierende Präsidentin selbst das Verteidigungsministerium zu übernehmen, bietet der Contra einen weiteren Anlaß, ihre Strategie fortzuführen. Einmal mehr tritt Galeano ins Rampenlicht, um den Verbleib Ortegas als Armeechef als Vertragsbruch zu bezeichnen und die Demobilisierung von der Zerschlagung von Armee und Polizei abhängig zu machen (8). Obwohl die ONUCA bekanntgibt, daß sich fast alle Contras in den fünf Sicherheitszonen aufhalten, läßt Chamorro ihr gesamtes Kabinett antreten, um erneut mit der Contra am 5.5. ein Abkommen, das sog. "Abkommen von Managua", zu schließen. In diesem wurde ihnen erhebliche Zugeständnisse, wie die Entwaffnung der Zivilisten in und um die Sicherheitszonen herum, gemacht. Von Bedeutung ist die Vereinbarung, der Contra alle notwendige Unterstützung bei einer Reorganisation, in der sie ihre Strukturen beibehalten und als Regionalpartei mit bäuerlicher Ausrichtung tätig werden kann, zukommen zu lassen. Die materielle Versorgung soll mit der Einrichtung von sog. Entwicklungsstützpunkten gewährleistet werden. Gleichzeitig soll Humberto Ortega am 10.6. einen Plan zur Truppenreduzierung, von FSLN und Regierung vor dem 25.4. vereinbart, bekanntgeben.

Mit diesen Zusagen ausgestattet, verkündet Galeano den Beginn der Entwaffnung am 8.5. und unterzeichnet das Abkommen diesmal selbst.

Chamorros Zwickmühle

Um den Preis der Aufgabe der vollständigen Auflösung der Contra scheint es Chamorro gelungen zu sein, zumindest die Entwaffnung ein Stück konkreter gemacht zu haben. Dieses mindestens halbherzig zu bezeichnende Abkommen macht die Lage, in der sich Chamorro befindet, deutlich. In der UNO, die von den USA lediglich als Wahlkampfkoalition und nicht als Regierungspartei gedacht war, treten jetzt die Widersprüche in Bezug auf die Ausgestaltung der Politik auf, die im Wahlkampf mühsam abgefedert wurden. Chamorro und ihr Klientel muß sich, um die Macht zu halten, nach allen Seiten absichern.

Da sind auf der einen Seite die Ultrarechten in der UNO, wozu die Somozisten, der politische Rat, der Unternehmerverband COSEP und auch die Contra zählen. Die weisen zwar untereinander auch Widersprüche auf (10), sind sich aber in dem Ziel, die Sandinisten von der Bühne verschwinden zu lassen, einig. Ihr prominentester Vertreter ist der altbekannte Sandinistenfeind Virgilio Godoy, seines Zeichens Vizepräsident der Regierung. Auf der anderen Seite stehen die Sandinisten, die mit 40% der Stimmen bei der Wahl als stärkste Partei ein nach wie vor nicht zu übersehender Machtfaktor sind. In diesem Spektrum nimmt die Gruppe um Chamorro eine Mittelposition ein, deren wichtigste Vertreter der Präsidialminister A. Lacoyo und der als politisches Chamälion bekannte Alfredo Cesar sind. Die Angriffe der Ultrarechten gegen die Gruppe um Chamorro werfen ihr im Kern eine sandinistenfreundliche Haltung vor. Sie verhindere die "Demokratisierung" des Landes, wobei auch hier der Verbleib von Humberto Ortega im Amt als Armeechef und die nicht betriebene Auflösung der Streitkräfte eine Rolle spielen. Godoy nimmt Chamorro insbesondere die Besetzung des Kabinetts, in dem keine Vertreter der Ultrarechten vorhanden sind, übel. Er kündigte an, in einem Jahr werde er Präsident sein, während die Contra anmerkt, Lacoyo traue den Sandinisten mehr als ihnen (11).

Die Gruppe um Chamorro versucht sich derzeit noch mit Konzessionen an beide Seiten an der Macht zu halten. Humberto Ortega als kalkuliertes, da die Stabilität sicherndes Zugeständnis nach links, das "Abkommen von Managua" als Zugeständnis nach rechts. Mit dieser Konzessionspolitik ist die Macht auf

Dauer nicht zu halten. Chamorro wird sich entscheiden müssen, ob sie mit den Sandinisten die Contra entwaffnen und damit den Weg für eine bürgerlich-liberale Ausgestaltung der Politik freimachen will, wie sich das in der Zeit vor der Regierungsübergabe andeutete, oder ob sie mit den Ultrarechten, und d.h. mit der Contra, zusammengehen will, was Unterdrückung und Vernichtung der Sandinisten bedeutet. Die Zeit steht dabei auf der Seite der Ultrarechten und mit jedem Tag, mit dem Chamorro die Entscheidung hinauszögert, rückt sie, ob sie will oder nicht, ein Stück weiter nach rechts.

Li., Hamburg

Anmerkungen:

(1) TAZ vom 7.3.,23.3. und 29.3.1990

(2) TAZ vom 11.4.1990

(3) ANN Nr.199 vom 25.4.1990

(4) FAZ vom 18.4.1990

(5) ANN Nr.199 vom 25.4.1990

(6) zit. n. ANN Nr.199 vom 25.4.1990

(7) zit. n. FAZ vom 20.4.1990

(8) FR vom 28.4.1990

(9) ANN Nr. 201 vom 9.5.1990, TAZ vom 7.5.1990

(10) vgl. hierzu Correos Nr.68 vom 4.5.1990 und ANN Nr.201 vom 9.5.1990

(11) FAZ vom 26.4.1990

44. Nachbereitungstreffen zum Hamburger Palästina-Kongreß

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:52

Zu einem Nachbereitungstreffen zum Hamburger Palästina-Kongreß hatte der Verein "FreundInnen des palästinensischen Volkes" Hamburg nach Westberlin für den 11.-13.5.90 eingeladen, um bundesweit mit den Solidaritätsgruppen den Kongreß auszuwerten und die weitere Solidaritätsarbeit zu Palästina zu diskutieren und zu koordinieren. Gekommen waren VertreterInnen der Nahost-Gruppen aus Wuppertal, Bielefeld, Zürich, Freiburg, Hamburg, Göttingen und Italien und natürlich die Palästina-Gruppe in Westberlin. Auch ein Vertreter des offiziellen Solidaritätskomitees aus der DDR war zugegen, der über die, vielen nur vage bekannte, Solidaritätsarbeit in der DDR zu Palästina informierte.

Zunächst gaben die einzelnen Gruppen einen kurzen Situationsbericht von ihrer Arbeit seit dem Palästina-Kongreß. Dann berichteten zwei Frauen von dem Verein "FreundInnen des palästinensischen Volkes" von ihrer Reise in die Westbank und den Gazastreifen. Desweiteren sollte über die politische Situation der Solidaritätsarbeit in der BRD diskutiert und schließlich konkrete Projekte abgesprochen werden.

Der Reisebericht umfaßte eine Einschätzung der ökonomischen und politischen Situation der Intifada und gab auch Stimmungen von PalästinenserInnen zur Intifada wieder. Da die Erfahrungen dieser Reise ausführlich in dem neusten Palästina-Info (Nr. 10/11, 3. Jahrg., hrsg. v. dem Verein "FreundInnen des palästinensischen. Volkes") dargelegt sind, verzichte ich hier auf eine weitere Wiedergabe.

Solidaritätsarbeit im Ausland

Die VertreterInnen der Koordination der italienischen Komitees aus Rom berichteten zunächst, daß sie in Absprache mit den Volkskomitees den Kauf zweier Krankenwagen unterstützt haben und demnächst den Bau eines Kindergartens fördern werden. In der späteren Diskussion blieb jedoch offen, auf welchem politischen Hintergrund das Geld gesammelt wurdein der BRD ist es kaum vorstellbar, die erforderliche, relativ hohe Summe für einen solchen Zweck zusammenzubekommen.

Zu Beginn der Intifada sei die Berichterstattung in den Medien umfangreicher gewesen als z.B. in der BRD. Heute sei sie aber soweit zurückgegangen, daß von einer Nachrichtensperre gesprochen werden müsse. Das Komitee bemühe sich, diese Nachrichtensperre zu durchbrechen. Bei der Frage nach der Umsetzung der Boykottaufrufe seien sie zwar auf Antisemitismusvorwürfe gestoßen, aber die öffentliche Klärung des Unterschieds zwischen Antisemitismus und Antizionismus sei in Italien leichter als in der BRD. Der Boykottaufruf sei allerdings auch nicht zu einer Kampagne geworden, und es sei ebenfalls nicht die Hauptarbeit ihrer Solidaritätsarbeit. Ihr Anliegen auf dem Treffen war vor allem, die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit in bezug auf Projekte zu besprechen.

Leider wurde der Bericht der ItalienerInnen nicht intensiv diskutiert, so daß wichtige und genauere Fragen zum Unterschied der Bedingungen für die Solidaritätsarbeit in Italien nicht deutlich wurden.

Das offizielle Solidaritätskomitee der DDR arbeitet nicht nur speziell zu Palästina, sondern zu Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Vertreter dieses Komitees informierte darüber, daß es sich im Zusammenhang der allgemeinen Veränderungen in der DDR ändern oder möglicherweise auch auflösen werde. In jedem Falle werde es an Bedeutung verlieren. Es hätten sich schon eigenständige Solidaritätsgruppen zu Palästina gebildet, z.B. die Vereinigung der Freunde Palästinas, auf die der Vertreter aber nicht näher eingehen wollte. Die bisherige Solidaritätsarbeit bezog sich hauptsächlich auf den Einzug von Geldspenden, mit denen einzelne Projekte, in Palästina vor allem über die UNRWA, unterstützt wurden. Ebenfalls wurden Kader von der DDR ausgebildet und Kinderferienlager unterhalten.

Eine Diskussion entwickelte sich leider nicht, obwohl der Komiteevertreter mit dem Interesse an Informationsaustausch und zur Kontaktaufnahme gekommen war. Eine Erörterung von Fragen, wie der nach der Abhängigkeit des Solidaritätskomitees von der offiziellen DDR-Außenpolitik und der daraus resultierenden Unterstützung von reaktionären arabischen Regimes durch dieses Komitee fand nur in Ansätzen statt. Auch

Fragen zum bisherigen Umgang mit PalästinenserInnen in der DDR, deren Ausbildung und Aufenthalt von diesem Komitee abhing und zu deren zukünftiger Situation, blieben offen.

Boykott und Projekte

Übereinstimmung bestand darin, daß der Aufruf zum Boykott nicht zu einer Kampagne geworden, sondern ins Stocken geraten sei; in einigen Städten wurde er sogar abgebrochen. Die allgemeine Erfahrung in der Arbeit mit dem Boykottaufruf war zum einen, daß Antisemiten sich bestätigt sahen, zum anderen, selbst mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert worden zu sein. Zur Frage des weiteren Umgangs mit dem Boykottaufruf wurde geäußert, daß die Boykottparole auch weiterhin bei anderen Aktionen quasi hintenran immer mitlaufen solle. Dagegen wurde eingewendet, daß die Diskussionen um den Boykottaufruf gerade ergeben hätte, daß er sich nicht zu einer Massenkampagne hätte ausweiten lassen aufgrund des antisemitischen Potentials in der BRD-Bevölkerung. Der Aufruf solle deshalb auch nicht weiter als aktionistische Parole an jedes Flugblatt angehängt werden, weil damit gerade nicht der notwendig darzulegende Hintergrund und die eigene politische Position deutlich gemacht würden.

Die Frage, wie ein Boykottaufruf unter Einbezug der gemachten Erfahrungen weiter Bestand in der Solidaritätsarbeit haben könne, konnte nicht beantwortet werden. Hierzu wäre eine vertiefende Auseinandersetzung um die Ursache des Scheiterns nötig gewesen, in die auch die Erfahrungen der ItalienerInnen mit dem Boykottaufruf in die Diskussion hätten miteinbezogen werden müssen.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage nach den Projekten in Palästina. Einige wollten die praktische Unterstützung in Projekten - nach dem Vorbild der Arbeitsbrigaden in Nicaragua - zum Schwerpunkt ihrer Solidaritätsarbeit machen. Dem wurde entgegengehalten, daß das Reisen nach Palästina kein Ersatz für Solidaritätsarbeit von der BRD aus sein sollte, sondern auf die hiesige Situation bezogen sein müsse. Solche Unternehmungen seien nur sinnvoll, wenn durch den Aufbau von verbindlichen Kontakten zu PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten sowohl die ökonomischen und politischen Bedingungen unter der Besatzung in Palästina in die Überlegung miteinbezogen wie auch die Bestimmung der Projekte durch die Volkskomitees erfolgen würde.

Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Umsetzung politisch für sinnvoll erachteter Aktionen wie dem Boykott israelischer Waren, bestand auf diesem Treffen ein großes Diskussionsbedürfnis unter den Solidaritätsgruppen. Im Mittelpunkt dabei standen der Antisemitismus in der BRD und der Antisemitismusvorwurf gegen Gruppen, die Solidaritätsarbeit zu Palästina machen.

Kritisiert wurde an dem Treffen die schlechte Organisation der Diskussionsabläufe. Dadurch wurden leider viele Themen nur angerissen und keine konkreten Beschlüsse gefaßt. Hierzu gehören die Einschätzung des Kongresses, die Diskussion über die Solidaritätsarbeit in der DDR und vor allem eine Diskussion über die Situation der Solidaritätsarbeit in der BRD.

an., Palästina-Arbeitskreis

45. Peru am Ende - Politik abgewählt!

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:41

Einen für alle vollkommen überraschenden Ausgang nahmen die erste Runde der Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen am 8. April in Peru. Nicht der Kandidat der Rechten, der international bekannte Schriftsteller Mario Vargas Llosa, der allgemein als sicherer Sieger gehandelt wurde, sondern ein bis dato völlig unbekannter unabhängiger Kandidat namens Alberto Fujimori, Peruaner japanischer Abstammung und Präsidentschaftskandidat des unabhängigen, konservativen Wahlbündnisses Cambio 90, gilt nun im zweiten Wahlgang (der voraussichtlich am 10. Juni durchgeführt werden wird) als aussichtsreichster Kandidat für das Präsidentenamt. Nach den Hochrechnungen des Instituts "Peruana de Opinón Publica" erhielt FREDEMO 30.9% der Stimmen, Cambio 90 28,5%, APRA 16,9%, IU 6,4%, IS 4,4% und andere Parteien 1,7%; ungültig oder weiß stimmten 11.2% der Wähler.

Verlierer dieser Wahlen sind alle traditionellen politischen Kräfte Perus: nicht allein das rechte Parteienbündnis FREDEMO (Demokratische Front), sondern genauso die bisherige sozialdemokratische Regierungspartei APRA und die beiden Bündnisse der gespaltenen Linken Izquierda Unida (Vereinigte Linke) und Izquierda Socialista (sozialistische Linke). Abgestimmt haben die Peruaner aber auch gegen die beiden großen Guerillaorganisationen des Landes, gegen die mit Teilen der IU zusammenarbeitende MRTA (Movimento Revolucionario Tupac Amaru) und - insbesondere - gegen die zum Wahlboykott aufrufende PCP (Kommunistische Partei Perus) - Sendero Luminoso.

Es hat den Anschein, daß viele Peruaner aller klassischen politischen Lösungsansätze müde sind, ohne Hoffnung angesichts der aussichtslosen wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes. Trotzdem ist Peru nun in seiner typischen Personenfixiertheit auf den "chino" gekommen, der zwar eher den Anti-Caudillo verkörpert, die Probleme des Landes aber auch nicht lösen können wird.

Als die APRA und ihr Präsident Alan Garcia 1985 die Regierung übernahmen, waren sie nicht nur die Hoffnung beinahe der gesamten peruanischen Bevölkerung, sondern wurden auch international mit Vorschußlorbeeren bedacht, galt doch die APRA - Ziehkind der Sozialistischen Internationale - als Vertreter eines sozialdemokratischen und somit nichtrevolutionären Entwicklungsmodells für Lateinamerika. Der Versuch der Garcia-Regierung, im nationalen Konsens gemeinsam mit den Vertretern des Kapitals und den Militärs Peru aus der Krise zu führen, endete mit einer Bauchlandung Garcias zwischen allen Stühlen. Selbst die eigene Parteibasis versagte die Gefolgschaft, weil sie in dem kapitalfreundlichen Kurs der Regierung personell und politisch ihre Interessen nicht gewahrt sah. Dies fand seinen Ausdruck in der Nominierung von Luis Alva Castro zum Präsidentschaftskandidaten der APRA; Castro war, bis er 1987 im Streit aus der Regierung ausschied, Wirtschaftsminister und ist einer der schärfsten innerparteilichen Kritiker Garcias.

In der Hoffnung, über Nachfragestimulation und importsubstituierende Industrialisierung die strukturelle Unterentwicklung Perus zu überwinden, betrieb Garcia seine Politik vor allem mit den sog. zwölf Aposteln, den zwölf größten nationalen und ausländischen Wirtschaftsgruppen in Peru. Solange diese Politik für diese Wirtschaftsgruppen lohnend war, arbeiteten sie mit Garcia zusammen; von der Regierung forderten und erhielten sie zahlreiche Vergünstigungen und Subventionen. Diese Politik führte zu einem zweijährigen Aufschwung, der jedoch aus dem Staatshaushalt finanziert war und in sich zusammenbrach, als die Unternehmer sich weigerten, ihre vom Staat finanzierten Gewinne in Peru zu investieren und sie stattdessen ins Ausland transferierten. Der Mitte 1987 unternommene Versuch, die Banken zu verstaatlichen, um so den Kapitalexport zu kontrollieren, endete im politischen Fiasko. Der Bourgeoisie gelang es, weite Teile der Mittelschicht gegen die Bankenverstaatlichung zu mobilisieren. An der Spitze dieser Bewegung mit dem Namen "Libertad" (Freiheit) stand Vargas Llosa, der seitdem als möglicher Nachfolger Alan Garcias im Präsidentenamt galt. Nach einem Jahr mußte Garcia sein Scheitern eingestehen und die Bankenverstaatlichung zurücknehmen.

Nach zwei Jahren des Aufschwungs folgte die Wirtschaftskrise und die größte Rezession in der Geschichte Perus. 1989 gab es eine Inflation von über 2000% und einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 17%. Über 80% der Peruaner sind arbeitslos oder unterbeschäftigt, in den letzten zwei Jahren fiel die Kaufkraft der Löhne um 70%.

Vollmundig und öffentlichkeitswirksam hatte Alan Garcia bei seiner Wahl auch angekündigt, nur 10% der Exporterlöse als Schuldendienst an die ausländischen Gläubiger zu zahlen. Obwohl Peru auch weiterhin über 30% zahlte, reichte allein die verbale Kampfansage, um den Zorn aller multinationalen Geldgeber auf sich zu ziehen.

Auch das Militär zeigte dem Präsidenten sehr schnell, wo in Peru die "Demokratie" aufhört. Gerade als sich Garcia im Juni 1986 in Lima vor der Sozialistischen Internationale feiern lassen wollte, ermordete das Militär über 300 politische Gefangene des Sendero Luminoso, die aus Protest gegen ihre Haftbedingungen in den Aufstand getreten waren. Alan Garcia kündigte sofort eine umfassende Untersuchung des Massakers an und die Bestrafung der Schuldigen. Obwohl die Täter und Hintermänner bekannt sind (einige Spuren führen bis ins Innenministerium), sind bis vor kurzem lediglich zwei kleine Polizisten (keine Militärs) verurteilt worden. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in den Bürgerkriegsgebieten in den Zentralanden hat zumindestens dort das Militär vollkommen freie Hand. Über 18.000 Bauern wurden ermordet, über 3000 sind verschwunden, Folterungen gehören zum Tagesgeschehen. Für die Jahre 1987 und 1988 bezeichneten die Vereinten Nationen Peru als das Land mit den meisten Verschwundenen weltweit.

Seit 1983 acht Journalisten bei der Recherche eines Massakers an Bauern in den Anden vom Militär ermordet wurden, wird der Massenmord fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit betrieben. Spätestens seit 1987 gibt es in Peru auch Todesschwadronen (Comando Democratico Rodrigo Franco, CRF), die zahlreiche Mordanschläge auf Rechtsanwälte, Gewerkschafter, Linke Politiker, Menschenrechtsaktivisten etc. verübt haben. Zwischen dem CRF und der APRA gibt es direkte Verbindungen. Der Innenminister Mantilla gilt als politischer Kopf der Todesschwadronen.

FREDEMO - Klassenkampf von oben

40 Millionen US-Dollar - ein vielfaches des Etats aller anderen Parteien zusammen - gaben die FREDEMO und ihre Kandidaten für den Wahlkampf aus, die zum größten Teil für mehr als 19.000 Fernsehwerbespots verwendet wurden. Stündlich mehrfach und auf allen Kanälen wurden Vargas Llosa und die FREDEMO als die Rettung Perus dargeboten. Vargas Llosa galt als der weltoffene, integre Schriftsteller, der, durch den Kampf gegen die Bankenverstaatlichung profiliert, als Garant für eine positive Entwicklung in Peru dargestellt wurde. (Diese Botschaft wurde auch weithin geglaubt: Bis zum Januar 90 gaben zwischen 50% und 60% der Peruaner an, Vargas Llosa wählen zu wollen.)

Vollmundig und siegessicher versprach er Peru das Ende von Inflation, Wirtschaftskrise und Bürgerkrieg. Vargas Llosa entpuppte sich allerdings immer mehr als neoliberaler Hardliner, der Peru eine politische und ökonomische Roßkur verordnen wollte. Das Wort vom Schock machte die Runde und wurde so zum meist diskutierten Wahlkampfthema. Vargas Llosas Programm war die Privatisierung aller Staatsbetriebe (einschließlich aller staatlichen Schulen außer den Grundschulen), 500.000 Entlassungen in der staatlichen Bürokratie, Abbau aller staatlichen Subventionen insbesondere für Grundnahrungsmittel, Streichung aller Importbeschränkungen und freier Kapitalverkehr. Die Diskussion über die Folgen dieser Politik - insbesondere für die Arbeiterklasse, die kleinen Produzenten, den Subsistenzsektor und die Bewohner der Armenviertel - ließ sich im Wahlkampf nicht mehr verhindern.

Da dieses Programm nur gegen die Volks- und Basisorganisationen sowie gegen die Gewerkschaften, die in Peru besonders gut organisiert sind, durchzusetzen ist, muß mit einer Verschärfung der Repression gerechnet werden. Das Problem der Guerillabewegungen sollte auf ähnliche Weise gelöst werden. Der FREDEMO nahestehende Militärs ließen verlauten, Sendero Luminoso sei militärisch kein Problem, sondern es fehle lediglich die politische Rückendeckung. Angesichts des schon jetzt stattfindenden Massenmordes, eine zynische Ankündigung.

Eine weitere Erklärung für die plötzliche Abwendung der Peruaner von der FREDEMO ist, daß deren Programm und ihr Auftreten der peruanischen Realität kraß widersprachen. Die Zurschaustellung des Reichtums und des Familienglücks der Fredemo-Kandidaten, das Herausstreichen ihrer auf ihre Zugehörigkeit zur weißen Schicht begründeten rassischen Überlegenheit und nicht zuletzt im Garten von Llosas Villa aufgenommene Fernsehspot "Mario in den Elendsvierteln" schlugen letztendlich gegen die FREDEMO zurück.

Aber auch die Widersprüche in der Kapitalfraktion konnten nur mühsam überdeckt werden. Die Teile des Kapitals, die besonders stark von der Wirtschaftspolitik und den Subventionen der APRA-Regierung profitiert

hatten, insbesondere der (Import/Export) Handelssektor, hatten durchaus kein Interesse an den wirtschafts-liberalen Konzepten der FREDEMO.

Weitere Probleme handelte sich Vargas Llosa damit ein, daß er auf dem alleinigen, uneingeschränkten Recht der Ernennung und Entlassung von Ministern und der ausdrücklich auf der durch die Verfassung gedeckten Möglichkeit bestand, als Präsident drei Monate ohne Konsultation des Parlaments gesetzgebende Gewalt ausüben zu können. Diese das Parlament degradierende Forderung stieß auch in der FREDEMO auf massive Kritik. Wichtige Verbündete kündigten ihre Unterstützung für Vargas Llosa auf.

Die Linke: Getrennt marschieren, vereint verlieren

Die politische Konstellation - eine abgewirtschaftete Regierung, sowie die Ablehnung des FREDEMO-Projektes der Rechten durch große Teile der Bevölkerung - ließ eigentlich gute Chancen für die peruanische Linke vermuten, die bei den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mit 27% die zweitmeisten Stimmen bekommen hatte und durch eine kontinuierliche und intensive Basisarbeit in den Pueblos Jovenes (1), in den Gewerkschaften, den Bauern-, Volks und Basisorganisationen eine breite politische Basis errungen zuhaben schien.

Nach dem ersten nationalen Kongreß der Izquierda Unida im Januar 1989, der die Einheit und Stärke der Linken in Peru manifestieren sollte, brach die Izquierda Unida jedoch auseinander. Die Mehrheit des Kongresses vertrat die Auffassung, daß über Wahlen keine Veränderung der Lage in Peru erreicht werden könne und daß sich die Massen auf die Revolution vorbereiten müßten, was angesichts der gewalttätigen und rassistischen Realität Perus auch die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf einschließe. Dieser von den Organisationen des "revolutionären Blocks" (UNIR, PUM, FOCEP) der Vereinigten Linken durchgesetzte Beschluß wurde zur Machtfrage stilisiert, ohne daß dem Programmatik und Praxis in irgendeiner Form entsprachen. Der reformistische Teil (um den ehemaligen Bürgermeister von Lima und Präsidentschaftskandidaten von 1985 Alfonso Barrantes) wollte diese Position nicht mittragen. Allerdings bestimmten auch starke personelle Rivalitäten die Spaltung der Linken. Barrantes weigerte sich, sich einer parteiinternen Abstimmung um die Präsidentschaftskandidatur, bei der eine Niederlage möglich gewesen wäre, zu stellen. Als Izquierda Sozialista trat dieser Barrantes-Flügel eigenständig zu den Wahlen an, wobei Barrantes aufgrund seiner Popularität größere Chancen eingeräumt wurden, als der Izquierda Unida, zumal aufgrund der weiterbestehenden Rivalitäten innerhalb der IU Henry Pease als Kompromißkandidat nominiert wurde. Jeder andere Kandidat hätte jedoch eine Aufgabe des labilen Parteienproporzes notwendig gemacht. Selbst innerhalb der IU gilt Henry Pease als Intellektueller, der keine Beziehung zu den Gewerkschafts- und Basisbewegungen und keine Erfahrung als politischer Führer hat. (2)

Im Wahlkampf hatte die IU Schwierigkeiten zu erklären, was denn das Revolutionäre an ihrem Wahlprogramm sei, wie es umgesetzt werden könne und wo sich letztendlich die Programme von IU und IS unterschieden. Von einer Nationalisierung der Wirtschaft, wie sie noch im Programm des ersten Kongresses der IU gefordert worden war, war jedenfalls nicht mehr die Rede.

Als Sofortmaßnahmen kündigte die IU an: Beschäftigungsprogramme in Landwirtschaft und Industrie, finanzielle Unterstützung für kleine Produzenten, allgemeine Steuersenkungen, aber Steuererhöhung für die Oberschicht, Importsubstitution für Lebensmittel.

Gelähmt wurde die IU allerdings auch durch die Veränderungen in Osteuropa und besonders die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua, die für viele auch in Peru ein Vorbild und eine Hoffnung gewesen waren. (19)

Angesichts der Zerstrittenheit und verwirrenden Vielfalt innerhalb der Linken auch im Wahlkampf bot die IU kein einheitliches Bild. Alle Parteien der IU machten auch Propaganda für ihre eigene Organisation bzw. ihre jeweiligen Kandidaten. Zu keinem Zeitpunkt sah die Bevölkerung in der Linken eine Kraft, die einen Ausweg aus der Krise bieten könnte. Der Wahlspruch der IU "Izquierda Unida jamas sera vencida" (Eine Vereinigte Linke wird niemals besiegt werden) klang da wie ein zynisches vorweggenommenes Eingeständnis der eigenen Niederlage.

Angesichts der starken Wählerverluste gerade in den Pueblos Jovenes, wo die IU noch bei den Kommunalwahlen zwischen 30% und 40% der Stimmen erhalten hatte, wird auch eine ideologische Schwäche der peruanischen Linken deutlich. Eine traditionelle Arbeiterklasse gibt es in Peru nicht - nur noch 10-15% der

Peruaner arbeiten im industriellen Sektor und ca. 35% in der Landwirtschaft. Dagegen gibt es allein in Lima 300.000-400.000 Straßenhändler, viele arbeiten im informellen Sektor, als kleine oder mittlere Produzenten oder in Heimarbeit, die meisten davon am Rande des Überlebens. Für alle diese Bereiche hat die Linke, einem dogmatischen Marxismus anhängend, weder ideologisch noch pragmatisch - ebenso wie die anderen Parteien - eine Lösung anzubieten.

Daß die Linke noch weit hinter der APRA lag, die trotz der katastrophalen Politik der letzten fünf Jahre immerhin noch fast 17% erhielt, macht das ganze Ausmaß ihres Niederganges erst deutlich. Als Kritiker des FREDEMO-Programms und in Abgrenzung von Alan Garcia hatte sich der Kandidat der APRA Luis Alva Castro durchaus profiliert und wohl auch von den seit Februar der der FREDEMO weglaufenden Wählern profitiert, die die APRA noch vor der Linken für das geringere Übel hielten.

Cambio 90 - Eine neue Hoffnung, aber kein Wechsel

Daß die Peruaner genug haben von der traditionellen Politik, von deren wortreichen, aber inhaltsleeren Wahlkämpfen, von deren blumigen Versprechungen und Tatenlosigheit, von Korruption, parteipolitischer Vetternwirtschaft, kleinkarierten Auseinandersetzungen und Spaltungen, daß sie jegliche Hoffnung auf eine wirkliche, fundamentale Veränderung ihrer Situation aufgegeben haben (aber genauso wenig Vertrauen in die Guerillabewegungen setzen), hatte sich schon bei den Kommunalwahlen im November vergangenen Jahres gezeigt, als in Lima der bekannte, aber vollkommen unpolitische Show-master Ricardo Belmont zum Bürgermeister der Acht-Millionen-Metropole (ein Drittel der Bevölkerung Perus) gewählt wurde.

Warum nun allerdings gerade der bis zum Tag der Wahlen vollkommen unbekannte Fujimori, der noch nicht mal ein Programm vorlegte, so viele Stimmen erhielt, ist so allerdings noch nicht zu erklären, da andere unabhängige Kandidaten weit bekannter und profilierter waren. Der Wahlkampf von Fujimori und sein Wahlbündnis Cambio 90 fanden nur außerhalb der Medien statt, in Zeitungs-und Fernsehberichten kamen sie gut wie nicht zu Wort, und für teure Fernsehspots reichte das Geld nicht.

Als 14 Tage vor den Wahlen zum letzten Mal Meinungsumfragen zur Wahl veröffentlicht werden durften, gaben in Umfragen 4,8% bzw. 2% der Befragten an Fujimori wählen zu wollen, nach zwei weiteren Umfragen wollten 5,8% bzw. 6% der Befragten einen anderen als einen der vier etablierten Kandidaten wählen, in zwei Umfragen kam Fujimori gar nicht vor. Für fast alle Beobachter der Wahlen kam so der plötzliche Aufstieg von Fujimori völlig überraschend.

Gewählt wurde Fujimori zu allererst von den kleinen und mittleren Produzenten, die befürchteten im Wirtschaftsschockprogramm der FREDEMO auf der Strecke zu bleiben, von den Händlern des informellen Sektors, von Teilen der in den Strudel Wirtschaftskrise geratenen unteren Mittelschicht, in den Armenvierteln Limas und von den vielen Bauern in den Anden insbesondere in den Ausnahmezustandsgebieten. Darüber hinaus gab es eine breite Unterstützung durch die evangelischen Kirchen Perus.

Bei den Wahlen gab es scheinbar eine Identifikation der rassistisch Unterdrückten, Benachteiligten, Vergessenen indianischen/mestizischen Bevölkerung der Anden und der Pueblos Jovenes mit dem ebenfalls einer Minderheit angehörenden gebürtigen Japaner. Aber auch gab es die wohl irrationale Hoffnung, ein japanischer Präsident könne ein Stück weit japanischen Reichtum auch nach Peru holen.

Allgemein gilt Fujimori als liberal-konservativer aber untadeliger Technokrat, katholisch aber mit Verbindungen zur asiatischen Philosophie. Er ist Agraringenieur, war zuvor Rektor der renommierten Universidad National Agraria und Vorsitzender der peruanischen Rektorenkonferenz. Allerdings hat er keine der Qualitäten, die für peruanische Politiker bislang charakteristisch waren: Redegewandtheit, Caudillismo, Machismo. Die Hoffnung und Illusionen, die die Peruaner nun auf Fujimori projizieren, macht die ganze Widersprüchlichkeit der peruanischen Gesellschaft deutlich. Auch er wird die großen Machtblöcke, die die peruanische Realität prägen (Militär, Sendero Luminoso, Zwölf Apostel) nicht aufbrechen können. Daran ist schon die APRA gescheitert und Cambio 90 hat weder eine Mehrheit im Parlament, ist also auf eine Koalition mit der APRA und der Linken oder mit der FREDEMO angewiesen, noch ein breite Basis in der Bevölkerung, die einen radikalen Wechsel durchsetzen könnte. Was jetzt nach den Wahlen an Programmatik von Cambio 90 bekannt wurde (keine Privatisierung der großen Staatsbetriebe, aber private Beteiligung, Einigung mit dem IWF: "Wir zahlen soviel wie wir können", konzertierte Aktion, aber keine Verhandlungen mit der Guerilla), läßt eine Fortsetzung der bekannten Politik erwarten, die im günstigsten Falle die Krise Perus verwaltet, aber eine Lösung verhindert.

Wie tief muß die Ablehnung der Peruaner für Politik sitzen, daß ein völlig unbekannter, politisch unerfahrene Ingenieur, der lediglich mit den Schlagwörtern "Arbeit, Technologie und Ehrenhaftigkeit" Wahlkampf macht, alle anderen Kandidaten aussticht. In zwei Wochen ist er quasi aus dem (und im) Nichts zum wahrscheinlichen Präsidenten Perus aufgestiegen. Mit zehn Tagen mehr Kampagne, so der Präsident des Instituto Peruana de Opinion Publica, hätte Fujimori mit weitem Vorsprung gewonnen.

Noch ist offen, wie das Militär und das Kapital, das mit einem präzendenzlosen finanziellen und personellen Aufwand in die Wahlen eingegriffen hat, auf einen möglichen Wahlsieg Fujimoris reagieren und ob sie sich mit einem Präsidenten Fujimori arrangieren können. Nach dem überraschenden Erfolg von Fujimori gab es jedoch sofort Putschgerüchte. Daneben kam es zu rassistischen Überfällen auf japanische Einwanderer und verbalen Ausfällen gegen die evangelischen Kirchen Perus, die von entsprechenden Äußerungen bekannter Politiker der Rechten begleitet wurden. Die katholische Kirche, Repräsentantin der in Peru dominanten Religion, sah sich jedenfalls genötigt, vor einem möglichen Aufflammen des Rassismus zu warnen und die Solidarität zwischen katholischen und evangelischen Peruanern zu beschwören.

Sendero Luminoso, MRTA - keine Zukunft für die Guerilla?

Vor den Wahlen setzte Sendero Luminoso seine sektiererische und gegen die Bevölkerung gerichtete Politik der Einschüchterung fort und hat sich in der Bevölkerung weitgehend isoliert. Dazu beigetragen haben auch die Überfälle auf Andendörfer und Massaker an Bauern, die Ermordung von Politikern der Linken und populärer Gewerkschaftsführer.

Sendero Luminoso ist jedoch durch interne Differenzen bezüglich der weiteren politischen Taktik in zwei Fraktionen gespalten und war dadurch geschwächt, so daß es zu weit weniger Aktionen kam als erwartet. Erneut rief Sendero Luminoso zum Boykott der Wahlen auf und ermordete einige Kandidaten (aber bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie vor den Kommunalwahlen, als über 200 Kandidaten aller Parteien ermordet wurden). In einigen Dörfen und Barrios Limas sammelte Sendero Luminoso die Wahlausweise ein und verbrannte sie. (Die Wahlausweise dienen gleichzeitig zur Identifikation bei Polizeikontrollen, ohne Ausweis bei einer der zahllosen Kontrollen angetroffen zu werden, bedeutet gleichzeitig, machtlos der Repression des Polizeiapparates ausgesetzt zu sein.) Sendero Luminoso drohte, allen Peruanern, die an den Wahlen teilnehmen würden, wie schon nach den Kommunalwahlen geschehen, einen Finger abzuhacken.

Die überall in Peru höhere Wahlbeteiligung als bei vorherigen Wahlen ist da nur ein Ausdruck der Ablehnung von Sendero Luminoso. (Allerdings herrscht in Peru Wahlpflicht, bei eine hohen Strafe (1/2 Mindestmonatslohn), aber auch die Zahl der ungültigen Stimmen lag weit niedriger als bei vorherigen Wahlen.

Nur in wenigen Gebieten der Zentralanden, vor allem im Alto Huallaga, dem peruanischen Hauptdrogenanbaugebiet besitzt Sendero Luminoso weiterhin eine breite soziale Basis und kann diese Gebiete deshalb teilweise kontrollieren.

Auch die Guerillaorganisation MRTA, die allerdings viel kleiner ist und in der Bedeutung als politischer und militärischer Faktor in Peru mit Sendero Luminoso überhaupt nicht verglichen werden kann, hat Sympathie in der Bevölkerung verloren, seit sie sich im peruanischen Urwald in Gefechte mit Sendero Luminoso verwickelt hat, die auf dem Rücken der Indios dort ausgetragen wurden, und seit sie nach der Ermordung eines Indianerführers in Auseinandersetzungen mit einigen Indianerstämmen verwickelt war. (3) Im Gegensatz zu Sendero Luminoso versteht sich die MRTA als Teil der peruanischen Linken und hat im Bloque Popular Revolucionario, der sich innerhalb der IU gebildet hat, einige Kandidaten unterstützt, ohne allerdings den Widerspruch zwischen ihrem revolutionären Projekt und der Politik der IU ausreichend erklären zu können. Darüberhinaus ist es der MRTA bislang nicht gelungen, die Sympathie, die sie in der Bevölkerung immer noch hat, in aktive Unterstützung umzusetzen.

Was wird aus Peru?

Alles sieht danach aus, daß Fujimori den zweiten Wahlgang gewinnen wird. Die APRA hat bereits zur Wahl von Fujimori aufgerufen, aber auch die IU hat indirekt eine Unterstützung Fujimoris befürwortet (Hauptsache nicht FREDEMO). Mit einem etwaigen Präsidenten Fujimoro wird sich die Situation Perus jedoch auch nicht entscheidend ändern. Im Gegenteil deutet vieles darauf hin, daß sich die politische, soziale und wirtschaftliche Krise Perus weiter verschärfen wird und sich die gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen werden. Auch

Fujimori wird weder gegen die starken politischen Machtblöcke regieren noch die widerstrebenden Kräfte zusammenführen können. Und auch die USA haben inzwischen den Wunsch nach einem breiteren politischen und militärischem Engagement in Peru vorgetragen. (4) D.h. Ausbeutung, Unterentwicklung, Rassismus, Bürgerkrieg, Repression, Verelendung etc. werden weiter die Realität in Peru bestimmen.

Fast scheint es, als sei die Mehrheit der Bevölkerung für ein rechtes/faschistisches Projekt in Peru nicht zu gewinnen. Aber die Wahl von Fujimori zeigt auch, daß sie auch bereit ist, sich an eine noch so vage Hoffnung zu klammern; diese Desorientierung kann sich durchaus aber auch in einer scharfen Rechtsentwicklung niederschlagen.

Vieles wird davon abhängen, ob die Linke aus ihrer katastrophalen Niederlage Konsequenzen zieht und sich fundamental erneuern kann, oder ob sie sich weiter in kleinkarierten Auseinandersetzungen und persönlichen Eitelkeiten verliert. In Peru ist die Bevölkerung mehr als in jedem anderen lateinamerikanischen Land in Basis- und Selbsthilfegruppen, in Gewerkschaften und Selbstverteidigungsgruppen organisiert. Es ist dies eine Grundlage, auf der sich eine breite revolutionäre Massenbewegung aufbauen ließe.

Die MRTA und ihr nahestehende Gruppen haben nach den Wahlen selbstkritisch das Scheitern des Projektes Izquierda Unida eingestanden und die Neuorganisierung der revolutionären Linken angekündigt. Aber sie werden noch erklären müssen, welchen Weg sie beschreiten wollen und wie die hoffnungslose und desillusionierte Bevölkerung für ein neues linkes politisches Projekt mobilisiert werden kann. Denn auch international bläst allen Guerillabewegungen Lateinamerikas der Wind derzeit frontal ins Gesicht. Aber wenn auch Fujimori gescheitert ist, welche Hoffnung bleibt da noch?

cs.

Quellen:

Cambio, El Pais, La Republica, Que hacer; Dritte-Welt-Zeitschrift, ila

Anmerkungen:

1) Pueblos Jovenes (Junge Dörfer) nennt man in Peru den seit den 70er Jahren rund um Lima entstehenden Gürtel von Armensiedlungen und Slums. Dort wohnt inzwischen 1/4 bis 1/3 der Bevölkerung Limas.

2) Die peruanische Gesellschaft ist geprägt von Jahrhunderte altem Caudillismo. So sind Persönlichkeit und Führungsqualitäten weitaus wichtiger als das Programm. Auch die Differenzen zwischen den verschiedenen Parteien der IU und die Ursachen für die meisten Spaltungen innerhalb der Linken resultieren hauptsächlich aus persönlichen Rivalitäten und nicht auf programmatischen Unterschieden.

3) Dieser soll Ende der 60er Jahre einen bekannten Guerillaführer der MIR an die Militärdiktatur verraten haben. Die MRTA hat nach der Tat diese als Fehler bezeichnet, während das Militär die Situation ausnützte, die Indianerstämme instrumentalisierte und bei ihrer Selbstverteidigung unterstützt hat.

4) Nachdem die USA lange Zeit die Garcia-Regierung links liegen gelassen hatte, ließ eine mögliche Machtübernahme durch Sendero Luminoso nach deren massiven Aktivitäten im letzten Jahr in den USA die Alarmglocken schrillen. Zunächst gab es wirtschaftliche und militärische Hilfe, sowie neue Kredite des IWF (worum sich die Regierung zwei Jahre vergeblich bemüht hatte) und jetzt soll auch die militärische Präsens in Peru verstärkt werden. Die USA will neben weiteren Militärberatern auch Vietnam erprobte Green Berets zur Unterstützung der Aufstandsbekämpfung nach Peru schicken. Bereits jetzt gibt es 15 Stützpunkte der US-Anti-Drogen Behörde DEA, die in Auseinandersetzungen mit Sendero Luminoso verwickelt sind.

46. Kolumbiens neue Bewegung gegen die Gewalt: Irrweg oder Ausweg?

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:19

Am 26.4.1990 wurde Carlos Pizarro auf einem Inlandsflug im Flugzeug erschossen. Pizarro war Präsidentschaftskandidat der M-19 und einer neuen politischen Gruppierung, einer "Bewegung gegen die Gewalt", in Kolumbien. Der schmutzige Krieg hatte ein neues Opfer gefunden. Erst im März war der Kandidat der Union Patriotica Bernado Jaramillo auf dem Flughafen der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá erschossen worden.

Beide sind Opfer einer Politik des Terrors der Herrschenden (Bourgeoisie, Militärs, Paramilitärs, Drogenkartelle) gegen die Bevölkerung, VertreterInnen von Massenorganisationen und PolitikerInnen der Linken, der jeden Monat Dutzende von Menschen zum Opfer fallen, sei es durch Bombardements der Zivilbevölkerung, Bombenanschläge oder das gezielte Abschießen bestimmter Personen, vornehmlich der Linken.

In Kolumbien herrscht Wahlkampf. Am 11.3. fanden die Kommunalwahlen statt, am 27.5.90 finden die Präsidentschaftswahlen statt. Wahlen in Kolumbien sind eine Show bei der sich die traditionellen Parteien der Oligarchie- Konservative und Liberale - die Macht teilen, auch wenn sie seit einigen Jahren im Wahlkampf "gegeneinander" antreten. Die Mehrheit der Bevölkerung beteiligt sich an diesem Spektakel nicht. Bei den Kommunalwahlen lag die Rate der Enthaltung bei über 65% der Wahlberechtigten. Neuer Präsident Kolumbiens wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Kandidat der Liberalen Gaviria werden.

Innerhalb der Linken haben sich in den letzten Wochen zwei Lager gebildet. Eine Gruppe , die sich deutlich von jeder Gewalt, auch der der Guerilla distanziert, und eine zweite, die den bewaffneten Kampf als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit den herrschenden Kräften betrachtet.

An der Spitze der "gewaltlosen Bewegung" steht die M-19. Diese ehemalige Guerilla-Bewegung, die aber schon seit einigen Jahren den militärischen Kampf eingestellt hat, hatte Anfang März dieses Jahres ihre Waffen endgültig niedergelegt und sich zur politischen Partei gewandelt. Die Waffenniederlegung erfolgte in einer spektakulären Aktion der Übergabe an VertreterInnen der sozialistischen Internationale, die aus den Gewehren ein Denkmal schmelzen wollten. Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes erfolgte ohne Gegenleistungen der Regierung in wirtschaftlichen oder sozialen Fragen, aber unter der Zusicherung, daß M-19 als legale Partei zugelassen werde und die Mitglieder unbehelligt bleiben würden.

Es ist bekannt, daß die Sozialistische Internationale und in ihr die SPD der BRD schon seit langem gute Kontakte zur M-19 und ihrem bisherigen Chef, Carlos Pizarro, hatte und diesem zu einer Aufgabe einer bewaffneten Politik geraten und davon weitere Unterstützung abhängig gemacht hat. Mit Erfolg, wie sich Anfang März zeigte.

Da in Kolumbien bis heute eine ausdrücklich sozialdemokratische Partei fehlt, und die Parteien der Oligarchie mehrheitlich extrem konservativ geprägt sind, scheint der Spielraum für ein sozialdemokratisches Politikprojekt zu bestehen. Damit sollen - wie überall auf der Welt - die sozialen, gesellschaftlichen Konflikte abgefedert werden, um die Mehrheit der Bevölkerung mit dem kapitalistischen System zu versöhnen, und die Bewegungen, die im Kapitalismus und Imperialismus die Ursache der Krise sehen, ins Abseits gestellt werden.

Die M-19 ist die Keimzelle diese Projekts. Ihre Propagandaformel lautet Frieden und Schluß mit der Gewalt. Teilweise wird dabei sogar die Propaganda der Rechten übernommen, die ebenfalls von Gewalt, Gewalt der Guerilla, der Paramilitärs, der Drogenmafia, spricht. Diese Gewalt - so auch die M-19 - soll aufhören, die Guerilla soll die Waffen niederlegen, die Paramilitärs und die Drogenmafia entwaffnet, die nationale Würde wieder hergestellt werden, Frieden und Demokratie sollen einkehren. Wie das geschehen soll, bleibt unklar. Über die Gewalt der Militärs als Gewalt des offiziellen Teils des Staatsapparats wird nicht gesprochen; noch weniger über die gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt, die in ungleicher Landverteilung, Ausverkauf der Bodenschätze an multinationale Konzerne, Ausbeutung der Landbevölkerung und der IndustriearbeiterInnen liegen.

Wenige Tage nach der Ermordung Jaramillos sollte die Bewegung für den Frieden der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Neben Jaramillo waren weitere bekannte Mitglieder der Union Patriotica und der kommunistischen Partei (PC) bereit sich an diesem Projet zu beteiligen. Es wurde dann ohne Jaramillo aus der Taufe gehoben. Neben Teilen der PC und Union Patriotica nehmen verschiedene größere und kleinere Bewegungen der Linken an dieser neuen Bewegung teil.

Pizarro wurde ihr gemeinsamer Präsidentschaftskandidat. Am Wochenende nach seiner Ermordung sollte der formelle Gründungskongreß abgehalten werden. Die Gründungserklärung wurde jedoch schon Anfang April veröffentlicht. In ihr wird ausgeführt, daß Kolumbien den Frieden benötigt und der einzige Weg zum Frieden der Dialog und Verhandlungen sind.

Die Rechte oder zumindest Teile von ihr scheinen diese Projekt nicht zu honorieren. Einen deutlicheren Beweis für diese These als die Ermordung der zwei Spitzenkandidaten dieser Bewegung kann es nicht geben. Da hilft es auch nicht, wenn die Regierung die Morde dem Drogenkartell zuschieben will. Dies ist relativ unwahrscheinlich, da sowohl Jaramillo als auch Pizarro aus Gründen nationaler Selbstachtung gegen die Politik der Auslieferung von Drogenbossen an die USA waren. Zum anderen macht die Zuordnung der Morde angesichts der tatsächlichen Verfilzung der herrschenden Sektoren Oligarchie, Regierung, traditionelle Parteien, Drogenkartelle, Militär, Paramilitärs nur einen propagandistischen Effekt. Offensichtlich will der rechtere Teil dieser Bourgeoisie, der durchaus vorherrschend ist, nicht einmal eine sozialdemokratische Verwaltung seiner Machtposition hinnehmen, sondern setzt weiter auf die Karte der brutalen Repression zur Machterhaltung.

Innerhalb der Linken setzt die Politik der neuen Bewegung die Guerilla und die legalen Organisationen, die nicht bereit sind, sich generell gegen den bewaffneten Kampf auszusprechen, verstärkter Repression aus, eine sicherlich - von den Strategen der sozialistischen Internationale - nicht unerwünschte Entwicklung.

Treffen wird es legale Gruppen wie die Mehrheit der PC und Union Patriotica und A Luchar (eine außerparlamentarische Bewegung), die den Kurs der M-19 nicht nachvollziehen.

Trotzdem:"Wir glauben, daß mensch sich diesem Ziel (Frieden und Demokratie) nicht nähern kann, ohne den Kampf der bewaffneten aufständischen Gruppen anzuerkennen, die für diese Ziele und die Lösung der zentralen wirtschaftlichen und sozialen Probleme die in der kolumbianischen Gesellschaft existieren, kämpfen," sagt Bertina Calderon, Mitglied im Vorstand der CUT (Gewerkschaftsdachverband) und Mitglied von A Luchar.

Thomas Fruth

Lateinamerika-Zentrum, Westberlin

47. Nach "Schweiz ohne Armee" jetzt massenhafte Kriegsdienstverweigerung

Rubrik: Friedensbewegung; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/schweiz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:schweiz

Noch bevor die "Gruppe Schweiz ohne Armee" (GSoA) am Abend des 26.11.89 ihren überwältigenden Erfolg (35,6% für die Abschaffung der Armee) feierte, kündigte sie eine dreimonatige Denkpause an. Man wollte sehen, wie die Herrschenden auf das Abstimmungsergebnis reagieren und man wollte sehen, was in Zukunft in der GSoA möglich ist (siehe AK 313).

Wie nicht anders zu erwarten, währte die Funkstille nicht lange. Schon bald nach dem Heiligen Fest meldeten sich die Ersten, um Vorschläge für die zukünftige Arbeit der GSoa anzumelden und schon am 14.1.9o fand eine erste regionale Vollversammlung der GSoA statt, eine Woche danach ein gut besuchtes nationales Diskussionswochenende.

"Taten statt Worte"

Den aufmerksamen Beobachter der GSoA dürfte die Bandbreite der inzwischen aufgelaufenen Aktionsvorschläge nicht überraschen - sie sind einfach ein Spiegelbild der Heterogenität der Organisation. Ein ganzes Bündel relativ einfallsloser Ideen - z.B. die baldige Anleierung einer neuen Abstimmung oder die Gründung einer GSoA-Katastrophengruppe, die beweisen könne, daß die Schweiz Katastrophen auch ohne die Armee bewältigen könne - kann man getrost vergessen. Sie überlebten eine breitere Diskussion nicht.

Und doch enthalten die Entwürfe, die jetzt für die Zukunft stehen, einige brisante Streitpunkte für den Fortbestand der Initiative. Nach der Abstimmung am 26.11. war es den Beteiligten vor allem darum gegangen, die Ablehnung der Armee durch über eine Million Menschen jetzt auch spürbar werden zu lassen. Konkret durch Dienstverweigerung. Beflügelt wurde diese Absicht durch ein Umfrageergebnis, demzufolge 56% der Armeegegner vom 26.11. die Armee grundsätzlich ablehnen - unter den aktiven Soldaten sollen es sogar 72% sein. In der GSoA hat sich eine Aktionsgruppe "Taten statt Worte" zusammengefunden, die zur Massenverweigerung aufruft.

Spannend wird der Aufruf zur Massendienstverweigerung vor allem deshalb, weil er in der Schweiz, diesem Hort der Demokratie, mit Gefängnis bestraft wird. Für die "Neue Zürcher Zeitung" (20.3.90) ist der Aufruf schon Beleg dafür, daß die GSoA bereit sei, "den Schritt in die Illegalität zu wagen" und daß sie "legale politische Arbeit durch gesetzlose Radikalität" ersetzen wolle. Dies Gezeter entspricht durchaus der Gesetzeslage: Erst kürzlich passierte eine als "Entkriminalisierung" getarnte Verschärfung der KdV-Gesetzgebung den Nationalrat. Denn: das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es in der Schweiz nicht. Bisher mußten alle Verweigerer mit bis zu sechsmonatiger Haft rechnen, die aber durch verschiedene Erleichterungen aufgeweicht wurde. Manch einer erhielt die Erlaubnis, seiner Arbeit weiter nachzugehen und nur das Wochenende im Knast zu verbringen. Als "Danke schön" durften die Verweigerer dem Staat dafür Kost und Logis bezahlen.

Das neue Gesetz vom 15.12.89 gibt der Justiz das Recht, weiterhin bis zu sechs Monaten einzuknasten. Wer unter Berufung auf sein Gewissen (ethische Grundwerte) den Kriegsdienst verweigert und das Glück hat, daß der Richter ihm glaubt, wird mit Arbeitsdienst bis zu zwei Jahren belohnt. Doch so richtig freuen darüber wird er sich nicht können. Denn falls der Richter der Meinung ist, er spurt im Arbeitsdienst nicht richtig, kann er immer noch im Knast landen. Ob die Schweizer Herrschenden, die in letzter Zeit verstärktes Interesse an der EG bekunden, mit dieser Reform jedoch die EG-Norm erfüllen, ist mehr als fraglich.

Wer macht mit?

Fraglich ist jedoch auch wie viele aktive Verweigerer die GSoA findet. Letzten Endes wäre sie zur Zeit nicht in der Lage, einen Ansturm von Verweigerern angemessen zu betreuen.

So wurde diese Aktion auf der Mitgliederversammlung am 18.3. auch eher niedrig gehängt. Das Ziel ist jetzt "in einem ersten Schritt 700 möglichst prominente GSoA-Sympathisanten (für) einen noch zu formulierenden Aufruf zur Massenverweigerung" (WoZ, 23.3.) zu gewinnen, und damit 3.000 bis 5.000 Leute dazu zu bewegen, sämtliche Dienste im Rahmen der Gesamtverteidigung zu verweigern. Für einen breiter angelegten

antimilitaristischen Widerstand - Berücksichtigung und Unterstützung auch von Aktivitäten innerhalb der Armee - hatten sich die Soldatenkomitees stark gemacht. Insgesamt wurde am 18.3. kritisiert, daß

a) die Aktivitäten auf einen kleinen Kreis zugeschnitten würden (Frauen fühlten sich z.B. nicht mit einbezogen);

b) durch eine solche Aktion der legale Rahmen verlassen werden würde, bloß um sich selbst genügend Radikalität zu bescheinigen;

c) durch eine solche Aktion die breite GSoA Basis vom 26.11. schwinden werde.

Dennoch wurde die Planung mit großer Mehrheit angenommen.

Wenngleich der Autor die Aktion für unterstützenswert hält, so muß doch angemerkt werden, daß die Begründung der Kampagne teilweise recht fragwürdig ist. Sätze wie "Radikale Armeegegnerschaft kann heute nicht mehr als `unschweizerisch' gelten" bringen einen schon mal zum Stirnrunzeln. Darum kann es doch nicht gehen. Auch die Bezugnahme auf alte Schweizer Pazifisten lassen Zweifel aufkommen, ob die GSoA ihrem Ansatz, bürgerliche Tabus zu brechen und den Staat damit radikal in Frage zu stellen, treu bleiben kann - oder ob sie zunehmend in reformistisches Fahrwasser gerät und an einer schönen neuen Schweiz mitbastelt.

Was die Basis will, wird sich erst in Zukunft zeigen. Momentan findet sich der überwiegende Teil der GSoA wohl in dem Satz von Jo Lang wieder: "Man muß die Rechte erkämpfen, bevor sie rechtskräftig werden. Wir gehen der Legalität einen Schritt voraus."

48. SOS Razzismo! Menschenjagden in Italien

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:14

Was fasziniert viele bundesdeutsche Linke an Italien? Unter anderem, aber nicht zuletzt die Tatsache, daß der grün-weiß-rote Nationalismus so wohltuend unterentwickelt ist, stattdessen tiefes Mißtrauen in die Staatsgewalt zum gesellschaftlichen Grundkonsens gehört. In der Tat bricht sich südlich der Alpen die Wir-sind-ein-Volk- Stimmung hauptsächlich aus Anlaß von Fußballweltmeisterschaften Bahn. Falls die italienische Mannschaft am 8. Juli den Titel erringen sollte, wird es zu einem solchen nationalen Taumel kommen - drei oder vier Tage lang, maximal eine Woche. Wenn die Jubelfähnchen eingerollt sind, wird wieder gemeckert: über die steigenden Preise, den unerträglichen Verkehr, die Korruption und die unfähige Regierung.

Daß auch in einem Volk ohne ausgeprägtes Nationalbewußtsein der Rassismus gedeihen kann, mußten vor allem afrikanische ImmigrantInnen erleben. In den vergangenen zwei Jahren häuften sich Überfälle, Razzien und blutige Menschenjagden, bei denen es auch Tote gab.

Als vor nunmehr zwei Jahren, inspiriert durch die französische SOS-Racisme-Bewegung, das Anti-Rassismus-Komitee "Progetto Italia-Razzismo" gegründet wurde, sollte damit den Anfängen gewehrt werden. So weit wie in Frankreich, wo Le Pens Front National im April 1988 mehr als 14% der Wählerstimmen erhalten hatte, wollten es Italiens Linksintellektuelle nicht kommen lassen. Die Schriftstellerin Natalia Ginzburg, neben dem Philosophen Norberto Bobbio prominenteste Unterstützerin der Anti-Rassismus-Kampagne, appellierte an die demokratische Öffentlichkeit, "nicht müde zu werden, jeden Vorfall von aufkommendem Rassismus zu denunzieren - sei er antisemitisch oder fremdenfeindlich". Der Rassismus sei "die vielleicht schlimmste Verfehlung unserer Gesellschaft" und nur durch eine Politik der offenen Grenzen zu bekämpfen: "Die Freiheit, von einem Ende der Welt in das andere zu ziehen - also auch aus den armen in die reichen Regionen - bleibt ein fundamentales Recht, eine der Grundlagen der Demokratie. Mit einer weiteren Komplikation: wer kommt, darf sich mit den anderen vermischen, aber darf auch - wenn er das will - er selbst bleiben. Z.B. dürfen wir Zigeunern nicht unsere Lebensgewohnheiten aufzwingen. Es muß ihnen gestattet sein, als Nomaden zu leben, wenn sie das wollen" ("L'Espresso, 15.5.88). Klare Worte, die sich von den Machbarkeitsüberlegungen grüner Realos und anderer "linker" Spießer, daß es doch ganz ohne Einwanderungsbeschränkungen auch nicht gehen könne, wohltuend abheben.

Der alltägliche Rassismus

In den zwei Jahren, die seit der Gründung des Anti-Rassismus-Komitees vergangen sind, hat sich die Lage vor allem der etwa 1 Million in Italien lebenden AfrikanerInnen bedrohlich zugespitzt. Noch im September 1988 konnte "taz"-Korrespondent Werner Raith auf eine Besonderheit der italienischen Situation verweisen, die, verglichen mit Frankreich oder der BRD, als weniger aggressiv erschien: "Italiens alltäglicher Rassismus: gemeinsam ist ihm überall eine steigende Wut gegen bestimmte Fremde, aber diese Fremden sind jeweils verschieden. Wobei die Faustregel gilt, daß er sich dort am massivsten zeigt, wo der Wohlstand am größten ist, also im industrialisierten und technologisch fortgeschrittenen Norden und an den Goldgruben der Tourismuszentren um Rimini." ("taz", 6.9.88). Ob diese Beschreibung für das Jahr 1988 noch zutraf, sei dahingestellt. Heute wäre sie eine glatte Verharmlosung. Ganz so beliebig sucht sich auch der italienische Rassismus seine Haßobjekte nun doch nicht. Und er macht auch keinen Bogen um Werner Raiths Wahlheimat Süditalien, über das der Autor in demselben Artikel schreibt: "Der süditalienische Rassismus richtet sich nahezu ausschließlich sozusagen gegen die eigenen Brüder (aus dem Norden; Anm. AK) - Italiener wie sie, aber ganz und gar nicht als ihresgleichen anerkannt". Sie sind nicht beliebt in Kalabrien, in der Campania und auf Sizilien, die reichen "Piemontesen". Aber ganz unten sind auch hier die "Marocchini", meist illegale Einwanderer aus Marokko und anderen nordafrikanischen Ländern, und Menschen aus Zentralafrika. Sie schlagen sich als ambulante Händler durchs Leben oder arbeiten für ein Taschengeld in der Landwirtschaft und der Fischereiindustrie. Da die meisten von ihnen illegal im Land sind, können sie bei der kleinsten Widersetzlichkeit gefeuert und der Polizei denunziert werden. Hinzu kommt die Konkurrenz zu den ärmsten Schichten des italienischen Proletariats. Wenn ein italienischer Tagelöhner für einen Tag Feldarbeit umgerechnet 70 DM verlangt, geht der Job - bei entsprechendem Angebot auf dem Arbeitsmarkt - an seinen afrikanischen Klassengenossen, der mit 40 DM abgefunden wird. "Gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf"

- diese einfache proletarisch-internationalistische Lösung ist auch für viele süditalienische Arbeiter weniger naheliegend als der Griff zum Knüppel, um die Konkurrenten zu vertreiben. In Villa Literno bei Neapel wurde im August 1989 der Südafrikaner Jerry Masslo bei einem solchen Überfall getötet. Erschossen von einer Bande Jugendlicher, die den schwarzen Saisonarbeitern ihren Hungerlohn rauben wollten.

Menschenjagden

Weniger eindeutig schien zunächst das Motiv für eine noch grauenvollere Bluttat. Im April wurden in Castelvolturno bei Neapel fünf Afrikaner, die meisten aus Tansania stammend, von maskierten Killern erschossen und neun weitere Personen, darunter auch zwei Italiener, schwer verletzt. Für die Polizei war das Massaker Teil eines Bandenkrieges um Anteile am Drogenmarkt. Eine Erklärung, die der linksunabhängige Abgeordnete Stefano Rodota bestenfalls für die halbe Wahrheit hält: "Selbst wenn nur eine Bandenschießerei am Anfang stand, die geradezu auf Ausrottung zielende Energie zeigt doch, daß da auch Haß dahintersteckt, der über den rein geschäftlichen Aspekt hinausgeht" (zitiert nach "taz", 26.4.).

Hochburg rassistischer Menschenjagden ist Florenz, Europas "Kulturhauptstadt" des Jahres 1987, eine Metropole mit einer bis ins Mittelalter zurückreichenden demokratischen Tradition. Während des diesjährigen Karnevals wurden dort TunesierInnen und MarokkanerInnen von maskierten Banden mit Messern und Baseballschlägern angegriffen. Eine "Brigata Goebbels" beglückwünschte die Schläger per Flugblatt zu ihrer blutigen Aktion "gegen die Neger- und Zigeunerschweine und gegen die typische Drogenkriminalität der Einwanderer und ihrer dreckigen bolschewistischen Beschützer" (zitiert nach "Faz", 26.3.). Nicht wenige zumindest klammheimliche Befürworter der rassistischen Gewalttaten gibt es unter den wohlhabenden Ladenbesitzern im Zentrum von Florenz. Ihr Geschäftsinteresse, die Vertreibung der fliegenden Händler, konnte im Zusammenspiel von rechtsextremistischen Schlägertrupps und Stadtverwaltung mittlerweile durchgesetzt werden. Wer von ihren afrikanischen "Konkurrenten" nicht eingeschüchtert das Weite gesucht hat, wird nun per offiziellem Dekret in andere Stadtbezirke verbannt.

Mit der Armee gegen Illegale?

Die Arbeitsteilung der Rassisten funktioniert bemerkenswert glatt. Als Claudio Martelli (PSI), stellvertretender Ministerpräsident und Kronprinz von Bettino Craxi, das unter seiner Federführung ausgearbeitete neue Immigrationsgesetz der Öffentlichkeit präsentierte, nörgelten vor allem die Rechten. Das Versprechen einer Amnestie für diejenigen illegalen ImmigrantInnen, die sich innerhalb einer 120-Tage-Frist bei den Behörden registrieren lassen würden, war für Giorgio La Malfa, den Vorsitzenden der Industrie- Lobby-Partei "Partito Repubblicano Italiano" (PRI) eine "Aufforderung zu ungehemmter Einwanderung". (Zitiert nach "Faz", 26.3.) Die in Aussicht gestellte Zuteilung von Wohnungen an ImmigrantInnen, so die zynische Argumentation des "gemäßigten" Rassisten, werde nur zum Anwachsen des Rassismus führen.

Daß das Gesetz weit mehr enthält als Amnestie und Sozialleistungen, hat sein Urheber inzwischen mit brutaler Offenheit klargestellt. Es dämme die Immigration wirksam ein, "da nur noch Einwanderer, die eine Arbeitsstelle und einen Wohnsitz nachweisen können, eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten" (Martelli laut "Frankfurter Rundschau", 5.4.). Gegen die Illegalen will Martelli die Armee einsetzen: "Gesetze können die illegale Einwanderung nicht stoppen. Tausende von Kilometern italienischer Küste können nur durch die Armee bewacht werden, die Polizei allein reicht nicht aus". Demnächst also bewaffnete Patrouillen am Strand von Rimini? Martellis Gewaltphantasien haben eine sehr reale Grundlage: es soll im großen Stil abgeschoben werden. Die Idee mit dem Amnestieangebot ist Ergebnis staatlicher Statistik. "Eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Innenministeriums namens ‚Labios' schätzt die integrationsbereiten und -fähigen Illegalen auf 150.000, die stark fluktuierenden, als nicht integrierbar eingestuften heimlichen Immigranten auf 400.000". Insgesamt "schätzen die Behörden die Legalitätswilligen auf ein Drittel der Illegalen" ("Faz", 26.3.). Der Rest - zwei Drittel - soll raus.

Im ohnehin rassistisch aufgehetzten Florenz wurde im März die Massenabschiebung geprobt. Nach Ablauf der Legalisierungsfrist ließ Bürgermeister Morales (PSI) seine Schergen los. Bei systematischen Razzien nahm die Polizei Hunderte von Nicht-Europäern in Abschiebehaft - "um den Bürgern zu zeigen, daß wir das Phänomen der Immigration im Griff haben" (Morales, zitiert nach "taz", 19.3.).

Rassistischer Schub bei den Regionalwahlen

"Den Bürgern" scheint die harte Linie zu gefallen. Als einzige der drei großen Parteien konnte der PSI mit +2,1% bei den Regionalwahlen vom 6. Mai leicht zulegen. Die Christdemokratie erlitt leichte Verluste (-1,9%), während der gewendete und modernisierte PCI, der sich demnächst umbenennen wird, von 30,2% auf 23,6% schrumpfte. Eigentliche Sieger der Wahlen sind die regionalen "Ligen", Lega Lombarda und Liga Veneta, die am meisten von der rassistischen Welle profitierten. Landesweit 5,6% und ein Spitzenergebnis von 20,2% in der Lombardei (der Region um Mailand) sind die Früchte dumpfer Stimmungsmache gegen AusländerInnen, gegen den angeblich mit Subventionen überschütteten italienischen Süden und gegen die zu diesem Zweck Steuergelder verschwendende Regierung in Rom. Selbst nach Abzug der durch die regierungsfeindlichen Demagogien eingefangenen Protestwähler bleibt der Wahlsieg der Ligen erschreckend und dem Schönhuber-Erfolg von 1989 vergleichbar. "Non è uno scherzo" - das ist kein Scherz, kommentiert "La Repubblica" (8.5.), sondern ein politisches Erdbeben - "un terremoto politico".

Der Widerstand gegen den Rassismus ist vielfältig, aber zersplittert. An einer nationalen Demonstration im Oktober in Rom beteiligten sich bis zu 200.000 Menschen. GewerkschafterInnen und Pfarrer engagierten sich, auch die neue Studentenbewegung "La Pantera siamo noi". Von den im Parlament vertretenen Parteien sind allein die Grünen - derzeit im Aufwind - und Democrazia Proletaria - schwer krisengeschüttelt - verläßliche Partner im antirassistischen Kampf. Die ruhmreiche kommunistische Partei bewegt sich dagegen auch in dieser Frage auf unklarem Kurs. Dem Martelli-Gesetz hat sie zunächst zugestimmt. Nach seiner demonstrativen Anwendung in Florenz hat sie ihren sozialistischen Koalitionspartner Morales zum Rücktritt gezwungen. Konsequenter Internationalismus ist mit Occhettos Orientierung auf das vereinigte Europa nicht zu vereinbaren. "Das ganze Italien nach Europa bringen" will der PCI-Sekretär, "damit Italien im Konzert der europäischen Nationen mit erhobenem Haupt auftreten kann". In der Debatte um die garantiert immigrantensichere europäische Abschottung hat "Italien" den Partnern einiges an unkonventionellen Ideen zu bieten.

Js., Hamburg

49. Die Aufgaben der Linken im Kampf gegen deutschen Imperialismus und Nationalismus - Thesen zur Lage

Rubrik: Wiedervereinigung; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:45

Der nachfolgende Text ist nach der KB-Mitgliederversammlung im März aus den Reihen der KB-Minderheitsströmung entstanden. Der Text begreift sich als Kontrast zu den mehrheitlich abgestimmten "Thesen zur Lage und unseren Aufgaben" (AK 317, S. 30/31) und dokumentiert unseren Ansatz, von dem aus wir als Minderheit des KB die Kampagne "Nie wieder Deutschland" unterstützt haben und auch weiterhin den deutschen Wiedervereinigungsprozeß und den DDR-Anschluß bekämpfen wollen.

I. Zusammenbruch des "realen Sozialismus"

1. Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Polen, Ungarn, der DDR, der CSFR und Rumänien, der drohende Zerfall der Sowjetunion zeigen das Ende des ersten Versuchs einer nicht-kapitalistischen Entwicklung an. Die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung läßt zudem kaum noch Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit des dortigen Sozialismus-Versuchs.

Der "reale Sozialismus" ist an seiner eigenen Widersprüchlichkeit und dem imperialistischen Vernichtungskampf gegen eine gesellschaftliche Alternative zugrundegegangen. Die Ursachen dieses Scheiterns sind vielfältig und bedürfen weiterer Untersuchung und Diskussion.

2. Der Aufbau des Sozialismus war mit schwerwiegenden Geburtsfehlern behaftet: beim Wettlauf um das tägliche Brot, im Kampf gegen Krieg und Hunger reproduzierten die nicht-kapitalistischen, industriell unterentwickelten Länder den gleichen Typ von Produktivkraftentwicklung, den der entwickelte Kapitalismus vorgegeben hatte, den einzuholen sie sich vergeblich bemühten.

3. Die bürokratische Planwirtschaft hat sich letztendlich bei ähnlichen Produktionszielen der sozialen Marktwirtschaft der Metropolen als nicht ebenbürtig gezeigt. Sie konnte u.a. deswegen nicht konkurrenzfähig sein, weil sie anders als der Imperialismus auf eine vergleichbare Ausbeutung und Ausplünderung der "Dritten Welt" verzichtete.

4. Wirkliche soziale Gerechtigkeit und Gleichheit haben sich unter den Bedingungen von Unterentwicklung und deformiertem Staatssozialismus als reine Propaganda erwiesen.

5. Das absolute Primat der ökonomischen Entwicklung hat die Vorstellung von Sozialismus/Kommunismus - z.T. sogar in Negierung seiner emanzipatorischen Ziele - als einer freien Assoziation freier Produzenten, verdrängt. Sozialistische Demokratie war eine Phrase, die durch die repressive Praxis widerlegt wurde. Im Stalinismus und seiner Widerspiegelung in allen gesellschaftlichen Bereichen fand die Deformation der sozialistischen Utopie ihren höchsten, bis heute nicht überwundenen Ausdruck.

6. Umwälzungen seit der Oktoberrevolution 1917 blieben auf die industriell weniger entwickelten Länder Asiens, Osteuropas sowie später Lateinamerikas und Afrikas beschränkt, - häufig waren solche Umwälzungen das Werk von Minderheiten oder, wie nach dem zweiten Weltkrieg, Ergebnis der internationalen Machtkonstellation.

7. In den imperialistischen Zentren blieben Revolutionen aus, erlitt die Arbeiterklasse Niederlagen und/oder arrangierte sich in Gestalt sozialdemokratischer Parteien mit dem Kapitalismus.

II. Siegeszug des Kapitalismus und seiner Marktwirtschaft

1. Zugleich ist der Zusammenbruch des RGW Folge der Systemkonkurrenz. Ziel des Imperialismus ist immer der Krieg zur Vernichtung der Sowjetunion und ihres Machtbereichs gewesen - der ökonomische und militärische, der direkte oder indirekte durch Totrüsten. Er scheint derzeit erfolgreich.

2. Damit schwinden aber auch bisherige Hemmnisse für das weltweite Vordringen des Imperialismus und seine Mensch und Natur zerstörende Produktionsweise. Die ehemals nicht-kapitalistischen Gesellschaften werden auf dem Weg über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Teil der kapitalistischen Welt.

Gleichzeitig mit dem Niedergang der realsozialistischen Staaten ist der Versuch gescheitert, über Wirtschaftsbeziehungen zu befreiten Staaten der "Dritten Welt" eine vom Imperialismus unabhängige Entwicklung zu ermöglichen. Heute droht der größte Teil der Welt zu einer einzigen Freihandelszone unter dem Diktat imperialistischer Konzerne und Staaten zu werden. Die Marktwirtschaft tritt ihren Siegeszug rund um die Welt an: zur Ausbeutung der Arbeitskraft, dem Raubbau an der Natur und der Ausplünderung der Ressourcen scheint es derzeit keine Alternative zu geben, obwohl die Notwendigkeit der Veränderung immer dringender wird.

3. In den Metropolen bringt das marktwirtschaftliche System Wohlstand für viele und an den größer werdenden Rändern der Gesellschaft immer mehr Elend und Armut. Eine Bedingung für den auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden westlichen Reichtum ist das absolute Elend der Menschen in der sogenannten Dritten Welt, in der die große Mehrheit der Erdbevölkerung lebt.

4. Mit dem Niedergang des RGW wird dieser "Hinterhof" des Imperialismus in Europa näher an uns heranrücken. Polen z.B droht zur "Dritten Welt" in Europa zu werden, ihm ist eine marktwirtschaftliche Roßkur verordnet worden, die Millionen Menschen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze dahinvegetieren läßt.

5. Die Umgruppierungen in der Welt bringen eine Reihe von Unwägbarkeiten mit sich, der Schein einer vermeintlich friedlichen Entwicklung bei der imperialistischen Vereinnahme des Ostens ist trügerisch:

- Gegenüber der wirtschaftlich geschwächten und von nationalen Konflikten bedrängten Sowjetunion wird seitens des Imperialismus gezielte Destabilisierungspolitik betrieben.

- Durch die aufbrechenden Nationalismen und Partikularismen in der Sowjetunion und den Staaten des RGW wächst die Gefahr neuer Kriege mit unabsehbaren Folgen.

- Künftig wird man damit rechnen müssen, daß die innerimperialistischen Widersprüche, die Konkurrenz um die neuen Märkte im Osten, der Wettlauf bei der ökonomischen Neuaufteilung der Welt, die bisherige Balance im westlichen Lager zugunsten neuer Konflikte ablösen werden.

- Die Entwicklung hin zur "Dritten Welt" in Osteuropa wird aller Voraussicht nach neue und schärfere soziale Konflikte hervorbringen, die Gefahr nationalistischer und rassistischer Tendenzen in den Metropolen wird größer.

- In Westeuropa soll die nukleare Aufrüstung mit dem Ziel einer größeren strategischen Unabhängigkeit von den USA beschleunigt und den Deutschen ein neuer Platz in der nuklearen "Selbstbehauptung Europas" eingeräumt werden.

III. Offensive des BRD-Imperialismus

1. Der Zusammenbruch des RGW, die inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion waren äußere Bedingung für den politischen Vorstoß der BRD zur Wiedervereinigung. Sie nutzte ihre gestiegene politische Rolle in der Welt auf der Basis ihrer ökonomischen Stärke, um in das Machtvakuum im Osten vorzudringen. Die schnelle Entwicklung des überraschenden DDR-Zusammenbruchs wurde durch ein ebenso schnelles, Fakten schaffendes Agieren des BRD-Imperialismus und aller seiner Parteien gekontert (die "Prawda" sprach zutreffend von einer politische Strategie des "Blitzkriegs"). Die westlichen Alliierten wurden vor die vollendete politische Tatsache der anlaufenden Wiedervereinigung gestellt, die Sowjetunion Schritt um Schritt zum Nachgeben gezwungen.

2. Nachdem unter Kanzler Schmidt die Bundesrepublik ihren europäischen Nachbarn Lehrstunden in "Stabilitätspolitik" erteilt und so ihre dominante europäische Vormachtstellung begründet hat, ist unter Kanzler Kohl ein wichtiger Schritt zur gleichberechtigten Groß- und Weltmacht Deutschland, die künftig auch politisch (und dann auch militärisch) mehr mitzuentscheiden haben wird, getan worden. Deutschland hat nicht nur die Folgen des von ihm herbeigeführten Krieges überwunden, es ist dabei, ihn nachträglich ökonomisch und politisch zu gewinnen.

3. Der deutsche Imperialismus könnte der große Gewinner bei der Neuaufteilung der Welt werden. Mit der bevorstehenden Wiedervereinigung kann er sein ökonomisches Potential vergrößern. Die führende Rolle der BRD in der EG wird als Deutschland weiter ausgebaut werden können, die deutschen Großmachtinteressen sind ins europäische Gewand gekleidet und im ideologisch vernebelnden "gemeinsamen Haus Europa"

untergebracht. Die als Entspannungspolitik eingeleitete Vorrangstellung beim Osthandel bekommt - vermittels der einzuverleibenden DDR und begünstigt durch die geostrategische Mittellage in Europa - einen neuen Schub: Deutschland hat bei der Durchdringung des Osten die Nase ganz vorn.

4. Militärisch bedeutet die Wiedervereinigung einen großen Gewinn für die NATO. Sie dehnt ihren Einflußbereich nach Osten aus, ohne einen einzigen Schuß abzugeben und ohne ihre Fähigkeit zum atomaren Erstschlag aufzugeben. Mit dem Zerfall des sowjetischen Machtbereichs, der potentiellen Öffnung Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei für den Westen, kann sie die Sowjetunion von ihren Verbündeten isolieren und zudem ihr militärisches Potential ganz auf sowjetische Ziele konzentrieren.

5. Innerhalb der NATO kann die BRD ihr sowieso schon gestiegenes politisches Gewicht erhöhen. Der Bundeswehretat hat 1990 eine Rekordhöhe erreicht. Die Stationierung neuer nuklearer Flugzeugraketen als Ersatz für die Pershing II auf deutschem Boden hat der bundesdeutsche NATO-Generalsekretär Wörner angekündigt.

6. Eine neue Aktualität könnten bundesdeutsche, zukünftig gesamtdeutsche, Bestrebungen nach eigener Atombewaffnung, zunächst über den Weg einer europäischen Option bekommen, wenn das vereinigte Deutschland seine volle Souveränität bekommen hat. Die erforderlichen Voraussetzungen zur eigenen Atomwaffenproduktion sind längst vorhanden.

IV. Teilung Deutschlands und Allierte

1. Der deutsche Faschismus scheiterte am letztendlich gemeinsamen Widerstand der Anti-Hitler-Koalition der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigte Staaten, nicht aber am Widerstand in Deutschland. Die Teilung Deutschlands war gemeinsame Überlegung der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition während des Krieges gewesen (unter dem Stichwort "Zerstückelung" diskutiert). Als Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg sollte Deutschland daran gehindert werden, erneut eine die Völker der Welt bedrohende Großmacht zu werden. Im Potsdamer Abkommen wurden die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (West- und Ostpreußen, Schlesien) Polen (die heutige polnische Westgrenze), das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) der Sowjetunion zugeschlagen, das angeschlossene Österreich sollte selbständig und neutral werden, das verbliebene Deutschland wurde in vier den alliierten Siegermächten zur Verwaltung unterstellte Zonen aufgeteilt, entsprechend die Reichshauptstadt Berlin. Alles Nähere sollte in einem späteren Friedensvertrag mit den Siegermächten geregelt werden. Die alliierten Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland begründeten eine kriegsbedingte Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen über das Territorium in den Grenzen von 1937 und begründen noch heute eine Zuständigkeit der Potsdamer Vertragspartner über die äußeren Aspekte Gesamtdeutschlands.

2. Die konkrete Ausgestaltung der Teilung wurde durch den Bruch der Anti-Hitlerkoalition bestimmt: Die Gründung der Bundesrepublik war Teil des Kalten Krieges, die Wiederbewaffnung der Kern ihrer Existenzberechtigung. Die Westalliierten verfolgten dabei zwei sich widersprechende Ziele. Sie wollten den deutschen Militarismus zugleich mobilisieren und kontrollieren. Der NATO-Konsens in der Frage der antisowjetischen Frontstellung wurde zeitweilig überlagert von einem NATO-Dissens, der sich wie ein roter Faden durch die Nachkriegsgeschichte zieht: Das Bestreben der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs auf der einen Seite, eine völlig gleichberechtigte, z.B. nuklear bewaffnete Bundesrepublik zu verhindern und das Bestreben der Bundesregierungen andererseits, die "diskriminierenden" Einschränkungen ihrer Souveränität so weit wie möglich zu beseitigen.

3. Eine ähnliche Widerspruchslage, wenn auch abgeschwächt, existierte in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. De jure erkannten die Westalliierten im Deutschland-Vertrag von 1952 die BRD als einzige Vertreterin "des deutschen Volkes" an und erklärten die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln zu ihrem Ziel (dem sich 1954 auch die übrigen NATO-Mitglieder anschlossen). De facto hatte nur die Bundesrepublik dieses Ziel immer wachgehalten und anvisiert. Die Aussage Haffners 1990, daß "es keinen einzigen europäischen Staat gibt, dem nicht wohler wäre, wenn es bei zwei Deutschland bliebe", trifft den Kern. Da die Wiedervereinigung in "Freiheit" nie Realpolitik, sondern ideologisches Druckmittel zur Bekämpfung der Sowjetunion sowie zur internationalen Isolierung der DDR gewesen ist, war 1989 keine westliche Nation auf diesen (un)denkbaren Fall vorbereitet.

4. Anders die bundesdeutsche Politik. Sie erhob bereits im Grundgesetz von 1949 die deutsche Einigung zur Verpflichtung. Die Verneinung der deutschen Zweistaatlichkeit wurde bundesdeutsche Staatsdoktrin, die mit der "Hallstein-Doktrin" (DDR-Anerkennung als "unfreundlicher Akt" gegen die BRD, Abbruch diplomatischer Beziehungen) die BRD-Außenpolitik der fünfziger und sechziger Jahre dominierte. Die Ostverträge der siebziger Jahre wurden vom Bundesverfassungsgericht relativiert: Mit Schaffung eines gesamtdeutschen Staates sollten sie ihre völkerrechtliche Verbindlichkeit verlieren. Die BRD ist danach nicht nur Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, sondern - wenngleich zur Zeit "gebietlich unvollständig" - territoriale Nachfolgerin Deutschlands in den Grenzen von 1937. Mit dem Grundlagenvertrag BRD/DDR von 1972 wurde zwar die "Hallstein-Doktrin" durch de facto-Anerkennung der DDR endgültig abgelöst, doch wurde die juristische Anerkennung der DDR und einer DDR-Staatsbürgerschaft versagt. Damit war selbst in einer politischen Phase der Entspannung, in der die herrschende Klasse keine realpolitische Option auf Wiedervereinigung hatte, das grundlegende Ziel der Einverleibung der DDR nicht aufgegeben. Die Nichtanerkennung der DDR ermöglichte angesichts der Fluchtwelle im letzten Jahr die Behandlung der DDR-Flüchtlinge als Bürger der BRD. Sie ist zudem Bedingung dafür, daß der Grundgesetzartikel 23 auf die DDR angewendet werden kann.

5. Die deutsche Teilung und die alliierten Vorbehalte waren ein positiv zu bewertendes Hindernis gegen die Machtambitionen des deutschen Imperialismus. Dies wird auch nicht dadurch relativiert, daß die westlichen Verbündeten mit der Machtbeschneidung der BRD zuweilen ganz schnöde imperialistische Eigeninteressen verfolgten. Möglicherweise ist es damit schon bald vorbei. Gegen den erklärten Willen der Sowjetunion will Deutschland bereits im Prozeß der Wiedervereinigung vollständig souverän werden. Die völlige Entfesselung des sich immer noch durch ein besonderes Maß an Ungeduld und Größenwahn auszeichnenden deutschen Imperialismus bedeutet aber eine latente, den territorialen status quo in Europa und den Weltfrieden bedrohende Quelle der Destabilisierung. Nicht zuletzt artikulierten sich - wie gebrochen auch immer - in den alliierten Vorbehaltsrechten die Erfahrungen der Völker mit dem deutschen Faschismus. Daher unterstützen wir alle noch so geringen, gegen Großdeutschland gerichtete Bemühungen der Opfer des NS-Regimes, der Sowjetunion, der europäischen Nachbarn und der westlichen Alliierten.

V. Kein Selbstbestimmungsrecht auf Deutschland

1. Das "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" ist traditionelle Kampfparole für Grenzverschiebungen zugunsten Großdeutschlands. Schon einmal in der Vergangenheit hat die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen (Sudetenland, Elsaß Lothringen) den Überfall auf und die Landnahme von europäischen Nachbarn vorbereitet. Heute ist sie erneut ein Faktor der Realpolitik, dem sich international Freund wie Feind beugen.

2. Dabei ist das Deutschland, von dem die Rede ist, nicht historisch gewachsen, sondern es wurde im Zeitalter der Nationalstaatsbildung spät und zwanghaft geschaffen: das Bismarck'sche, 1871 auf "Blut und Eisen" begründete Gebilde Deutschland, das mit dem Eintritt ins Zeitalter des Imperialismus zwei Weltkriege und den Holocaust zu verantworten hat. Allein dies ist Grund genug, diesem Deutschland das Recht auf selbstbestimmtes Verschieben der Grenzen zu verweigern. Daß dies international nicht geschieht, hat mit der veränderten Kräftekonstellation (Schwächung der Sowjetunion), mit der gestiegenen politischen Bedeutung der BRD und ihrer ökonomischen Dominanz, mit gemeinsamen westlichen Interessen bei der Durchdringung des Ostens zu tun. Neben nachlassender Besorgnis vor möglichen deutschen Aggressionen 45 Jahre nach Kriegsende dominiert eine neue "Appeasement-Politik", die hofft, deutschen Nationalismus und großdeutsches Tendenzen dadurch eindämmen zu können, daß man Deutschland gewähren läßt und es zugleich in NATO und EG eingebunden und gebremst glaubt.

3. Auch völkerrechtlich ließe sich die Festschreibung der nach Krieg und Kalter Krieg entstandenen Nachkriegsgrenzen begründen und realisieren. Ein Selbstbestimmungsrecht auf Wiedervereinigung gibt es nicht. Grenzen wie die Deutschlands von 1871 sind Ergebnis machtpolitischer Auseinandersetzungen und nichts Naturgegebenes. Gleiches gilt unter anderen Vorzeichen, denen des verlorenen Krieges, für die nach 1945 entstandenen Grenzen.

4. Ein fortschrittlicher Begriff vom Selbstbestimmungsrecht meint zum einen das Recht auf Loslösung von Völkern aus kolonialer Unterdrückung, das weder für die BRD noch die DDR anwendbar ist. Es meint zum anderen die grundlegenden Freiheitsrechte von Menschen, was nicht identisch ist mit dem Recht auf

Territorien. Schon gar nicht meint es ein Recht auf Imperialismus. Die Freiheitsrechte aber sind grundsätzlich auch innerhalb der bestehenden Grenzen von BRD und DDR regelbar.

5. Auch der Verweis auf den mehrheitlichen Willen zur Wiedervereinigung oder zum DDR-Anschluß kann nur die überzeugen, die Demokratie deutsch definieren, da von der deutsch-nationalen Freiheit die Freiheit und Interessen der Nachbarn, der Opfer des Faschismus und ihrer Nachkommen erheblich berührt werden. Die Kinder und Erben der Nazi-Täter haben nicht das Recht darüber zu bestimmen, wann die Welt Auschwitz zu vergessen hat. Die staatsoffizielle Freisprechung von der Verantwortung des deutschen Nationalismus für Krieg und Völkermord ("Historikerstreit"), die internationale Freisprechung der BRD von ihrer Vergangenheit (Bitburg) haben den Boden für den kurzsichtigen Umgang mit verantwortlichem Lernen aus der Geschichte geschaffen.

6. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, daß der Revisionismus - bereits nach 1918 Ziel deutsch-nationaler Politik - auch nach 1945 nie aufgegeben worden ist. Das Gepoker um die polnischen Westgebiete jenseits von Oder und Neiße demonstriert den relevant - und nicht nur bei einigen Vertriebenen-Fürsten - vorhandenen Wunsch deutscher Politik nach nationalstaatlicher Erweiterung unter veränderten politischen Bedingungen und bleibt damit eine Quelle unfriedlicher Entwicklungen. Dies würde auch im Falle der versprochenen Grenzgarantie gegenüber Polen gelten. Denn eine sich völkisch definierende Nation, wie sie in der deutschen Tradition und im Grundgesetz begründet wird, ist sehr wohl in der Lage erneut das deutsche Selbstbestimmungsrecht zu mobilisieren, wenn es opportun erscheint. Dies gilt um so mehr, als der künftige soziale Konfliktstoff eine solche "deutsche Bewegung" im heutigen Polen (aber auch in anderen Ländern mit deutscher Minderheit) beschleunigen könnte, weil die verarmten Menschen den Anschluß an die reiche Marktwirtschaft der Deutschen zu ihrem Ziel erklären könnten.

7. Die Anerkennung eines deutschen Selbstbestimmungsrechts ist mit internationalistischer Politik unvereinbar.

VI. Der besondere Charakter des deutschen Nationalismus

1. Auf den ersten Blick erscheint es absurd: die zunehmende Internationalisierung der Produktion und das an keine nationalstaatlichen Grenzen gebundene multinationale Agieren imperialistischer Konzerne kontrastiert mit dem Anwachsen nationalistischer und "völkischer" Bewegungen. Diese gibt es nicht nur im niedergehenden "realsozialistischen" Machtbereich, sondern auch in der "Ersten Welt" von Frankreich bis Deutschland. Trotz Europa und weltweiter Zusammenarbeit ist damit die Idee des Nationalstaats nicht passe'. Allerdings hat sie jeglichen aufklärerischen und fortschrittlichen Gehalt (den es in Deutschland nie gegeben hat) abgestreift und ist zunehmend zu einer völkisch-rassistischen Ideologie geworden: zur Legitimation von (kriegerischer) Expansion nach außen und zur Ausgrenzung und Unterdrückung nach innen.

2. Aufkommender Nationalismus und Rassismus verweisen häufig auf ungelöste soziale Probleme. Diese Erklärung ist im Fall der DDR/BRD nicht ausreichend. Die soziale Ungleichheit zwischen der DDR und der BRD besteht im wesentlichen im Konsumgefälle zwischen den beiden Staaten. Der neue deutsche Nationalismus, der um die Jahreswende keine Klassen und Parteien mehr erkennen ließ, sondern nur noch Deutsche, weckt Erinnerungen an die Folgen des deutschen Nationalismus in der Geschichte, der seine Wurzeln nicht in Unterdrückung, sozialer Krise oder Bedrohung durch andere Nationen hat, sondern in einem völkischen Verständnis der Deutschen als den Besseren.

3. Deutsch-Sein wird, mit dem neuen Ausländergesetz ist es bestätigt worden, völkisch definiert: nicht wer auf dem Territorium der BRD oder der DDR lebt ist Deutscher, sondern in wessen Adern "deutsches Blut" fließt, und wer sich, egal wo, "aktiv zum Deutschtum bekennt". Dieses im Nationalsozialismus etablierte Recht, das die Volkszugehörigkeit höher bewertet als die Staatsangehörigkeit, ist Voraussetzung für die Geltendmachung von Gebietsansprüchen gegenüber anderen Staaten, auf deren Territorium "Volksdeutsche" leben.

4. Gerade aus der Verknüpfung sozialer Probleme mit deutschem Nationalismus ergab sich in der Vergangenheit eine besondere Gefahr. Die Nazis haben sozialen Sprengstoff und nationale Ressentiments zu einem Gemisch mit verheerenden Folgen entwickelt. Der Kampf gegen die sozialen Folgen des DDR-Anschlusses kann daher nicht isoliert vom Kampf gegen das Wiedererstarken des deutschen Nationalismus geführt werden, bzw. darf diesen nicht ignorieren.

5. Der deutsche Nationalismus, der mit dem Nationalsozialismus noch den Faschismus zugespitzt hat, hat neben der völkischen eine einzigartige rassenhygienische und antisemitische Dimension. Er hat, begonnen mit der Einführung des Begriffs "lebensunwertes Leben", eine beispiellose systematische Vernichtung behinderter und schwerkranker Menschen ins Werk gesetzt. Mit der Reichspogromnacht wurde die später auf der Wannseekonferenz verabredete "Endlösung der Judenfrage" eingeleitet, die zur Vernichtung von 6 Millionen Juden führte. Das Deutsch-sein bekam in Auschwitz seine vollendete Ausprägung: nicht-jüdisch, nicht-behindert, nicht-kommunistisch.

6. Antisemitismus ist heute nicht überwunden. Er bewegt sich mit Ausfällen gegen den Juden Gysi oder Augsteins Tiraden gegen Elie Wiesel im "Spiegel" vom schmuddeligen rechten Rand in etablierte Medien. "Euthanasie" ist mit dem Nationalsozialismus nur in ihrer staatlich unterstützten Form überwunden worden. Die Vorstellungen, es gebe ein "lebensunwertes Leben" hat sich in der Medizin (und im Bewußtsein vieler Menschen) gehalten. In welchem Ausmaß "Euthanasie" wieder legalisiert werden soll, ist seit den sechziger Jahren dauerhaft, in den achtziger Jahren besonders intensiv diskutiertes Thema: namhafte Ärzte und Juristen beraten, welche behinderten Neugeborenen "liegengelassen", also selektiert werden sollen. 1989 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Zwangssterilisation "Einsichtsunfähiger" ermöglicht.

In unseren Analysen des Nationalsozialismus haben wir Linke uns auf den Faschismus-Aspekt konzentriert. Dabei wurden die rassenhygienische Dimension der "Euthanasie" und des Antisemitismus mißachtet. Deswegen wird der Widerstand gegen deren Restauration kaum von der Linken, sondern im wesentlichen von jüdischen, Frauen- und Behindertengruppen getragen. Das zu ändern ist auch eine Aufgabe für uns.

7. Die Massenverbrechen des deutschen Faschismus waren auch Verbrechen von Massen. Dieser Einsicht hat sich die kommunistische Politik in der Vergangenheit verweigert. Der orthodox-marxistische Ansatz zur klassenmäßigen Erklärung des Faschismus kann dieses Massenphänomen der Zustimmung zu den Naziverbrechen nicht erfassen. Daß es den Herrschenden in Deutschland immer wieder gelang, eine Klassengesellschaft zum einig Volk zusammenzuschweißen, hat seine Wurzeln im rassistisch-völkischen Charakter des deutschen Nationalismus. Den Nazis gelang die Eingemeindung großer Teile der Arbeiterschaft als Mitglied des auserwählten Herrenvolks, der überlegenen Rasse. Die Bedeutung dieses Phänomens als eines, das auch in der Arbeiterklasse Fuß gefaßt hatte, ist von den Arbeiterparteien der Weimarer Republik sträflich vernachlässigt worden. Das rassistische Denken wurde weniger als reaktionär, Antisemitismus in verhängnisvoller Unterschätzung als irregeleiteter, aber korrigierbarer Antikapitalismus gewertet.

In Verlängerung dieses Fehlers über 1945 hinaus hat der offizielle Antifaschismus der DDR behauptet, die Arbeiterklasse habe sich im wesentlichen dem Nationalsozialismus verweigert. Stattdessen wurde ihr Widerstand gegen Hitler unter Führung der Arbeiterparteien überdimensioniert. Gleichzeitig wurden die Opfer von Nichtkommunisten und Juden sowie deren Widerstand gegen die Naziherrschaft herabgemindert, verschwiegen oder gar geleugnet. Eine tiefgehende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der antidemokratischen und antihumanistischen deutschen Tradition wurde auch in der DDR nicht geleistet. Mit der Einverleibung der DDR droht jetzt die Verabschiedung jeglichen Antifaschismus aus der deutschen Gegenwart, anstatt der Aufarbeitung seiner Fehler.

8. Die Situation heute ist eine andere. Nicht Faschismus, jedoch neuer Nationalismus, Wiedervereinigung und "Deutschland einig Vaterland" stehen auf der Tagesordnung. Die Überwindung von Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus ist Voraussetzung für die soziale Befreiung und Emanzipation. Deshalb ist der antinationale Kampf eine zentrale Aufgabe für uns.

VII. Die Gefahren der Wiedervereinigung

1. Nie wieder Deutschland! Damit drücken wir unsere Ablehnung der Wiedervereinigung aus: Deutschland ist mehr als die BRD, ist zahlenmäßig, territorial und ökonomisch stärkerer Imperialismus. Deutschland, das assoziiert bewußt Nationalismus, faschistische Vergangenheit, unterstreicht historische Kontinuität. Deshalb: nie wieder.

2. Wir stehen mit dem deutschen Vereinigungsprozeß vor einer historisch neuen Qualität innen- und außenpolitischer Entwicklungen, deren Verlaufsformen im einzelnen von uns nicht prognostiziert werden können. Das geeinte Deutschland begründet eine neue Entwicklungsstufe Deutschlands als künftige europäische Supermacht und politische Weltmacht. Bereits die Machart der Wiedervereinigung, der

DDR-Anschluß, demonstriert, was da aus dem Schatten Hitlers heraus und auf die Völker losmarschiert. Der Widerstand gegen den eigenen Imperialismus muß verstärkt werden und wird nicht zuletzt dadurch bestimmt, ob es gelingt, gegen die Wiedervereinigung einen Gegenpol zu entwickeln.

3. Innenpolitisch hat der Taumel um "Deutschland einig Vaterland" alle sozialen und politischen Konflikte der BRD in den Hintergrund treten lassen. Eine große Allparteienkoalition bemüht sich konservativ, sozialdemokratisch, liberal oder grün das neue Deutschland zu gestalten. Unter ihnen artikulieren sich Streit und Opposition ausschließlich um das Wie der Vereinigung. Das Absingen der Nationalhymne im Bundestag hat diesen überparteilichen Konsens sinnfällig symbolisiert. Sozialdemokratische und liberale Stimmen gegen die brachiale Ausdehnung Deutschlands sind allenfalls als schwacher verfassungsrechtlicher Protest gegen den DDR-Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz zu vernehmen, nicht aber gegen eine "sanftere" Form des Anschlusses. Am krassesten haben die Wende von ehemals sozialliberaler Entspannungspolitik "mit Augenmaß" zum offenen deutschen Nationalismus "Spiegel"-Herausgeber Augstein und Willy Brandt dokumentiert. Die SPD agiert mit einem Willy für das nationale deutsche Gemüt und einem Oskar für die soziale Abwicklung für das gleiche Ziel wie die Bundesregierung.

4. Die Revision der Nachkriegsergebnisse trifft nicht nur auf wenig Widerstand, sondern wird massenhaft als ganz normaler Vorgang gewertet. Auch hierin drückt sich Zustimmung und Anpassung aus.

Gesteigerter Nationalismus war früher bei Vertriebenenverbänden, Neonazis oder Reps zu Hause. Heute ist er regierungsamtlich und staatstragend. Seine gemäßigte Form findet sich in der staatstragenden Opposition wieder.

Wir erleben in der Bundesrepublik entlang der "nationalen Frage" eine Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums bis in die Linke hinein.

5. In der DDR haben bei der Volkskammerwahl drei Viertel der WählerInnen für irgendeine Form des schnellen Anschlusses gestimmt, mit großer Mehrheit für die von der CDU/CSU vertretene Variante. Die Politik der Grenzrevision, des Anschlusses und des Aufbaus Großdeutschlands, die bedingslose Unterwerfung der DDR unter die generalstabsmäßig aufgebauten BRD-Vorgaben, all dies hat als "Selbstbestimmung" seine erste bürgerlich-demokratische Legitimation bekommen.

6. Die nationale Welle in der DDR hat diese Art der BRD-Anschlußpolitik ermöglicht. Die Enttäuschung großer Teile der DDR-Bevölkerung über das Nichteintreten ihrer Wünsche, die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion, bergen wahrscheinlicher rechte Gefahren als die Möglichkeit der Linksentwicklung in sich. Massiver Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit sowie das Ablegen des ehemals staatstragenden DDR-Antifaschismus sind in kürzester Zeit sichtbare gesellschaftliche Realität geworden.

VIII. Die Opposition in der DDR

1. Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" ist zugleich Zusammenbruch aller sozialistischen Ideale in der DDR-spezifischen Form. Die Kräfte, die für Sozialismus und Kommunismus stehen, sind in den Augen einer Mehrheit der DDR-Bevölkerung diskreditiert und agieren aus gesellschaftlich isolierter Position, egal ob sie für das SED-System mitverantwortlich waren oder nicht.

2. Die neuentstandenen linken Zirkel und Teile der erneuerten PDS müssen von uns als potentielle Partner für einen gemeinsamen Widerstand gegen das vereinigte große Deutschland angesprochen werden. Dabei stellen sich die politischen Aufgaben in der DDR immer noch grundlegend anders als in der BRD. Trotz der schweren Niederlage des alten Systems scheint es in der DDR ein relevanteres Potential von Menschen zu geben, die sich noch eine andere Gesellschaftsform als die eines BRD-Abziehbildes vorstellen können.

3. Der ungeheure Druck der BRD, der nach dem Zusammenbruch auf die DDR herrscht und im Inneren von den Befürwortern des sofortigen Anschlusses erzeugt wurde, hat die Linke in der DDR in die Position gebracht, durch Zugeständnisse das Schlimmste verhüten zu wollen. Die Versuche der PDS-Regierung Modrows, positiven Einfluß auf Weg und Tempo der Vereinigung zu nehmen, Modrows katastrophaler Vorstoß für "Deutschland einig Vaterland", haben die DDR-Opposition gegen den Anschluß an die BRD jedoch zugleich erheblich geschwächt. Die PDS hat diesen Kurs nach kurzem Zögern mitgetragen. Sie hat die Wende zum Ja zur Wiedervereinigung vollzogen und ist allein um ihre "soziale und sicherheitspolitische" Ausgestaltung bemüht. Eine antinationalistische, gegen das neue Deutschtum agierende Ausrichtung der PDS gibt es nicht.

Im Gegenteil, sie ist bemüht, sich als positive Partei der deutschen Einheit zu profilieren. Sie definiert die massiv seitens des BRD-Imperialismus betriebene Wiedervereinigung als unaufhaltsamen "historischen Prozeß der deutschen Einigung" und verbreitet dabei in völliger Verkennung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Illusion, es könne eine "fortschrittliche, soziale und demokratische" Wiedervereinigung geben.

IX. DDR- und BRD-Linke

1. Wir sind der Meinung, daß auch in der DDR, in der die größte Zahl der ersten inneren Opfer des neuen Großdeutschland zu erwarten ist, die fortschrittliche Opposition gegen jede Form der Wiedervereinigung Partei ergreifen sollte - und zwar unabhängig vom realpolitischen Gehalt einer solchen Position. Wir können keinen einzigen Anhaltspunkt entdecken, der Hoffnung in die Möglichkeit zuläßt, man könne auf den Prozeß der Vereinigung oder gar auf die "nationale Frage" von links Einfluß nehmen. Das hat u.E. nichts mit gutem oder schlechten Willen zu tun, sondern mit der Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfte, die die große deutsche Nation wollen und davon profitieren und unserer Negativeinschätzung, daß es keine friedliche, ökologische und demokratische Vergrößerung eines ökonomisch dominanten deutschen Imperialismus geben kann.

2. Die Art der Opposition kann und wird verschieden sein. Unser "Nie wieder Deutschland" als Parole drückt radikale Ablehnung der Vereinigung aus. Für den DDR-Widerstand gegen Großdeutschland gibt es aktuell bereits zusätzliche Verknüpfungen mit Protesten gegen die sozialen Folgen der Vereinigung.

Wichtig erscheint uns, daß wir unsere linken Gemeinsamkeiten nicht in einer vermeintlichen Chance einer gesamtdeutschen Linken suchen, die sich auf ihren Platz im neuen Deutschland einzurichten beginnt. Stattdessen sehen wir die Notwendigkeit, DDR- und BRD-spezifisch Widerstand und Opposition gegen die europäische Supermacht BRD/Deutschland zu artikulieren. Nur wenn wir mit jeder Hoffnung auf positive Wirkungen der Vereinigung brechen, hat die in der BRD wie auch in der DDR gebeutelte Linke eine Chance auf Erneuerung einer antikapitalistischen, gegen den deutschen Nationalismus gerichteten Bewegung. In der Entwicklung dieses Widerstands sollten wir die Gemeinsamkeiten suchen.

X. Die BRD-Linke - angepaßt und weggetaucht

1. Die BRD-Linke hat für den Widerstand gegen die Wiedervereinigung keinerlei Massenbasis. Sie steckt schon längere Zeit in der Stagnation, alte Formationen zerfallen, resignierte Anpassung dominiert. Diese Entwicklung ist mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und der DDR sowie mit der Wiedervereinigung, beschleunigt worden. Ein Teil der Linken scheint angesichts der deutschen Besoffenheit abgetaucht zu sein. Ein anderer gibt sich der Illusion hin, durch die Vereinigung den eigenen Zerfall und die Stagnation überwinden zu können und erkennt neue Chancen. Die Grünen in ihrer großen Mehrheit haben sich sehr schnell dem neuen Großdeutschland angepaßt und versuchen, wenig gefragt, im Konzert mitzuspielen.

2. Der Prozeß der Wiedervereinigung hat die BRD-Linke in einer Zeit ihrer größten Krise (Zusammenbruch politischer Weltbilder, Verlust an konkreter Utopie) überrollt. Innenpolitisch dominieren der stetige Aufschwung und die Erfolgsbilanz bundesdeutscher imperialistischer Politik. An diesen Erfolgen partizipiert zur Zeit noch die Mehrheit der Bevölkerung materiell und ideologisch, der Widerspruch gegen die Herrschenden ist gering entwickelt.

Brennpunkte sozialer (Wohnungsnot, Lage der ImmigrantInnen) und politischer Entwicklungen (AusländerInnengesetzgebung) geraten derzeit an den gesellschaftlichen Rand. Das hohe Maß an gesellschaftlicher Integration ist erneut im Tarifkonflikt um die 35-Stundenwoche bewiesen worden, der zu aller "Zufriedenheit" ausgegangen ist. Dies zeigt, daß im Augenblick massenpolitische oder parlamentarische Ansätze auf Opposition wenig aussichtsreich sind.

Zusätzlich hat der deutsche Nationalismus, insbesondere der bundesdeutsche Chauvinismus, die Widersprüche verdeckt und wirkt lähmend bis in die Linke hinein. "Weil die Begeisterung für die Nation hierzulande besonders leicht auch die letzten Rudimente an Klassenbewußtsein zu erschlagen vermag, muß die BRD-Linke den Haß auf das eigene Vaterland schüren und es bekämpfen", hatte die KB-Minderheit auf der Mitgliederversammlung im März 1990 eine zentrale Aufgabenstellung formuliert.

Diese Lage, und nicht der fehlende Wille zur massenpolitischen Orientierung, bestimmt unsere Definition der Aufgaben für die BRD-Linke.

XI. Die Widersprüche im KB

1. Die KB-Erklärung gegen die Wiedervereinigung vom Dezember 1989, die wir nach wie vor unterstützen, wurde in den folgenden Monaten durch die zentralen Gremien des KB in ihren wesentlichen Aussagen revidiert und in ihrer Wirkung konterkariert:

- Eine Mehrheit im KB hat sich mit der Parole vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Deutschen als angeblich demokratisch und völkerrechtlich legitimiert versöhnt. (vgl. hierzu und im weiteren AK 317, S. 31)

- Unsere Versuche, gegen die Wiedervereinigung nicht nur in Worten, sondern auch in Aktivitäten eine Politik zu entfalten (beispielsweise in Unterstützung der Frankfurter "Nie wieder Deutschland"-Demo), sind in den KB-Gremien mehrheitlich zunehmend auf Skepsis und Aufbau einer Frontstellung gegen einen solchen radikalen linken Ansatz gestoßen. Es sollten - so das Alternativkonzept - nicht länger die Wiedervereinigung selbst, sondern die daraus resultierenden Folgen in den Mittelpunkt kommunistischer Politik gerückt werden.

- Gegenüber dem neuen Nationalismus praktiziert die KB-Mehrheit Wegtauchen und Ignorieren, eine nationalistische Welle zur Durchsetzung der Wiedervereinigung wird bestritten.

- Der begründet pessimistischen und negierenden Haltung innerhalb der Linken gegenüber der Wiedervereinigungsentwicklung wird ein scheinbar positives Element entgegengesetzt: die Konzentration des KB auf die DDR-Situation, die für linke Politik neue Impulse biete und die PDS als neuer Kristallisationspunkt, deren BRD-Ausweitung zunehmend und positiv auf die hiesige Linke ausstrahle.

Diese Fehler und Versäumnisse beim Widerstand gegen die Wiedervereinigung und die Folgen großdeutscher Politik, die Verweigerung gegenüber einer fortschrittlichen antinationalen Intervention, veranlassen uns zu der Feststellung, daß der KB in seiner Mehrheit versagt hat und damit seine Existenzberechtigung als eine Organisation der radikalen Linken aufs Spiel setzt.

2. Die Krise und Zerfall der Linken sind selbstverständlich auch unser Problem als KB. Gemeinsamkeiten finden wir derzeit kaum in positiver Politikbestimmung, weder bezogen auf die aktuelle Strategie revolutionärer Politik, noch - auch das ein Reflex auf den realsozialistischen Zusammenbruch - in der Bestimmung einer sozialistischen Utopie.

3. Bisherige Gemeinsamkeit im KB war u.a. die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Imperialismus, insbesondere dem eigenen, und gegenüber Kapitalismus und Marktwirtschaft sowie deren rechten wie linken Apologeten. Praktisch politisch sahen wir unsere Aufgabe vor allem in der Stärkung des linken radikalen Flügels der sozialen und internationalistischen Bewegungen und bei den Grünen sowie in der Entwicklung real-politischen Drucks von links auf gesellschaftliche Einflußträger wie SPD (in der Friedensbewegung), Grüne (in den Parlamenten) und Gewerkschaften.

Wieweit diese Gemeinsamkeit heute noch trägt ist unklar, bzw. muß im KB geklärt werden. Mit der KB-Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht, den deutschen Nationalismus und den Widerstand gegen die Wiedervereinigung befinden wir uns in diesem Klärungsprozeß.

XII. Unsere Ziele im KB

1. Wir erleben zur Zeit eine reaktionäre Periode, eine gesellschaftliche Umbruchsituation, in der die ArbeiterInnenklasse und die sozialen Bewegungen an den Rand gedrängt sind und der ungestümen Fortentwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft und der sie politisch tragenden Kräfte wenig Widerstand entgegengesetzt wird. Daß diese Entwicklung dennoch neue Widersprüche hervorbringen wird, ist so sicher wie der nächste Tag. Welche, und wie, und wen sie in welche Richtung in Bewegung setzen wird, ist Spekulation. Im Moment sehen wir keine Basis für eine Vermassung linker Politik. Wir gehen davon aus, daß die aktuelle reaktionäre Phase der Politik andauert. Speziell in Deutschland, dem großen Gewinner des RGW-Zusammenbruchs, wird es dauern, ehe der Anschein, die sozialistische Perspektive sei historisch dementiert, konkret widerlegt werden kann.

2. Die massenhaft Zustimmung zum Imperialismus verleitet zur Resignation, die sich sowohl ein rechtes wie auch ein linkes politisches Gewand verpassen kann. Wir wollen beidem entgegentreten: einer Anpassung an den Trend und einer sich im Sektierertum gefallenden Selbstabnabelung. Um den gesellschaftlichen Gegenpol und die Interventionsfähigkeit der Linken zu stärken, wollen wir heute schwerpunktmäßig die linke Polbildung

(z.B. im Kontext der Radikalen Linken) sowie eine diesbezügliche Öffnung des KB verstärken. Der Um- und Neugruppierungsprozeß der Linken wird für uns auf die absehbar nächste Zeit Schwerpunkt des Eingreifens und der politischen Aktivitäten sein. Das ist durchaus nicht nur als theoretisch-analytische Aufgabe gemeint, sondern auch als praktische Aufgabe der linken Neuformierung. Die Stellung zum deutschen Wiedervereinigungsprozeß, dem neuen Großdeutschland und dem deutschen Nationalismus wird dabei u.E. konstituierend für eine neue radikale und sozialistische Linke sein.

3. Wichtige Eckpunkte dieser Konstituierung könnten dabei sein:

* Der Widerstand gegen Großdeutschland, der positive Bezug auf die deutsche Teilung und die alliierten Vorbehalte, der Widerstand gegen jede Grenzrevision, die Ablehnung des deutschen Selbstbestimmungsrechts.

* Die Bekämpfung des neuen deutschen Nationalismus als anti-nationaler, anti-vaterländischer und antirassistischer Kampf.

* Ein Antifaschismus, der die Naziverbrechen und ihre materiell und ideell in die Gegenwart reichenden Folgen (Antisemitismus, moderne Eugenik) aufarbeitet und bekämpft.

* Die Ablehnung der Marktwirtschaft als Mensch und Natur verschleißende Wirtschaftsform, deren schlimmste Auswüchse heute in der "Dritten Welt" wuchern.

* Die Bekämpfung eines marktwirtschaftlich vereinigten "gemeinsames Haus Europa" unter BRD-Dominanz.

* Die Bekämpfung der NATO und die Verhinderung ihrer Ausweitung.

4. Die unter XII.3. angeführten Aufgaben stellen eine Negation der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Angesichts von Resignation und Anpassung der Linken halten wir dies für bedeutsam, um über die Analyse des RGW-Zusammenbruchs, über Diskussion und Entwicklung von Ansätzen für eine sozialistische Perspektive in unserer Gesellschaft die sozialistische Utopie zurückzuerobern. Diese Aufgabe wollen wir uns gemeinsam mit anderen Linken hierzulande stellen, die den Ansatz der Verneinung des Bestehenden als Voraussetzung für neue sozialistische Politik teilen.

Nach dem Zusammenbruch des RGW mit allen seinen Folgen für die "Dritte Welt", nach dem vorläufigen Sieg des Kapitalismus über den "realen Sozialismus", stellen sich zahlreiche Fragen der Theorie, der Aufarbeitung der historischen Entwicklung und des Niedergangs der SU und ihres Lagers. In der Theoriedebatte und der Aufarbeitung sowie den Schlußfolgerungen wird künftig eine zentrale Aufgabe des KB liegen, die wir auch so weit wie möglich mit anderen Linken zusammen durchführen wollen.

Einen positiven Versuch sehen wir in gemeinsamen Bemühungen der Radikalen Linken.

Die Auseinandersetzung mit feministischen Theorien und die Subjektbestimmung der Frauen in linker Politik ist ein Defizit aller linken Organisationen, den KB eingeschlossen. Die wichtigste Opposition z.B. gegen die bedrohliche Entwicklung der Gen- und Reprotechniken geht von feministischen Gruppen und Gruppen der Behindertenbewegung aus. Wir müssen von ihnen lernen und mit ihnen zusammenarbeiten.

Die Strukturdebatte im KB hat ein lange schwelendes Demokratiedefizit in unserer Organisation deutlich gemacht. Dies wirft für uns grundsätzliche Fragen nach der politischen Kultur des Umgangs in einer kommunistischen Organisation, nach der Rolle der Frauen in ihr, nach Demokratie der Entscheidungen im Verhältnis zur Effizienz politisch-praktischer Tätigkeit.

5. Der KB droht in zwei große Flügel zu zerfallen, die unter dem Dach einer Organisation derzeit mehr schlecht als recht kooperieren. Entsprechend beanspruchen wir in den innerorganisatorischen Gremien ein Gleichgewicht. Wir stehen jetzt vor der schwierigen, weil für uns ungewohnten und neuen Aufgabe: auszuprobieren, ob wir die beiden großen Flügel in einer gemeinsamen Organisation zusammenhalten können. Das erfordert einen erheblich weitherzigeren Umgang mit innerorganisatorischer Demokratie und interner Informationspflicht, als bislang gewohnt. Alles Nähere wird der nächste reguläre Kongreß 1991 zu regeln haben.

ErstunterzeichnerInnen:

Thomas (Bielefeld) * Jürgen, Robert, Werner (Dortmund) * Norbert (Elmshorn) * de., Detlef, Herbert, L. (alle Frankfurt) * Klaus (Göttingen) * Berthold, bs., Christa, Fasanbass, Gabi, Holger, hr., Ingrid, ma., Michael, Moritz, ms., no., Regine, rh, Rolf, Stefan, th., Uwe, Volker, ZF (alle Hamburg) * Sabine (Hannover) * Jutta, Karin, Radi (alle Harburg) * Paul, Reiner (Köln) * Andi, Brigitte, Christoph, Gerd, Rico, Uwe (alle Mannheim) * Dietrich (Münster) * Bernhard (Radolfzell) * Heinz, Jürgen, Yasar (alle Stuttgart) * cl., Ellen, Joachim, jw., Roman, Thomas (alle Westberlin)

(Mitglieder und FreundInnen des KB)

50. Das administrativ-bürokratischen Entwicklungsmodell ist am Ende

Rubrik: Wiedervereinigung; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:01

73 Jahre nach dem Beginn des Experiments "realer Sozialismus" müssen wir dessen Ende feststellen. Unklarheit herrscht nach wie vor darüber, was denn da gescheitert ist. Dem auch im KB anzutreffenden Weltbild, den "realen Sozialismus" gegen den Imperialismus zu verteidigen, stelle ich die These entgegen, daß es sich bei den RGW-Staaten um ein besonderes administrativ-bürokratisches Entwicklungsmodell handelte, das für neue sozialistische Utopien nur das Negativraster abgeben kann.

Skizze zur Geschichte der UdSSR

Jede umfassendere Auseinandersetzung mit den "real-sozialistischen" Gesellschaften setzt eine Vorstellung von der Herausbildung und Durchsetzung des administrativ-bürokratischen Sozialismus in der UdSSR und in den RGW-Staaten voraus. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sie mit der Öffnung der Archive in den betroffenen Ländern und mit der vertieften Kenntnis der Richtung der Reformprozesse weiteren Veränderungen unterliegen werden. Für eine historisch-materialistische Analyse, die den gerade in der Linken häufig anzutreffenden moralischen Rigorismus und das spekulative Element überschreitet, ist dabei von besonderer Bedeutung, daß in allen Staaten des bürokratischen Sozialismus die linkssozialistischen und radikaldemokratischen Strömungen nur eine Nebenrolle spielen und die wirklichen Veränderungen liberal-kapitalistische Strukturen zum Vorbild haben.

Wir müssen bis in die Anfangsjahre des Sowjetstaates zurück, um in der Geschichte aufzuspüren, warum der emanzipatorische Gehalt der Revolution verlorenging und durch eine repressive Ordnung ersetzt wurde. Nach dem Bürgerkrieg stand die Bevölkerung vor der Aufgabe, die Wirtschaft wiederherzustellen. Die Armut in der Sowjetunion wird am besten dadurch unterstrichen, daß 1921 während einer Hungersnot mehrere Millionen Menschen starben. Zur materiellen Armut kamen Analphabetismus, Kulturlosigkeit und Religiosität. In einer solchen Gesellschaft läßt sich die Befreiung des Menschen nicht verordnen oder einführen. Voraussetzungen aller Art fehlten: die Menschen mußten noch den größten Teil des Tages mit notwendiger Arbeit verbringen, weder individuelle noch gesellschaftliche Konsumgüter (Bildungsstätten, Büchereien etc.) waren ausreichend vorhanden. Zeit und Ort für kulturelle Ausbildung, für gesellschaftliche und individuelle Entfaltung mußten erst geschaffen werden. Lenins Vorstellung von jeder Köchin, die den Staat führen könne (und so ihr Dasein als Köchin überschreite), mußte unverwirklicht bleiben, solange zur eigentlichen Arbeit sogar noch der alltägliche Kampf um Lebensmittel kam. - Es sei hier angemerkt, daß diese Art objektiver Probleme sich natürlich auch in China, Kuba, Nicaragua stell(t)en. -

Die Hoffnungen der Bolschewiki auf Hilfe aus dem Ausland realisierten sich nicht. Weitere siegreiche Revolutionen im Westen blieben aus; der Zusammenhang der eigenen mit der internationalen Revolution war noch Allgemeingut der Partei und so "leninistisch" wie "trotzkistisch". Das kapitalistische Ausland war zu Investitionen trotz der sowjetischen Zugeständnisse (Anerkennung der Vorkriegs- und Kriegsschulden) nicht bereit.

Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Aufbaus und seine herausragende Bedeutung für das Überleben der UdSSR wurde von keiner Strömung in der KPdSU bestritten. Im Gegenteil: der Streit um den besten Weg des Aufbaus gehörte zu den wesentlichen Bestandteilen der Fraktionsauseinandersetzungen. Daneben trat die Diskussion um die innerparteiliche Demokratie und um ein bewußtes Gegensteuern zu den Bürokratisierungsprozessen. Diese Tendenzen einer zunehmenden Bürokratisierung von Betriebsleitungen, Parteikadern und Räten hatten objektive Ursprünge. Nach dem Bürgerkrieg war die Arbeiterklasse dezimiert und demoralisiert; viele der politisch fortgeschrittensten Arbeiter hatten ihr Leben an der Front gelassen. Im Zuge des Neuaufbaus wurden beständig diejenigen, die sich durch herausragende fachliche und politische Qualitäten auszeichneten, aus dem Produktionsprozess abgezogen. Sie wurden von direkt-produktiver Tätigkeit freigestellt für die Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft: Arbeitsleitung, Wissenschaft, Verwaltung, Staatsgeschäfte.

Am Anfang stand also die Übernahme gesellschaftlich notwendiger Funktionen. Jedoch erwuchs in der Verknüpfung von Diskussions-, Fraktions- und Parteienverbot, kultureller Rückständigkeit der Massen und autoritärer Durchsetzung ökonomischer Entscheidungen ein selbständiger Faktor in der sowjetischen Gesellschaft. Diese allmähliche Absonderung der Bürokratie zur besonderen Schicht geschah auf dem Boden verstaatlichter Produktionsmittel und war nicht verbunden mit einer Wiedereinführung individueller Eigentumsrechte. Es gab weder freie Konkurrenz noch Profit. Dennoch existierte die Produktion auf der Grundlage entfremdeter Arbeit. Mit dem Verlust der Verfügungsgewalt über ihre Produkte und der Demokratie verloren die produzierenden Klassen jeden unmittelbaren Einfluß über die gesellschaftliche Entwicklung.

Bei allen Unterschieden in ihren Auffassungen trafen sich die verschiedenen oppositionellen Gruppen in der Kritik an dieser Entwicklung. Sie forderten Initiativen zur Demokratisierung der Partei, mehr Transparenz des Parteilebens, die Wiederbelebung der Räte in Betrieben und Kommunen als den Organen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. Es gab vielfältige zeitgenössische Kritik an der sowjetischen Entwicklung; Kritik, die alles andere als antikommunistisch war, sondern frühzeitig darauf aufmerksam machte, daß emanzipatorische Prozesse ohne Diskussionsfreiheit und Demokratie nicht funktionieren. Wie sich die Kritiker an der Stelle der Mehrheitsströmung bewährt hätten, muß Objekt der Spekulation bleiben. Sichtbar ist der Weg der Bürokratie: von Verleumdung und innerparteilicher Repression wurde die Richtung zu Gewalt und Terror eingeschlagen. Terror, der bei aller Grausamkeit seinen zynischen Höhepunkt in der Auslieferung von Antifaschistinnen und Antifaschisten an Hitler-Deutschland fand.

Die Sowjetunion hatte sich zu einem spezifischen Typus von nicht-kapitalistischer Akkumulationsdiktatur entwickelt. Diese Gesellschaft in einem isolierten, wirtschaftlich und kulturell unterentwickelten Land mit verstaatlichten Produktionsmitteln und Aussenhandelsmonopol war kein Sozialismus. Der ideologischen Sicherung dieses Systems diente die vulgarisierte Sprache von Marx und Engels in Form des "Marxismus-Leninismus" und die Endziel-Verkündigung. Das Ziel der herrschaftsfreien Gesellschaft rechtfertigte buchstäblich jeden Gewaltakt der kommunistischen Bewegung. Das Ergebnis war, daß diese Bewegung sich weiter und weiter von ihrem Ziel entfernte. Vom Standpunkt der Bürokratie erfüllte der skrupellose Einsatz aller denkbaren Mittel seinen Zweck: es gelang der Bürokratie, ihre Herrschaft gegen den militärischen Zugriff des Imperialismus zu verteidigen und die staatliche Selbständigkeit der UdSSR zu sichern.

Ausdehnung auf Südosteuropa

Nach dem 2. Weltkrieg gelang es der Sowjetunion, gestützt auf die militärische Kontrolle ihres ost- und südosteuropäischen Glacis, ihr Gesellschaftssystem der dortigen Bevölkerung aufzuzwingen. Grundlage war in keinem dieser Staaten eine eigenständige Revolution; und wo dies, wie in Jugoslawien, der Fall war, gab es von Beginn an zwischen den Regierungen der UdSSR und Jugoslawiens politische Differenzen, die bereits 1948 zum Bruch führten. Trotz vieler Unterschiede, die bei Detailanalysen von großer Bedeutung sind, läßt sich mit den Worten des DDR-Gesellschaftswissenschaftlers Kosing zusammenfassen: "Andererseits wäre es aber unseriös, zu bestreiten, daß wesentliche Funktionsmechanismen und Strukturen der politischen Macht, daß die Funktionsweise der Partei der Arbeiterklasse und das Verständnis ihrer führenden Rolle in der sozialistischen Gesellschaft sich weitgehend an den sowjetischen Erfahrungen orientierte" (182).

Diese Anlehnung an das sowjetische Modell wurde zum Teil mit erheblichem Druck und der Ausschaltung oppositioneller Strömungen durchgesetzt, was DDR-Historiker nach der Wende vom Oktober 1989 veranlaßte, vorsichtig zu fragen, "welche Defizite an demokratischer Entwicklung des Sozialismus, an Mobilisierung der Schöpferkraft der Massen, an wirklicher Bestimmung des werktätigen Volkes über sein Schicksal durch die jeweils getroffenen Entscheidungen entstanden" (John/Küttler/Schmidt, 1150).

Es ist hier nicht der Ort, einen Abriß über die Geschichte der DDR zu geben. Bedeutsam ist die widersprüchliche Entwicklung von antifaschistischer Mobilisierung und Demokratisierung einerseits, die von stalinistischer und poststalinistischer Unterdrückung gebrochen und letztlich weitgehend zerstört wurde. Unter dem Gesichtspunkt praktizierter Demokratie ist es von Interesse, den Blick auf den Umgang der SED-Spitze mit Kritikern innerhalb und außerhalb der Partei zu richten. Ohne den Inhalt der Kritiken im einzelnen zu würdigen, können wir von Schirdewan über Janka, Havemann und Bahro, von Heym bis Biermann und den Umgang mit Kritikern aus der pazifistischen und ökologischen Bewegung durchgängig das Muster von Ausgrenzung, Repression, langjährigen Inhaftierungen und Landesverweis erkennen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß wir in der DDR eine gesellschaftliche Struktur vorfanden, die auf dem staatlichen Eigentum der Produktionsmittel und einer sich darauf erhebenden, die gesamte Gesellschaft durchdringenden Bürokratie, beruhte. Diese Bürokratie war bemüht, einen bedeutenden Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts zur Sicherung der sozial-materiellen Grundbedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder umzuleiten. Der positiv zu wertende Charakter dieser Orientierung war - außer zugunsten der Bürokratie - verknüpft mit einer Geringschätzung individueller und kollektiver Sonderinteressen und der zu deren Austragung notwendigen demokratischen Mechanismen. Dieser Mangel wurde seit Beginn der 1980er Jahre selbst zu einer ökonomischen Schranke, weil die Entwicklung der modernen technischen Produktivkräfte einen geistig unabhängigeren Menschen voraussetzte.

Für die Debatten über neue sozialistische Projekte ist es bedeutsam, daß das Fehlen individueller Freiheiten, demokratischer Formen und Rechtssicherheit die wesentliche Antriebskraft der oppositionellen Bewegungen bildete. Eine Linke, die sich der überragenden Bedeutung dieser Fragen in den hochentwickelten imperialistischen Metropolen nicht stellen will und den bürgerlichen Kräften das Feld überläßt, wird scheitern und zurecht scheitern.

fo.

Zitierte Literatur:

Jürgen John/Wolfgang Küttler/Walter Schmidt, Für eine Erneuerung des Geschichtsverständnisses in der DDR, in: Einheit, 44/1989/12, S. 1146-1151.

Alfred Kosing, Zur Diskussion um eine moderne Sozialismuskonzeption, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 38/1990/2, S. 168-186.

51. Euthanasie und Eugenik: Grundlagen des Rassismus 4. europ. Konferenz medizinischer Philosophie

4. europäischen Konferenz der medizinischen Philosophie

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:43

Als die Gruppen aus der Behindertenbewegung im letzten Jahr mehrere Auftritte des australischen "Euthanasie"-Propagandisten Peter Singer verhinderten (1), war weder ihnen noch sonst jemandem bewußt, wie verbreitet die theoretischen Ansätze dieses Tötungs-Theoretikers und anderer VertreterInnen dieser Schule im akademischen Off bereits waren. Die militante Aktion in Marburg hatte so neben den unmittelbaren, folgenreichere mittelbare Auswirkungen: Sie provozierte die bis dahin routiniert und still ihr Terrain vergrößernden "Euthanasie"-TheoretikerInnen und -PraktikerInnen in die Öffentlichkeit zu gehen - eine Öffentlichkeit, in der sie einen schwereren Stand haben, als in den abgeschotteten Räumen ihrer Universitäten und Kliniken. Das eine wirkt auf das andere. Seit den Auseinandersetzungen um Singer werden auch Seminare über "lebensunwertes Leben", über "Praktische Ethik" und "Euthanasie" gestört und gesprengt. Statt akademischen Bilanzrechnens über den Lebenswert eines Neugeborenen mit offenem Rücken finden an einigen Universitäten Ringvorlesungen statt, die gegen die utilitaristische Reduktion des Menschen auf seinen biologischen Gebrauchswert orientiert sind.

Zu großem Optimismus ist trotz der unbezweifelbaren Erfolge in Marburg, Bremen, Westberlin, Duisburg und Dortmund wenig Anlaß. Die PhilosophInnen, die das Leben schwerkranker, alter oder geschädigter Menschen nur als Leiden zu sehen vermögen und deswegen und aufgrund schlichter Kostenrechnungen dem schnellen Tod das Wort reden, haben eine starke Lobby (2) - und sie sind angesichts der ökonomischen Entwicklung in der Krankenversorgung heute gefragter denn je. Die Situation in Großbritannien und den USA, wo Ethiker an der Entwicklung und Durchsetzung von Selektions-und Nichtbehandlungskriterien beteiligt waren und sind, läßt die Zukunftsperspektiven für die BRD vorstellbar werden. In diesem Zusammenhang sind auch die derzeit in Blättern wie dem "Spiegel" publizierten Artikel zur Ethik der Transplantationsmedizin oder die Kritik an der Neugeborenen-Intensivmedizin zu verstehen: Die kostenintensive High-Tech-Medizin lohnt sich, im nicht ausschließlich ökonomischen Sinn des Wortes, auf Dauer nur, wenn es gelingt ihre Anwendung auf die Menschen zu konzentrieren, deren Leistungsfähigkeit voll hergestellt werden kann. (3)

Angesichts der auf die Thesen Peter Singers konzentrierten Auseinandersetzung ist die Kritik an der bundesdeutschen Linie einer derart "praktischen Ethik" bisher vernachlässigt worden. Die für den 15. Juni geplante Verhinderung der "4th. European Conference on Philosophy of Medicine in Health Care" in Bochum könnte ein Anfang sein, das zu ändern, weil bei dieser Aktion der heimliche "think-tank" der bundesdeutschen Ethiker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten wird.

Die europäische Philosophen-Konferenz wird dieses Jahr vom Institut für Medizinische Ethik an der Ruhr-Universität in Bochum ausgerichtet. Dieses - 1987 als erstes und bisher einziges Institut dieser Art in der BRD gegründet - wird von dem Philosophen Hans Martin Sass und dem Mediziner Herbert Viefhues geleitet. Es ist eine Art Kaderschmiede für Medizin-Ethiker und sieht neben der Ausbildung seine Hauptaufgabe in der "Entwicklung konkreter Hilfsmittel für die ethische Praxis in Klinik und Forschung" (Selbstdarstellung). Das Bochumer Institut arbeitet eng mit dem Joseph and Rose Kennedey Institute of Ethics in Washington D.C./USA zusammen. Prof. Sass (ein Schüler des konservativen Politologen Hermann Lübbe und gelegentlicher Referent der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung) ist dort seit 1981 tätig und mittlerweile Direktor des Europäischen Programms. Seit 1987 gibt es in dessen Rahmen einen speziellen Extended German Bioethics Course. Dessen erste TeilnehmerInnen sind samt und sonders einflußreiche MultiplikatorInnen, einige von ihnen haben in der bundesdeutschen medizinethischen Debatte seit 1987 profiliert Positionen vertreten: Dr. Birnbacher (Philosophie-Dozent an der Universität Essen) hält es für eine moralische Pflicht von Eltern gegenüber der Gesellschaft dafür Sorge zu tragen, daß sie kein behindertes Kind bekommen; Prof.Dr. Graf-Baumann hat in seiner Institution, dem einflußreichen Springer-Verlag, dafür Sorge getragen, daß verstärkt bioethische Titel erscheinen; Prof.Dr. Viefhues hat sich Gedanken über die zu hohen Pflegekosten für

behinderte Neugeborene auf Neugeborenen-Intensivstationen gemacht und ist einer der schärfsten Kritiker der sogenannten "zensuristischen Ethik", die ihn daran hindern will, über "lebensunwertes Leben" zu philosophieren. (4) Das Institut für Medizinische Ethik arbeitet außerdem eng mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie in Bonn zusammen: 1987 erstellte Sass im Auftrag des Ministeriums eine umfangreiche Studie "Bioethik in den USA. Themen, Methoden, Positionen" (Heidelberg 1988), die der bundesdeutschen Diskussion den Weg weisen sollte (5); 1988 erarbeitete Sass im Auf- trag der Bundestagsenquete-Kommis- sion "Technologie-Folgen-Abschätzung" eine Studie über die "Ethische Bewertung von Expertensystemen in der Medizin".

Insbesondere diese Studie ist ein bisweilen bedrückend-komisch zu lesendes Dokument über die allseitig reduzierte Vorstellung vom Menschen, die die Überlegungen, die man Denken nicht nennen mag, der Medizin-Philosophen strukturiert. So wie bei Patienten ein Blutbild erstellt wird, will Sass, daß eine "Wertanamnese" "von Arzt und Patient gemeinsam aufgestellt und routinemäßig fortgeschrieben wird"(Sass, Medizinethische Materialien Bd. 44, S. 53): "Diese Kriterien könnten dann im Fall der Bewußtlosigkeit des Patienten eine hilfreiche Entscheidungshilfe bei der medizinethischen Differentialdiagnose sein" (ebd.). Um den ÄrztInnen die Arbeit noch zu erleichtern schlägt Sass den Einbau "medizinethischer Module" in medizinische Expertensysteme vor: "zur medizinethischen Fallanalyse und zum Durchrechnen des ethischen Mikroprinzips Einwilligung nach Aufklärung"(ebd. S. 62).

Die Idee, Expertensystemen die Auswertung von Daten aus der Wertanamnese und damit die Entscheidung über einen eventuellen Behandlungsabbruch, also die Tötung des Patienten zu überlassen, läßt eine wichtige Funktion der medizinethischen Debatte, wie sie in den USA schon lange betrieben wird, sichtbar werden: Sie hat die Entlastung von ÄrztInnen, Pflegepersonal und Angehörigen zum Ziel. Indem sie als wertbedingt erklärt, was auf jeden Fall für alle, außer den in den Tod entlassenen PatientInnen, die einfacherere und billigere, also die pragmatische Lösung ist, ermöglicht sie diese zu treffen, ohne daß sich jemand dafür verantwortlich fühlen muß. An die Stelle einer freien Entscheidung der im Krankenhaus Handelnden tritt die "zwingende Logik" - ein gerade angesichts der häufig tatsächlich schwierigen Entscheidungssituationen verlockende Lösung.

Sass selber hat sich bisher nicht direkt für "Euthanasie" engagiert (obwohl er in Interviews keinen Zweifel daran läßt, daß er die Positionen Singers wenn auch nicht in allen Aspekten, so doch im Grunde teilt). Er müht sich aber überaus erfolgreich, extrem behindertenfeindliche und "Euthanasie"-Konzepte vorbereitende oder bereits entwickelnde Positionen zu verbreiten. In den von ihm herausgegebenen Publikationen - Medizin und Ethik, Reclam Verlag 1989; Ethik und öffentliches Gesundheitswesen, Springer Verlag 1988; und der Reihe Medizinethische Materialien des Zentrums für Medizinische Ethik Bochum, 1987 ff. - kommen fast ausschließlich BefürworterInnen von "Euthanasie", von marktradikalen gesundheitspolitischen Konzepten, von Gentechnik und In-Vitro-Fertilisation oder der Benutzung behinderter Neugeborener als Organbanken zu Wort. Sass konzentriert sich in seinen eigenen Aufsätzen stärker auf die Entwicklung "ethischer" Argumente für eine Veränderung der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen in der BRD. Mit Hinweis auf das, in der medizinethischen Debatte überhaupt sehr beliebte, "Selbstbestimmungsrecht" der Patienten plädiert er für einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Krankenversorgung. Auch die gesetzliche Krankenversicherung soll seinen Vorstellungen zufolge (6) weitgehend umstrukturiert werden, damit der einzelne "zu kompetentem Risikomanagement" ermutigt werde. Für unmoralisch hält Sass z.B.: "freie Nierendialyse unabhängig von Ort, Alter oder Lebensstil; Lungenkrebsbehandlung für schwere Raucher; Gehirnoperationen für Motorradfahrer; Sextherapie für Frustrierte und Unglückliche ...". Deswegen soll künftig nur noch eine Basisversorgung übernommen werden, unter die allerdings auch die "Förderung biomedizinischer Forschung" fallen soll. Wichtiger als die Möglichkeiten medizinischer Behandlung sind Sass die Möglichkeiten des persönlichen Risikomanagements. Deswegen soll "ein Gesundheitsinformationsdienst von wettbewerbs- und gewinnorientierten Organisationen auf lokaler Ebene betrieben (werden), (der) könnte z.B. Grundinformationen über Herzgefäß-und Organsysteme liefern, zusammen mit (...) Ratschlägen über die Alternativen des Risikomanagements." Für den Krankheitsfall würde dann eine "Basiskrankenversicherung" eingerichtet werden, während teure Therapien nur noch im Rahmen von Zusatzversicherungen übernommen werden sollten.

"Rein ökonomische Argumente für die Euthanasie hören sich überaus brutal und berechnend an. Aber da die Gesundheitskosten jährlich doppelt bis dreimal so schnell wachsen wie die Inflationsrate und neue Techniken steigende Ausgaben für immer ältere Patienten erwarten lassen, wird die Beantwortung der Frage immer

drängender, wie die Kosten der Krankenversorgung in den Griff zu kriegen sind" brachte vor wenigen Wochen ein Dossier der "Zeit" (7) die aktuellen Überlegungen von GesundheitspolitikerInnen und EthikerInnen auf den Punkt. Die politische Entsolidarisierungsstrategie verknüpft mit der Kampagne gegen den Erhalt als "lebensunwert" denunzierten Lebens birgt die Gefahr der Lösungen, die dann Endlösungen sein werden, in sich. Daß diese Debatte ausgerechnet 1989, in dem Jahr, in dem die Restauration des Deutschen Reiches ihren Anfang nahm, stattfand, ist die Art von Zufall, die politische Folgen nach sich ziehen muß. Die bundesdeutsche Linke hat ihr antifaschistisches Engagement in den letzten zwanzig Jahren so betrieben hat als habe in Deutschland ein gewöhnlicher Faschismus und nicht dessen durch eine beispiellose Vernichtungspolitik nochmals zugespitzte nationalsozialistische Variante geherrscht. Die infolge der Wiedervereinigungspolitik innerhalb der Linken mühselig in Gang gekommene Auseinandersetzung um Nationalismus als eine besondere Triebkraft politischer Prozesse in Deutschland ist insofern dringend notwendig - keinesfalls reicht sie aber aus. "Euthanasie" und Eugenik in ihren durch die seit Jahren betriebene ethische Debatte modernisierten Varianten sind zwar anders geartete, aber ähnlich bedeutsame konstituierende Kräfte für eine Restauration Deutschlands, dessen besondere Aggressivität sich durch eine Eroberungspolitik nach außen und eine nach innen gerichtete Vernichtungspolitik gegen weniger leistungsfähige und "artfremde" Menschen auszeichnete.

Fassanbass

Anmerkungen:

1) Singer sollte auf einem von der Bundesregierung unterstützten und von der Lebenshilfe für Geistigbehinderte veranstalteten Symposion diskutieren und war zu Vorträgen an den Universitäten Dortmund und Saarbrücken geladen (in Saarbrücken konnte er auch reden). Die Positionen Singers wurden im AK bereits mehrfach dargestellt, deswegen soll hier ein charakteristisches Zitat aus der "Praktischen Ethik" ausreichen: "Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird. Der Verlust eines glücklichen Lebens für den ersten Säugling wird durch den Gewinn eines glücklicheren Lebens für den zweiten aufgewogen."

2) Siehe z.B. KONKRET 7/90:"Tödlicher ‚Zeit`- Geist", wo anhand einer Analyse von 15 Jahren "Zeit"-Berichterstattung zum Thema gezeigt wird, wie sich die liberale Wochenzeitung geradezu kampagnenförmig für "Euthanasie" engagiert

3) Am Beispiel der Intensivmedizin für Neugeborene: Derzeit können aufgrund des hohen medizinischen Standards und neuentwickelter Therapien, die z.B. die Schädigung der Lunge durch künstliche Beatmung verhindern, selbst viele Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von deutlich unter 1000 Gramm überleben. Dadurch erhöht sich aber, weil ein relativ hoher Prozentsatz dieser überlebenden Neugeborenen schwere Hirnblutungen hat, auch der Anteil behinderter Kinder. Richtlinien wie die "Einbecker Empfehlungen" oder auch die Umsetzung der "Praktischen Ethik" Singers sollen ermöglichen, daß die geschädigten Kinder "liegengelassen", die anderen aber weiter therapiert werden - um damit eine Optimierung dieser Art medizinischen Fortschritts zu erreichen.

4) Weitere TeilnehmerInnen dieses ersten Kurses waren: Dr. U. Lohmann (Max-Planck-Institut, München); Dr. W. Müller-Hartburg (Verlag Arzt und Christ); Prof. Dr. H. Rehder (Uni Lübeck); Prof. Dr. O. Schwemmer (Uni Düsseldorf); Dr. med. M. Volkenandt (Uni Münster); Dr. med. W. Wagner (Duphar Pharma) und Prof. Dr. H. B. Wuermeling (Uni Erlangen). In den Kursen 1988 und 89 waren weitere Mitglieder einflußreicher Institutionen, z.B. verschiedener Ärztekammern, aber auch Fachjournalisten und etliche Doktoranden beteiligt.

5) "Die entscheidenden Herausforderungen der modernen Gesellschaft, die durch die Triagesituation bei den Instrumenten und Materialien für die ethische Güterabwägung beschrieben werden kann, sind also weder solche der reinen ethischen Theorie noch solche von Technik, Ökonomie und Politik. Von der reinen Ethik als Wertbegründungstheorie unterscheidet sich die angewandte Ethik durch das Primat der Wertdurchsetzung (...) von der technischen, ökonomischen und politischen Risikoanalyse unterscheidet sich die Verbindung von Ethik und Expertise durch das Hineinholen von metatechnischen Kosten-Nutzen-Analysen und Bewertungen, d.h. durch normative Risikoabwägung." Sass, Bioethik in den USA, S. 21

6) H.M.Sass, Persönliche Verantwortung und gesellschaftliche Solidarität, in: H.M.Sass (Hg.), Ethik und öffentliches Gesundheitswesen, Heidelberg 1988

7) zit. n. KONKRET 7/90

52. Dokumentationen der Normalität in der deutschen Provinz

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:13

Ein halbes Jahr ist vergangen, seitdem Conny Wissmann bei einem Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen von Göttinger Polizeikommandos in den Tod getrieben wurde (s. AK 313 und ff.). Für kurze Zeit waren nicht nur Linke empört, wütend, gingen am 25.11.89 an die 30.000 Menschen aus der gesamten BRD in Göttingen auf die Straße. Doch schon kurz danach fanden Initiativen zur Aufklärung der Geschehnisse kein Interesse mehr in der Öffentlichkeit. In der südniedersächsischen Provinz kehrte wieder der Alltag ein.

Mittlerweile sind vier Broschüren erschienen, die sich nicht nur mit den Umständen am 17.11. und 25.11. beschäftigen, sondern auch die Normalität beleuchten: sie bringen Grelles an den Tag ...

Nach Connys Tod war es zunächst dringend notwendig, der Bullenversion des Einsatzes bei der bundesweiten Demonstration möglichst genaue Informationen entgegenzusetzen. Außerdem sollte die Rolle, die das Göttinger "Zivile Streifenkommando" (ZSK) - zentral eingesetzt bei der Jagd auf die AntifaschistInnen - in dieser Stadt spielt, näher beleuchtet werden. Relativ schnell wurden zwei Broschüren veröffentlicht:

1. 25.11. Dokumente, Fakten, Analyse zur sog. "Deeskalation" der Polizei. FAP-Aufmarsch - 9.12.89

2. ZSK. Zur Arbeit der zivilen Streifenkommandos in Göttingen

Das Kernstück der ersten Broschüre bildet eine kommentierte Abschrift des Polizeifunkverkehrs in den "kritischen" Momenten der Großdemo, aus der deutlich wird, daß die Einsatzleitung an jenem Tag mit allen Mitteln versucht hat, die Menschenmassen aufzumischen, und während des Zuges lediglich an der eigenen Unfähigkeit gescheitert ist. Kontrastiert wird dieser Mitschnitt einerseits von Protokollen aus dem niedersächsischen Landtag; hier wiederholen die Vertreter der Staatsmacht (von Schutzpolizei bis SPD) noch einmal ihre gesamten Lügen und volle Ignoranz, die sie auch schon in Göttingen an den Tag gelegt hatten. Andererseits wird das Heft ergänzt durch eine weitere Funkabschrift vom Verhalten der Polizei anläßlich einer Demonstration der FAP am 9.12.89. Zitat aus der Broschüre: "Der Polizeifunk zeigt nicht nur die völlige Lustlosigkeit der Polizei, gegen die Nazis überhaupt nur konkret zu ermitteln (...), der Funk zeigt auch in aller Offenheit die Bereitschaft der Polizei, gemeinsam mit dem mehrmals vorbestraften FAP-Funktionär Karl Polacek die FAP-Terroraktion ‚ordnungsgemäß' zu beenden und eine abschließende Veranstaltung (außerhalb Göttingens) zu ermöglichen."

An diesem Einsatz war natürlich auch das ZSK beteiligt - seine tägliche und nächtliche Präsenz auf den Straßen ist stadtbekannt. Immer wieder mal macht dieses Sonderkommando auch Schlagzeilen, zuletzt bei Connys Tod; weniger bekannt sind jedoch seine Geschichte und normale Arbeitsweise. Unter Stichworten wie "Datensammeln", "Drohen und Nerven", "Feindbilder", "Konstruktion von Straftaten", "Im Schutz der Anonymität" und nicht zuletzt "AntifaschistInnen im Fadenkreuz der ZSKs" wird an einer (unvollständigen) Reihe von Beispielen gezeigt, wie die Spezial-Spitzeltruppe ununterbrochen Menschen v.a. aus der linken Szene observiert, terrorisiert und mit Strafverfahren überzieht.

Nach Exzessen wie am 17.11. hat es denn auch wenig Sinn - wie im letzten Abschnitt belegt wird - die Bestrafung einzelner Zivis zu fordern. Die "untragbare Einsatzmentalität" (Zitat nds. Innenstaatssekretär) ist diesen Kommandos in die polizeitaktische Wiege gelegt. Diese nach wie vor an die EDV angeschlossenen Spezialtruppen müssen abgeschafft, ihre Mitglieder aus dem Polizeidienst entfernt werden.

Überregionale Bedeutung bekommt die Broschüre durch den zweiten Abschnitt "Vom AUFKDO zum ZSK - Vom Modell zur Serie". Anhand der Untersuchung der letzten 10 Jahre wird gezeigt, wie in Göttingen nach dem "Testlauf" "Aufklärungs- und Festnahmekommando" Anfang der 80er Jahre - bundesweit bekannt geworden durch die Skandale um die Szene-Erfassungsdatei "SPUDOK" - eine neue "Geheime Stadtpolizei" aufgebaut wird, deren Sinn und Zweck es ist, gezielt verdeckte Vorfeldermittlung gegen links zu leisten: die optimale Geheimwaffe.

3. Dokumentation Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten, Analysen, Hintergründe. Chronologie 1987-1990

Anläßlich des Polizeiverhaltens direkt vor Connys Tod am 17.11. gab es in Göttingen zum wiederholten Mal die öffentliche Diskussion um die Frage "Was tut die Polizei gegen militante Faschisten". Von Seiten der Polizeiführung tauchten die Standard"argumente" auf: - die sind eh biederen Gemüts, also nicht so gefährlich und schon gar nicht organisiert; - bedeutend werden sie erst durch die Aktionen "selbsternannter Antifaschisten", womit die Verantwortung für Naziterror bei allen Menschen liegt, die sich genau dagegen wehren; im übrigen tut die Polizei ihre volle Pflicht. Daß die Scheinheiligkeit und Lüge solcher Aussagen von Linken nicht nur behauptet wird, belegt die jetzt neu erschienene 3. Broschüre.

"Auf dem rechten Auge blind - das wäre ja eine beruhigende Diagnose ..." (Zitat aus DOKU). Damit wird die Situation in Göttingen (und sicher nicht nur hier) prägnant beschrieben und mit etlichen Beispielen belegt.

Den Hauptteil ihrer Arbeit haben die AutorInnen jedoch darauf verwendet, die Alltäglichkeit von Fascho-Aktivitäten abseits der Schlagzeilen zu beschreiben. Nach einer kurzen Darstellung der Entwicklung der FAP aus der ANS/NA wird ihre bisherige Geschichte im südniedersächsischen Raum aufgearbeitet, ein Abriß über die große Bedeutung ihrer Propaganda an den Schulen gegeben und nicht zuletzt die zahlreichen Querverbindungen sowohl zu anderen Organisationen als auch zu bisher "ungeklärten" Anschlägen mit nazistischem Hintergrund beleuchtet.

Ergänzt wird dieses Material durch eine ausführliche Chronologie 1987-90 sowie durch "Dossiers" über führende FAP-Aktivisten (deren Bedeutung über Göttingen hinausgeht), die nicht nur für die antifaschistische Arbeit von Bedeutung sind, sondern darüberhinaus einen sehr guten Einblick über den Werdegang und die "Arbeitsweise" militanter Faschisten geben - übrigens am Beispiel auch zur Frage, inwieweit Polizeispitzel in ihren Reihen arbeiten.

Exemplarisch wird anhand der Kleinstadt Hannoversch-Münden gezeigt, wie etabliert militant-faschistische Strukturen unter deutschen Dächern sein können. Gerade durch die relativ vielen Vorkommnisse in dieser Region ist es durchaus spannend zu lesen, wie bei jeder Gelegenheit die Polizei die Einzeltäter-These aus der Tasche zieht - gegen wieviel besseres Wissen und mit welchem Eigeninteresse, das machen die Beispiele von Nazi-Studienräten und Wehrsport-Polizisten nur allzu deutlich ...

Beendet wird das Heft durch einen Anhang mit Artikeln zum Bornemann-Prozeß, einer faschistischen Aktivistin aus Hannover sowie FAP- und Nazi-Skin-Aktivistenlisten.

4. Dokumentation Antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen 1989. Erklärungen, Dokumente, Berichte, Plakate, Presse, Fotos

In diesem Werk von 480 Seiten ist alles gesammelt und dokumentiert, was in Südniedersachsen im weiten Bereich Antifaschismus seit Anfang '89 Bedeutung hat: von Aktivitäten gegen den Europa-Wahlkampf von NPD und REP über eine Demo am 9. November aus Anlaß der Pogrome in Deutschland 1938 und gegen Asyl- und AusländerInnengesetzgebung heute (deren komplettes Verschweigen durch die örtliche Presse anfangs den HerausgeberInnen von der Fachschaftsräteversammlung der Uni den Anstoß zu einer Dokumentation gegeben hatte) bis hin zu den Ereignissen am und nach dem 17.11.89.

Es ist dadurch eine ideale Ergänzung zu den anderen Broschüren: Hier läßt sich zum Teil das dort verwendete Material wiederfinden - und viel, viel mehr ... Dadurch erreicht dieses Buch (trotz gegenteiliger Behauptungen, aber noch mehr wäre nicht mehr faßbar/lesbar) eine seltene Vollständigkeit.

Vollständigkeit bedeutet in diesem Fall aber vor allem: Hier ist die Stimmungslage einer Region zusammengefaßt, wie sie sich für den Teil der dort lebenden Menschen darstellt, die diese Auseinandersetzungen wahrnehmen, hier wird die so erfahrene Normalität nachvollziehbar. Aus diesem Grund läßt es sich denn auch verschmerzen, daß auf Analysen weitgehend verzichtet wird.

In diesem Sinn seien die vorgestellten Texte gerade auch denjenigen verschärft empfohlen, die nicht in - im engeren Sinn - antifaschistischen Zusammenhängen arbeiten. Nach dem Motto: "Deutschland hat einiges zu bieten ..."

Kla., Antifa-Kommission,

KB Göttingen

1. 25.11. Dokumente, Fakten, Analyse zur sog. "Deeskalation" der Polizei. FAP-Aufmarsch - 9.12.89

2. ZSK. Zur Arbeit der zivilen Streifenkommandos in Göttingen

3. DOKU. Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten, Analysen, Hintergründe. Chronologie 1987-1990

4. Dokumentation Antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen 1989. Erklärungen, Dokumente, Berichte, Plakate, Presse, Fotos

Die Broschüren sind zu haben über: Holger Schreiber, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 34 Göttingen

Das Buch über: Luise Michel, c/o Fachschaftsreferat im AStA, Goßlerstraße 16a, 34 Göttingen (Stückpreis 18 DM; Vorkasse!)

53. Grenzenlos undeutsch: Jugendwiderstandmeeting

Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:58

Vom 8. bis zum 10. Juni findet in Gütersloh das "Widerstandsmeeting" statt. Vorbereitet und getragen wird es zunächst von einem örtlichen Zusammenschluß verschiedener linker und alternativer Jugendgruppen, dem "Netzwerk".

Daneben gab es auch bundesweite Vorbereitungstreffen mit - wenn auch bescheidener - Teilnahme aus linksradikalen Jugendgruppen, den GABBA-Resten (alternative Jugendgruppen) und Menschen, die aus der SDAJ-Erneuerungsströmungen kommen sowie der PDS (DDR).

In ihrem Text "Widerstandsmeeting - eine zarte Versuchung", den wir hier abdrucken, machen die Gütersloher VeranstalterInnen deutlich, worum es ihnen geht: Weniger um die "klare Generallinie" als um das Suchen nach Gemeinsamkeiten aus einzelnen politischen Themenfeldern heraus.

Widerstand - aber wie?

"Widerstandsmeeting? Wie kann denn so etwas aussehen?", fragte sich einer der OrganisatorInnen aus Gütersloh und benannte zwei Eckpunkte: "Der Fixierung bzw. der krampfhaften Suche nach der Organisation oder dem Kristallisationspunkt oder der alleserklärenden Wahrheit widersprechen wohl insbesondere zwei Tatsachen. Erstens daß die alten Probleme nicht von neuen ersetzt werden (z.B. Klassengegensätze durch Menschheitsprobleme oder Armut durch Umweltverschmutzung, Neonazis durch Patriarchat ...), sondern daß sie alle gemeinsam wirken."

Diese Ablehnung eines "Alleinvertretungsanspruchs" begründet er mit der "Individualisierung als gedankliche Reflexion auf die neuen Ansprüche der unmittelbaren Realität (Flexibilisierungsanspruch, neue Bedürfnisse, Reizüberflutung, längere Bildung, Vereinsamung ...) "Die Herrschenden reagieren mit einer neu aufgelegten Leistungs- und Ellenbogenmentalität mit Erfolg, wenn sie mit ihren politischen Inhalten auch nicht so erfolgreich sind. Die Rechten greifen zum Teile jene auf, die mit den gestiegenen Ansprüchen an das Individuum nicht klarkommen und bieten wieder ‚Ordnung` an.

Die Linke reagiert zwar am ehrlichsten aber auch sehr hilflos."

Harry H. folgert daraus: "Es müßte ein Konstrukt sein, das so offen ist wie möglich, offen für Pluralismus, Selbstentfaltung, Spontaneität und dennoch nicht zur Beliebigkeit und Sporadität führt. Ein Konstrukt, das eingreifen kann, ohne sich ihm unterordnen zu müssen. Wie bereits gesagt, kann diesen Anspruch meiner Meinung nach weder heute noch zukünftig eine Organisation (im engeren Sinne) erfüllen, vielmehr kommt es darauf an, die Initiativen, Organisationen und Menschen einander näher zu bringen. Wie? Dafür bedarf es wohl unserer aller Phantasie. Durch eine neue Kultur innerhalb der Linken, durch neue Paradigmen, durch Vernetzungsmodelle und beispielsweise dem Widerstandsmeeting." (4)

Diese Vorstellungen sind sicher auch von Harrys Erfahrungen als früherer Kreisvorsitzender der SDAJ geprägt. (5) Als KBler, der mehr Probleme mit der Zerfaserung linker Politikansätze in Spezialthemen zu tun hat als mit einem aufgeblähten Parteialleinvertretungsanspruch, habe ich eine andere Sicht: Die Fragestellungen finde ich richtig, aber ich würde stärkeres Gewicht auf das - pluralistische - Streiten und Ringen um gemeinsam getragene, analytisch unterfütterte systemsprengende Politik legen. Daß verschiedene Ansätze nebeneinander stehen, ist ein Fortschritt gegenüber isolierter Wurstelei. Das Widerstandsmeeting hat beide Ansprüche: Vielfalt darzustellen, aber auch um Gemeinsamkeiten zu streiten.

Netzwerk Gütersloh

Trägerin des Meetings ist das Jugendnetzwerk, in dem viele örtliche Jugendgruppen mitarbeiten. Die wollen mit dem Widerstandsmeeting das lebendige Chaos in Gütersloh. Für ein Wochenende aus der schläfrigen Kleinstadt einen Ort machen, wo auf dem zentralen Platz der Innenstadt statt biederem Flanieren ein großes buntes Eßgelage stattfindet und an allen Ecken Jugendliche ihre Vorstellungen von Leben und Widerstand zum Thema machen.

Auf den Vorbereitungen in Ostwestfalen fußt der inhaltliche und organisatorische Rahmen. Viele Themen werden so vorbereitet, aus der örtlichen Praxis heraus. Dabei bleibt auch vieles unklar. Das liegt aber mehr an

dem Fehlen von funktionierenden bundesweiten Jugendzusammenhängen, die über kleine Zirkel hinausgehen als an den GütersloherInnen.

Bundesweite Vorbereitung

Auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen am 28.4. waren so auch nur 40 Leute da, wovon fast die Hälfte aus Gütersloh kam. Aus anderen Orten waren Linksradikale wie die Autonome Sozialistische Jugend aus München da oder GABBA-nahe wie die grün-alternative Jugendkoordination aus NRW. Insgesamt nicht viel, was aber wohl mehr an der nicht sehr regen Jugendpolitik liegt als an einer bewußten Abgrenzung vom "Widerstandsmeeting".

Großer Schwachpunkt des Treffens war es, daß die inhaltliche Vorbereitung der verschiedenen AGs fürs Widerstandsmeeting auf einer rein organisatorischen Ebene behandelt wurde, es wurde fast nur berichtet, was laufen soll, aber kaum inhaltlich gestritten.

"Internationale" Jugendbegegnung?

Einen Streit gab es, als der anwesende Vertreter des PDS-Parteivorstandes fragte, ob es für die Beteiligung von DDR-Jugendlichen eine zahlenmäßige Begrenzung gäbe. Der Vorschlag von Ralf Kuklinski (PDS) war eine Beschränkung auf 1.000 TeilnehmerInnen aus der DDR, Polen und der CFSR. Sein Interesse am Widerstandsmeeting sei sehr groß, es sei dringend notwendig, sich auf die neuen Kampfbedingungen einzustellen, bald hätten wir den gemeinsamen Feind. (4)

An diesem Punkt bekam das Vorbereitungstreffen eine andere Dynamik: Sah es vorher nach einem regionalen Ostwestfalener Jugendtreffen mit noch zu mobilisierender bundesweiter Beteiligung aus, stand plötzlich die Aussicht auf eine doitsch-doitsche Jugendbegegnung etwas verquer im Raum.

Viele sprachen sich gegen eine Begrenzung der TeilnehmerInnen aus Osteuropa aus. Daß ein internationales Treffen ein zu großes Ei sei, wenn wir derzeit kaum bundesweite Verbindungen zwischen Jugendzusammenschlüssen haben, war eine Minderheitenposition. Das hat sich im nachherein geändert: Im Netzwerk Gütersloh haben sich die Jugendgruppen darauf verständigt, daß sich über die PDS-Anmeldekampagne nicht mehr als 250 OsteuropäerInnen beteiligen sollten. Das kann immer noch sehr viel sein, wenn die Mobilisierung im Bundesgebiet und in Westberlin auf wenige Jugendgruppen beschränkt bleibt.

Wie sich die Teilnahme aus den Warschauer-Vertrags-Staaten inhaltlich auswirkt, ist unklar. Es zeichnet sich ab, daß in der BRD allmählich eine Mobilisierung anläuft. Was allerdings passiert, wenn fast die Hälfte der TeilnehmerInnen aus Osteuropa kommt, weiß wohl keiner so genau.

Die Podiumsdiskussion zu Wiedervereinigung und die inhaltlichen Debatten zu Antifa und Antimilitarismus bekommen dadurch einen zentralen Stellenwert. Besteht doch in diesen Bereichen die Möglichkeit, die Unversöhnlichkeit gegenüber dem BRD-Imperialismus herauszuarbeiten und sich für ein straightes "Nie wieder Deutschland" einzusetzen.

Die Abarbeitung am Stalinismus aber kann beispielsweise kein Thema sein: Die meisten TeilnehmerInnen aus der BRD werden nicht frühere Mitglieder stalinistischer Organisationsstrukturen sein sondern Unorganisierte. Leider ist die Auseinandersetzung mit kommunistischer Theorie und Praxis eher mager, so daß eine bewußte Aufarbeitung von Fehlentwicklungen hier schwierig ist. Das dürfte für DDR-Jugendliche ganz anders sein: Hier sollten die unterschiedlichen Bedingungen nicht verwischt werden.

Im Bereich Antimilitarismus wird es um eine Kampagne gegen die Bundeswehr gehen. Wenn sich DDR-Jugendliche an unserer Kampagne beteiligen wollen, dann auf der Grundlage der Gegnerschaft gegen die Bundeswehr (dazu mehr nebenstehend: "Entwaffnet die BRD").

Lustvoll, bleifrei, feministisch, grenzenlos undeutsch

Unter diesem Motto steht das gesamte Programm des Widerstandsmeetings.

Freitag abend findet als Auftakt die Podiumsdiskussion statt: "Grenzenlos undeutsch - wo stehen wir mit der Wiedervereinigung?", hierum wird das Podium und das Plenum streiten. Auf dem Podium: eine GABBA-Vertreterin, ein ASJler (Autonome Sozialistische Jugend), Susi Möbbeck (Juso-Bundesvorsitzende),

Fred Beuchle (Kommunistische Plattform in der PDS), VertreterIn Radikale Linke aus dem Kommunistischen Bund, jungeR MigrantIn, VertreterIn Junge Vereinigte Linke (DDR). Eingeleitet wird das Palaver mit einem Beitrag aus dem Netzwerk Gütersloh, was sie unter "Grenzenlos undeutsch" verstehen.

Allüberall sollen parallel Aktivitäten laufen, von einem Cafe Streitkultur über einen Medienmarkt bis zu Happenings ...

Samstag ist der Tag der Arbeitsgruppe: AGs zur Entwaffnung der BRD, zu Ökotopia, Treffen von Antifa-Inis und Frauengruppen, SchülerInnenkongreß. Außerdem Aktionen, Konzert und Kulturallerlei.

Sonntag wird es eine Diskussion um die stärkere bundesweite Vernetzung von Jugendgruppen geben sowie ein Abschlußplenum. Danach: Demo "Deutschland geht - wir kommen". Das ausführliche Programm gibt's beim Netzwerk. (2)

Wer trifft wen ...

Auch wenn sich über die Größe des Widerstandsmeetings die Geister scheiden, was Vorhersagen angeht, so wird sich allemal eine recht breitgefächerte Szene dort einfinden. Das wird auch aus der Liste der UnterstützerInnen deutlich: Netzwerk Gütersloh, ASJ (Autonome Sozialistische Jugend) München, Kasseler Initiative gegen Atomanlagen, Maulwurf Hannover, VSP-Jugendzelle Hamburg, Smarties Bochum, JungdemokratInnen Niedersachsen, Mainzer Antifajugendplenum, Verein zur Förderung von Jugendbegegnung und Jugendbildung, Antifa Castrop-Rauxel, Jugend im KB, GABBA (grün-alternativ, bunt, autonom), SchülerInnengruppe Recklinghausen, Partei des Demokratischen Sozialismus, Jugendaktionsbündnis München, Antifaforum Essen, Barrikade, SJV (Sozialistischer Jugendverband) DDR, MJV (Marxistischer Jugendverband) DDR, RAJV (Revolutionär-autonomer Jugendverband) DDR, Piranha Hamburg, armes deutschland, grün-alternative Jugendkoordination NRW.

Nicht beteiligen tun sich bis jetzt die SDAJ und die Grüne Parteijugend. Auch Jusos sind kaum dabei. Während es bei den rot-grünen Parteijugenden wohl auch eine Frage der inhaltlichen Ausrichtung des Treffens ist - mit dem Motto des Widerstandsmeetings ist wohl kein(e) Staat(sjugend) zu machen - so ist das bei der SDAJ für mich nicht so klar. Es wird zwar gemunkelt, daß die SDAJ sich strategisch auf eine gesamtdeutsche Ausdehnung oder Umgründung orientiert, aber ein "Forum dauerhafter Zusammenarbeit antikapitalistischer Jugendkräfte" aus BRD und DDR (3) muß doch nicht im Gegensatz stehen zu Bündnissen ins unorganisiert-linksradikale Jugendspektrum, oder?

Eine gemeinsame Vorbereitung findet in Ansätzen im linksradikalen Jugendbereich statt. Ein Ergebnis hiervon ist die Idee "Entwaffnet die BRD". Auf Einladung der Autonomen Sozialistischen Jugend München findet am 2. Juni noch ein linksradikales Jugendtreffen in Köln statt, um sich auf das Meeting vorzubereiten. 15-20 Leute werden sich den Kopf zerbrechen über den Vorschlag einer linken Jugendkoordination/-vernetzung. (1) Denn eins ist klar: Am Sonntag wird es in Gütersloh um die Frage einer Jugendkoordination gehen. Aber um welche? Links & radikal & alternativ?

Zu befürchten ist auch, daß die Diskussion um deutsch-deutsche Verständigung die notwendige und vorsichtige Ertastung einer bundesweiten linken Jugendkoordination unter sich plattwalzt.

Dabei ist es schwierig genug, revolutionäre oder auch nur radikalreformistische Jugendpolitik für die Bedingungen in der BRD zu buchstabieren. Gerade auch weil die Diskussionsmöglichkeiten wie das Widerstandsmeeting nicht gerade häufig sind.

moritz, kb-jugend

Anmerkungen:

1) Kontakt wg. linksradikalem Jugendtreffen 2. Juni: Autonome Sozialistische Jugend, c/o Anti- Atom-Büro, Holzstraße 2, 8 München 5, Tel. 089/2608550.

2) Widerstandsmeeting Kontakt: Harry Heine, Carl-Bertelsmannstr. 30, 483 Gütersloh, Tel. 05241/16543.

3) Zum zweiten "Treffen von Jugendorganisationen aus der BRD und DDR" gab es einen Artikel in UZ, 18.5. Ein drittes Treffen soll am 16./17. Juni in Berlin/Hauptstadt der DDR stattfinden. Artikel zu anderen ähnlichen Treffen sind im "piranha" Nr. 3 dokumentiert. (Bezug siehe Anm. 4)

4) Die "piranha" Nr. 3 mit dem Artikel "Widerstand - nur wie?" ist erhältlich gegen drei DM in Briefmarken bei piranha c/o kb-jugend, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36.

5) Im ak 306 sind neben dem Artikel "SDAJ im Umbruch" ErneuerInnen-Papiere dokumentiert. Darunter eins der SDAJ Gütersloh, in dem ähnlich argumentiert wird.

54. Die Kraft der Negation gegen die Kraft der Negation ohne Feminismus, von Ursel Döhmann

Rubrik: Radikale Linke; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:15

Wie entsteht gemeinsame Politik von Frauen und Männern? Ich stelle mir das in etwa so vor:

Er streut Zucker in ihren Polotank, spricht ihr Hilflosigkeit zu, schlachtet sodann ihr Auto aus und bietet ihr als Hilfe den Notsitz im eigenen an. Da sein Gefährt nicht anspringt, braucht er die Gefährtin zum Schieben, und so fahren sie in Zukunft gemeinsam dahin, wo er will.

Drei Männer: Ebermann, Fülberth und Gremliza, diagnostizieren bei der gesamten "BRD-Linken" "Hilflosigkeit gegenüber dem Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus", und drei helfende Männerhände schreiben ein "Papier" voll, mit dem sich alle AntifaschistInnen ein halbes Jahr lang befassen sollen, damit sie zum Kongreßtermin reif sind, den "Kreis `Radikale Linke`" zu einer Bewegung anzuschieben. Also: raus aus dem antifaschistischen Lager und ran an die RL!

Das Thema "Antifaschismus" wird deswegen auf dem Kongreß "radikal" in Frage gestellt: "Antifaschismus heute?", und die RL-Programmatik wird gleich mitgeliefert: "Gegen den Konsens der Demokraten". Dazwischen streut mann ein paar Reizwörter für politische Neulinge: gegen "Rassismus, Sexismus, Neoeugenik". Operation gelungen, Patient totgeschrieben, Antifaschismus ade! Nachzulesen in Konkret, Ausgabe Dez. 89, Autoren s.o. ("Rechts ist die deutsche Mitte", S. 20 ff. und - passagenweise wortgleich - als "Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis `Radikale Linke`", Ausgabe Nov. 89: "Wir wollen die Kraft der Negation sein", S. 41 ff.)

Dort denken sich die RL-Publizisten unter dem Stichwort "BRD-Linke" zunächst einen groben Klotz aus, damit der grobe Keil, den sie darauf setzen, angemessen erscheint: Der Klotz: "staatslinke Opposition"; einerseits ausgemacht als Gewerkschaften und VVN, ausgebuht an einem 10-Zeilen Zitat von Stöß, andererseits als ein paar dem Antifaschismus hinterheressayistende "Citoyen". Zwei verstaubte Parolen, an denen sich die Kritik abfädelt, kommen dazu: "Wehret den Anfängen" und "Gemeinsam gegen rechts".

Weil Antifaschismus nur als Blätterrauschen der Parteien- und Organisationenpublizistik samt journalistischem Anhang wahrgenommen wird, kann mann es sich mit diesem Material aus zweiter bis Hinterhand leicht machen, die These von der Hilflosigkeit der "BRD-Linken" aufzustellen: Die einen drängeln sich unter die Gemeinsamkeit der staatstragenden SPD-Gewerkschaft-Grüne-Demokraten und geben dafür jede radikal-linke Position auf, eine Kritik übrigens, die in der antifa-Szene schon bis zum Überdruß durchgekaut ist.

Trotzdem eine Anmerkung dazu: Antifaschistische Initiativen sind - muß es noch einmal erwähnt werden? - keine Parteien und von Parteien nicht vereinnahmt. Zwar wäre beinahe einmal ein solcher mafioser rosa-grüner Anschlag von Bremen 1989 bis Frankfurt 1990 gelungen, zwar versucht das immer mal wieder dieser oder jener kleine Funktionär, aber linker Antifaschismus ist da widerspenstig. Antifa-Initiativen sind regional weit stärker vom individuellen politischen Prozeß, in dem ihre Mitglieder stecken, geprägt, als von offiziösen antifa-Strategie-Papieren; überregional sind sie weit zuverlässiger durch informelle Kontakte und Treffs miteinander verbunden, als durch Kreis,- Landes- oder gar Bundesebenen von Organisationen. Wenn in antifa-Initiativen Leute mit diversen Parteibüchern oder christlich angehauchte SchülerInnen auftauchen, sollen die dann rausgeworfen werden, weil sie den Schritt, aus der SPD auszutreten, zu dem Gremliza mehr Jahre brauchte, als sie alt sind, (noch) nicht getan haben? Wie, in welchen "Kreisen", mit welchen Menschen zusammen, an welcher politischen Praxis soll denn heute jemand den in Familien-, Schul- und sonstwo-Mief angesammelten "Müll im Kopf" loswerden, wenn antifa-Initiativen nur noch mit abgestandenen Radikallinken verkehren wollten? Mit welcher Berechtigung sollte das SPD/Grünen-Mitglied mit "der SPD/Grünen-Politik" gleichgesetzt werden? Wer so anmaßend ist, andere auszugrenzen, weil sie nicht bis zum eigenen als einzig links definierten Standpunkt vorgedrungen sind, verdrängt entweder die eigenen verschlungenen Pfade zur Linken oder hat sie noch nicht angetreten.

Die anderen bekämpfen, nach Ebermann, Fülberth und Gremliza, unter dem Stichwort "autonomer Wanderzirkus" u.ä. den radikalen Antifaschismus, weil sie als Schmarotzer überhaupt kein Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen haben. Wie wahr! (Das haben wir übrigens auch schon vorher gewußt!)

Doch all diese Kritik trifft nicht den linken, den aktiven Antifaschismus. Der nämlich setzt schon immer praktisch um, was von der RL als neues Konzept ausgegeben wird, der weiß, ohne daß er dazu als Schneiderlein mit der Fliegenklatsche auftreten müßte: Wer den Reps "aufs Maul hauen will, darf nicht an Rühe, Lafontaine, Lambsdorff und Weizsäcker vorbeizielen" (S. 25).

Angenommen, dieser Satz ist nicht bloß Taktik zur Profilierung der RL als die neue Nicht-Partei mit Parteiprogramm oder als Anbiederung an die autonomen Szenen,

angenommen, er soll nicht den Schlußstrich unter die antifaschistische Bewegung ziehen, weil die RL deren Leute als Zugpferde und Arbeitstiere für ihre eigene Bewegung braucht,

und angenommen, er erweist sich nicht als Ausdruck männlicher Wahnsinns-Borniertheit, sich als die wahre Linke zu verstehen (nur das nicht schon wieder!),

das alles mal angenommen - so schwer es auch fallen mag, dann bleibt von diesem Satz nichts anderes als die simple Aussage, daß Antifaschismus eine antikapitalistisch/antiimperialistisch begründete, auf Egalität bestehende Politik ist. Ein guter alter Hut, der sich im alltäglichen Tragen bewähren muß, statt blankgeputzt als Ausstellungsstück auf einer RL-Programmplattform zu glänzen.

Die drei Verfasser des Papiers wollen oder können in den Dschungel der Bewegungen, Initiativen und innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht vordringen, wie am Fehlen der eigentlich erst interessanten Umsetzungen ihres großen Wurfs wider den staatstragenden Rest der BRD erkennbar ist. Es ist ein echtes, typisches Strategie-Papier, in dem als Akteure ein paar zitierte PublizistInnen erscheinen und ansonsten Organisationen, Parteien, Organisationen, Parteien, allesamt, bis auf die Grünen (wegen ihrer paar versprengten Linken), je auf eine einzige Linie gebracht werden. Ob mann Strategiespiele in der "Schule der Nation" lernt? In feministischen Kreisen haben solche Abheber den Wert von Klopapier. Denn es kommen in solchen Papieren keine Menschen vor, geschweige denn Frauen, wohl aber, als strategisches Element, "die Frauenbewegung" und "die Frauen". Wie mögen wohl die Diskussionen des "Kreises `Radikale Linke`" verlaufen sein, wer mag wohl in der "zehnköpfigen Redaktionsgruppe" den Ton angegeben haben, daß dem Resultat, dem "Entwurf einer politischen Grundlage" der RL eine behauptete Anwesenheit oder gar Beteiligung "linker Feministinnen" nichts anzumerken ist?

Dieser Entwurf ist ein Musterbeispiel dafür, was Feministinnen skeptisch macht; praktisch,daß er es gleich mitformuliert: "daß auch die (meisten; Anm. U.D.)Linken männerbündische Politik betreiben und sich den Inhalten der Frauenbewegung gegenüber Unwissenheit und Nichtachtung erlauben. Feministische Erkenntnisse und Forderungen wurden (werden!, Anm. U.D.), wenn überhaupt, linker Politik meist nur aus machttaktischen Erwägungen hinzuaddiert und auf minder wichtige Plätze verwiesen." (Konkret 11/89, S. 42) Als politische Zielvorgabe zur Einarbeitung feministischer Positionen schreibt das Team: "Es wird Zeit, daß eine radikale Linke den Geschlechterkonflikt nicht länger durch die Klassenfrage zu verdecken versucht, sondern die Dialektik zwischen beidem als zentrale Fragestellung begreifen lernt.". (42)

Das war schon annodazumal Kongreßthema des IMSF, mit dem es bei den meisten anwesenden Frauen baden ging, denn die sahen sich gerade durch diese Fragestellung zur marxismustheoretischen Manövriermasse gemacht. Wirklich, diese Fragestellung ist Schnee von gestern, der an der Erkenntnis der Feministinnen geschmolzen ist, daß es nicht reicht, das ganze große marxistische Theoriegebäude um den Aspekt "Patriarchat" zu ergänzen und "dialektisch" mit ihm zu verquirlen. Vielmehr steht hier nach wie vor der Entwurf einer neuen Gesellschaftstheorie an.

Auch die feministische Diskussion um den miesen Begriff "Gleichberechtigung" (mit seinem passivischen Modus, der Frauen als Rechtsempfängerinnen definiert und mit seinem diffusen Inhalt, der eine Angleichung an Männerverhalten und -verhältnisse zu denken erlaubt) ist am Kreis RL vorbeigegangen, was die Formulierung einer überaus bornierten Mahnung an "die Frauenbewegung" zur Folge hat: die ganze Quotierungsangelegenheit "verliert seine emanzipatorische Kraft und verkommt zur Förderung bürgerlicher Karrieren, wenn es den Frauen dabei nur um `Plätzchen an der Sonne` als Teilhabe an geltenden Ausbeutungs- und Machtstrukturen geht. "Den Frauen! Das ist Sexismus, ihr "linken" Männer! Ein Plätzchen! Das ebenfalls! (dem Frauchen ein Plätzchen!).

Die bemüht hie und da eingestreuten "Frauenthemen" können nicht verschleiern, daß dieser Entwurf feminismusfrei ist. Wahrscheinlich liegt es daran, daß die Programmatik der RL letztlich doch nur Parteienpolitik ist. Eine solche Politik kommt vom Ansatz her ohne Feminismus aus, und wird wohl auch, sollte es dabei bleiben, ohne Feministinnen auszukommen haben.

Zurück zum E.F.G.-antifa-Papier. Sie haben es sich mit dem Rekurs auf die Parole "Wehret den Anfängen" leicht gemacht. Wer sich die faschistischen Kontinuitäten in der BRD bloß vorstellt (um sie zu kennen fehlt bis heute das umfassende Wissen), kann bei dieser Parole nur mit dem Kopf schütteln. Sie transportiert die falsche Vorstellung, daß mit dem Ende der faschistischen Herrschaft das Ende der FaschistInnen in herrschenden Positionen und die Zerschlagung faschistischer Zirkel einhergegangen sei.

Die drei Autoren zielen mit ihrer Kritik an der Parole jedoch auf etwas anderes. Für sie hängt der Erfolg einer faschistischen Organisation allein von der Entscheidung der Bourgeoisie für den Faschismus ab: "Wenn die Bourgeoisie sich zum Faschismus als der zeitweise effektivsten Herrschaftsform entschied, (...) entstand die nötige Massenorganisation sehr schnell und bedurfte nicht mühseliger Vorbereitung. (...) Hält die Bourgeoisie einen Übergang zum Staatsterrorismus nicht für erforderlich, bedeutet die Gründung rechtsextremistischer Organisationen (...) die Flankierung liberalerer Formen kapitalistischer Herrschaft. Sie gehören dann ebenso dazu wie die anderen bürgerlichen Parteien und die SPD eben auch." (S.20)

Der Versuch, Geschichte mit ein, zwei Sätzen in den Griff zu bekommen, führt zur Formulierung von Dogmen. Wenn eine solche Geschichtsinterpretation auch noch Grundlage der antifa-Strategie sein soll, dann entsteht der Verdacht, daß AntifaschistInnen zur Glaubensgemeinde der RL eingeschworen werden sollen.

In dem Zitat existiert ein handelndes Subjekt, die Bourgeoisie. Sie erreicht, was sie für erforderlich hält. Die Linke und der Widerstand sind ausgeblendet. Wie kann mit einer solchen Gesellschaftskarikatur die Frage einer effektiven antifaschistischen Gegenstrategie erörtert werden? Vielleicht geht es der RL auch gar nicht darum, sondern um ihr Prinzip, daß alles, was sich nicht um sie gruppiert, als politisch rechts zu bekämpfen sei. Dafür zahlt sie den Preis, die Reps den "anderen bürgerlichen Parteien" gleichzustellen.

Gleich ist diesen Parteien zwar das konservative Bestreben, die kapitalistische Gesellschaftsformation zu erhalten, aber verschieden sind noch immer die anvisierten bzw. angewandten Herrschaftsformen. Dieser Unterschied ist dann sehr wichtig, wenn "die Linke" nicht nur strategische Manövriermasse bedeutet, sondern sowohl Menschen, die entweder am Leben bleiben oder abgeschlachtet werden, als auch die existente Möglichkeit für eine radikal veränderte, humane Gesellschaft.

Sollte diese Ansicht von anderen geteilt werden, dann käme es zu dieser der RL so dubiosen "Gemeinsamkeit der Demokraten", die sich unverwechselbar von heuchlerischen Wahlkampf-Pseudo-Antifa-Parolen der SPD, Grünen und sonstigen unterscheidet, zu der aber auch SPD-Mitglieder, Grüne, Christen und sonstwas gehören können. Daß den drei Kopfarbeitern oft ihre eigene Borniertheit einen Streich spielt, belegt ihre Auffassung über die primär für faschistische Ideologiemuster empfängliche Klientel: "Es gibt in der BRD Menschen, die mit der Hand arbeiten und nicht viel zu sagen haben. Ihr Hirn, Abteilung Staat und Gesellschaft, ist voller Müll." (S. 23) Ich berichtige: "Es gibt im Kreis RL Menschen, die mit dem Kopf arbeiten und viel sagen. Ihr Hirn, Abteilung Staat und Gesellschaft, ist voller Müll."

Diese Ausführungen enthalten keine spezifischen feministischen antifa-Positionen. Sie sind eine immanente Kritik, frau hat sich an den Vordenkern "abgearbeitet". Das entspricht nicht der Ankündigung und muß mit einem kleinen Exkurs auf die Vorgeschichte des Kongresses begründet werden:

Mit "Konkret" besitzt der "Kreis 'Radikale Linke'" buchstäblich ein Publikationsorgan, das es ihm ermöglichte, seine Positionen zu verbreiten, zur Diskussion zu stellen und in Arbeit zu geben. Er wendet sich, wie es seiner Programmatik entspricht, besonders an die Gruppierungen der Linken, die der bundesdeutschen Parteienlandschaft den Rücken gekehrt haben, das sind Autonome und Feministinnen. Er versprach eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Feminismus. Er besetzte die Foren seines Kongresses quotiert. Und dennoch ist Feminismus, ist feministischer Antifaschismus hier nur Garnierung.

Wenn der Kreis an einer offenen Auseinandersetzung um politische Positionen und an einer gemeinsamen Arbeit im Prozeß der Strategieentwicklung interessiert gewesen wäre, dann hätte er die Positionen der feministischen antifa mit denselben Medien zur Diskussion stellen müssen wie ihr eigenes Papier. Ein Artikel

"Wie weiter mit der feministischen antifa?" liegt in der Konkret-Redaktion seit ein paar Monaten auf dem Tisch oder im Papierkorb. Der Kreis hat dafür gesorgt, daß der breiteren linken Öffentlichkeit zwar ihre eigenen Positionen doppelt und dreifach zukamen, aber die antifaschistischen Positionen, die sonst auf dem Forum "Antifaschismus heute?" vertreten sind - u.a. die der fantifa - werden deshalb Garnierung bleiben. So schaffen die Strukturen Macht.

Ich meine, daß es erst nach geänderten Strukturen sinnvoll wäre, feministische Ansätze in oder mit der RL zu diskutieren. Wir lassen uns nämlich keinen Zucker in den Tank streuen!

Ursel Döhmann, fantifa Bonn, Mai 1990

55. Was fehlt? Der sozialistische Gang

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:06

Im ak Nr. 316 machte der Genosse Jürgen/Stuttgart gegen die Anti-AKW-Zeitschrift "Atom" Front, weil sie sich nach seiner Meinung zu undifferenziert darüber gefreut hatte, daß jetzt Menschen in Ost und West gemeinsam gegen die AKWs kämpfen können. Mir scheint das ein recht typisches Beispiel für eine Haltung zu sein, die so gekennzeichnet werden könnte: Wenn uns das Eierlegen nicht gelingen will, dann veranstalten wir am besten ein großes Hahnengeschrei! Die Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" krepelt vor sich hin, Wackersdorf verzieht sich nach Frankreich, Pakistan und Brasilien sind weit weg und um andere Dinge haben wir uns nicht gekümmert. Jetzt kommt der "Deutschland-Gau", doch die Bewegung will sich partout nicht davon abbringen lassen, Atomkraftwerke gefährlicher zu finden als den eigenen "Volkscharakter"! Der Antinationalist wendet sich mit Grausen ob der "nationalen Besoffenheit". Er übersieht dabei allerdings Passagen in der "Atom" wie die folgenden: "Es ist wohl eher eine Illusion zu glauben, das künftige Energieprogramm als Anti-AKW-Bewegung mitgestalten zu können. Wichtig ist und bleibt der Erhalt der Handlungsfähigkeit im eigenen Land, denn das stärkt den Widerstand auf beiden Seiten".

Als einer derjenigen, die ihren Weg in engere KB-Zusammenhänge im Zuge der - vom KB damals ja ganz gut vorangetriebenen - Auseinandersetzung um das AKW Brokdorf gefunden haben, ärgere ich mich schon lange, daß die BRD-Atommafia, die durch unsere Kämpfe bisher eher modernisiert als im Lebensnerv getroffen wurde, nun auch noch zum großen Sprung nach Osten ansetzt, ohne daß wir in diesen Prozeß eingreifen. Dafür gibt es m.E. sowohl inhaltliche als auch strukturelle Gründe.

Unsere inhaltlichen Defizite im Kampf gegen die AKWs liegen vor allem im Bereich der Diskussion um Fragen der Energieeffizienz. Das Thema Alternative Energieproduktion wird von uns - sofern als solches überhaupt wahrgenommen - hauptseitig als rosa-grünes Ablenkungsmanöver behandelt. Das Wort Klimakatastrophe taucht allenfalls als ironische Kennzeichnung organisationsinterner Zustände auf. Daß der europäische Stromverbund bzw. auch der Export atomarer Hardware nach Osten ohne Kommentierung unsererseits abläuft, ist ein weiteres Zeichen dieses Defizits.

Was setzen wir denn den braunkohlegeschädigten DDR-BürgerInnen an Argumenten entgegen, wenn sie nach "sauberem Atomstrom" verlangen? Was entgegnen wir einem Menschen, der verlangt, die treibhauswirksame Emission von Kohlendioxid mit Hilfe von AKWs zu stoppen? Daß das Atomprogramm vor allem militärische Bedeutung hat und wir aus unserer Geschichte den Schluß ziehen sollten, einen Verzicht auf atomar abgesicherte Großmachtpläne zu verlangen ist ein - wenn auch ein besonders gewichtiges - Argument. Dieses "Bein" kann durchaus für sich allein stehen. Doch wenn wir vorankommen wollen, so hängt es plötzlich in der Luft und unsere ganze Argumentation scheint zu hinken. Für den Sturz der Atommafia brauchen wir eben alle überhaupt nur mobilisierbaren "Beine"!

Zum Strukturproblem: Das gibt es tatsächlich! Nur liegt es nicht in der "Verknöcherung des Apparats"! Es würde den GenossInnen, die sich bisher in der Anti-AKW-Bewegung engagiert haben, sicher auch äußerst ungerecht vorkommen, wenn sie dafür verantwortlich gemacht würden, daß der ak sich zu einseitig auf den militärischen Aspekt des Atomprogramms konzentrierte (nicht dadurch, daß darüber zuviel geschrieben wurde, sondern weil andere Probleme nicht im Blick waren). Sie würden sich bestimmt energisch gegen den Vorwurf wehren, ihre "Verknöcherung" sei schuld daran, daß sich der Erkenntnisstand des KB zum Thema Energiesparen noch auf dem Stand der Siebziger befindet. Wer immer gewollt hätte, dem hätte der AK offengestanden.

Möglicherweise fehlt es im KB an einer gewissen Systematik bei der Organisierung von Meinungsbildungsprozessen. Das fängt damit an, daß es ewig keine Redaktionskonferenzen gab und Meinungsverschiedenheiten auch aus diesem Grund nicht für alle Seiten ausreichend produktiv in Form unterschiedlicher Schwerpunkte, Untersuchungsprojekte u.a.m. "verarbeitet" werden konnten. "Unten" gibt es so gut wie keine systematische Aufarbeitung von Erfahrungen der jeweiligen politischen Praxis. Nicht selten "brechen" GenossInnen mit der Zeit weg, nachdem sie sich ein Arbeitsfeld erobert haben, dem der "Verein" bis dahin keine Aufmerksamkeit entgegenbrachte. Es fehlt also ein Mechanismus, mit dessen Hilfe wir uns - in unser aller Interesse - immer wieder unserer Defizite erinnern, den Erneuerungsbedarf bestimmen und entsprechende "Neuerer"-Kräfte bei uns und um uns herum mobilisieren können.

Wie umsetzen? Vielleicht genügen zunächst ganz kleine Schritte, etwa eine Rubrik im AK und im Organisations-Bulletin "Was fehlt(e) diesmal im ak?" Es fehlt natürlich immer etwas, aber darüber, was eigentlich hätte drinstehen müssen, sollten wir gemeinsam diskutieren und so Keime demokratisch/sozialistischer Planung einpflanzen. Ergebnis könnte z.B. sein, daß sich einzelne Ortsgruppen/Gremien gemeinsam sachkundig machen. Ich glaube, es würden sich auch Leute aus Gruppen wie Robin Wood finden, die die Redaktionskonferenz oder andere Gliederungen des KB mit Vergnügen auf den aktuellen Stand der Diskussion bringen würden.

Fehlt es der Anti-AKW-Bewegung am aufrechten Gang gegen die Wiedervereinigung?

Das ist jedenfalls die Aussage des Beitrags von Mathias aus der "Atom", der im letzten ak nachgedruckt wurde. Was mich an diesem Beitrag stört, ist die Herleitung der zentralen Aussage. Der Autor entwickelt seine Argumentation nicht aus der Perspektive des AKW-Gegners, der sich überlegt, warum er den "Wiedervereinigungszug" blockieren soll (etwa weil dieser "Zug" atomare Fracht transportiert, auf einer völlig veralteten Strecke mit Volldampf der Katastrophe entgegen rast; weil er darüberhinaus weitere Fracht transportiert, die den Widerstand notorischer "Blockierer" hervorrufen muß), sondern er argumentiert ausschließlich mit der Notwendigkeit, den "politischen GAU" der Wiedervereinigung zu verhindern, weil dies jetzt wichtiger für den "Kampf um gesellschaftliche und individuelle Befreiung" sei als alles andere. Denkt mensch bei der Lektüre zunächst an einen typischen Autonomen-Beitrag, weil hier über den "kleinen Unterschied" zwischen einer sozialen "Ein-Punkt"-Bewegung und der "revolutionären Avantgarde" hinweggesehen und die "eigene" AKW-Gruppe ungefragt zum Subjekt der Befreiung von allem und jedem erkoren wird, so zeigt sich bei näherem Hinsehen eine völlige Übereinstimmung mit der "antinationalen" Linie im KB.

Mehr Utopie wagen!

Mathias zitiert zum Beleg seiner Diagnose von der "Infektion mit dem großdeutschen Virus" und der "Flucht in die Utopie" aus dem Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg zum "Ostwest-Camp zwischen Himmelfahrt und Pfingsten" die folgenden Sätze: "Gibt es ein Gegenmodell von dem sogenannten Europäischen Haus, in dem wir uns alle wiederfinden? Wir wollen mit vielen Menschen aus Ost- und Westeuropa unsere Gedanken austauschen, uns an der Vision eines Eurotopia versuchen. Die Geschichte zwingt uns zu neuen Ansätzen, zu Entdeckungsreisen nach Gemeinsamkeiten und zur Überwindung der Grenzen in unseren Köpfen".

Das hört sich so aus dem Zusammenhang gerissen in der Tat nicht gut an. Aber warum läßt Mathias folgende Passagen unberücksichtigt: "Plötzlich scheint der Gedanke von einem europäischen Haus Wirklichkeit zu werden. Ein europäisches Haus, in dem der Westen mit seinen Denkmodellen und kapitalistischen und naturzerstörerischen Produktionsweisen zum Stein der Weisen wird. Statt der militärischen Eroberung des Ostens setzt der Westen jetzt zu seiner ökonomischen Eroberung an." Oder: "... im Westen nichts Neues, im Osten zwar Befreiung von stalinistischen Modellen, aber Übernahme kapitalistischer Zwänge, Deutschtümelei und Wiedererstarken nationalistischer Tendenzen in vielen Ländern ..." Schließlich: "Wie können die westlichen Ökologiebewegungen einen radikalen Wandel in ihren Ländern beschleunigen und der Gefahr entgehen, ... sich sogar an der Eroberung des Ostens mit einem ökologischen Mäntelchen zu beteiligen?"

Frage eins an Mathias: Wäre es vor 10 bis 15 Jahren vorstellbar gewesen, daß die BI Lüchow-Dannenberg ein Pfingstseminar veranstaltet, auf dem über Alternativen zum Kapitalismus diskutiert werden soll? Frage zwei: Sollten sich KommunistInnen nicht - zumal in diesen mageren Zeiten - alle zehn Finger danach lecken, sich an solchen Diskussionen zu beteiligen, ihre Vorstellungen eines "aufstandsrelevanten Handelns" zur Diskussion zu stellen, in einem solchen Rahmen zu überprüfen und vor allem zuzuhören, was da so geäußert wird. Ist für Kommunisten der Sozialismus als Utopie kein Thema mehr, ist eine Diskussion um (neue) Utopien von vornherein albern und nichts als Zeitverschwendung angesichts des konstatierten moralischen Verfalls der Linken (außer natürlich einer standhaften Minderheit im KB)?

Es kommt darauf an, die Welt zu verändern. Es fragt sich nur, in welche Richtung. Ohne Utopien läßt sich diese Frage nicht beantworten. Wenn Radikale, Linke bzw. KommunistInnen derzeit Schwierigkeiten bei der Formulierung von Utopien haben, sollten sie das zugeben. Gerade der ak sollte m.E. darum bemüht sei, den sog. "Ein-Punkt"-Bewegungen bei ihrer eigenen Radikalisierung in ihrem ureigensten Bereich behilflich zu sein. Soziale Bewegungen ohne ausreichende inhaltliche Überzeugungsarbeit kurz mal für jeweils aktuelle

linke Schicksalsfragen zu funktionalisieren, war bisher nicht eine den KB charakterisierende Methode. Das erinnert eher an den KBW seeligen Angedenkens.

Kommunistisches Bewußtsein entsteht doch real auch dort, wo gesellschaftliche Auseinandersetzungen an vielen einzelnen Punkten von den aufbegehrenden (Massen-)Bewegungen selbst zugespitzt werden, wo sie sich an konkret erfahrenen Problemen weiterentwickeln - wie es beispielsweise bei der Demo in Hanau zum Ausdruck kam, wo Friedensbewegung, Anti-AKW-Initiativen und Internationalismus-Gruppen gemeinsam demonstrierten. Wenn KommunistInnen die Aufgabe dies zu erforschen und voranzutreiben nicht erkennen und stattdessen dort eine "Flucht in die Utopie" kritisieren, wo Teile der sozialen Bewegungen ganz allein beginnen, über Fragen des Sozialismus neu zu diskutieren, werden sie ihrem eigenen Anspruch kaum gerecht. Vielmehr scheint uns der Mut und die Phantasie zu fehlen, über sozialistische Perspektiven neu zu diskutieren.

hhh, Berlin (West)

56. Fascho-Flugblätter mit Rote Hilfe - Absender

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:33

Alles auf die 17?

betr.: ak 318, PDS der DDR - eine Herausforderung ...

Am Ende seiner Analyse der möglichen zukünftigen Bedeutung der PDS stellt Kt. fest, daß die Zukunft einer "starken Linken in Deutschland" davon abhängt, ob es gelingt, in der BRD einen starken Schub von jüngeren Kräften auszulösen. Diese Erkenntnis ist nicht gerade neu, zumal die BRD Linke seit Jahren auf diesen Schub wartet und nicht weiß, wo dieser herkommen soll. Aber nun ist ja die PDS da, mit deren Hilfe sieht dies Problem schon viel einfacher aus. Warum soll das, was im letzten Winter in der DDR gelang, nicht auch hier klappen?

Diese Verlängerung von Erfolgen in der DDR auf die BRD mißachtet die völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine gewisse Entfaltung von Widerstand gegen die (sozialen Folgen der) DDR-Annexion ist nur verständlich, aber umfangreichere soziale Verschlechterungen durch die Vereinigung sind doch in der BRD z.Z. nicht zu sehen. Politisierungsschübe sind immer inhaltlich begründet. Also an welchen inhaltlichen Fragen soll hier dieser Schub entstehen? Dies ist die zu untersuchende Fragestellung! Aber genau an der Stelle, wo es interessant wird, ist Kt. mit seinem Artikel (auch mit seinem Latein?) am Ende. Das Setzen auf die PDS ohne eine Idee davon, woher dieser Politisierungsschub kommen könnte, erinnert an "alles auf die 17".

Andreas, Dortmund

Richtigstellung

Unter Verwendung des Absenders der Roten Hilfe e.V. hat ein sogenanntes "Antistalinistisches Säuberungskomitee" Post an eine uns unbekannte Anzahl von Menschen versandt.

Durch mehrere Briefe, bei denen die Empfänger die Annahme verweigert haben und die somit in unserem Postfach landeten, haben wie davon Kenntnis erhalten.

Die bei uns eingegangenen Briefe sind am 29.1.90 in Heilbronn abgestempelt worden und enthalten ein faschistisches Flugblatt, das unter dem Motto: "Deutschland erwacht! Ja zur Einheit, zur Freiheit, zu GrossDeutschland" antikommunistische Propaganda enthält. Das Absender/Anschriftenfeld wurde von der Roten Hilfe-Zeitung 1/90 abkopiert und ist auf allen vorliegenden Umschlägen verwendet wurden.

Wir erklären hier mit ausdrücklich, daß die Rote Hilfe e.V. mit diesem Flugblatt nichts zu tun hat und distanzieren uns selbstverständlich von seinem Inhalt. Wir werten diese Aktion von Neonazis, als Versuch die Rote Hilfe zu diskreditieren.

Als antifaschistische Schutzorganisation für Politische Verfolgte aus der gesamten Linken unterstützt die Rote Hilfe natürlich auch Antifaschisten, die sich gegen den Naziterror zur Wehr setzen und deswegen von der Staatsmacht verfolgt werden, dies werden wir natürlich auch weiterhin tun, auch wenn es den Faschisten nicht paßt.

Wir bitten alle angeschriebenen Zeitungen um Veröffentlichung des Inhalts dieser Mitteilung, da wir nicht wissen, wieviele und in welche Regionen dieser Briefe verschickt worden sind.

Rote Hilfe e.V., Kiel

Keine Zweifel?

betr.: "Das Menschenleben als ökonomischer Faktor, AK 315

Bisher hatte ich als Abonnent des AK keine wirkliche Veranlassung, an der Anti-§218-Haltung des AK (für Selbstbestimmung der Frauen etc, gegen religiös- klerikale Machtansprüche u.a.) zu zweifeln. Die kategorische Fassanbass-Stellungnahme gegen Singer (der eindeutig vom atheistischen Standpunkt argumentiert (hört!)) und für wissenschaftlich z.T. dezidiert "linkes" Umfeld, möchte/muß mich eines Besseren

belehren. Wie verträgt sich der Gedanke, alles menschliche Leben sei gleichwertig eigentlich mit der Befürwortung aktiver Geburtenverhütung? Seltsam! Absurd!

H., Appetshofen

57. "und hat einer/hat eine von uns / noch fragen /dann sind das unsere fragen" - Literaturpreis für Christian Geißler

Rubrik: Autonome; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:16

Letztes Jahr wurde in Hamburg an Geissler ein Literaturpreis für Kamalatta verliehen. Einige Menschen aus der Hafenstraße nahmen an den Feierlichkeiten teil und übereichten eine rote Rose. Im letzten AK (318) reagierten nun einige Menschen vom Hafen auf die zwischenzeitlich erschienenen "dissonanzen der klärung" (ddk) und werfen Geissler vor: Kamalatta, die ddk seien Abschiedsliteraur für die innere Emigration, raten zum Aufgeben, zur Kapitulation. Geissler sei einer, der von "außen oben" über ihre Kämpfe verfügt, der als einzelner bestimmen will, was Grundlage sein muß, der die Antworten immer schon parat hat.

Diese Entwicklung vom "Hosianna" zum "kreuziget ihn" ist deshalb von allgemeinem Interesse, weil mit typischen Verhaltensweisen Diskussionen abgeblockt werden sollen, die tabuisierte Prinzipien autonomen Politikverständnisses betreffen. Wir nennen hier nur zwei Anliegen der ddk: 1) die Frage: "wie werden wir/wie wird unser kampf/allgemein?" 2) die Aufforderung an die RAF: "die neue entscheidung/jetzt ohne Waffen/erklärt das/öffentlich."

Die Frage: wie werden wir allgemein? muß von der Situation ausgehen, daß sich die Linke momentan nicht auf eine objektive Kraft stützen kann, die dem individuellen Willen zur Revolution Allgemeingültigkeit verschafft. Zwar existiert die Arbeiterklasse, aber ihre jetzigen Forderungen weisen nicht über diese Gesellschaftsordnung hinaus. Weder der gute Wille noch eine gerechte Moral heben diesen Zustand auf. Anstatt die Position einer radikalen Linken in dürftiger Zeit zu bestimmen, wird der revolutionäre Wille narzißtisch zur Schau gestellt. Die damit verbundene Symbolik: Revolutionärer Block, Hasskappe etc. wirkt nicht nur albern, sondern zeigt einfach Weltverlust, Selbstbetrug: die reale Schwäche. Von der objektiven Veränderung wird sich ab- und der Innerlichkeit zugewandt: "wir suchen in unseren kämpfen uns und das, was wir haben müssen für uns", oder "die aktion gegen herrhausen hat viele herzen erreicht und im positiven sinn ‚erschüttert`".

Gegen die illusionslose Bestimmung der Situation wird mit der hanseatischen Mentalität, daß der Hafen das Tor zur Welt sei, Geschichte geklittert; die 80er Jahre als vereinheitlichender Prozeß zum "zusammen kämpfen" deklariert: "die erfahrungen mitte der 80er waren wichtig für viele von uns. brokdorf, kleve, hher kessel, die demo danach. alles erfahrungen einer einheit." Warum dieser unterstellte Prozeß scheiterte, warum in den glorreichen 80ern zum Beispiel die Politischen Gefangenen nicht zusammengelegt wurden, bleibt im Dunkeln. Dagegen wird das Scheitern der 89er Zusammenlegungskampagne aus der "zersplitterung, wiedervereinzelung" und "fehlender authentischer vermittlung" erklärt. Diesen Umgang mit Geschichte und Wirklichkeit können sich nur die erlauben, denen es nur noch um "

ureigenste geschichte" geht, und die sich von verallgemeinerbaren Auseinandersetzungen über das eigene selbstgesteckte Terrain hinaus längst verabschiedet haben. Geisslers Frage: Wie werden wir allgemein? zwingt von Anfang an zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit; und das ist genau das Gegenteil von Kapitulation und Aufgabe.

Spiegelsymmetrisch zur Gewaltfrage des Staates steht die der Autonomen. Wenn Geissler die Diskussion über das Mittel bewaffneter Kampf in der BRD wieder eröffnet, heißt es: "so ein ansinnen kann niemals eine grundlage sein, in keiner zusammenarbeit, in keinem bündnis auf unserer seite." Das, was niemals in Frage gestellt werden kann, heißt Glaubensartikel oder Dogma. Während aber die RAF die Folgen weitgehend selbst trägt, ‚fightet` die Haßkappen-Fraktion bei Demos auf Kosten anderer. Sie funktionalisiert andere zu ihrem Schutzschild. Die Schlagstöcke treffen dann meist die, die weniger schnell laufen können, die körperlich einem Schlagabtausch mit den Bullen nicht gewachsen sind. Schuld ist natürlich das Schweine-System. Militanz als revolutionärer Fetisch steht eben nicht zur Diskussion.

Was bezweckt, wem nützt die Entglasung, die Leuchtspurmunition, die Prügelei? Welcher zusätzliche Aspekt - außer der eigenen Befindlichkeit - wird für eine Demo erreicht? Diese Fragen sind mit dem Verweis auf ‚Latschdemos` nicht nur bei Autonomen tabu.

Geissler hat mit den ddk einen kritisierbaren Versuch zur Eröffnung der Diskussion dieser Fragen gemacht. Seine Fragen sind auch unsere.

"und dies jetzt von uns zu verlangen/die lage genau so/zu nennen/ohne zu flennen/aber auch ohne zu lügen vom siegen. wir sind bestimmt entschlossen zu lernen/seid ihr das auch/kommt rüber!/der kampf geht weiter/ihr seid nicht allein/aber auch nicht allein der kampf" (ddk 80,84)

Solidarität mit der Hafenstraße!

Beate, Liesel, Martina, Ralf, Ralf, Sabine, organisiert im VEB Politik, Kunst und Unterhaltung, Siegen

58. Standing in the shadow..? Denkmäler gehen nicht auf Tournee!

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak319/63.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:63

Seit acht Jahren ist es mal wieder soweit: Die Rolling Stones sind auf Tournee in hiesigen Gefilden. Aller Orten erscheinen Exklusivinterviews mit Mick Jagger und Keith Richards, daß mensch sich fragt, worin eigentlich bei dieser Vielzahl von Exklusivinterviews das exklusive besteht. Die Medienwelt der BRD scheint sich einig: "Denkmäler sind auf Reisen"; "Die Legende steht wieder auf", lauten die Schlagzeilen. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich eine große Zahl dieser Artikel als Aufarbeitung, genauer Abarbeitung der eigenen Jugend und deren musikalischer Orientierungspunkte. Mit Begriffen wie Altrocker, dirty boys, Fossil wird belegt, was vor Jahr und Tag noch zu glänzenden Augen und neidvoll schmachtenden Blicken führte: The Rolling Stones alive, the nineteen nervous breakdown beim leibhaftigen Anblick von Mick Jagger und Co.

Anschließend wird eine Welle von Altstars ausgemacht, die schon seit einiger Zeit erfolgreich Musik machten. Seien es Tina Turner, Joe Cocker, Phil Collins oder die Kinks, sie alle haben neben dem Alter eines gemeinsam: sie haben Musikgeschichte gelebt, waren und sind Teil unseres Lebens. Doch die Betrachter der Szene machen zu ihrem eigenen Erstaunen auch jüngere Menschen in der Fangemeinde besagter Oldies aus. Es muß doch noch etwas an diesen lebenden Legenden dran sein, wenn sie nach wie vor Stadien und Hallen füllen. Oder sollte es eine versteckte Kritik an der modernen, computergesteuerten Musik sein, daß Menschen in ein Konzert gehen, in dem Leute auf der Bühne agieren, die ihre Eltern sein könnten. Wohl kaum, denn angesichts heutiger Eintrittspreise derartiger Veranstaltungen eine teure Form der Kritik.

Ist es nicht vielmehr so, daß vielen der besagten Kritiker von "stern" bis "taz" angesichts erfolgreicher Karriere die eigene Vergangenheit peinlich wird und dies zum Maßstab der Beurteilung wird. Da werden Denkmäler kreiert, wo die eigene Situation es nicht verträgt, daß die Leute, die einem früher zu Selbstbewußtsein und aufrechtem Gang verholfen haben, heute immer noch aufrechter, frecher und bluesiger sind, als mensch es selber je war. Die leibhaftige Gegenüberstellung mit den Idolen der eigenen Jugend läßt viele halt alt aussehen angesichts der Etabliertheit und Saturiertheit des eigenen Daseins. In seiner eigenen Jugend war mensch dem streetfighting man und dem sympathy for the devil mit Kopf und Bauch halt näher als heute. Im Hier und Jetzt juckt bei derartigen Klängen allenfalls das Zwerchfell. Da müssen Gräben gezogen, Distanzierungen geschrieben und Menschen, die heute noch und wieder rebellisch sind, mit den Idolen von damals gleichsam ins Museum gestellt werden. Da fordert der Zeitgeist seinen Tribut und die Armada der Kleingeister betritt wieder die Bühne. Vorhang auf! Statt Adenauer und Nierentischromantik rebellisch gewendete Apologeten sozialdemokratisch modernisierter Anpassung: Rebelliert, um dabei zu sein, rebelliert, um die Jobs der Väter zu kriegen.

Zugegeben, die Stones waren in den sechziger und siebziger Jahren anders, rebellischer. Doch gegen wen eigentlich? Gegen den Kleinfamilienidyllepop der Beatles? Das auch. Aber bestand ihre Aufmüpfigkeit nicht gerade darin, daß sie durch ihr aggressives Auftreten, durch ihre Musik, die direkt den Tiefen des Bauches entsprungen schien, den Muff der damaligen Gesellschaft aufwirbelten, daß sie zum Identifikationsobjekt derjenigen wurden, die es in der Enge der spießbürgerlichen Tristesse der 60er nicht mehr aushielten, obwohl sie eigentlich nur guten Rythm & Blues gemacht haben? Nebenbei: Alexis Korner wird schon gewußt haben, warum er auf das Duo Jagger/Richards setzte und nicht auf das von der Merseyside.

Bei allem Gemäkel über das Alter der Stones, über das Alter der Fans und dergleichen, bleibt doch eines, was einen immer wieder, mal mehr mal weniger, in den Bann zieht: die Musik der Rolling Stones. Seit 1962 legen sie Platten vor, die mensch hören kann, über die es auch lohnt zu streiten. Gerade die letzte, "Steel Wheels", ist ein Beweis dafür, daß es diesen Leuten immer noch Spaß bereitet, Musik zu machen. Natürlich, Rock'n Roll ist ein hartes Geschäft und die Stones haben sich mehr als gut darin behauptet und so manche Mark Gewinn eingestrichen. Aber dennoch: An besagter LP wird auch deutlich, daß sich nach allem Knatsch zwei Leute wieder zusammengerauft haben, die nur gemeinsam etwas Authentisches, Originäres produzieren können. Die Solowege von Jagger und Richards waren ziemliche Reinfälle, es fehlte eben jeweils die andere, in jedem Fall bessere, Hälfte. Daß sie wieder zusammen Musik machen und auf Tournee gehen ist sicherlich auch ein Gewinn für die heutige Rockmusik, aber vor allem zeigt dies: Erstarrte Denkmäler sind sie beileibe nicht und Rock'n Roll will never die!

as

59. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak319/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:48

Rückkehr aus Colomoncagua, Honduras nach Morazan, El Salvador

Rückkehrer aus Colomoncagua berichten aus Segundo Montes, dem Ort, den sie in Morazan nach ihrer Wiederankunft in El Salvador aufgebaut haben. Eine Delegation aus diesem Ort bereist zur Zeit Europa, um von ihren Erfahrungen zu berichten.

Westberlin: 3.6., 19.00 Uhr; Gemeindehaus der Passionskirche, Riemanstraße 1, 1000 W-Berlin 61

Hamburg: 4.6., 19.30 Uhr; Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13

Köln: 6.6., 20.00 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiarstr. 3, 5000 Köln 1

Außerdem finden noch Veranstaltungen in Wien, Genf und Zürich statt, deren genauen Daten bei Redaktionsschluß nicht vorlagen.

El Salvador - Gewalt ohne Ende?

Dr. Morado Gomez, Bischof der Lutheranischen Kirche von El Salvador spricht unter diesem Thema zur aktuellen Lage in El Salvador.

Hamburg: 31.5., 20.00 Uhr; Gemeindehaus Sankt Michaelis, Krayonkamp 4a, 2000 Hamburg 11

Psychologie und Strafvollzug

Unter diesem Titel führt der Fachschaftsrat Psychologie der Uni München eine Veranstaltungsreihe durch. Ziel soll es sein, den Zusammenhang zwischen Psychologie und Strafvollzug aufzuzeigen. "Psychologie und Strafvollzug dienen denselben Zwecken. Abweichendes Verhalten soll definiert, erfasst und kontrolliert werden. Die Unterteilung in gesund-krank, sozial-asozial, rechtschaffen-kriminell orientiert sich an den Leistungsprinzipien der Gesellschaft." Unter diesem Aspekt soll die Kriminalisierung von bestimmtem abweichenden Verhalten als Argument für die Legitimierung immer differenziertere Kontrollapparate hinterfragt werden.

Termine: jeden Donnerstag, Raum 3232 des Psychologischen Instituts, 19.00 Uhr

7.6.: Komplizinnen - eine Film von Margit Czenky über die Situation von Frauen im Knast; anschl. Diskussion mit Margit Czenky.

21.6.: Haftbedingungen bei Wohngruppenvollzug - Diskussion mit dem Journalisten Peter Hetzler über einen Knastneubau in Weiterstadt

5.7.: Die Kriminalisierung durch den §129a - geplant ist der Film: "Zwei Protokolle" von Karl-Heinz Roth und Diskussion.

19.7.: Die Funktion von Psychologie/Psychiatrie und Therapie im Strafvollzug - Diskussion mit Franziska Lamott, Soziologin aus München.

Einladung zu zwei kapitalen Festen

Unter diesem Motto werden in Hamburg Aktionstage veranstaltet. Sie richten sich zum einen gegen den 30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (ICC), bei dem sich vom 26.-28.6. mehr als 1000 Kapitalisten, Manager und Politiker in der Hansestadt versammeln werden. Zum anderen gegen die Premiere des Musicals "Phantom der Oper". F. Kurz hatte im vorletzten letzten Herbst das Hamburger Schanzenviertel durcheinandergebracht als er dieses Musical dort ansiedeln wollte. 29.6. ist der Tag, an dem nicht nur Prominenz, sondern auch entsprechende Aktionen am neuen Kurztheater erwartet werden.

Nähere Infos über: Rote Flora, Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 50

Kunst als Widerstand

Die ersten Plakate der Oktoberrevolution, DaDa, Grosz/Heartfield, "soziale Brauchbarkeit", "Kunst als Waffe im Klassenkampf", der knüppelnde Hessenlöwe, "Tag X", Antifaschistische Aktion(en), das sind die Stichworte einer in Göttingen erstellten Plakatausstellung, die seit Mitte März für ungefähr zwei Jahre durch die bundesdeutschen und europäischen Lande zieht. Unter dem Motto 'Kunst als Widerstand' präsentiert sie weit mehr als eine Ansammlung linksradikaler (übrigens fast durchweg kriminalisierter) Agitationsbilder (und -geschichte): äußerst aufwendig in Gestaltung und Dokumentation liefert sie sowohl Anstöße zur Reflexion der eigenen Geschichte als auch Material für die Frage, welche Bedeutung und Stellung Kunst im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse haben kann.

Die nächsten Termine: Detmold (Alte Pauline): 2.6. - 8.6.; Münster (Themrock): 9.6. - 22.6.; Oldenburg (Alhambra): 14.6 - 8.7.; Lörrach: 13.7. - 27.7.

Ko(h)lonie im Osten, Abkoppelung im Süden?

Seit der Realsozialismus am Boden liegt, liegen die Billiglohnländer nicht mehr in fernen Ländern, sondern scheinbar direkt vor der Haustür. Die Frage ist dabei: Die Kapitalströme fließen nach Osten; was wird aus dem Süden? Zu diesem Thema referiert Claudia von Braunmühl.

Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg; 12.6.; 20.00 Uhr

60. Weg mit dem §218

Demonstration am 16. Juni in Bonn

CD-Datei: daten/aksuche/ak319/demo218.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:demo218

Am 16. Juni in Bonn - Frauen demonstrieren gegen den § 218. Ein breites Bündnis mobilisiert ein Jahr nach dem Memminger Hexenprozeß gegen Abtreibungsverbot und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Rednerinnen aus dem In-und Ausland, auch aus der DDR, bestreiten die Kundgebung.

Just zur rechten Zeit eine Demonstration für die Streichung des § 218. Hau weg den Scheiß - das muß um so mehr Devise sein, als derzeit die Abtreibungspraxis in BRD und DDR zum Knackpunktthema der Einheitsverhandlungen arriviert. Fast - aber eben nur fast - scheint es, als könne hier bei anhaltender Standhaftigkeit der DDR der § 218 ins Wanken geraten. Von der originären Forderung der Frauenbewegung nach schlichter Streichung des Paragraphen ist natürlich kaum die Rede.

Indes bleibt auch die andere Seite nicht untätig. Bayern hat mit seiner Normenkontrollklage gegen den § 218 aufgezeigt, wo's nach "Lebensschützer"-Vorstellung langgehen soll. Gerade noch, daß der Begriff "Massenmord" vermieden wird, ist in der Klage die Rede von der sog. "Egoismusabtreibung", der es mit rigider Beratungspraxis, kompliziertem Indikationsverfahren und Wegfall der Kassenfinanzierung zu begegnen gelte. Hierzu Artikel auf Seite 26

61. 15.000 demonstrierten antideutsch

CD-Datei: daten/aksuche/ak319/demoffm.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:319:demoffm

Die Demonstration "Nie wieder Deutschland" hat gegen die alles zum einig Volk einebnende nationale Dampfwalze den Widerspruch, aber auch den Haß und die Wut auf die Straße getragen. Für alle die in Frankfurt dabei waren, war der 12. Mai ermutigend, gerade auch in der Entschlossenheit und politischen Bewußtheit der Menschen gegenüber allen Polizeiübergriffen und - prügeleien, die von Anfang an nur darauf angelegt waren "die Entscheidung zu suchen" und die Demo zu zerschlagen. Die 15 - 20000 in Frankfurt haben gezeigt, daß es noch eine Basis für radikale linke Politik in diesem Land gibt, die sich gegen den herrschenden Trend stellt, wie weit auch immer an den Rand gedrängt und wie spät sich nach dem Schock erst formierend: Es gibt die Opposition! Also ist noch nichts verloren...

"Nie wieder Deutschland" war aber mehr als der 12. Mai. Es war eine Art kleiner Kampagne an der sich bundesweit in den verschiedensten Orten Aktivitäten entfalteten. Trotz der Widersprüche die durch alle linken Organisationen und Gruppierungen verliefen, haben sich lokal Bündnisse gebildet, von denen die Mobilisierung ausging oder getragen wurde.

Jetzt beginnt die Diskussion: Wie weiter mit "Nie wieder Deutschland". Eine ausführliche Dokumentation zur Demonstration ist in Vorbereitung. Ein Diskussionsforum für die weitere Perspektive bietet der Kongreß der Radikalen Linken vom 1. bis 3. Juni in Köln.

Wir berichten über die Demonstration und die dortige Polizeirepression, kommentieren und dokumentieren die internationale Pressereaktion und drucken die vollständige Rede von Karl-Heinz Roth auf der Auftaktkundgebung ab. In einem weiteren Beitrag geben wir einen exemplarischen Überblick über die Aktivitäten zu "Nie wieder Deutschland" in verschiedenen Orten und dokumentieren den Beitrag von Detlef zum Winkel "Die Deutschen-Frage", den dieser auf der Veranstaltung "Deutschland denken heißt Auschwitz denken" am 8. Mai in Hamburg gehalten hat. Über den Kongreß der Radikalen Linken informieren wir auf Seite 14.